

Werner Raza, Andreas Novy, Johannes Jäger
und Rudy Weissenbacher (Hg.)

Politische Ökonomie, Regulationstheorie, Peripherie.
Eine Festschrift für Joachim Becker

Politische Ökonomie, Regulationstheorie, Peripherie

Eine Festschrift für Joachim Becker

Herausgegeben von

Werner Raza, Andreas Novy, Johannes Jäger
und Rudy Weissenbacher

Metropolis-Verlag
Marburg 2025

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<https://portal.dnb.de>> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<https://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2025

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1615-3

Inhaltsverzeichnis

*Werner Raza, Andreas Novy, Johannes Jäger
und Rudy Weissenbacher*

Einleitung zur Festschrift 9

Ausgewählte Schriften von Joachim Becker 13

Verzeichnis der Autor:innen 17

Abschnitt I:

Joachim Becker als Spiritus Rector der „Wiener Schule der Regulationstheorie“

Andreas Novy

Joachim Beckers Erweiterung der Regulationstheorie.

Zur Einführung 23

Andreas Novy

Kontext, Territorium und Konjunktur.

Raum und Zeit in Joachim Beckers politischer Ökonomie 27

Ash Odman

Praktische und theoretische Territorien Joachim Beckers:

Wege eines intellektuellen Lebens 39

Vanessa Redak

Finanzialisierung, finanzdominiertes Akkumulationsregime,

Finanzkrisen 53

Ulrich Brand

Politische Ökologie, Regulationstheorie und die Frage nach

einem entstehenden Grünen Kapitalismus 67

Abschnitt II:**Europäische Peripherien und ihre (Des-)Integrationsdynamiken***Rudy Weissenbacher*

Die Europa-Abteilung des Verlagshauses. Zur Einführung 83

Andrea Komlosy

Weltsystem und Regulation. Grenzen als Vermittler 91

*Ana Podvršić*Kern-Peripherie-Beziehungen und Parteien der nationalistischen
Rechten in Ost- und Südosteuropa: Ungarn und Slowenien im
Vergleich 103*Ivan Lesay*

Würdigung für einen außergewöhnlichen Gelehrten und Freund 119

Ilker Ataç

Abhängige Wege: Akkumulationsstrategien in der Türkei 125

Rudy Weissenbacher

1992 – Italiens Zäsur am Weg in die Eurozone 137

Abschnitt III:**Abhängige Entwicklung und Nord-Süd-Verhältnisse***Johannes Jäger*Abhängige Entwicklung und Nord-Süd-Beziehungen.
Zur Einführung 161*Luis Bértola*Industrialisierung und Einkommensverteilung in Lateinamerika.
Ein Essay 173*Luiz Augusto Faria und Carlos Roberto Winckler*

Brasilien und Uruguay von Wien aus gesehen 187

*Eduardo Gudynas*Andersartige kritische Zugänge zu Entwicklung.
Ein Blick auf drei „Beckerianische“ Lektionen 203

Andrés Musacchio

Argentinien im Kettensägenrausch. Neoliberale Kehrtwende
oder Wirtschaftsenklave für kritische Ressourcen? 217

Abschnitt IV:

Hochschullehrer, öffentlicher Intellektueller und Aktivist: Interventionen zu politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Einen Welt

Werner Raza

Joachim Becker als Hochschullehrer, öffentlicher Intellektueller
und Aktivist. Zur Einführung 235

Andrea Grisold und Wilfried Altzinger

Joachim Becker – ein Garant für nicht-orthodoxe Ökonomie 241

Beat Weber und Christa Schlager

Wir brauchen einen Kurswechsel?
Ein Kurswechsel braucht einen Redakteur! 251

Silvia Ruppeldtová

Joachim Becker und das linke Denken in der Slowakei 259

Ingeborg Wick

Analytische Schärfe und Weitblick. Die bundesdeutsche
Anti-Apartheid-Bewegung und die Rolle Joachim Beckers 271

Einleitung zur Festschrift

*Werner Raza, Andreas Novy, Johannes Jäger
und Rudy Weissenbacher*

Als Herausgeber verbinden uns alle mit Joachim Becker zwei Dinge. Zum einen ein jahrzehntelanger Arbeitszusammenhang, zum anderen eine persönliche Freundschaft. Als uns vor rund zwei Jahren bewusst wurde, dass die Pensionierung von Joachim Becker in seiner Funktion als außerordentlicher Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien bevorstand, war es daher naheliegend, dies als Anlass zu nehmen, um ein wertschätzendes Resümee seiner wissenschaftlichen Tätigkeit zu ziehen. Dass wir dafür die traditionelle akademische Form einer Festschrift gewählt haben, ist zum einen darin begründet, dass Joachim Becker eine besondere Liebe zu Büchern hat. Wer jemals in seiner Wohnung war und dort seine riesige Bibliothek gesehen hat, kann davon Zeugnis ablegen.

Seine Liebe zum Buch korrespondiert aber auch mit seiner dem zeitgenössischen akademischen Betrieb zuwiderlaufenden Auffassung von Wissenschaft und Gelehrtentum. Die profunde Auseinandersetzung mit einem Thema benötigt den dementsprechenden Raum. Ist Joachim Becker als gelernter Journalist in seinen publizistischen Kommentaren daher präzise und knapp, so weisen seine wissenschaftlichen Arbeiten in der Regel eine überdurchschnittliche Länge auf. Allein für das Literaturverzeichnis braucht es schon einige Seiten mehr als üblich, nicht zuletzt aufgrund der vielen verwendeten Quellen in den jeweiligen Originalsprachen. Es verwundert daher nicht, dass Joachim Becker seine Habilitationsschrift in Form einer Monographie verfasst hat. Das Buch ist und bleibt für ihn die geeignetste Form der tiefgehenden Auseinandersetzung mit einem Thema. Es wäre für ihn eine irrwitzige Vorstellung, sich Karl Marx' *Kapital* oder andere grundlegende Werke der Sozialwissenschaften als Artikelsammlungen zu denken.

Zum anderen wäre es unmöglich gewesen, seinem umfangreichen Werk im Rahmen eines kleineren Formats, wie z.B. einem Aufsatz, gerecht zu werden. Dafür weist es zu viele Themen und Facetten auf. Schon die Zusammenstellung der auf den folgenden Seiten zu findenden ausgewählten Schriften stellte uns vor die schwierige Aufgabe, aus den in der WU Publikationsdaten-

bank zu Joachim Becker ausgewiesenen 583 Publikationen (Stand 20. März 2025) eine sinnvolle Auswahl zu treffen. Notgedrungen haben wir uns auf wissenschaftliche Werke im engeren Sinn beschränkt und uns im Hinblick auf seine mehr als 250 populärwissenschaftlichen bzw. publizistischen Arbeiten damit begnügt, die vielen Medien (Zeitungen, Zeitschriften, digitale Medien) anzuführen, in denen diese erschienen sind.

Dazu kommt, dass Becker eben nicht nur als Wissenschaftler tätig war, sondern sich als *activist scholar* auch politisch engagiert hat. Der Charakter der vorliegenden Festschrift weicht daher von der oft üblichen Aneinanderreihung von thematisch unzusammenhängenden Aufsätzen deutlich ab. Zum einen geht es selbstverständlich darum, sich mit dem wissenschaftlichen Werk Joachim Beckers auseinanderzusetzen. Dies passiert im Rahmen von drei Themensträngen. Im ersten Abschnitt finden sich eine Reihe von Beiträgen, die sich mit den regulationstheoretischen Arbeiten von Joachim Becker beschäftigen. Dies schließt an seinen eigenständigen Beitrag zur Weiterentwicklung der französischen Regulationsschule an, der aus unterschiedlichen Gründen in der akademischen Welt nicht hinreichend gewürdigt wurde. Was ihn auszeichnete und im Titel seiner 2002 veröffentlichten Habilitationsschrift „Akkumulation, Regulation, Territorium“ programmatisch zum Ausdruck kommt, ist die explizite Berücksichtigung der räumlichen Ebene für die von ihm entwickelte Neufassung der zentralen regulationstheoretischen Konzepte von Akkumulationsregime und Regulationsweise (Becker 2002).

Im zweiten Abschnitt geht es um europäische Peripherien und ihre (Des-) Integrationsdynamiken. Dies stellt einen wichtigen Arbeitsbereich Joachim Beckers dar, der vor allem nach der Jahrtausendwende zu einer Vielzahl von Publikationen führte, die den gesamten ost- und südosteuropäischen Raum einschließlich der Länder des ehemaligen Jugoslawiens und die Türkei umfassen. Joachim Beckers Arbeiten zeichnen sich hier vor allem durch (i) eine umfassende Kenntnis der jeweiligen Länder aus, (ii) die Hervorhebung der eng verflochtenen politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen den europäischen Zentren und Peripherien, sowie (iii) die vergleichende Analyse der unterschiedlichen Entwicklungsmuster in den einzelnen Ländern bzw. Regionen. Seine Kenntnis der unterschiedlichen Länder und Regionen ermöglichte es Joachim Becker auch, im Jahr 2018 die aus unserer Sicht wegweisende Studie zu den unterschiedlichen Formen neo-nationalistischer Politik in der Europäischen Union vorzulegen.

Abhängige Entwicklung und Nord-Süd-Verhältnisse bilden das thematische Band der Beiträge im dritten Abschnitt des vorliegenden Bandes. Zu diesem Thema hat Becker praktisch während seiner gesamten Laufbahn mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten gearbeitet. Theoretisch waren dafür die lateinamerikanische Dependenztheorie und eben die Regulations-

theorie die relevanten Bezugspunkte. Neben Ost- und Südosteuropa sticht hier vor allem seine Auseinandersetzung mit Lateinamerika hervor, die er in den späten 1990er Jahren begonnen hat und mit mehrmaligen Aufenthalten in Uruguay, Argentinien und (Süd-)Brasilien während der 2000er Jahre vertieft.

Im vierten Abschnitt der Festschrift widmen wir uns schließlich dem Hochschullehrer, öffentlichen Intellektuellen und politischen Aktivisten Joachim Becker. Diese Facetten seiner Laufbahn sind für ein Verständnis seiner Person von konstitutiver Bedeutung, eben weil er sich den gängigen Konventionen des akademischen Betriebs in vielerlei Hinsicht verwehrt hat. Die Verbindung von Theorie und Praxis, von Wissensproduktion und Vermittlung als Lehrer und Publizist, von sozialkritischer Analyse und praktischer gewerkschaftlicher wie internationalistischer Solidaritätsarbeit, weisen ihn als klassischen linken Intellektuellen aus, wie es ihn heute kaum mehr gibt. Eine Würdigung des *activist scholar* Becker in Form durchaus persönlich gehaltener Beiträge im letzten Abschnitt erschien uns daher auf jeden Fall angebracht, auch wenn dies den Rahmen herkömmlicher Festschriften verlassen mag.

Die Perspektive einer Würdigung richtet den Blick zwangsläufig in die Vergangenheit. Wir möchten aber nicht schließen, ohne unsere Zuversicht zum Ausdruck zu bringen, dass Joachim Becker sich von der sozialstaatlichen Konvention einer „Pensionierung“ nicht davon abhalten lässt, seine wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit fortzuführen. Gerade weil wir, um Karl Marx zu paraphrasieren, uns die Verhältnisse, in denen wir leben, nicht aussuchen können, braucht es Menschen, die diese Verhältnisse immer wieder kritisch in den Blick nehmen und Wege zu ihrer Überwindung aufzeigen. Dazu wird Joachim Becker hoffentlich auch in Zukunft noch wichtige Beiträge leisten.

Literatur

- Becker, J. (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg: Metropolis
- Becker, J. (2018): *Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis*, Wien: Arbeiterkammer Wien

Ausgewählte Schriften von Joachim Becker

1. Monographien

- Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis*, Wien, 2018: Arbeiterkammer Wien
- Zivot na Úver [Leben auf Kredit]*, Bratislava, 2012: INAQUE (mit I. Lesay)
- Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg, 2002: Metropolis
- Economía Política de Montevideo. Desarrollo Urbano y Políticas Locales*, Montevideo, 2001: Coscoroba ediciones (mit J. Jäger und W. Raza)
- Angola, Mosambik und Zimbabwe – im Visier Südafrikas*. Köln, 1998: Pahl-Rugenstein
- Zimbabwe: Wirtschaftspolitik zwischen Reform und Weltmarkt*, Marburg, 1988 (Univ. Dissertation)

2. Herausgeberschaften

- Fit für die Krise? – Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster, 2013: Westfälisches Dampfboot (mit R. Atzmüller, U. Brand, L. Oberndorfer, V. Redak & T. Sablowski)
- Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere*, Wien, 2009: Promedia (mit R. Weissenbacher)
- Heterodoxe Ökonomie*, Marburg, 2009: Metropolis (mit A. Grisold, L. Gubitzer, G. Mikl-Horke, R. Pirker, H. Rauchenschwandter, O. Schwank, E. Springler & E. Stockhammer)
- Dollarization, Euroization and Financial Instability: Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?*, Marburg, 2007: Metropolis (mit R. Weissenbacher)
- Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*, Wien, 2007: Mandelbaum (mit K. Imhof, C. Staritz & J. Jäger)
- Strategic Arena Switching in International Trade Negotiations*, Aldershot, 2007: Ashgate (mit W. Blaas)
- Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich*, HSK, Wien, 2004: Promedia (mit A. Komlosy)
- Die Zukunft der Dritten Welt. Weder Revolution noch Reform?*, Kurswechsel-Buch, Wien, 1996 (mit W. Raza & A. Novy)
- Kap der kleinen Hoffnung. Das Südliche Afrika nach der Apartheid*, Wien, 1993, Promedia (mit M. Baiculescu)

3. Beiträge zu Sammelbänden

- Regulationstheorie: Ursprünge, Entwicklungstendenzen und internationale Debatten, in: E. Schneider, F. Syrovatka (Hg.): *Politische Ökonomie der „Zeitenwende“: Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster, 2024: Westfälisches Dampfboot, p. 47-81
- Institutionalist, regulationist and dependency approaches to transition countries' economic policies, in: C. Scherrer, A. Garcia, J. Wullweber (eds.): *Handbook on Critical Political Economy and Public Policy*, Cheltenham, 2023: Edward Elgar Publishing, p. 49-64
- Ungleiche Entwicklung: historische und räumliche Perspektiven, in: K. Fischer, G. Hauck, M. Boatca (Hg.): *Handbuch Entwicklungsforschung*, Wiesbaden, 2023: Springer VS, p. 329-340 (mit R. Weissenbacher)
- Mechanisms of Dependence: Conceptualizing the Latin American Dependency Research Program for the Analysis of European Capitalism, in: Aldo Madariaga, Stefano Palestini (eds.): *Dependent Capitalisms in Contemporary Latin America and Europe*, Cham, 2021: Palgrave Macmillan, p. 75-99 (mit R. Weissenbacher & J. Jäger)
- Uneven development in the EU: Processes of core-periphery relations, in: Didier Bigo, Thomas Diez, Evangelos Fanoulis, Ben Rosamond, Yannis A. Stivachtis (eds.): *The Routledge Handbook of Critical European Studies*, London/New York, 2021: Routledge, p. 224-238 (mit R. Weissenbacher & J. Jäger)
- Fordism, in: Olaf Kaltmeier, Anne Tittor, Daniel Hawkins, Eleonora Rohland (eds.): *The Routledge Handbook to the Political Economy and Governance of the Americas*, Abingdon and New York, 2020: Routledge, p. 113-118 (mit R. Weissenbacher)
- Labour Protests in Eastern Europe, in: S. Schmalz, B. Sommer (eds.): *Confronting Crisis and Precariousness. Organized Labour and Social Unrest in the European Union*, London, 2010: Rowman and Littlefield Publishers, Inc., p. 189-208
- Critical International Political Economy and Method, in: Alan Cafruny, Leila Simona Talani, Gonzalo Pozo Martin (eds.): *The Palgrave Handbook of Critical International Political Economy*. London, 2016: Palgrave Macmillan, p. 101-118 (mit J. Jäger & L. Horn)
- Financialization, Dependent Export Industrialization, and Deindustrialization in Eastern Europe, in: Giovanni Cozzi, Susan Newman, Jan Toporowski (eds.): *Finance and Industrial Policy. Beyond Financial Regulation in Europe*, Oxford: Oxford University Press, 2016, p. 41-64 (mit P. Cetkovic & R. Weissenbacher)
- Uneven and Dependent Development in Europe: The Crisis and Its Implications, in: Johannes Jäger, Elisabeth Springler (eds.): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives*, London/New York, 2015: Routledge, p. 81-97 (mit J. Jäger & R. Weissenbacher)

- Re-evaluating Participatory Governance in Brazil, in: Barry Cannon, Peadar Kirby (eds.): *Civil Society and the State in Left-Led Latin America: Challenges and Limitations to Democratisation*, London, UK, 2012: Zed Books, p. 78-93 (mit A. Novy, B. Leubolt & W. Romão)
- L'économie politique internationale en Europe continentale, in: P. Berthaud, G. Kébabdjian (eds.): *La question politique en économie internationale*, Paris, 2006: Editions La Decouverte, p. 64-74
- Modernizing or Polarizing Vienna?, in: Frank Moulaert, Arantxa Rodríguez, Erik Swyngedouw (eds.): *The Globalized City – Economic Restructuring and Social Polarisation in European Cities*, Oxford, 2003: Oxford University Press, p. 167-180 (mit A. Novy & V. Redak)

4. Artikel in akademischen Zeitschriften

- Governing neo-nationalism, trade unions and industrial relations: the cases of Hungary and Poland, in: *Transfer: European Review of Labour and Research*. 30, 1, 2024, p. 51-65
- Macaristan: Neoliberalizm ve milli-muhafazarkârlık arasında Fidesz hükümeti, in: *Toplum ve Bilim*. 155, p. 98-130
- Finanzielle Abhängigkeit. Über Auslandsverschuldung und ökonomische Außenorientierung der (Semi-)Peripherien, in: *PROKLA*. 50, 1, 2020, p. 69-88 (mit R. Weissenbacher)
- In the Yugoslav Mirror: The EU Disintegration Crisis, in: *Globalizations*. 14, 6, 2017, p. 840-850
- Europe's other Periphery, in: *New Left Review*. 99, 2016, p. 39-64
- Financialisation, Industry and Dependency in Turkey, in: *Journal für Entwicklungspolitik (JEP)*. 32, 1/2, 2016, p. 84-113
- Turkey: The Politics of National Conservatism, in: *Journal für Entwicklungspolitik (JEP)*. 32, 1/2, 2016, p. 4-20 (mit I. Atac)
- Oligarchie – eine Form bürgerlicher Herrschaft; Das Beispiel osteuropäischer semi-peripherer Kapitalismus, in: *PROKLA*. 180, 3, 2015, p. 409-431
- Slovenia, Croatia and Serbia: Development Models, Crises, Social Protests and the Question of Alternatives, in: *METU Studies in Development*. 41, 3, 2014, p. 259-276
- Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism, in: *Competition and Change*. 16, 3, 2012, p. 169-187 (mit J. Jäger)
- Development Trajectories in the Crisis in Europe, in: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*. 18, 1, 2010, p. 5-27 (mit J. Jäger)
- Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective, in: *Competition and Change*. 14, 3-4, 2010, p. 223-245 (mit J. Jäger, B. Leubolt & R. Weissenbacher)
- Crisis financieras en los noventa y sus salidas: Argentina, Brasil y Uruguay en comparación, in: *Indicadores Economicos FEE*. 37, 4, 2010, p. 121-141

- Der kapitalistische Staat in der Peripherie, in: *Journal für Entwicklungspolitik*. 24, 2, 2008, p. 10-32
- Crisis financieras e integración regional: el caso del MERCOSUR, in: *Ciclos*. XVII, 33/34, 2008, p. 19-49
- Political Ecology and Theory of Regulation: an inevitable separation?, in: *Économies et Sociétés, Série „Théorie de la Régulation“*, R, No. 11, 1/2000, p. 55-70 (mit W. Raza)
- Divergence and convergence of national and local regulation: the case of Austria and Vienna, in: *European Urban and Regional Studies*. 6, 2, 1999, p. 127-143
- Integración y regulación: una comparación entre la Unión Europea y el Mercosur, in: *Indicadores Economicos FEE*. 24, 4, 1997, p. 131-149

5. Sonstige Publikationen

Von Joachim Becker sind Artikel, Kommentare, Blogs etc. für eine Vielzahl von Medien im In- und Ausland geschrieben worden. Dazu zählen insbesondere Informationsdienst südliches afrika/afrika süd, AIB – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, Mosambik Rundbrief, Wiener Zeitung, Der Standard, Entwicklungspolitische Nachrichten (Wien), Mosquito (Bern), Afrika Süd (Bonn), Südwind Magazin (Wien), Die Furche (Wien), ICABA Newsletter (London), links (Offenbach), Frankfurter Rundschau, ILA, La Insignia, La Republica, Carta Global Latinoamericana, Die Alternative, Civitas, Finisterrae, Das Argument, Z – Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Kontraste, Slovo, El Pais (Montevideo), Pravda (Bratislava), Listy, European Dream, Lateinamerika Anders, Peripecias, Voces del Frente (Montevideo), Politix, Voces, Jeto-tak, Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Korso, Sendika.org, Deník Referendum, Analyse & Kritik, Neues Deutschland, Literární Noviny, Clarté, Iktisat Dergisi, Delo, Dnevnik, Borec, Novosti, 3k: kapital, klasa, kritika, Le Monde diplomatique – Hrvatsko Izdanje, Masina.rs, Lefteast, Politikum, Lava, palabra salvaje, Sidecar, u.a.m.

Verzeichnis der Autor:innen

Wilfried Altzinger war bis September 2023 außerordentlicher Universitätsprofessor am Department Ökonomie der WU Wien sowie Co-Leiter des Forschungsinstituts „Economics of Inequality (INEQ)“. Aktuell ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am INEQ. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Verteilung von Einkommen und Vermögen, Wirtschaftspolitik, Europäische Integration und Migration.

Ilker Ataç ist Professor am Fachbereich Sozialwesen an der Hochschule Fulda. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Zivilgesellschaft und Soziale Bewegungen, Urban Citizenship, lokale Sozialpolitik und Migrationspolitik, Politik in der Sozialen Arbeit, Rassismuskritik, Türkei.

Luis E. Bértola Flores ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität der Republik, Uruguay. Seine Forschungsgebiete sind die vergleichende Wirtschaftsgeschichte Lateinamerikas, wobei er sich auf die nachhaltige und produktive Entwicklungspolitik Südamerikas konzentriert.

Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und Gründungsmitglied der „Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung“ (AkG) und von „Diskurs. Das Wissenschaftsnetz“. Seine Forschungsgebiete sind die Krise der liberalen Globalisierung, internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik, imperiale Lebensweise, Lateinamerika sowie sozial-ökologische Transformationen.

Luiz Augusto Faria ist ordentlicher Professor für Wirtschaft und internationale Beziehungen an der Bundesuniversität von Rio Grande do Sul und ehemaliger Forscher bei der Stiftung für Wirtschaft und Statistik in Porto Alegre, Brasilien.

Andrea Grisold war bis 2024 Professorin für Volkswirtschaftslehre und lange Jahre Leiterin des Instituts für Heterodoxe Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Forschungsfelder umfassen Kritische Politische Ökonomie der Massenmedien, Medienpolitik, Heterodoxe Ökonomische Schulen, Feministische Ökonomie, Veränderungen und neue Herausforderungen der Wirtschaftspolitik.

Eduardo Gudynas ist Senior Researcher am Centro Latino Americano de Ecología Social (CLAES) in Montevideo (Uruguay) und Gastprofessor an der Universität Granada (Spanien). Er arbeitet zu Fragen der politischen Ökologie, der Umweltpolitik und des Extraktivismus in Lateinamerika.

Johannes Jäger ist Professor (FH) und Fachbereichsleiter für Volkswirtschaftslehre an der FH des BFI Wien. Schwerpunktmäßig forscht er zu Fragen der kritischen politischen Ökonomie, insbesondere bezogen auf Europa und Lateinamerika.

Andrea Komlosy ist Professorin i.R. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien. Sie arbeitet zu Fragen ungleicher regionaler Entwicklung im kleinräumigen, europäischen und globalen Maßstab. Auslandsstudienaufenthalte absolvierte sie in Brest, Paris, Honolulu; 2014/15 war sie Schumpeter Fellow am Weatherhead Center for International Affairs an der Harvard Universität. Sie ist Vorsitzende des Vereins für Geschichte des Weltsystems und Mitherausgeberin der Zeitschrift für Weltgeschichte.

Ivan Lesay ist Senior Advisor für Klimafinanzierung bei der Nationalbank der Slowakei. Zuvor war er Staatssekretär im Finanzministerium der Slowakischen Republik, Vorstandsmitglied der Europäischen Investitionsbank und CEO der Slovak Investment Holding. Er ist Autor von Kinderbüchern und des Romans „Topografia bolesti“ (Die Topografie des Schmerzes), der in englischer Sprache bei Guernica Editions (Toronto, Kanada) erschien.

Andrés Musacchio ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Buenos Aires und assoziierter Forscher beim Nationalen Rat für wissenschaftliche und technologische Forschung (CONICET) in Buenos Aires, Argentinien.

Andreas Novy ist außerordentlicher Universitätsprofessor am Department Sozioökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien, Leiter des Instituts für räumliche und sozialökologische Transformationen (ISSET) und Präsident der International Karl Polanyi Society (IKPS). Seine Arbeitsgebiete umfassen sozialökologische Transformation, internationale politische Ökonomie, Alltagsökonomie und Stadt- und Regionalentwicklung.

Aslı Odman ist ordentliche Lehrbeauftragte am Institut für Stadt- und Regionalplanung an der Mimar Sinan Universität der Bildenden Künste und Mitbegründerin des Zentrums für Arbeits- und Umweltsicherheit in Istanbul. Sie arbeitet zu Fragen der Arbeitssoziologie, Stadtentwicklung, Unternehmensgeschichte und Ökologie.

Ana Podvršič hat einen Dokortitel in Wirtschaftswissenschaften und Kultursociologie. Sie war Marie-Curie-Postdoktorandin an der Universität Graz und ist derzeit Postdoktorandin an der Central European University. Sie hat sich mit der Entwicklung des peripheren Kapitalismus in Slowenien, der ungleichen Entwicklung in Europa, der Finanzialisierung und der Umstrukturierung der Schuldenkrise befasst.

Werner Raza ist wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) in Wien. Seine Arbeitsgebiete umfassen Internationalen Handel, Entwicklungsökonomik und -politik.

Vanessa Redak ist Ökonomin und Finanzmarktanalystin in Wien sowie Lehrbeauftragte an der Universität Wien. Ihre Spezialgebiete sind Finanzmarktstabilität, Bankenanalyse und Finanzmarktregulierung. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift Kurswechsel.

Silvia Ruppeldtová ist slowakische Übersetzerin, Essayistin und Publizistin. Sie studierte Filmdramaturgie und Drehbuchschreiben an der Akademie der musischen Künste in Bratislava und Archäologie an der Philosophischen Fakultät der Comenius-Universität in Bratislava. Sie arbeitete als Redakteurin für die Wochenzeitung Slovo und als Kommentatorin für die Tageszeitung Pravda. Sie ist Autorin von Gedicht-, Buch- und Filmübersetzungen.

Christa Schlager ist Ökonomin und war langjährig im BEIGEWUM-Vorstand und in der Kurswechsel-Redaktion tätig, mit Schwerpunkt EU-Wirtschaftspolitik und Feministische Ökonomie.

Beat Weber hat eine sozialwissenschaftlich orientierte akademische Ökonomie-Ausbildung und ist langjähriges Mitglied der Kurswechsel-Redaktion, mit Arbeitsschwerpunkt Geld und Finanzwesen.

Rudy Weissenbacher ist Universitätslehrer der internationalen Ökonomie und Entwicklung in Wien. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: ungleiche sozialräumliche Entwicklung, internationale politische Ökonomie, Regionalentwicklung und Fragen von Integration und Desintegration.

Ingeborg Wick studierte Romanistik, Anglistik und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Bonn. Von 1975-1990 war sie Geschäftsführerin der bundesdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung. Als Wissenschaftlerin am SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene in Siegburg forschte sie in den Jahren 1991-2011 vor allem zu den Themen Frauenarbeit und prekäre Beschäftigung, Arbeitsbedingungen in der weltweiten Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Sozialstandards im Welthandel. Seit 2011 ist sie im Forum Arbeitswelten China-Deutschland engagiert.

Carlos Roberto Winckler ist Master der Soziologie an der Bundesuniversität von Rio Grande do Sul. Er arbeitete als Forscher an der Stiftung für Wirtschaft und Statistik in Porto Alegre und als Professor an der Stiftung der Universität von Caxias do Sul.

Abschnitt I

Joachim Becker als Spiritus Rector der „Wiener Schule der Regulationstheorie“

Joachim Beckers Erweiterung der Regulationstheorie

Zur Einführung

Andreas Novy

In diesem ersten Abschnitt finden sich vier, stärker theoretisch ausgerichtete Beiträge, die sich alle mit den von Joachim Becker seit den 1990er Jahren entwickelten politökonomischen Konzepten beschäftigen. Im Zentrum stand damals – und steht bis heute – die Analyse der Widersprüche kapitalistischer Akkumulation und Regulation sowie das Bemühen, Ansatzpunkte für eine solidarische und emanzipatorische Praxis zu liefern.

Das für eine fixe Anstellung an der Wirtschaftsuniversität Wien notwendige Verfassen einer Habilitationsschrift nutzte Becker, um seine theoretischen Überlegungen zu ordnen und in einer raum-zeit-sensiblen politischen Ökonomie zusammenzufassen. In seiner 2002 bei Metropolis als „Akkumulation, Regulation, Territorium. Eine kritische Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie“ veröffentlichten Fassung der Habilitationsschrift analysierte Becker (2002) diverse Theoriestränge. Ausgehend von bürgerlichen Ökonomen wie Smith, Schmoller und List über bürgerliche Sozialwissenschaftler:innen wie insbesondere Max Weber bis hin zu Karl Marx, anderen marxistischen Theoretiker:innen, aber auch (post-)keynesianische Ökonom:innen.

Zwei Theoriestränge bilden dabei den Kern seiner Theorie kapitalistischer Entwicklung: die aus Frankreich stammende Regulationstheorie und die in Lateinamerika entstandene Dependenztheorie sowie verwandte Polarisierungstheorien, die ungleiche Entwicklungsdynamiken zwischen regionalen Zentren und Peripherien untersuchen. Basierend auf diesem breiten, interdisziplinären und undogmatischen Zugang war das Ergebnis ein einzigartiger raum-zeit-sensibler politökonomischer Analyserahmen, den Aslı Odman (2006) als österreichische Variante der Regulationsschule bezeichnet hat. In den globalen Zentren der Wissensproduktion sowie im angelsächsischen Raum allgemein

gelangte dieser Analyserahmen nie zu großem Einfluss. An diversen Peripherien Europas und der Welt hat sein kritischer Ansatz Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen nachhaltig inspiriert (vgl. die Beiträge aus und über Südafrika, Slowakei, Slowenien, Türkei, Brasilien, Uruguay und Argentinien in diesem Band).

Die Synthese vermeintlich divergierender Ansätze lieferte ihm das konzeptionelle Rüstzeug, um in den folgenden zwei Jahrzehnten eine Vielzahl an konkreten Analysen in verschiedensten Teilen der Welt vorzunehmen. Sie lieferten kritische „Zeitdiagnosen“ (Brand in diesem Band) und waren „Konjunkturanalysen“ (Novy in diesem Band), die die aktuellen politischen Situationen – Wahlen, soziale Kämpfe und Wirtschaftskrisen – jeweils in längerfristige strukturelle Dynamiken der widersprüchlichen kapitalistischen Entwicklung einbetteten. Ziel war dabei für Becker immer, sein Wissen Interessierten, allen voran linken sozialen und politischen Bewegungen, Parteien und Entscheidungstragenden zur Verfügung zu stellen, um wirksamer in den Lauf der Dinge intervenieren zu können.

In diesem ersten Teil des Bandes arbeitet zunächst *Andreas Novy* die Bedeutung von Zeit und Raum im Denken Joachim Beckers heraus. Während marxistische Ansätze, die die universelle Logik des Kapitals ins Zentrum stellen, Raum vor allem als den Verflechtungsraum des Weltmarkts denken, untersucht Becker die Dialektik von kapitalistischem Verflechtungsraum und Territorien als eine spannungsgeladene Einheit. Den Begriff „Territorium“ verwendet er bewusst sogar im Titel seiner Habilitationsschrift, um sich gleichzeitig von jeglichem „methodologischen Nationalismus“ abzugrenzen, wie er in Teilen der Pariser Schule der Regulationstheorie zu finden ist. Dafür hat Becker in seinen Analysen zu sehr die ganze Welt im Blick – und zwar tendenziell mit Analysen aus der Perspektive der Peripherie. In der Antipartheid-Bewegung sozialisiert, wurde er schon früh sensibilisiert für Fragen der ungleichen Entwicklung, wie sie die Dependenztheorie untersucht.

Im zweiten Beitrag integriert *Aslı Odman* biographische Informationen zu Joachim Becker mit seinem konzeptionellen Werdegang und seinen politischen Interventionen. Auch dieser Beitrag reflektiert die raum-zeit-sensible Form des Denkens, die Beckers Analysen in vermeintlich stark unterschiedlichen Kontexten relevant machen. Nach Odman zeichnet sich Becker durch eine hohe Konsistenz seiner räumlich-körperlichen Praxis, z.B. das Wandern als Form der Welterschließung, seiner wissenschaftlichen Raumanalysen, z.B. seine kultursensiblen Analysen peripherer Räume, sowie seiner engagierten Praxis als organischer Intellektueller aus. In diesem Sinne ist Beckers Theorie eine Form kultureller politischer Ökonomie. Sie erlaubt, gerade in Kontexten sich verschärfender Klassenkonflikte und Konkurrenzverhältnisse, sowohl Dogmatismen orthodoxen linken Denkens über Basis und Überbau entgegen-

zutreten wie auch den Vereinfachungen eines journalistischen und politischen Mainstreams, der von einem Kulturkampf zwischen westlichem Säkularismus und islamischer Religiosität spricht.

Im dritten Beitrag analysiert *Vanessa Redak* die Fülle an Arbeiten von Joachim Becker zu Finanzmärkten, Finanzkrisen und Finanzialisierung. Ausgangspunkt bildet auch in diesem Beitrag die dialektische These, dass Finanz- und Realkapital nicht als getrennt und unabhängig voneinander missverstanden werden dürfen. Vielmehr stehen – so sind sich Becker und Redak einig – finanzbezogene Aktivitäten in engem Zusammenhang mit Krisen der realwirtschaftlichen Akkumulation. Die aktuell voranschreitende Finanzialisierung ist demnach Ausdruck einer zunehmenden Krisenanfälligkeit gegenwärtiger Akkumulationsregime. Auch die Große Finanzkrise 2008 war keine reine Finanzmarktkrise, sondern eng verbunden mit Krisen in der Realwirtschaft. Kontroversiell ist vermutlich Redaks These, dass besonders reguläre Geschäftsbanken, und eben nicht die „Schattenbanken“, bezüglich Finanzmarktstabilität und Verteilungsgerechtigkeit problematisch sind.

Im vierten Beitrag zeigt *Ulrich Brand*, dass Joachim Becker schon früh versuchte, in seine interdisziplinäre Theorie kapitalistischer Entwicklung auch biophysische Prozesse zu integrieren – ein Versuch, der vor 25 Jahren im Feld der Politischen Ökonomie sehr innovativ war. Im von Ulrich Brand als Wiener Ansatz einer kritischen (Internationalen) Politischen Ökonomie bezeichneten Zugang, sprechen Joachim Becker und Werner Raza von der „ökologischen Restriktion“ kapitalistischer Akkumulation – in Analogie zur monetären Restriktion. Demgegenüber spricht der Frankfurter Ansatz, dem Brand selber nahesteht, von „gesellschaftlichen Naturverhältnissen“ als einer zentralen Kategorie einer kritischen Gesellschaftstheorie. Standen anfangs die Unterschiede dieser Ansätze im Vordergrund von Analysen und entwickelten sich die beiden Theoriestränge weitgehend separat, versucht Brand in seinem Beitrag, die zahlreichen Gemeinsamkeiten zu betonen.

Alle vier Beiträge in diesem ersten Teil vertiefen Aspekte der Widersprüchlichkeit kapitalistischer Akkumulation und Regulation. Damit sind sie auf konkrete Theoriefelder angewandte Übungen in dialektischem Denken. Es ist dies ein Denken in Widersprüchen, das nicht unnötig kompliziert ist, wohl aber der Komplexität der Wirklichkeit Rechnung trägt. Dieses Denken entzieht sich in seinem systematischen Zugang Vereinfachungen und Dogmatismen. Es reflektiert damit eine Haltung, die Joachim Becker immer ausgezeichnet hat.

Literatur

- Becker, J. (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Eine kritische Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg: Metropolis.
- Odman, A. (2006): Österreichische Varianten der Regulationsschule, in: Kurswechsel, 4, 79-90.

Kontext, Territorium und Konjunktur

Raum und Zeit in Joachim Beckers politischer Ökonomie

Andreas Novy

Joachim Becker ist ein Ökonom, der eine interdisziplinäre Wirtschaftswissenschaft praktiziert und für seine Analysen das ganze Spektrum der Sozial- und Geisteswissenschaft nutzt. Insbesondere ist er ein politischer Ökonom, der als einer der wichtigsten Vertreter der deutschsprachigen Regulationstheorie gilt. Er ist aber auch bekannt als öffentlicher Intellektueller mit Debattenbeiträgen zu tagesaktuellen Themen in verschiedenen Weltregionen. Beide Rollen – politischer Ökonom und öffentlicher Intellektueller – praktiziert Becker mit Leidenschaft. In diesem Artikel möchte ich zeigen, wie Joachim Beckers interdisziplinärer Zugang, seine Weiterentwicklung der Regulationstheorie und sein Wirken als öffentlicher Intellektueller zusammenhängen. Dabei wird sich erweisen, wie prägend sein Verständnis von Raum und Zeit für sein Forschungsprogramm und seine politischen Einstellungen sind.

Kontext

Denken und Handeln finden niemals im luftleeren Raum statt, sondern sind eingebettet in eine konkrete Zeit und einen konkreten Raum. Joachim Becker war sich dessen immer bewusst. Die jeweiligen räumlichen Kontexte, in denen geforscht wird, zu kennen, erfordert Sprachkenntnisse, über die Becker wie wenige andere verfügt. Zutiefst kritisch gegenüber einem angelsächsisch dominierten Wissenschaftsbetrieb war er immer bestrebt, auch die jeweilige Landessprache zu beherrschen, um seine politökonomischen Analysen zu schärfen. Englisch im südlichen Afrika, Spanisch und Portugiesisch in Lateinamerika und eine Vielzahl ost- und südosteuropäischer Sprachen in seinen europäischen Regionalanalysen eröffneten ihm Einsichten, die dem angelsächsischen Wissenschaftsbetrieb verborgen blieben. In vielen dieser Sprachen publizierte

er wissenschaftliche Texte, in noch mehr verfolgte er wissenschaftliche und politische Debatten und kannte die jeweilige länderspezifische Belletristik. Seine Bekanntheit und seine akademische Wirksamkeit haben sicherlich auch darunter gelitten, relativ wenig auf Englisch, dafür sehr viel in lokalen Sprachen publiziert zu haben. Gleichzeitig eröffnete ihm dies den Zugang zu Leser:innen, denen seine akademischen Analysen sonst nicht zugänglich geworden wären.

In Wien hatte ich das Privileg, seit Mitte der 1990er Jahre über mehrere Jahre mit Joachim Becker, Werner Raza, Johannes Jäger und Vanessa Redak in einem kreativen Forschungsverbund an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) zusammenzuarbeiten. Die Mehrdeutigkeit und den Bedeutungswandel von Raum und Zeit zu verstehen, waren uns und sind ihm bis heute bedeutender als oftmals wahrgenommen. Dies zeigt sich schon daran, dass er die Einleitung seiner 2002 veröffentlichten Habilitationsschrift zu „Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie“ mit einem Zitat von Anthony Giddens eröffnet: „Der Satz dürfte bizarr anmuten, doch menschliche Wesen ‚machen ihre eigene Geographie‘ ebenso wie sie ‚ihre eigene Geschichte‘ machen.“ (Becker 2002: 11) Während die Bedeutung von Geschichte für Becker, geschult im historischen Materialismus, keiner Begründung bedurfte, legte er dar, dass aktuelle polit-ökonomische Phänomene der Jahrtausendwende – er zitiert Globalisierung und regionale/europäische Integration – gleichzeitig Raumphänomene waren. Das veranlasste ihn am Ende ebendieser Habilitationsschrift zu folgendem Resümee: „Werden Akkumulations-, Staats- und Regulationsstrategien in Krisensituationen neu definiert, so gilt das auch für ihren räumlichen Aspekt“ (Becker 2002: 264).

Geschichte ist wichtig, weil sie im Hier und Jetzt menschliche Handlungsmöglichkeiten eröffnet und gleichzeitig beschränkt. So muss die europäische Integration hin zu einer Europäischen Union auf einer Vielzahl von Nationalstaaten mit eigenen Institutionen, politischen Kräfteverhältnissen und kollektiven Erfahrungen aufbauen, die dieses Integrationsprojekt behindern, in bestimmte Richtungen lenken oder zu zerschlagen versuchen (Becker 2016; Becker et al. 2013). Geographie ist wichtig, weil Raumverschiebungen zu Machtverschiebungen führen. So stärkt die EU Organe der Exekutive und schwächt die Legislative; ein gemeinsamer Binnenmarkt sowie der Euro schwächen nationale Handlungsspielräume für Fiskal- und Sozialpolitik (Becker 2002: 254).

Kontexte sind ein bestimmtes raum-zeitliches Umfeld. Doch sie bestehen nicht nur aus vielfältigen Besonderheiten von Orten, Städten, Nationen oder Kontinenten. Sie sind als eine bestimmte Raum-Zeit der Gegenwart immer von Strukturen der Vergangenheit geprägt: Beispiele sind Nationalsozialismus und Ordoliberalismus in Deutschland, Faschismus und Sozialpartnerschaft in

Österreich, Apartheid in Südafrika, Sklaverei in Brasilien. Solche aus der Vergangenheit kommenden, die Gegenwart prägenden Strukturen systematisch zu erfassen, erfordert historisches Wissen.

Politökonom:innen benötigen aber auch eine Theorie kapitalistischer Entwicklung, die die Gegenwart als durch historisch entstandene Strukturen versteht. Joachim Becker akzeptierte niemals das enge Korsett einer „reinen“ Ökonomie. Für seine interdisziplinären Analysen wirtschaftlicher Dynamiken wählte er stattdessen die französische Regulationstheorie. Diese benutzte er für zwei Zielsetzungen: Er suchte einerseits nach Strukturen mit einer möglichst großen – nationalen oder globalen – Reichweite. Besondere Aufmerksamkeit widmete er daher Geld und Finanzmärkten (vgl. den Beitrag von Vanessa Redak in diesem Band). Andererseits interessierten ihn die jeweiligen historischen und geographischen Besonderheiten von Institutionen, allen voran die länderspezifische politische Regulation des Lohn- und Konkurrenzverhältnisses.

Territorium

Die Regulationstheorie untersucht Phasen stabiler wirtschaftlicher Entwicklung sowie die Krisen, die durch deren Ende hervorgerufen werden. Sie entstand als eine Kombination aus marxistischen und keynesianischen Theorien in einer bestimmten politökonomischen Konjunktur, d.h. einer konkreten Raum-Zeit der 1970er Jahre in Frankreich. Dieser Moment war geprägt durch das Ende einer jahrzehntelangen Phase prosperierender Nachkriegsentwicklung, dem „Fordismus“, und dem Beginn einer Krise ebendieser fordistischen Entwicklungsweise.

In der Raumwissenschaft wurde diese Krise der 1970er Jahre auch als Krise eines vereinheitlichenden Raumkonzepts verstanden (Gregory/Urry 1985). Da sie mit unterschiedlichen Raumkonzepten arbeitete, kam die Regulationstheorie auch zu unterschiedlichen Krisenerklärungen. Im Pariser Ansatz der Regulationstheorie steht ein bestimmtes Territorium, der Nationalstaat, im Zentrum (Becker 2002: 222ff.). Für eine bestimmte Zeit und einen bestimmten Raum deckten sich der ökonomische und der politische Raum, was solide gesellschaftliche Kompromisse, insbesondere zwischen Arbeit und Kapital, ermöglichte (Becker 2002: 279). Oftmals wurde und wird an der Pariser Schule der Regulationstheorie kritisiert, dass sie bloß für den Sonderfall französischer Territorialentwicklung in der Mitte des 20. Jahrhunderts relevant sei. Das Territorium als abgegrenzter Raum sei in Zeiten eines dominanten globalen Verflechtungsraumes, von Netzwerken, Finanzmärkten und Internet, zunehmend obsolet. Raumanalysen „beyond the territorial cage“ (Mahon/Keil 2009: 10) seien notwendig.

Es gab aber auch einen, weit weniger rezipierten, Grenobler Ansatz, der Produktivsysteme untersuchte, konkret das französische Kolonialreich mit seinem europäischen Zentrum und der afrikanischen Peripherie. Dieser Ansatz, der sich stark an der Polarisierungstheorie des Regionalökonom Perroux anlehnte, untersuchte wirtschaftliche Verflechtungen als Machtbeziehungen (Becker 2002: 204ff.). Dies weist Ähnlichkeiten zur Dependenztheorie auf (Cardoso/Faletto 1976). Indem Becker von Anfang an beide Ansätze, und nicht bloß den breit rezipierten Pariser, berücksichtigt, vermied er in seinen Analysen einen „methodologischen Nationalismus“.

Von den 1990er Jahren an dominierte ein Raumverständnis, dem zu Folge die Welt durch die Globalisierung zu einem großen Verflechtungsraum geworden sei. Es sei einzigartig und neu, dass durch Internet, Welthandel und globale Finanzmärkte Raum als ein Netzwerk an Beziehungen den Raum als Territorium, als abgegrenzten politischen Raum, verdränge (Castells 1996). Andere Erklärungen sahen ein Aushöhlen des Nationalen durch eine Doppelbewegung von Globalisierung und Lokalisierung, Glokalisierung genannt (Swyngedouw 1997). In unserer Forschung widersetzten wir uns dieser These, die von Politiker:innen begeistert aufgegriffen wurde, der zufolge sich das Territorium aufgrund eines globalen Standortwettbewerbs dem ökonomischen Verflechtungsraum untergeordnet habe.

Von 1998 bis 2001 arbeiteten wir gemeinsam in einem von mir geleiteten FWF-Projekt zu „Economic Restructuring and Local Governance in Europe and Latin America – Zum Zusammenhang der Entwicklung von ökonomischem Raum und der Territorialität und Form politischer Regulierung: Eine komparative Untersuchung von Europäischer Union/Österreich/Wien und Mercado Común del Sur/Uruguay/Montevideo“. Ziel des Projekts war eine raum-zeit-sensible politökonomische Analyse, die kontinentale Integrationsprojekte (EU und Mercosur), Nationen (Österreich und Uruguay) und Städte (Wien und Montevideo) miteinander verglichen. Untersuchungsgegenstand unseres regulationstheoretischen Zugangs war das Verhältnis von ökonomischen und politischen Räumen, konkret von wesentlich ökonomisch dominierten Verflechtungsräumen und politisch-juristisch konstituierten Territorien.

In Beckers Habilitationsschrift firmiert „Territorium“ neben „Akkumulation“ und „Regulation“ im Titel. Um Kapitalismus im 21. Jahrhundert zu verstehen, brauche es auch eine Theorie des Territoriums. Schon frühzeitig erkannte Becker die Widersprüche eines Raumverständnisses, das sich in den 1990er Jahren im vermeintlichen Siegeszug der neoliberalen Globalisierung manifestierte. Globalisierung, d.h. die Auflösung von Territorien, wurde damals nicht nur von liberalen Apologeten als natürliche und alternativlose Weiterentwicklung einer gescheiterten nationalstaatlichen Entwicklungsstrategie angesehen. Feierten die Rechten den Siegeszug der neoliberalen Globa-

lisierung, z.B. im World Economic Forum in Davos (Fukuyama 1992), hofften viele Linke auf eine „andere“ Globalisierung, eine Alternative zum „Empire“ (Hardt/Negri 2000), z.B. in den Weltsozialforen (Teivainen 2002). In unserem Forschungsverbund an der WU waren wir hier deutlich vorsichtiger, zweifelten wir doch an der Auflösung von Zeit („Ende der Geschichte“) und Raum („Weltmarkt“) in einem universellen, globalisierten Kapitalismus, aber auch an überzogenen Hoffnungen auf eine emanzipatorische globale Zivilgesellschaft (Brand/Wissen 2005). Wir kritisierten insbesondere eine sozial-liberale Modernisierungstheorie, wonach eine Höherentwicklung hin zu einem westlichen Modell von Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechten das Ziel erfolgreicher Modernisierung sei (Novy 2001b).

Um zu erklären, warum Territorium in Beckers Habilitation einen so zentralen Platz einnimmt, ist es notwendig, die explizite, aber insbesondere die implizite Räumlichkeit der regulationstheoretischen Konzepte herauszuarbeiten. Anfangs untersuchte die Regulationstheorie rückblickend drei Jahrzehnte ungewöhnlich stabiler kapitalistischer Akkumulation im nationalen Territorium der USA (Aglietta 2015) und Frankreichs (Lipietz 1977), wissend, dass kapitalistische Produktivkraftentwicklung zu fortgesetzten gesellschaftlichen Umwälzungen, technologischen Innovationen und sozialen Verwerfungen führt. Krise ist demnach eigentlich der Normalzustand kapitalistischer Entwicklung. Wie ist es nun möglich, so das Forschungsinteresse der Regulationist:innen, dass es in dieser krisenanfälligen Produktionsweise zu relativ stabilen Phasen der Akkumulation kommt, in der die Produktion in gewohnten Bahnen abläuft und Menschen Routinen entwickeln, ihren Alltag organisieren und einer geregelten Arbeit nachgehen? Möglich wird dies, so die Kernthese der Regulationstheorie, indem ein relativ stabiles Akkumulationsregime durch bestimmte institutionelle und strukturelle Formen abgesichert wird. Zu diesen zählen bei Robert Boyer (1987) das Lohnverhältnis, die Form der Konkurrenz, die Geldbeschränkung, die Form des Staates und die Form der Eingliederung in das internationale Regime.

Aufgrund des „kapitalismusinherenten Zwang[s] zur Akkumulation“ (Becker 2002: 61) braucht es ein Akkumulationsregime, um Produktion und Finanzierung, Konsum und Verteilung nach möglichst stabilen Regeln zu organisieren. „Massenproduktion für den Massenkonsum“ war so ein zentrales Ordnungsprinzip des Fordismus. Um stabile Akkumulation zu ermöglichen, benötigt es ökonomische und nicht-ökonomische Institutionen und Strukturen – z.B. Kollektivverträge, die Reallohnsteigerungen sicherstellen und damit Massenkonsum ermöglichen. Die Pariser Schule der Regulationstheorie unterschied, basierend auf der Grundlagenarbeit von Michel Aglietta (2015), einzig zwischen einer extensiven und einer intensiven Akkumulation. Erstere zielte auf die Ausweitung kapitalistischer Produktion, z.B. durch neue Fabri-

ken und neue Plantagen, letztere auf Produktivitätssteigerungen. Schon diese Typisierungsachse hatte räumliche Implikationen, da sie kapitalistische Landnahme unterschiedlich organisierte – durch Ausweitung der Räume kapitalistischer Produktion, z.B. durch Kolonisierung und Infrastrukturausbau, sowie durch die intensivierte Nutzung bestehender Räume, z.B. durch Taylorismus und Pestizide.

Joachim Becker ergänzt diese Typisierungsachsen der Akkumulation um zwei weitere, mit wichtigen räumlichen Implikationen: Erstens eine extravertierte, d.h. außenorientierte, und eine intravertierte, d.h. binnenzentrierte, Akkumulation (Becker 2002: 70). Mit dieser konzeptionellen Innovation, Außen- und Binnenorientierung von Waren-, Produktions- und Geldkapital zu untersuchen, integriert Becker dependenztheoretische Überlegungen in die Regulationstheorie. Der Fokus auf das Territorium des Nationalstaats, das vor allem die Pariser Schule auszeichnet, wird so um Theorien des ökonomischen Verflechtungsraums als hierarchisch organisierte Weltwirtschaft ergänzt. So hatte die Weltwirtschaftskrise nach 1929, definitiv eine (zeitliche) Zäsur, auch eine räumliche Dimension. Der teilweise Zusammenbruch des Welt Handels und der weitgehende Zusammenbruch des Weltfinanzsystems nach dem Ende des Goldstandards ermöglichten eine größere Autonomie nationaler Akteure gegenüber externen Kräften – vor allem auch an der Peripherie der Weltwirtschaft. Beispiele sind das Südliche Afrika, Indien, die Türkei und Lateinamerika in den 1930er und 1940er Jahren im Gefolge von Weltwirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg (vgl. den Beitrag von Aslı Odman in diesem Band).

Die dritte Typisierungsachse beruht auf der Unterscheidung zwischen produktivem und fiktivem Kapital. Produktives Kapital ist immer ortsgebunden und daher zumindest kurzfristig immobil, weshalb es oftmals gezwungen ist, zumindest vorübergehende Bündnisse mit Beschäftigten und der lokalen Bevölkerung zu schließen. Dies erklärt den Klassenkompromiss im Fordismus. Fiktives Kapital, allen voran Finanzkapital, ist mobiler und daher wesentlicher Treiber wirtschaftlicher Globalisierung, sei dies vor dem Ersten Weltkrieg oder nach dem Zusammenbruch des Systems fixer Wechselkurse mit dem Ende des Bretton Woods Systems 1973. In Anlehnung an Arrighi (1994) und Chesnais (2004) sieht Joachim Becker die „starke Aufblähung von Finanzanlagen“ (Becker 2002: 74) an sich kritisch, da die Autonomie der Finanzwelt gegenüber der Sphäre der Produktion immer beschränkt bleibt, da ihre Rentabilität langfristig von der des produktiven Kapitals abhängt. Daher widmete sich Becker intensiv den diversen Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte (Becker et al. 2003, 2013, 2015).

Wiewohl es Weiterentwicklungen der institutionellen und strukturellen Formen der Regulation gegeben hat (Boyer/Saillard 1995; Brand/Raza 2003),

ist Joachim Beckers Kritik im angelsächsischen Raum ignoriert und im deutschsprachigen Raum nicht systematisch aufgegriffen worden. Dabei gibt es gute Gründe, dem Staat eine Sonderrolle zuzuweisen, da er wesentlich andere Institutionen wie Geld, Lohn- und Konkurrenzverhältnisse strukturiert. Außerdem beschränkt sich die Räumlichkeit einer Regulationsweise nicht darauf, wie eine nationale Ökonomie in das internationale Regime eingebunden ist. Auch das Geldregime, Lohn- und Konkurrenzverhältnisse haben räumliche Dimensionen (Becker 2002: Kap. 6).

Konjunktur

Joachim Becker ist bekannt für seine kritischen Analysen zu tagesaktuellen Themen, von Analysen der wirtschaftlichen Konjunktur, von Wahlergebnissen, Kriegen und Sanktionspolitik. Wiewohl sich Becker einem simplen Ökonomismus verweigert, nimmt die ökonomische Analyse immer einen zentralen Platz ein, da eine funktionierende Wirtschaft konstitutiv für ein gutes Leben ist. Wirtschaften als die Organisation der Lebensgrundlagen (Polanyi 1977) findet im Kapitalismus immer in durch Profit- und Akkumulationsinteressen geprägten Strukturen statt. Gerade weil diese ökonomischen Strukturen problematisch sind, ist deren Analyse notwendig, um Handlungsspielräume für die Ermächtigung unterdrückter und benachteiligter Gruppen zu identifizieren (Becker 2002: 248). Daher gab und gibt sich Becker nicht damit zufrieden, auf die Herausbildung einer neuen Regulationsweise als „Fundsache“ (Lipietz 1992), gleichsam als Zufallsprodukt zu hoffen (Becker 2002: Kap. 6). Ziel seiner vielfältigen Fallstudien auf lokaler, nationaler und supranationaler Ebene war und ist, mit Hilfe einer kontextsensiblen Analyse von Strukturen und Akteuren Handlungsspielräume für eine alternative Wirtschaftspolitik zu erarbeiten.

In Wien konkretisierte und vertiefte Becker somit ein Forschungsinteresse, welches er durch die Beschäftigung mit dem südlichen Afrika in den 1980er Jahren entdeckt hatte (vgl. den Beitrag von Ingeborg Wick in diesem Band). Im Vorwort seiner Habilitationsschrift hält er fest, was ihn schon damals angetrieben hat: „Es ist die Frage nach den Spielräumen für eine alternative Wirtschaftspolitik in jeweils spezifischen zeitlichen und räumlichen Kontexten“ (Becker 2002: 5). Joachim Becker interessieren daher vor allem die „großen Krisen“, in denen die politische Lage relativ offen ist, weil die stabile Akkumulation stockt und Akteure nicht länger gewohnte Institutionen reproduzieren. Das Alte bricht zusammen, Neues kann entstehen. Dies war nach 1929 der Fall, als die liberale Weltwirtschaftsordnung zusammenbrach und Raum eröffnete für stärker binnenwirtschaftlich ausgerichtete Akkumula-

tionsstrategien. In den Zentrumsländern führte dies zum Fordismus, der auf Massenproduktion für den Massenkonsum aufbaute, und in dem mit Vollbeschäftigung und dem Ausbau eines Sozialstaats für einige Jahrzehnte ein demokratischer Kapitalismus auf einem Klassenkompromiss fußte. An der Peripherie waren es durch Entkolonialisierung und einer Politik der Importsubstitution ebenfalls binnenwirtschaftliche Strategien, wobei Vollbeschäftigung, Demokratie und Sozialstaat nur prekär verwirklicht wurden – es war ein „peripherer“ Fordismus (Becker et al. 2007).

Mit der Krise des Fordismus, dem Ende von Bretton Woods sowie der Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (Veit/Fuchs 2023) kam es in den 1970er Jahren erneut zu einer großen Krise, in deren Folge sich Akkumulation und Regulation änderten. Dieser Bruch verlief jedoch gänzlich anders. Politisch brachte er in Chile Augusto Pinochet (1973), im Vereinigten Königreich Margaret Thatcher (1979) und in den USA Ronald Reagan (1980) an die Macht. Die Schuldenkrise, die 1982 mit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos startete, traf vor allem die peripheren Ökonomien; in den Zentrumsökonomien begann eine schrittweise Neoliberalisierung, die die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen des Fordismus aushöhlte.

Geprägt war unser Forschungsverbund in dieser Konjunktur einer vermeintlichen großen Krise von den Möglichkeiten progressiver Krisenbearbeitung wie nach 1930. Methodisch beeindruckten uns vor allem lateinamerikanische Analysen, insbesondere diejenigen des brasilianischen Politökonomen José Luis Fiori. Fiori (1995) analysierte, ähnlich wie die Regulationstheorie, rückblickend die nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise Brasiliens als eine Form konservativer Modernisierung, eines Klassenkompromisses der Eliten. In seiner Analyse aktualisiert er Konjunkturanalysen, wie sie Marx zum Beispiel im „18. Brumaire“ vorgenommen hat, um den Aufstieg Napoleon III. zum Kaiser Frankreichs zu untersuchen (Marx 1965). Demnach ist Konjunktur eine spezifische Raum-Zeit, der gegenwärtige Moment im Fluss struktureller Entwicklungen (Fiori 1995: 12ff.). Die Geschichte ist kurzfristig offen, bewusste politische Gestaltung hat größere Erfolgsaussichten als in Zeiten stabiler Akkumulation. In solchen Momenten gewinnt das Handeln gegenüber Strukturen an Bedeutung.

Jedoch wurden Spielräume positiver Veränderungen durch die neoliberale Globalisierung zusehends kleiner: Basierend auf den historischen Erfahrungen Wiens stellten wir 1999 fest: „Allgemein kann man aus dem Wiener Beispiel schließen, dass eine heterogene Regionalentwicklung eine notwendige, aber keine ausreichende Bedingung für eine Abweichung des lokalen vom nationalen Staatsprojekt ist. Es scheint, dass linke und alternative Kräfte nur dann ein lokales Gegenprojekt etablieren können, wenn der nationale Block keine Massenakzeptanz für sein Projekt erreicht und die Gegenkräfte diese

Schwäche zur Entwicklung eines eigenen Projektes nutzen können. Diese Bedingungen scheinen gegenwärtig nicht gegeben.“ (Becker/Novy 1999a: 13f.). Aber auch im aktuellen Kontext blieb Becker bestrebt, Handlungsfähigkeit nicht auf dominante Akteure, insbesondere Kapitalfraktionen, zu reduzieren, sondern weiterhin auch Handlungsspielräume für Unterdrückte und Benachteiligte auszuloten (Becker 2002: 248).

Ein paar herausragende Erkenntnisse seiner Konjunkturanalysen möchte ich abschließend festhalten: Erstens untersuchte Becker niemals bloß Nationalökonomien, sondern verband immer mehrere räumliche Ebenen. In unserem gemeinsamen Forschungsverbund wandten wir eine Mehrebenenanalyse an, indem wir einerseits Städte, andererseits regionale Integrationsprojekte wie die EU und Mercosur untersuchten. Die Analysen Montevideos (Becker et al. 2001) und Wiens (Becker/Novy 1999a, 1999b) untersuchten Möglichkeiten und Grenzen progressiver Stadtregierungen. Die Erkenntnis, dass ihnen ohne Unterstützung anderer räumlicher Ebenen enge Grenzen gesetzt sind, kann zu einer realistischeren Einschätzung des Handlungsspielraums aktueller städtischer Reformregierungen, wie z.B. dem New Municipalism (Russell 2019; Thompson 2021), beitragen. Unsere städtischen Analysen vermieden nicht nur die Falle, wonach lokale Probleme lokal lösbar seien (Moulaert et al. 2010), sondern grenzten sich auch von „glokalen“ Analysen ab, welche vorrangig lokale und globale Dynamiken untersuchten (Swyngedouw 1997). In unserer, von der Regulationstheorie inspirierten Mehrebenenanalyse wiesen wir der nationalen Ebene immer eine wichtige Rolle zu (Becker et al. 1999).

Eine weitere Erkenntnis ergab sich aus der historischen Analyse der vergangenen 150 Jahre. Statt einzig das Duo „Fordismus – Postfordismus“ zu untersuchen, problematisierte unsere längerfristige Analyse von Anfang an die Einzigartigkeit der Globalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts. Vielmehr zeigten sich Gemeinsamkeiten der liberalen Regulation vor der Weltwirtschaftskrise 1929 mit der Regulation der neoliberalen Globalisierung nach 1980. Gleichzeitig zeigten sich Gemeinsamkeiten der fordistischen Entwicklungsweise des 20. Jahrhunderts in Europa und Lateinamerika in Bezug auf die zentrale Rolle des Nationalstaats – in Westeuropa als nationaler Wohlfahrtskapitalismus und in Lateinamerika als auf Importsubstitution setzender nationaler Entwicklungsstaat (Becker 2004; Becker et al. 2003; Brand/Raza 2003; Novy 2001a). Der Zusammenfall von wirtschaftlichem und politischem Raum hatte nicht nur im Zentrum, sondern auch an der Peripherie positive Effekte. Eine selektive Deglobalisierung könnte vermutlich auch heute progressive Handlungsspielräume an der Peripherie der Weltwirtschaft eröffnen.

Schließlich gehört Joachim Becker zu den Politökonom:innen, die schon früh ökologische Themen aufgegriffen haben (Becker/Raza 2000), und heute

immer wieder deren zentrale Bedeutung hervorheben. Analysen der politischen Ökologie verweisen oft auf das zeitliche Zusammenfallen von Fordismus und der Großen Beschleunigung, die zu technologisch perfektionierter Naturbeherrschung führte (vgl. den Beitrag von Ulrich Brand in diesem Band). Daraus resultiert oft eine Skepsis gegenüber den Institutionen der fordistischen, auf ein Territorium eingegrenzten Regulation, von keynesianischer Geld- und Fiskalpolitik und nationalstaatlicher Wirtschaftsplanung bis zum nationalen Wohlfahrtsstaat und Kapitalverkehrskontrollen. Becker hat demgegenüber immer einen anderen Aspekt des Fordismus betont, nämlich das einzigartige und vorübergehende Zusammenfallen von Akkumulation und Regulation, von ökonomischem Verflechtungsraum und politischem Territorium. „Eine weitgehende Korrespondenz der verdichteten Verflechtungsräume mit den Hauptebenen der vier strukturellen Formen der Regulation ist eine historisch kontingente Möglichkeit. ... Die räumlichen Korrespondenzen können als einer der Stabilitätsfaktoren des Fordismus angesehen werden“ (Becker 2002: 283). Dass im Fordismus progressive Reformen möglich waren, verdankte sich einem Grenzregime, das Kapitalmobilität, insbesondere von Produktions- und Geldkapital, beschränkt (Becker 2002: 266). Dies ermöglichte einen Klassenkompromiss, der auch von der Systemkonkurrenz durch den sowjetischen Staatssozialismus profitierte. Da Kapitalverkehrskontrollen und Systemkonkurrenz heute fehlen, haben sich die Kräfteverhältnisse stark zur Seite des Kapitals verschoben. Wirtschaftliche Macht, die keine politische Kontrolle akzeptiert, höhlt gegenwärtig die politische Gestaltung in demokratischen Territorien aus. Staatsbürgerliche Rechte, die an ein demokratisch-sozialstaatliches Territorium gebunden sind, verlieren an Bedeutung (Becker 2002: 247). Die Bedingungen für progressive Politik sind aktuell denkbar ungünstig.

Zusammenfassung

In diesem Artikel versuchte ich zu zeigen, dass Joachim Beckers Werk auch als Reflexion über Raum und Zeit gelesen werden muss. Seine wichtigen historischen und tagesaktuellen Beiträge unterscheiden sich von vielen ökonomischen, aber auch einigen politökonomischen Studien durch seine kontext-sensiblen Analysen, die Politik in konkrete raum-zeitliche ökonomische Strukturen einbetten sowie ökonomische Entwicklungen durch konkretes raum-zeitliches politisches Handeln erklären. Nicht zuletzt diese Sensibilität macht Joachim Becker zu einem herausragenden öffentlichen Intellektuellen der Gegenwart.

Literatur

- Aglietta, M. (2015): *A theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, New York: Verso.
- Arrighi, G. (1994): *The Long Twentieth Century: Money, Power, and the Origins of Our Times*, New York: Verso.
- Becker, J. (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg: Metropolis.
- Becker, J. (2004): Konjunkturen des „Entwicklungsstaates“, in: Fischer, K. Hödl, G. Maral-Hanak, I. Parnreiter, C. (Hg.), *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*, 145-159, Wien: Mandelbaum.
- Becker, J. (2016): Rechte Europa-Konzepte, in: *Kurswechsel*, 4, 12-27.
- Becker, J., Fischer, K., Imhof, K., Jäger, J., Staritz, C. (2007): Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung, in: Becker, J., Imhof, K., Jäger, J., Staritz, C. (Hg.), *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*, 7-62, Wien: Mandelbaum.
- Becker, J., Fischer, K., Jäger, J. (2003): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, XIX(3), 6-18.
- Becker, J., Heinz, R., Imhof, K., Küblböck, K., Manzenreiter, W. (Hg.) (2003): *Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft*. Wien: Promedia.
- Becker, J., Jäger, J., Raza, W. (2001): *Economía política de Montevideo. Desarrollo Urbano y Políticas Locales*. Montevideo: Coscoroba.
- Becker, J., Jäger, J., Weissenbacher, R. (2013): Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung: Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXIX(3), 34-54.
- Becker, J., Jäger, J., Weissenbacher, R. (2015): Uneven and dependent development in Europe, in: Jäger, J., Springler, E. (Hg.), *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures: Critical Political Economy Post-Keynesian Perspectives*, 81-97.
- Becker, J., Novy, A. (1999a): Chancen und Grenzen alternativer Kommunalpolitik in Wien – Ein historischer Überblick, in: *Kurswechsel*, 2, 5-16.
- Becker, J., Novy, A. (1999b): Divergence and Convergence of National and Local Regulation: The Case of Austria and Vienna, in: *European Urban and Regional Studies*, 6(2), 127-143.
- Becker, J., Novy, A., Redak, V. (1999): *Austria between East and West*, SRE-Discussion 69, Vienna University of Economics and Business Administration.
- Becker, J., Raza, W. (2000): Political Ecology and Theory of Regulation: An inevitable separation?, in: *Économies et Sociétés, série „Théorie de la Régulation* (11), 55-70.
- Boyer, R. (1987): *La théorie de la régulation: Une analyse critique*, Paris: La Découverte.
- Boyer, R., Saillard, Y. (1995): *Regulation Theory: The state of the art*, London: Routledge.
- Brand, U., Raza, W. (2003): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Brand, U., Wissen, M. (2005): Neoliberal Globalization and the Internationalization of Protest: A European Perspective, in: *Antipode*, 37(1), 9-17.
- Cardoso, F. H., Faletto, E. (1976): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Castells, M. (1996): *The Rise of the Network Society*, Oxford: Oxford University Press.
- Chesnais, F. (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime: Theoretische Begründung und Reichweite, in: Zeller, C. (Hg.), *Die globale Enteignungsökonomie*, 217-254, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Fiori, J. L. (1995): *O vôo da coruja. Uma leitura não-liberal da crise do estado desenvolvimentista*, Rio de Janeiro: EdUERJ.
- Fukuyama, F. (1992): *The End of History and the Last Man*, New York: Free Press.
- Gregory, D., Urry, J. (1985): *Social Relations and Spatial Structures*, London: Mac-Millan.
- Hardt, M., Negri, A. (2000): *Empire*, Cambridge: Harvard University Press.
- Lipietz, A. (1977): *Le Capital et son espace*, Paris: Maspéro.
- Lipietz, A. (1992): Allgemeine und konjunkturelle Merkmale der ökonomischen Staatsintervention, in: Demirovic, A. (Hg.), *Hegemonie und Staat*, 182-202, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Mahon, R., Keil, R. (2009): Introduction, in: Keil, R., Mahon, R. (Hg.), *Leviathan Undone? Towards a Political Economy of Scale*, 3-23, Vancouver: UBC.
- Marx, K. (1965): *Der 18te Brumaire des Louis Napoleon*, Kempten: Allgäuer Heimatverlag.
- Moulaert, F., Swyngedouw, E., Martinelli, F., Gonzalez, S. (Hg.) (2010): *Can Neighbourhoods Save the City? Community Development and Social Innovation*, New York: Routledge.
- Novy, A. (2001a): *Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes*, Wien: Promedia.
- Novy, A. (2001b): Unmasking Globalisation: From Rhetorics to Political Economy. The Case of Brazil, in: *The Cambridge Review of International Affairs*, 14(2), 290-307.
- Polanyi, K. (1977): *The Livelihood of Man*, New York: Academic Press.
- Russell, B. (2019): Beyond the Local Trap: New Municipalism and the Rise of the Fearless Cities, in: *Antipode*, 51(3), 989-1010.
- Swyngedouw, E. (1997): Neither global nor local: 'Glocalization' and the politics of scale, in: Cox, K. R. (Hg.), *Spaces of Globalization: Reasserting the Power of the Local*, 137-166, New York: Guilford.
- Teivainen, T. (2002): The World Social Forum and global democratisation: Learning from Porto Alegre, in: *Third World Quarterly*, 23(4), 621-632.
- Thompson, M. (2021): What's so new about New Municipalism?, in: *Progress in Human Geography*, 45(2), 317-342.
- Veit, A., Fuchs, D. (Hg.) (2023): *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die „New International Economic Order“ und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen*, Bielefeld: transcript Verlag.

Praktische und theoretische Territorien Joachim Beckers: Wege eines intellektuellen Lebens

Aslı Odman

Im Wintersemester 1994, ein paar Monate nach dem Beitritt der Türkei zur Zollunion der EU und vor dem EU-Beitritt Österreichs, kam ich als 19-jährige angehende Studentin der Volkswirtschaftslehre nach Wien. Als Stipendiatin der Österreichischen Schule in Istanbul hatte ich das Privileg, studieren zu können, was immer ich wollte. Diese Freiheit machte mich schwindelig, denn in der Türkei, wo ein zentralisiertes, dreistündiges Multiple-Choice-Prüfungssystem, das auf Auswendiglernen und Technik basierte, den Zugang zur Universität monopolisierte, war die Wahl des Studienfachs für junge Menschen ziemlich eingeschränkt. Und als Tochter von Eltern, die die 1968er-Bewegung und ihren damaligen Aktivismus sehr idealisierten, wollte ich mir die Wirtschaftswissenschaften aneignen, um „die Gesellschaft zu verstehen“, um sie – mit einer für diese frühe Lebensphase eher typischen, übermütigen Lebenseinstellung – zu verbessern, egalitärer und gerechter zu gestalten. Das Studium der Ökonomie schien mir dafür gleichermaßen Schlüssel, Voraussetzung und auch Abkürzung zu sein. Schnell realisierte ich, dass weder das Idealbild der türkischen Modernisierung – nämlich die Annahme einer fast ausschließlich positiv und progressiv bewerteten „westlichen Zivilisation Europas“ – noch die Möglichkeit einer raschen Aneignung eines besseren Verständnisses der Gesellschaft den Lebensrealitäten in Wien und an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) entsprachen. Joachim Becker war mir in dieser meiner Reise der „produktiven Enttäuschungen“ ein wichtiger Begleiter, lebenslanger Mentor, Diskussionspartner und Freund. Im Laufe dieser Reise lösten sich Dualismen wie fixe Zentren und Peripherien, Europa/Okzident und Orient, Staat und Kapital aber auch der zwischen Verstehen und Verändern auf. Daher konzipiere ich diesen Beitrag zur Krönung des Lebenswerkes eines freundlichen Begleiters als Oszillation zwischen Persönlichem und Wissenschaftlichem.

Vielleicht war die erste bittere Einsicht, dass die WU keine Universität der Wirtschaftswissenschaften war, sondern eine der Betriebswirtschaftslehre!

Der Name hatte mich getäuscht! Die gesellschaftspolitisch interessierte Volkswirtschaftslehre war in Bezug auf Curriculum sowie Lehrende und Student:innen eine Minderheit. Auch als Student:innen der Volkswirtschaft mussten wir Kurven verschieben, Angebot und Nachfrage auf Diagrammen ohne Kontextbezug mathematisch erfassen, Englisch für die Unternehmensführung lernen und sogar die Turbo-Pascal-Codierung einer hypothetischen Kaffeemaschine durchführen. Als ich Letzteres mehrmals im Computerlabor der Universität versuchte und daran scheiterte, dachte ich verzweifelt, dass ich das Studium der Wirtschaftswissenschaften an diesem Abend abbrechen und in einen anderen Fachbereich flüchten sollte, wenn nicht überhaupt gleich zurückzukehren nach Istanbul! Wo waren die Gesellschaft, die Arbeiterklasse, das Kapital, die Fabriken geblieben? Meine Suche nach einem sozialwissenschaftlich und an Veränderung interessierten Studium brachte mich sehr früh zur „inhaltlichen Peripherie“ der WU. Erst viel später und durch eigene Erfahrungen bemerkte ich, dass Österreich zu dieser Zeit neoliberaler Veränderungen im Vergleich zur BRD und zu anderen europäischen Universitäten noch „eine viel stärker pluralistische Tradition aufwies“ (Becker 2013: 65).

Unter dem Schirm „heterodoxer Ökonomie“ durfte ich an den „Rändern“ der WU Lehrveranstaltungen besuchen und Intellektuelle kennenlernen, die mich in meinem weiteren intellektuellen Werdegang bis heute tief beeinflusst haben. Meine damalige – eher naive – Neigung zu einem linearen Ursprungsdenken führte mich früh zum Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie, wo ich meinen Horizont bezüglich der Geschichte des Kapitalismus durch die Seminare von Leonhard Bauer und Reinhard Pirker erweiterte. Der nächste Schritt brachte mich zur Tutor:innenausbildung von Luise Gubitzer und ihrem Team. Dort hatten wir schon sehr früh das außerordentliche Privileg, den Studierenden der Betriebswirtschaftslehre im ersten Semester Politische Ökonomie zu vermitteln. Die Lehrveranstaltung nannte sich „Einführung in die Mikro- und Makroökonomie und in die Geschichte des ökonomischen Denkens“. Langsam wurde mir klar, dass die marxistische Ökonomie viel mehr Facetten, Erweiterungen und Weiterführungen hatte, als die mir bekannte erstarrte Idealform. In meinem dritten Jahr trieb mich gerade dieses Gefühl des Mangels sowie die Erkenntnis, dass man immer weniger weiß, je mehr man sich in einen Bereich vertieft, für den man sich begeistert, zu den theoretischen Lehrveranstaltungen von Joachim Becker. Auch die Gesellschaften, Ökonomien und Staaten, die wir verstehen wollen, ändern sich: Die räumliche Umstrukturierung des Weltsystems Ende der 1990er Jahre mit neuen Wirtschaftsblöcken, insbesondere in Europa und Amerika, war unübersehbar. Diese Umstrukturierungen wurzelten nicht nur in Direktinvestitionen, sondern in einer qualitativ neuen Phase der Finanzialisierung. Auch in meinem Heimatland, der Türkei, folgte schon in den 1990er Jahren eine Finanzkrise

auf die nächste, einhergehend mit folgenreichen politischen, ökologischen und sozialen Krisen.

Becker über Fraktionen des Kapitals und als Krisentheoretiker

Diese Fragen trug ich mit im Hinterkopf, als ich die Lehrveranstaltungen von Joachim Becker und jenen anderen Forscher:innen der österreichischen Regulationsschule an der WU besuchte. Zu diesen zählten Andreas Novy, Johannes Jäger, Werner Raza und Vanessa Redak, die alle bis auf Becker im Institut für Raumplanung und Regionalentwicklung (IIR) angesiedelt waren (Odman 2006).¹ Die Lehrveranstaltung über Finanzkapital bei Marx öffnete mir die Augen für die Zusammenhänge zwischen fiktivem und produktivem Kapital und deren Auswirkungen auf real existierende Produktionsverhältnisse. Als sich in den ersten Dekaden des 21. Jahrhunderts die Aufeinanderfolge von Finanzkrisen normalisierte und diese vermehrt mit technokratischen monetären Kategorien analysiert wurden, vermittelte Becker schon damals, dass diese reduktionistische Sichtweise für die Analyse wenig hilfreich sei.

Es prägte mich nachhaltig, zu erfahren, wie eng die unterschiedlichen Formen von Kapital zusammenhängen. Somit konnte mich niemand mehr mit Diskursen über die brillanten Innovationen eines als autonom angenommenen Finanzkapitalismus sowie mit deterministischen Analysen von Finanzblasen überzeugen. Becker fundierte die dialektische Beziehung zwischen produktivem und fiktivem Kapital sowie den jeweiligen historischen Blöcken später in seiner Habilitation mit historischen und gegenwärtigen Beispielen sowie Analysen aktueller Finanzkrisen in verschiedenen nationalen und supranationalen Kontexten (und damit auch in unterschiedlichen Sprachen!) (Becker 2007; Becker 2007b; Becker/Küblböck 2009; Becker et al. 2010; Becker 2010b). 2002, dem Jahr des Abschlusses meines Magisterstudiums in Wien und meiner Entscheidung, in die Türkei zurückzukehren, publizierte er seine Habilitation als Buch (Becker 2002). An die weitsichtige Widmung, die er für mich schrieb, musste ich in den folgenden Jahren oft denken: „Für Aslı, ein abstrakter Blick, hoffentlich auch weiterhin brauchbar für die Analyse der türkischen Gesellschaft“!

Leider stellte sich der Wunsch als richtig heraus. Der abstrakte Blick über die strukturellen Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung in der „Europäischen Peripherie“ (Becker 2016b; Jäger et al. 2016) zeigte sich mehr als

¹ Jetzt nennt sich diese Institution „Institut für Räumliche und Sozial-Ökologische Transformationen (ISSET)“, was unter anderem auch auf die Erneuerung und Erweiterung der Inhalte hinweist.

einmal geeignet für die Analyse der Türkei. Seine Analysen, die auf stabilen Beinen des dialektischen und historischen Materialismus gründeten, der theoretische Zugang, mit dem er sich die Sprachkenntnisse des jeweiligen Landes aneignete, um in der Originalsprache lesen zu können, das unerschöpfliche Interesse an sozio-kulturellen Partikularitäten – trotz und auch gerade wegen des stark typisierenden Denkens –, enge Kontakte mit kritischen Intellektuellen des jeweiligen Landes sowie seine Treue und Verlässlichkeit, all dies trug zu dieser hohen Analysefähigkeit bei.

Joachim Becker hat mit seinem fundierten theoretischen Rahmen und tiefen geschichtlichen Kenntnissen über die kapitalistischen Entwicklungen sowohl wissenschaftlich als auch journalistisch publiziert. Die erstaunliche geographische Reichweite seines Schaffens verdankt sich seiner Beharrlichkeit, die Analyse von Kapitalismen, von Strukturen und von Konjunkturen vergleichbar zu machen. Dieser Praxis inhärent ist eine implizite Kritik der „area-studies“-Mentalität mit ihren stabil und isoliert angenommenen Kultureinheiten und ihrem immanenten Kulturalismus. In dem Artikel, den ich über die österreichischen Beiträge zur Regulationsschule verfasste, sah ich darin auch eine der Besonderheiten seiner Analyse, nämlich dass „der geographische Bezug der Analysen die klassischen Kern-EU-Grenzen in einem in den vorherigen empirischen Arbeiten der französischen und deutschen Regulationist:innen noch nie da gewesenen Ausmaß ausweitete, um konkrete und comparative Länderstudien wie Mercosur- und Zentralosteuropa-Staaten miteinzubeziehen.“ (Odman 2006: 80).

Eigentlich stellte für Becker die vergleichende empirische, theoretische und historische Analyse der Krisen eine hoffnungsvolle Art und Weise dar, diese intellektuell und konkret zu „überleben“. Jede Krise, die wir miterlebten, trug mehr zum Rechtsruck und zur Entfernung vom utopischen Kern seiner intellektuell-politischen Vision einer emanzipierten Gesellschaft ohne „vertikalen Klassenkonflikt und horizontale Konkurrenzbeziehung“ bei (Becker/Odman 2004: 84).

Inspiziert von den „österreichischen“ Rezeptionen der Regulationstheorie veröffentlichten wir als Gruppe junger Politökonom:innen aus Wien und Frankfurt, die frisch von der Universität kamen, mit einer vergleichenden Perspektive einen Sammelband über die türkische Finanzkrise (Ataç et al. 2002). Die Inspiration gründete inhaltlich und politisch in einem tiefen Glauben an die Möglichkeit eines egalitären und solidarischen wissenschaftlichen Austausches zwischen Generationen, Ländern und Sprachen. Von den Freund:innen, die ich in dieser produktiven Phase der gemeinsamen Inspiration kennengelernt und mit denen ich die Leidenschaft für diese Themen teilte, interessierte sich İlker Ataç mehr für die ideologischen Reflexionen dieser Umwälzungen und Ulaş Şener mehr für die Komplexitäten der Geldpolitik. Und ich

konnte mich meiner Obsession der Erklärung der „historischen Ursprünge“ und der materiellen und ökologischen Aspekte des Produktionsprozesses widmen. Dass diese Arbeits- und Freundschaftskontexte lebendig und nachhaltig geblieben sind, verdankt sich auch der Ernsthaftigkeit und Leidenschaft, mit der Joachim Becker Konzepte, konkrete Analysen, Sprachen und soziale Relevanz zusammenzubringen wusste. Diese Nachhaltigkeit wird leider in der Wissenschaft von Tag zu Tag seltener und muss daher als besonderer Aspekt hervorgehoben werden. Die Wahlverwandtschaft, die sich aus diesen gelebten Prinzipien und Praxen ergab, erwies sich als solide und ermöglichte Geduld gegenüber realen Entwicklungen, die unsere Analysen bestätigten, aber sich gleichzeitig in die entgegengesetzte Richtung unserer Hoffnungen zu bewegen schienen.

Joachim Becker war der „geduldige“ Schattenbetreuer meiner beiden akademischen Arbeiten, sowohl der Diplomarbeit über den Vergleich der ökonomischen Nationalismen der 1930er Jahre in Mexiko und der Türkei als auch meiner, sich über zwanzig Jahre streckenden, Dissertation über die Ford-Fabrik in Istanbul in ihren globalen Verflechtungen während der Zwischenkriegszeit. Nicht nur das Interesse an Lateinamerika, das schon sehr früh während meiner Studienzeit in Wien begann, sondern auch an der lateinamerikanischen Dependenztheorie und später an Raumfragen blieben Gemeinsamkeiten und Inhalte unseres langjährigen theoretischen und historischen Austausches. Der Kern der Dependenztheorie würde später für die Analyse vom „alten Zentrum Europa“ von Becker und Jäger „mit Erkenntnissen aus der Weltsystemtheorie und der Regulierungstheorie umgearbeitet und genutzt werden. „Dies ermöglichte es [...], die europäischen Entwicklungen und den Prozess der europäischen Integration vor dem Hintergrund globaler historischer Entwicklungen und des sich wandelnden Kapitalismus zu analysieren.“ (Becker/Jäger: 2016a: 94) Darüber hinaus bildeten sich Anfang des 21. Jahrhunderts neue Zentren und Peripherien und damit auch neue hegemoniale Verhältnisse außerhalb der national fixierten Staatsgrenzen, nämlich Geld- und Zollgrenzen, nicht-territoriale Grenzen, die an bestimmte Klassifikationsmerkmale wie Sprache, Ethnizität, Religionszugehörigkeit und Konfession gebunden waren. Diese krisenhaften Entwicklungen, die sich ziemlich rasch nach der optimistischen EU- und Euro-Integration intensivierten, überraschten die Mainstream-Ökonom:innen und Politikwissenschaftler:innen mit ihrem beschränkten theoretischen Handwerkszeug (Becker 2013: 67).

*Raum und Territorialität jenseits des fixierten
Zentrum-Peripherie-Dualismus*

Becker ist einer der Forscher:innen, die die marxistische Theorie mit Hilfe der Regulationstheorie raumkritisch überarbeiteten. Seine verfeinerten Konzepte hat er auf mehrere Ebenen der territorialen Restrukturierung angewandt. Die zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Räumen trotz der strukturellen Widersprüche kapitalistischer Gesellschaftsformationen relativ stabile Akkumulation und Regulation war für ihn keine Annahme, sondern die aufzulösende Forschungsfrage. Seine Forschung untersuchte dann die Formation und Deformation bestimmter institutioneller und struktureller Formen und ihre kontextbedingten Dynamiken in Raum und Zeit. Doch interessierte Becker Stabilität weniger, weder in seinen Analysen noch in seinem Alltag, den er als Weltbürger miterlebte.

Die Analyse der Akkumulationsregime und Regulationsweisen und ihre Beziehungen zueinander konkretisierte er anhand der Analyse von Territorialitätsregimen. Dieses analytische Instrumentarium war sehr hilfreich zum Verständnis der ungleichen Integrationsprozesse in der EU und in Südamerika. Dieser Ansatz stand in krassem Gegensatz zur politischen und ideologischen Analyse der EU-Integration. Diese Analysen hatten a priori einen positiven Blickwinkel, verblieben aber auf der Ebene einer übergeordneten Analyse. Heute zeigt die Karte der Welt wiederum feindliche Wirtschaftsblöcke, regionale Kriege und damit de facto den Misserfolg dieses idealisierten Integrationsverständnisses. Dies zeigt, dass Beckers theoretische Ansätze und empirischen Analysepräferenzen den Test der Zeit besser bestanden haben.

Dass Neoliberalismus zur „immerwährenden Demokratie“ führe, ließ sich Becker niemals einreden. Nach Becker ist die „EU der Vorreiter einer neoliberalen Staatlichkeit in Europa“ (Becker 2025) und diese kapitalgetriebene Internationalisierung war vergleichbar mit derjenigen der Zwischenkriegszeit, als die Kapitaleseite auf die unmittelbarere Durchsetzung ihrer Interessen setzte. Wiewohl man nicht zweimal im selben Fluss baden kann, konnten in einem System, in dem die Grundregeln der Kapitalverwertung fortbestanden, die von der Kapitaleseite gefundenen Lösungen nicht strukturell unterschiedlicher sein.

Relevant waren auch Beckers integrative Analysen über das Zusammenspiel der Raumebenen, die als „Mehrebenenanalysen“ zusammengefasst werden können (Becker et al. 1999). Lokale, nationale, supranationale und internationale Ebenen werden in ihren kaleidoskopischen Beziehungen parallel analysiert, um nicht nur Strukturen, sondern auch Handlungsspielräume zu identifizieren. Die Mehrebenenanalyse des Aufstiegs und der Autonomie der türkischen AKP, die das Land auf der nationalen Ebene seit dreiundzwanzig

Jahren allein regiert und es in ein Präsidialsystem umwandelte, ist viel aussagekräftiger als die vorherrschenden raumblinden politischen Analysen. Der jetzige Präsident wurde anfangs ab Mitte der 1990er Jahre als Bürgermeister von Istanbul groß und lernte in der Praxis die Machttransfers zwischen den Ebenen (Becker 2016). Im März 2025 mussten wir miterleben, wie ein wirtschaftlich stark angeschlagenes, aber international unterstütztes nationales Regime unter der AKP es wagte, den zweifachen Bürgermeister der größten Stadt, dem wirtschaftlichen Herzen des Landes, Istanbul, ins Gefängnis zu werfen, damit er bei den nächsten Präsidentschaftswahlen nicht als Rivale auftritt. Eine Mehrebenenanalyse scheint für das Verständnis des neoliberalen Zentralregimes der Türkei und dessen Vorgehen im Sinne von „learning by doing“ perfekt geeignet zu sein.

Die Hinterfragung, wie sich Grenzen, Klassifikationen, Kapitalinvestitionen und damit Territorien bilden, hat mich nachhaltig in meinem intellektuellen, akademischen und politischen Werdegang beeinflusst. 2004 verfasste ich mit Joachim Becker einen vergleichenden Artikel über die Territorialisierungen nach dem Verfall des Habsburger und des Osmanischen Reichs sowie die damit einhergehenden Dynamiken, Akteure, Konflikt- und Konkurrenzdynamiken (Becker/Odman 2004).

Ich konzentrierte mich in meinen Analysen hauptsächlich auf das Hinterfragen der Formation von Territorien – angefangen vom Raum des Arbeitsplatzes, dem Mikrokosmos des Kapitalismus, bis hin zur Kartographie der Kapitalinvestitionen anhand von globalen Warenketten. Dieser Pfad der Analyse bewegte sich weg von der raumblinden neoklassischen Ökonomie sowie einem erstarrten Vergleich angeblich homogener Nationalstaaten hin zur Analyse der Verflechtungsgeschichte des Kapitalismus der 1930er Jahre mit einer detaillierten Problematisierung eines einzigen Produktionsknotens, nämlich der Ford-Fabrik am Hafen von Istanbul. Meine frühe studentische Inspiration, Kapitalismus, Raum, Konjunktur, Regulierung und Arbeitsplatz integriert zu analysieren, waren entscheidend, um die Steine auf diesem Pfad zu beseitigen.

Diese dynamische Hinterfragung der Territorialität mit Hilfe des Konzepts des horizontalen Konkurrenzverhältnisses sowie die Analyse, wie dies mit der Gründung der türkischen Republik auf kapitalistischer Basis zusammenhing, hat mir bei der gegenwärtigen Analyse der türkischen Politik sehr geholfen. So konnte ich polarisierende und komplizierte Themen wie die Massenabschiebungen der armenischen Bevölkerung 1915 sowie den erzwungenen Bevölkerungsaustausch der osmanischen Griechisch-Orthodoxen in Anatolien und der muslimischen Bevölkerung in Ostgriechenland besser verstehen. In der aktuellen durch eine Kulturkampf-Atmosphäre geprägten Zeit ist es intellektuell und politisch sehr befreiend, die treibenden Kräfte der kapitalistischen

Moderne nicht einzig im Bereich des vertikalen Klassenverhältnisses und einer verzerrten Antiimperialismus-Debatte zu verorten, sondern auch die horizontale Konkurrenz zwischen politisierten ethnisch, geschlechtlich, national, migrantisch und auch generationell definierten Gruppen zu untersuchen. Auch in Bezug auf die EU-Beitrittsdiskussion der Türkei war das Paradigma des „kulturellen Unterschieds“ zwischen den als homogen angenommenen christlichen und islamischen Welten hegemonial. Demgegenüber helfen die Konzeptualisierungen von Joachim Becker, mit einer Mehrebenenanalyse konkrete Konkurrenzpunkte und Klassenverhältnisse zu untersuchen. So kann man eine weitere dualistische Annahme in eine erhellende Forschungsagenda transformieren: Die vermeintlich kulturelle Unterscheidung zwischen Säkularismus und Islamismus gab nämlich niemals den ausschlaggebenden Unterschied zwischen der Basis von AKP und CHP, der größten türkischen Oppositionspartei, in der auch der aktuelle Bürgermeister von Istanbul aktiv ist! Ab 2013, nach der Massenmigration von Millionen von Syrier:innen in die Türkei und nachdem sie massenhaft als billige Arbeitskräfte am türkischen Arbeitsmarkt eingesetzt wurden, wurde dieses horizontale Konkurrenzverhältnis zu einem der neuen Grundsteine der kapitalistischen Entwicklung und des Rechtsrucks, die sich beide hauptsächlich auf Argumente des Kulturkampfes stützten.

Das Basiswissen über die Formation von neuen Territorien und hegemonialen Blöcken konnte und musste ich oft für die Analyse der davor nie dagewesenen radikalisierten Entwicklung in der Türkei benutzen. Die Türkei ist nämlich Teil eines internationalen Verflechtungsraums, der die Investitionen des türkischen Kapitals im post-sowjetischen, nahöstlichen und afrikanischen Raum ebenso strukturiert wie den neuen Extraktivismus, die De-Industrialisierung und die erneute Beschleunigung der Proletarisierung. Ich denke, dass die in Österreich vorgenommene unorthodoxe, minutiös aktualisierte marxistische Theorielektüre mich gegen manche Orthodoxie eines Marx-Positivismus in meinem Heimatland schützte, dem ich öfters in aktivistischen und gewerkschaftlichen Kontexten begegnete.

Becker über den – für die EU – peripheren Forschungskontext Türkei

Ehemalige Student:innen von Becker bauten Brücken zu politökonomischen Diskussionen über Staatstheorie, Krisen und Formen der kapitalistischen Entwicklung zwischen Wien, Frankfurt, Berlin, Istanbul und Ankara. Wenig überraschend hat Becker innerhalb sehr kurzer Zeit Türkisch gelernt, um der lokalen politökonomischen Literatur folgen zu können und an verschiedenen Diskussionszusammenhängen teilzunehmen. Ab Anfang der 2000er Jahre besuchte er mehrere Male Istanbul und Ankara und nahm an politökonomischen

Debatten teil, unter anderem während eines viermonatigen Forschungsaufenthalts 2012, ein Jahr vor dem Gezi-Aufstand in Istanbul. Diese eingebetteten Arbeiten mit konkreten Beziehungen zu kritischen Entwicklungsökonom:innen an der Marmara Universität, der Istanbuler Universität, Staatstheoretiker:innen und Historiker:innen an der Technischen Universität des Nahen Ostens (METU) in Ankara, der Stiftung der sozialen Forschung (SAV) und dem Journal für Ökonomie (İktisat Dergisi) führte zu zahlreichen – sowohl akademischen als auch journalistischen – Schriften über die Türkei, aber auch in türkischer Sprache über Osteuropa, Sozialpolitik nach der Rechtswende und EU-Desintegrationsprozesse (Becker 2004; Ataç/Becker 2016; Becker 2016a; Becker 2019; Becker 2021). Becker hat auch über lange Zeit – wie er es auch in anderen Sprach- und Länderkontexten geschafft hat – in der türkischen freien kritischen Presse regelmäßig theoretisch fundierte aktuelle Analysen publiziert.² Und das tat er an wichtigen Wendepunkten der gesellschaftlichen Entwicklung. Der krisenhafte Wandel an der Peripherie der europäischen Integration, konkret der Türkei, war jedoch auch aussagekräftig für das, was sich in Europa abspielte. Die Krise hat die Widersprüche der Entwicklungsmodelle offengelegt. Ihre ungleiche Ausprägung hat den europäischen Integrationsprozess bis an seine Grenzen belastet (Becker 2016b).

Zu zwei Anlässen war der „Vielschreiber“ besonders aktiv in Bezug auf die Türkei. Noch vor dem Putschversuch und der Hexenjagd auf Friedensakademiker:innen versuchte er, durch Bewusstseinsbildung Solidarität mit ihnen zu fördern (Becker 2016a; Becker 2016d; Ataç/Becker 2016; Becker 2017). Der zweite Zeitpunkt war der Verlust einer gemeinsamen Freundin, Nuray Ergüneş, einer brillanten Politökonomin. Becker und Ergüneş waren sich sehr nahe in ihren Interessen an einer fundierten und holistischen Analyse des Finanzsystems. Als posthume Festschrift für sie verfasste Becker eine engmaschige vergleichende Analyse der finanzialisierten Akkumulationsstrategien in der Türkei und in Ungarn, eine der seltensten Arten von Ländervergleichen (Becker 2019; Becker 2021).

² Zu diesen Zeitschriften und Blogs gehört in der Türkei <https://sendika.org/tag/joachim-becker>, wo er zwischen 2012-2014 regelmäßig, danach zu wichtigen Anlässen über Osteuropa und Zypern publizierte und Wahlanalysen über die Türkei und die EU-Politik verfasste. Das ist in der Art, wenn auch nicht in der Dauer, vergleichbar mit seiner journalistischen Arbeit bei der großen Tageszeitung in Bratislava, der *Pravda*. Auch auf Plattformen wie Slovo, Pravda, Mašina, Delo, Lefteast, Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung schrieb er über zeitgenössische Entwicklungen in der Türkei.

Becker als Polyglott, peripatetischer Denker und Vielschreiber

Wir können bei Joachim Becker von einer hohen Konsistenz zwischen seiner räumlichen (wahrgenommenen, körperlichen) Praxis, seinen (konzipierten, wissenschaftlichen) Raumrepräsentationen und seinen (gelebten, kulturellen) Repräsentationsräumen sprechen. Beckers Werdegang als Polyglott erklärt sich nicht nur mit seinem raren Talent, sondern basiert auch auf einer überzeugten Kritik der neokolonialen, asymmetrischen Beziehungen in der Wissensproduktion zwischen Ländern, Sprachen und universitären und außer-universitären Kontexten. Demgemäß hat er nicht nur in der hegemonialen Sprache der Wissenschaftsproduktion, nämlich auf Englisch, sondern auch auf Spanisch, Französisch, Portugiesisch und Slowakisch geschrieben und auch auf Türkisch, Tschechisch, Polnisch, Serbokroatisch, Italienisch und Swahili gelesen. In einem seiner Artikel, in dem er über das mangelnde Interesse an real existierenden Destabilisierungstendenzen in der europäischen Ökonomie und die sehr schwache Prognosefähigkeit der westeuropäischen Ökonom:innen reflektierte, wies er auf das strukturelle Problem des Neokolonialismus in der Wissenschaftsproduktion in den Zentren hin: „Von ihnen [den osteuropäischen, nicht institutionellen Intellektuellen und Publikationsplattformen] gehen auch Impulse für kritische Sozialwissenschaft, inkl. Ökonomie, aus. Da sie im Wesentlichen in den jeweiligen nationalen Sprachen publizieren, werden sie in den westeuropäischen Ländern bislang kaum wahrgenommen.“ (Becker 2014: 70)

Diese Einsicht und Offenheit für gegenseitige Inspiration erlangte Becker nicht nur am Schreibtisch. Tatsächlich an diese Orte zu gehen und dort intellektuell und mit den Füßen zu wandern, ist ebenso wichtig. Er ist ein peripatetischer Einzeldenker und Schreiber, der in den Städten und Wäldern von Wien, Bratislava, Brno, Ljubljana, Warschau, Montevideo, Istanbul, aber auch in den Grenzregionen zwischen Polen, Ukraine, Slowakei, Ungarn und Serbien wandernd geschrieben hat und schreibend gewandert ist. Es ist, als ob es ihm ein Anliegen ist, nie über die Orte zu schreiben, die er nicht besucht, deren Sprachen er nicht gelernt, mit denen er keine Freundschaften gepflegt und deren soziale Bewegungen er nicht verfolgt hat. Ich kann mir vorstellen, wie dies denkende Wanderungen und wandernde Denkbilder erzeugt hat.

Der Vielschreiber kann es sich nicht leisten – wie man im Türkischen sagt –, „sein Handgelenk kalt werden zu lassen“. Seine intellektuelle Produktion ist tief in der *vita contemplativa* angesiedelt, mit profundem Wissen und Fühlen in vergleichenden Kontexten von tiefen Ungleichheiten, sei es in Südafrika, Österreich, Angola, Slowakei, Ukraine, Zimbabwe, Deutschland, Belgien, Mozambique, Uruguay, Argentinien, Slowenien, Ungarn oder sonst wo. Der grenzübergreifende Querdenker wurde vielleicht auch deswegen zum Viel-

schreiber, weil er sein erstes Schreibtraining in eilenden aktivistischen Kontexten der Antipartheid-Solidarität mit Südafrika erhalten hatte. Zwischen 1988-1992 war er Herausgeber der Zeitschrift Informationsdienst Südliches Afrika. Es ging ihm immer um mehrere Länder, aber letztlich immer wieder um eine zentrale ontologische Konstante: Was steht Gesellschaften im Weg hin zu einem gerechten, emanzipierten und egalitären Leben? Dazu musste man viel schreiben.

„Es waren schlechte Zeiten“³

„Leider sind die Zeiten nicht gut. Prosa verdrängt die Lyrik. Oft kommt mir dieser Tage Heinrich Heine in den Sinn, wenn ich an Euch denke. Deutschland ist hierbei zu ersetzen. Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um meinen Schlaf gebracht“.⁴ So schrieb mir Joachim in einer Mailkorrespondenz im Juli 2016 während der unsicheren, dunklen Periode nach dem Putschversuch in der Türkei (Ataç et al. 2018). Nachdem ich in die Türkei zurückgekehrt war und mir ein Leben als Akademikerin an der Universität und als forschende Aktivistin im Bereich der Arbeits- und Umweltsicherheit aufgebaut hatte, blieben diese „finstere(n) Zeiten“⁵ Hintergrundmusik unserer über zwanzig Jahre andauernden Email-Korrespondenz. Wir hatten uns zu oft und weitgehend Schlechtes über unsere Umgebung zu berichten. Mit dem „Pessimismus des Verstandes und Optimismus des Willens“⁶ wurde Becker mehr und mehr zum Schreibtisch gedrängt, genauso wie Bertold Brecht in einem Gedicht, das er im dänischen Exil verfasste, so schön formulierte: „In mir streiten sich die Begeisterung über den blühenden Apfelbaum. Und das Entsetzen über die Reden des Anstreichers. Aber nur das zweite drängt mich zum Schreibtisch.“⁷

³ Bertold Brecht verfasste „Schlechte Zeiten für Lyrik“ 1939. Brecht: Gesammelte Gedichte. Bd. 2, Frankfurt: Suhrkamp, 743-744.

⁴ Das ist der Auftakt zum Gedicht „Nachtgedanken“, das Heine im Vormärz im französischen Exil 1843 verfasste.

⁵ „In den finsternen Zeiten, Wird da auch gesungen werden? Da wird auch gesungen werden. Von den finsternen Zeiten.“ (Bertold Brecht aus dem Svendborger Gedichte, verfasst 1938, Ausgewählte Werke in 6 Bände. Suhrkamp 1997, Bd. 3).

⁶ So endet der viel zitierte Eintrag von Antonio Gramsci in dem Gefängnisheft von 1935: „Man muss nüchterne, geduldige Menschen schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens“ (Gefängnishefte, Band 9, H. 28, § 11, 2232).

⁷ Brecht, Schlechte Zeiten für Lyrik, 1939.

Ja, es waren schlechte Zeiten. „Für eine bestimmte Zeit und einen bestimmten Raum deckten sich der ökonomische und der politische Raum, was solide gesellschaftliche Kompromisse, insbesondere zwischen Arbeit und Kapital, ermöglichte. [...] möglich wird dies, indem ein relativ stabiles Akkumulationsregime durch bestimmte institutionelle und strukturelle Formen abgesichert wird. Zu diesen zählen das Lohnverhältnis, die Form der Konkurrenz, die Geldbeschränkung, die Form des Staates und die Form der Eingliederung in das internationale Regime.“ (Becker 2002: 269ff.) Alle diese Formen schienen sich radikal und aggressiv zu verändern. Dieses kurze Fenster der Möglichkeiten der Nachkriegsjahrzehnte wurde geschlossen und hinterließ eine Spur von Trümmern. Wir waren dokumentierende Zeugen und zeugende Schreiber dieser Zeit. Sicher auch deshalb war Becker ein „Viel-schreiber“.

Theoretisierend und historisierend folgt er der Gegenwart, ohne sie zu trivialisieren oder auf sie herabzuschauen. Und das nicht nur in den monopolisierten, output-orientierten Publikationen der Wissenschaft, sondern auch in oppositionellen Kontexten verschiedener Länder und Sprachen. Es ist ein

Schreiben gegen den Wind in den höheren Etagen des Elfenbeinturmes, aber auch ein wanderndes Suchen für lebendiges, für Veränderung relevantes Wissen!

Zum vierten Geburtstag meiner Tochter Ida brachte Joachim ihr als Geschenk das Buch „Die blaue Socke“ mit. Die einsame blaue Socke gibt ihre Suche im ganzen Büchlein nicht auf, und wie in vielen Kinderbüchern führt ihre Suche zu einem etwas traurigen, aber spannenden Abenteuer. Vielleicht ist es diese Essenz, die theoretische Texte auf höchstem Abstraktionsniveau und das von Ida sehr geliebte Kinderbuch verbindet: die kollektive Suche verborgen in einem fruchtbar gestalteten individuellen Lebensweg. „Eigentlich bräuchte ich eine Pause.“ Diesen Satz schrieb mir Joachim oft in seinen Mails. Ich hoffe, dass ab jetzt diese Suche sich mit leichteren und langsameren Schritten und leichterem Herz fortsetzt.



Foto: Die Blaue Socke,
Bild von Ida Pérouse Odman,
mit dem Ford-Fahrzeug, 2016

Literatur

- Ataç, I., Odman, A., Şener, U. (2002): Heft: Türkei im Wandel: Finanzkrisen, Politischer Islam, EU-Annäherung, Kritische Geographie 3, Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in Unterricht.
- Ataç, I., Becker, J. (2016): Turkey: The Politics of National Conservatism, in: Journal für Entwicklungspolitik (JEP), 32(1/2), 4-20.
- Ataç, I., Fanizadeh, M., Açar, V. (2018): Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur „neuen“ Türkei, Wien: Mandelbaum.
- Becker J. (2007): Dollarisation in Latin America and Euroisation in Eastern Europe: Parallels and Differences, in: Becker, J., Weissenbacher, R. (Hg.), Dollarization, Euroization and Financial Instability: Central and Eastern Europe between Stagnation and Financial Crisis?, Marburg: Metropolis, 226-243.
- Becker, J. (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationsschule, Marburg: Metropolis.
- Becker, J. (2004): Die Türkei und die EU, Interview von Aslı Odman, in: İktisat Dergisi, <https://bianet.org/haber/ab-genislemesinin-ekonomi-politigi-44316> (abgerufen am 28.03.2025).
- Becker, J. (2010): Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 36(4), 519-542.
- Becker, J. (2013): Der neo-liberale Elfenbeinturm und die Linke. Zu den Produktionsbedingungen der heterodoxen ÖkonomInnen, in: Kurswechsel, 1, 62-73.
- Becker, J. (2014): Transition to Capitalism and Dissolution of Empires: The Habsburg and the Ottoman Empires Compared, in: Mustafa Türkeş (Hg.), The Centenary of the Balkan Wars (1912-1913): Contested Stances, Ankara: Türk Tarih Kurumu, 23-42.
- Becker, J. (2016a): Anatomie des AKP-Regimes, in: Kurswechsel, 3, 94-102.
- Becker, J. (2016b): Europe's other Periphery, in: New Left Review, 99, 39-64.
- Becker, J. (2016c): Financialization, Industry and Dependency in Turkey, in: Journal für Entwicklungspolitik (JEP), 32 (1/2), 84-113.
- Becker, J. (2016d): „Repressionswelle“, in: Alternative, März/April 2016, 31-32.
- Becker, J. (2017): „Permanenter Ausnahmezustand“, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 20. April 2017, 1-4.
- Becker, J. (2018): Birikim stratejileri ve finansallaşma: Türkiye ve Macaristan, in: Karaçimen, E., Yaman, M., Özkaplan, N., Oğuz, Ş. (Hg.), Nuray Ergüneş İçin Yazılar, İstanbul: Sosyal Araştırmalar Vakfı, 182-208.
- Becker, J. (2021): Macaristan: Neoliberalizm ve milli-muhafazarkârlık arasında Fidesz hükümeti, in: Toplum ve Bilim, 155, 98-129.
- Becker, J. (2025): Was wurde aus Neoliberalismus und Demokratie? Blau-Schwarze Regierungsverhandlungen im europäischen Kontext, in: Kurswechsel, 27.02.2025, <http://www.beigewum.at/2025/02/was-wurde-aus-neoliberalismus-und-demokratie-blau-schwarze-regierung-verhandlungen-im-europaeischen-kontext/> (abgerufen am 28.03.2025).

- Becker, J., Novy, A. (1999): Divergence and Convergence of National and Local Regulation: The Case of Austria and Vienna, in: *European Urban and Regional Studies*, 6(2), 127-143.
- Becker, J., Odman, A. (2004): Von den inneren zu äußeren Grenzen. Die Auflösung von Habsburgermonarchie und Osmanischem Reich im Vergleich, in: Becker, J., Komlosy, A. (Hg.), *Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich*, Wien: Promedia, 75-100.
- Becker, J., Jäger, J., Leubolt, B., Weissenbacher, R. (2010): Peripheral Financialisation and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective, in: *Competition and Change*, 14(3-4), 225-247.
- Becker, J., Jäger, J., Weissenbacher, R. (2021): Mechanisms of Dependence: Conceptualizing the Latin American Dependency Research Program for the Analysis of European Capitalism, in: Madariaga, A., Palestini, S. (Hg.), *Dependent Capitalisms in Contemporary Latin America and Europe* (International Political Economy Series), Basingstoke: Palgrave Macmillan, 75-99.
- Becker, J., Küblböck, K. (2009): Die Finanzkrise und die Peripherie, in: Sauer, T., Ötsch, S., Wahl, P. (Hg.), *Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus*, Hamburg: VSA, 72-83.
- Gramsci, A. (2024): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, Bochmann, K., Haug, W.F., Jehle, P., (Hg.), Band 1-10, 3. Aufl., Hamburg: Argument.
- Jäger, J., Horn, L., Becker, J. (2016): Critical International Political Economy and Method, in: Cafruny, A., Talani, L., Pozo Martin, G. (Hg.), *The Palgrave Handbook of Critical International Political Economy*. Palgrave Handbooks in IPE. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Odman, A. (2006): Österreichische Varianten der Regulationsschule, in: *Kurswechsel*, 4, 79-90.

Finanzialisierung, finanzdominiertes Akkumulationsregime, Finanzkrisen

Vanessa Redak

Als ich die Einladung zu diesem Band bekam, habe ich überlegt, welche Fragen und Themenstellungen Joachim Becker und mich in den 30 Jahren unserer mal mehr, mal weniger intensiven Zusammenarbeit verbunden haben. Und obwohl wir über die Jahr(zehnt)e oftmals sehr unabhängig voneinander gearbeitet haben, zeigt mir eine Re-Lektüre von Joachims Arbeiten, wie oft wir uns eigentlich inhaltlich immer wieder getroffen haben und für mich sehr gewinnbringende Erkenntnisse gewonnen werden können.

Ganz grundsätzlich eint uns wohl das Interesse an Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, den wir als intrinsisch krisenhaft einschätzen. Dazu zählt die gemeinsame sehr frühe Beschäftigung mit Finanzmarktthemen (etwa Becker et al. 2003), die Anfang der 2000er Jahre begann und zu ersten Arbeiten zum sogenannten „finanzdominierten Akkumulationsregime“ führte. Im Zuge der diesbezüglichen Arbeiten einte uns wohl die Feststellung, dass die Zunahme von finanzbezogenen Aktivitäten in engem Zusammenhang mit einer Abschwächung der realökonomischen Akkumulation steht und ein Zeichen der generellen Krisenanfälligkeit kapitalistischer Produktionsweisen ist. Daher ist für uns die Finanzmarktkrise 2008 keine reine Finanzmarktkrise, sondern wir verorten ihre Ursachen auch in der Realsphäre. Und während viele kritische Finanzmarktanalysen vor allem das anglo-amerikanische kapitalmarktbasierte Finanzsystem als besonders riskant sehen, legen wir beide – vielleicht unterschiedlich akzentuiert – Wert auf die Feststellung, dass sowohl das fiktive (Aktien) wie auch das zinstragende (Kredit-)Kapital krisenhafte Tendenzen verstärken kann. Spätestens in Joachim Beckers Analysen zu Osteuropa schließt sich der Kreis unserer Arbeit: Während Joachim Becker schon sehr früh auf instabile Entwicklungen in ost- und südosteuropäischen Ländern hinwies und auch auf den Beitrag, den ausländisches Kapital dazu leistete, durfte ich spätestens 2008 die negativen Auswirkungen der Expansion österreichischer Banken in diesen Raum „aufsichtlich behandeln“.

Finanzdominierte Akkumulation?

Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre begann innerhalb der regulationstheoretischen Debatte eine verstärkte Auseinandersetzung mit Entwicklungen auf den Finanzmärkten, die letztendlich dazu führte, das damalige politökonomische Setting als „finanzdominiertes Akkumulationsregime“ zu charakterisieren (insb. Aglietta 2000). Auch Begriffe wie „Finanzialisierung“ (Krippner 2005) oder „finance led growth regime“ (Boyer 2000) wiesen auf ökonomische Tendenzen hin, in denen der Finanzsektor eine zunehmend treibende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung spielte bzw. der Akkumulationsprozess von finanzbezogenen Transaktionen geprägt war. Bei all den Arbeiten zum finanzdominierten Akkumulationsregime gab es sehr unterschiedliche theoretische und empirische Zugänge. Eher empirisch ausgerichtete Arbeiten versuchten zunächst – durchaus auch jenseits eines regulationstheoretischen Rahmens –, die quantitativen und qualitativen Veränderungen in der Real- und Finanzwirtschaft zu beschreiben (vgl. Krippner 2005; Froud et al. 2001; Duménil/Levy 2005). Anhand bestimmter Indikatoren konnte eine Zunahme finanzbezogener Aktivitäten, und dabei insbesondere jener in Zusammenhang mit Wertpapiermärkten, festgestellt werden. Vor allem zeigte sich, dass die Gewinne von Unternehmen in den USA und der EU zunehmend von Einnahmen aus Finanzgeschäften geprägt waren. Außerdem nahm insbesondere in den USA die Bilanzsumme von Unternehmen in der Finanzbranche gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlicher zu als von Unternehmen im realwirtschaftlichen Sektor. Ebenso nahm auch finanzielles Vermögen zu, insbesondere auch bei Teilen der Haushalte.

Abgesehen von diesen quantitativen Entwicklungen wurden auch qualitative Veränderungen, die mit dem Anwachsen des Finanzsektors einhergingen, analysiert. Dazu zählt etwa das Verhältnis von Banken und Wertpapiermärkten, das sich in den 1990er Jahren stärker in Richtung Wertpapiere entwickelte. Mit dem Anwachsen von Börsenaktivitäten und Aktienhandel ging auch in qualitativer Hinsicht eine Veränderung in der Unternehmensführung einher. Die sogenannte „Shareholder Value“-Doktrin prägte den Autor:innen zufolge die Geschäftsführung der größten Unternehmen (vgl. Aglietta 2000; Boyer 2000; Sablowski/Rupp 2001; Stockhammer 2007). Ein finanzdominiertes Akkumulationsregime basiert also auf der Kontrolle der Unternehmen durch die Aktionär:innen. Das bedeutet, dass der „Aktiengewinn die Leitvariable für das Verhalten der Unternehmen“ darstellt (Aglietta 2000: 94). Diese Variable gilt es zu maximieren, weil die Finanzmärkte gewisse Erwartungen hinsichtlich der Wertpapierrenditen haben.

Bisweilen wurden daraus auch politische Schlussfolgerungen gezogen, denen Joachim Becker und ich sehr skeptisch gegenüberstanden. So sahen

manche Regulationisten im neuen „Vermögensregime“ auch neue Handlungsmöglichkeiten für Lohnabhängige. „Aglietta, Boyer und Lipietz plädierten mit unterschiedlichen Varianten in den 1990er Jahren für kapitalisiertes Pensionsversicherungsvermögen in Arbeitnehmer:innenhand. So könnte die Kapitalisierung der Sozialversicherung sozial gestaltet und können Arbeitnehmer:innen Einfluss auf die Fondsverwaltung und indirekt auf die Unternehmenspolitik nehmen“ (Becker 2013: 29).

Insbesondere der französische Ökonom und Regulationstheoretiker Michel Aglietta skizzierte ein *Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes*, in dem Lohnabhängigen und ihren Vertreter:innen eine neue Rolle zukommt, weil es das traditionelle lohnarbeitszentrierte fordistische Akkumulationsregime ablöst (Aglietta 2000): Im fordistischen Akkumulationsregime wurden Produktivitätsanstiege den Beschäftigten in Form steigender Lohneinkommen übertragen. Dies führte in weiterer Folge zu einer Steigerung der Konsumnachfrage sowie zu einer stabilen Profitrate für die Unternehmen, die stetiges Wachstum ermöglichten. Wachstumssteigerung im Regime des Vermögensbesitzes ist hingegen abhängig von der „Maximierung des durch Aktien erzielten Profits“ (Aglietta 2000: 142). Der Anstieg der Börsenkurse ist in diesem Regime nicht nur für Unternehmen bedeutsam, sondern auch für Haushalte, wenn deren Einkommen zunehmend aus Kapitalbeteiligungen oder Pensionsfonds resultieren. Die effektive Nachfrage von Unternehmen und Haushalten wird dann von den Verhältnissen auf den Geld- und Kapitalmärkten bestimmt. Denn wenn ein Teil des verfügbaren Einkommens von Haushalten zunehmend aus Vermögenseinkünften besteht, deren Höhe von der Entwicklung der Kurse ihrer Aktiva auf den Finanzmärkten bestimmt ist, ändert sich das Nachfrageverhalten von Haushalten. Die Konsumnachfrage hängt dann etwa von der Entwicklung der Aktienkurse ab.

Zwar ließen sich diesbezügliche Vermögenseffekte teilweise in kapitalmarktgedeckten Pensionssystemen wie beispielsweise den USA empirisch nachweisen, doch breitenwirksam wurde das Vermögensregime bzw. die Idee des „People’s Capitalism“ weder ökonomisch noch politisch (vgl. Redak 2001, 2009). Ich denke, weder Joachim Becker noch ich waren darüber besonders enttäuscht.

Des Pudels Kern: Produktive Akkumulation

Eine weitere zentrale Frage angesichts dieses Anwachsens finanzmarktbezogener Aktivitäten und insbesondere der Wertpapiermärkte war, ob diese Entwicklung zu einem tragfähigen Wachstumsmodell beitragen könnte. Mehrheitlich waren sich die Regulationist:innen wohl einig, dass ein finanzdomi-

niertes Akkumulationsregime krisenanfällig ist und nicht über einen längeren Zeitraum hinweg stabile Wirtschaftsbedingungen garantieren kann, so auch Joachim Becker (u.a. Becker et al. 2010). Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass Joachim Becker jedoch die Krisenanfälligkeit eines finanzdominierten Akkumulationsregimes nicht losgelöst von realwirtschaftlichen Krisen sieht, wie das zwar die wenigstens Regulationist:innen, aber doch zahlreiche Finanzmarktkritiker:innen jener Zeit taten. Joachim Becker argumentiert hingegen, dass der Zustrom von Vermögen auf Wertpapiermärkte, u.a. auch forciert durch die Privatisierung der Altersvorsorge, zwar vorübergehend die Preise von Finanzaktiva aufgrund von Nachfrageeffekten stimuliert und Buchgewinne ermöglicht. „Allerdings ist der Kreislauf des fiktiven Kapitals über die Ansprüche auf Profite (in Form von Dividenden oder Zinsen) an die produktive Akkumulation zurückgebunden ... Damit besteht nur eine relative Autonomie dieser Form der Akkumulation gegenüber produktiver Akkumulation... In einer Finanzkrise kann eine Entwertung des fiktiven Kapitals sehr abrupt erfolgen“ (Becker 2024: 55).

Damit reiht er sich ein in eine Reihe von Ökonom:innen, die das Verhältnis von Finanzsphäre und realer Ökonomie beleuchten und argumentieren, dass sich die Werte von Finanzaktiva nur über eine bestimmte Zeit hinweg von der realwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln können (vgl. u.a. Bellofiore 2005; Shaik 2016; Chesnais 2017). Finanzaktiva können in der Form von zinstragendem Kapital (insb. Kredite) oder fiktivem Kapital (insb. Aktien) vorliegen. Beiden Kapitalien ist eigen, dass sich die Kapitalgeber:innen eine bestimmte Form der Entlohnung für ihre Investitionen erwarten, sei es der Zins im Fall von Kreditschulden, seien es Dividenden im Fall von Aktienkapital. Zins und Dividenden müssen sich letztendlich über die Zeit aus dem produktiv erwirtschafteten Mehrwert bedienen lassen. Ist dieser nicht ausreichend, platzen Kredite bzw. fehlende Dividenden führen zu einem Rückzug von Aktionär:innen aus der Unternehmensfinanzierung und lösen Wirtschaftskrisen aus.

Dies hatte schon Karl Marx in seiner Beschäftigung mit Geld und Kredit lange vor dem Entstehen moderner Finanzsysteme dechiffriert: „Nicht jede Vermehrung des leihbaren Geldkapitals zeigt wirkliche Kapitalakkumulation oder Erweiterung des Reproduktionsprozesses an. (MEW 25: 502) ... Die Masse des leihbaren Geldkapitals ... wächst so in der Tat ganz unabhängig von der wirklichen Akkumulation. (512) ...Stößt aber diese neue Akkumulation in ihrer Anwendung auf Schwierigkeiten, auf Mangel an Anlagesphären, findet also Überfüllung der Produktionszweige und Überangebot von Leihkapital statt, so beweist diese Plethora des leihbaren Geldkapitals nichts als die Schranken der *kapitalistischen* Produktion (523)“.

Diese Rückkoppelung von Finanzmarktentwicklungen an die reale Mehrwertproduktion ist nicht allen kritischen und heterodoxen Ökonom:innen

gemein. Gerade keynesianisch geprägte Wirtschaftswissenschaftler:innen sehen vor allem die Finanzmärkte kritisch und meinen, durch ein Zurücklenken von Finanzströmen in die Realwirtschaft könnte wieder ein stabiler Wachstumspfad eingeschlagen werden. Dass diese Einschätzungen zu kurz-sichtig sind, hat Joachim Becker mit Bezugnahme u.a. auf Giovanni Arrighi schon sehr früh aufgezeigt und auf längerfristige kapitalistische Tendenzen hingewiesen. So schrieb er bereits 2003: „Es hat historisch immer wieder Phasen spekulativer Erhitzung und folgender krisenhafter Ernüchterung gegeben. Giovanni Arrighi ... sieht einen Zusammenhang zwischen der Erschöpfung eines Produktionsmodells und dem Aufschwung einer finanzgetriebenen Akkumulation. Erschöpft sich ein Produktionsmodell, fehlt es an ausreichenden produktiven Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Daher suchen die AnlegerInnen liquide Anlageformen. Dies sind diverse Formen von Finanzanlagen“ (Becker et al. 2003: 7).

Von der Krise des Fordismus zur Finanzmarktkrise 2008

Bereits in den 1970er Jahren zeigte sich eine strukturelle kapitalistische Krise mit sinkenden Profitraten, die unter anderem durch die Ausweitung der Kredite und die zunehmende Verschuldung von Haushalten und Unternehmen zu überwinden versucht wurde (vgl. Henry/Redak 2014, zu den USA insb. Guttman 1994). Ende der 1970er Jahre kam es zum Bruch mit dem fordistischen Geldverhältnis: Die in den 1970er Jahren einsetzende strukturelle Wirtschaftskrise führte zur Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, verbunden mit der Hoffnung, dass dereguliertes und globalisiertes Kapital zu neuer Wertschöpfung führen würde. Die Deregulierung und Liberalisierung des Geldwesens erfolgte in mehreren Dimensionen: Auf internationaler Ebene kam es zur Aufgabe des Systems fixer Wechselkurse (Bretton Woods) sowie zur Lockerung bzw. Aufhebung internationaler Kapitalverkehrskontrollen. Dies ermöglichte grenzüberschreitende Kapitalflüsse und die Verschuldung von Unternehmen im Ausland. Die Regulierung des Kreditwesens in Form von Zins- und Kreditvolumenregulierung, die Beschränkung auf bestimmte Geschäftsfelder und Standorte etc. wurde auf nationaler Ebene sukzessive abgebaut. Schlussendlich muss die Nicht-Regulierung von neuen Märkten und von Instrumenten im Finanzbereich (z.B. Euro-Dollar-Märkte, Derivative, Hedge Fonds, money market funds etc.) in das Liberalisierungssparadigma dieser Zeit eingeordnet werden.

Diese „Entfesselung“ der Finanzmärkte führte nicht nur zu einem An-schwellen des Finanzsektors, insbesondere auch jener Segmente, die nicht genuin dem Bankbereich zugehörig sind (Aktienmärkte, Derivativmärkte),

sie veränderte auch die Kreditbeziehungen und das Bankwesen selbst. Insbesondere in den USA wurden die Kreditvergabepolitiken gelockert, sowohl für Haushalte wie auch für Unternehmen. Dies passierte zu einer Zeit, in der die Profite der US-amerikanischen Unternehmen zu fallen begannen und die Produktivitätssteigerungen abflachten, wodurch nicht zuletzt auch die Löhne zu stagnieren begannen. „Stagnierende Gewinne und Löhne veranlassten Produzenten und Konsumenten, ihre finanziellen Engpässe durch verstärkte Kreditaufnahme wettzumachen“ (Guttmann 1996: 169). Die Banken waren sowohl in der Lage wie auch bereit, nach Jahren der regulierten und begrenzten Geldschöpfung die Kreditvergabe auszuweiten, zunächst durch die kurzfristige Refinanzierung von Unternehmen mittels Ankauf von Unternehmensschuldverschreibungen u.ä., später insbesondere auch durch diverse Formen von Haushaltskrediten (student loans, military housing loans, mortgage loans...). Diese Entwicklung ist auch Ausdruck sozialer Auseinandersetzungen am Ende der fordistischen Periode, im Zuge derer den beherrschten Klassen Zugeständnisse – sozusagen in Form von Krediten – gemacht wurden (vgl. Seabrooke 2006). Allerdings handelte es sich um einen instabilen Kompromiss, der den Zahltag nur in die Zukunft verschob.

In „den Vereinigten Staaten, wo Unternehmen ihre Expansion traditionell aus eigenen Gewinnen finanziert hatten, überstieg ihre Kreditaufnahme 1973 die Innenfinanzierung, und das war erst der Anfang“ (Mattick 2011: 79). Die Außenverschuldung von US-Unternehmen – ein Hinweis auf mangelnde Innenfinanzierungskraft – stieg ab den 1970er Jahren deutlich an. Gleichzeitig stieg auch die Verschuldung US-amerikanischer Haushalte, die stagnierende Löhne und fehlende Sozialtransfers (insb. für Wohnen, Bildung und Gesundheit) durch Kreditaufnahme kompensierten (vgl. Dos Santos 2009). Für Banken bedeutete die Ausweitung der Haushaltskredite das Erschließen einer weiteren Ertragsquelle. Damit nahmen sie nicht nur einen Teil des unter der Regie des industriellen Kapitals produzierten Mehrwerts ein, sondern schöpften auch einen Teil der privaten Lohneinkommen ab. Aufgrund der chronischen Stagnation in der Realwirtschaft wuchs jedoch zu gewissen Zeitpunkten die Schuldendienstbelastung der verschuldeten Unternehmen und Haushalte schneller als die Einkommens- und Profitzuwächse (vgl. Guttmann 1996). Unternehmen waren diesbezüglich weniger beschränkt, der zunehmende Schuldendienst wurde durch immer weitere Kreditneuaufnahmen bedient, wofür in der Finanztheorie der Begriff *Ponzi finance* geprägt wurde.

Doch als auch das Bedienen der Unternehmensschulden immer schwieriger wurde, machten sich eine Reihe von Kreditklemmen bemerkbar, da das Ausfallrisiko der Bankkunden (Haushalte und Unternehmen) aufgrund mangelnder grundsätzlicher Wertproduktion stieg. Das Resultat war eine US-Bankenkrise in den 1980er Jahren. Bereits damals sprang der US-Staat mit

einem Rettungspaket ein, dessen direkte Ausgaben sich auf etwa 160 Mrd. US-Dollar beliefen (vgl. Guttman 1994: 248).

Vor 2008: „Debt driven economies“

Nach dieser Rettung konnte erneut ein Kreditzyklus beginnen. Zwar war die Kreditverschuldung (von Unternehmen) immer schon für die Ausweitung von Produktion zentral, denn sie eröffnet Kapitalist:innen die Möglichkeit, die Produktion auszudehnen, ohne durch den bereits realisierten Mehrwert der Vorperiode beschränkt zu werden. Allerdings hat sie in den Jahrzehnten vor Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008 ein Ausmaß angenommen, das Ökonom:innen von *debt driven economies* (u.a. Caruana 2014) sprechen ließ, welche nicht nachhaltig Wirtschaftswachstum generieren können, weil Verschuldungsketten immer wieder in sich zusammenbrechen, wenn die erwarteten Einnahmen nicht realisiert und damit auch Rückzahlung und Zinsen nicht bedient werden können.

Die mangelnde Wertschöpfung im produktiven Bereich und die geringe Profitabilität realwirtschaftlicher Investitionen waren auch 2008 Ausdruck einer Produktivitätskrise des Kapitalismus, die nicht nur von Ökonom:innen marxistischer Prägung konstatiert wurde (vgl. u.a. Lapavistas 2010; Shaik 2010; Duménil/Levy 2011; Bellofiore et al. 2014), sondern durchaus auch von Vertreter:innen der konservativen und Mainstream-Ökonomie beklagt wurde (u.a. Gordon 2012). Dieser tendenziellen Abschwächung der Wachstumsraten stehen zahlreiche Gegenstrategien gegenüber, die die Profitgenerierung über die letzten Jahrzehnte wieder sichergestellt haben. Dazu zählen neben der Erhöhung der Ausbeutungsrate durch Senkung der Reallöhne und Druck auf Gewerkschaften die Expansion in bislang weniger durchkapitalisierte Weltregionen (Asien, Osteuropa), stark zunehmende Möglichkeiten zur Steuerflucht, die zunehmende Rationalisierung in der Produktion, Konzentrationstendenzen im Banken- und Unternehmensbereich sowie, spezifischer im Finanzbereich, die Finanzialisierung der Volkswirtschaften mit aufgeblähten Marktwerten und schlussendlich auch die sukzessive Ausweitung der Kreditgeldmenge durch Banken und Notenbanken (vgl. McNally 2008; Demirovic/Sablowski 2012; Henry/Redak 2014).

Insbesondere Notenbanken versuchten in und nach der Finanzmarktkrise 2008 durch Ausweitung der direkten und indirekten Liquiditätszufuhr an letztlich nahezu alle Segmente der Volkswirtschaft (Banken, Unternehmen, Staaten) ein Austrocknen der Finanzierung zu verhindern. Durch die damit einhergehende enorme Ausweitung der Bilanzsummen sind jedenfalls die US-amerikanische Federal Reserve und die Europäische Zentralbank zu dem

geworden, was eigentlich Banken sein sollten: Finanzintermediäre, die die Kreditvergabe an die Volkswirtschaft zum Teil nun selber übernehmen. Hatten sich zunächst Unternehmen zunehmend bei Banken verschuldet und einen Kredithebel in Gang gesetzt, der die Produktion in Zeiten sinkender Profite ermöglichte, versuchte nun die Notenbank verstärkt, die Aufgabe zu übernehmen, den in die Krise geratenen Banken mit Refinanzierung auszuweichen – letztendlich verbunden mit der Intention, dass über die Zufuhr von billigem Geld Banken bereit sind, den Unternehmen wieder mehr Kredit zur Verfügung zu stellen. Allerdings verpufften auch diese Maßnahmen weitgehend. Die massive Zufuhr von Zentralbankliquidität an Banken und Unternehmen seit 2008 brachte kein nennenswertes Kreditwachstum hervor, geschweige denn einen nachhaltigen konjunkturellen Aufschwung. Vielmehr sieht es bis heute danach aus, als würde es sich bei den hohen Wachstumsraten, die der Kapitalismus Mitte des 20. Jahrhunderts hervorbrachte, um eine historische Anomalie handeln (Lutz 1989; Piketty 2014).

Finanzialisierung in der (Semi-)Peripherie

Zur Überwindung schwächelnder Akkumulation können verschiedene Strategien gewählt werden. Neben der Kreditausweitung in den kapitalistischen Zentren selbst kann auch die Finanzialisierung der Peripherie und Semi-Peripherie die Verwertungsprobleme des Kapitals in den Zentren lösen helfen. Joachim Becker gehört hier zu den führenden Ökonom:innen, die den Zusammenhang zwischen krisenhafter kapitalistischer Entwicklung in den Zentren und Expansion in die Peripherie und Semiperipherie dokumentiert und analysiert haben, gerade auch im Finanzbereich. Bei der Entwicklung von Akkumulationsregimen unterscheidet er (vgl. Becker 2002, 2013) zwischen

- produktiver/finanzialisierter Akkumulation
- extensiver/intensiver Akkumulation
- intravertierter/extravertierter Akkumulation.

Insbesondere der letzte Typus betrifft das Verhältnis der Zentren und der Peripherie. Dem hat Joachim Becker einen Großteil seiner Arbeiten gewidmet. Erschöpft sich die produktive Akkumulation und sucht das Kapital nach neuen Verwertungsmöglichkeiten, werden häufig reale und finanzielle Expansionsstrategien in die Peripherie gesucht. Da finanzielle Veranlagungen oftmals flexibler sind als Investitionen in Realkapital (Fabriken, Maschinen usw.), wird die Peripherie gerade in Krisenzeiten für Finanzanlagen attraktiv (vgl. Becker et al. 2013). „Sie bietet den FinanzanlegerInnen unter anderem über-

durchschnittlich hohe Zinssätze. Durch die starken Kapitalzuflüsse aus den Zentrumsökonomien werden die Finanzialisierungsprozesse in der Peripherie verstärkt“ (ebd.: 36). Tendenziell ist die Finanzialisierung durch das zinstragende Kapital in der (Semi-)Peripherie stärker als durch das fiktive Kapital, da es oftmals keine entwickelten Kapitalmärkte gibt. Zudem reicht der höhere Kreditzinssatz, den (semi-)periphere Länder aufgrund ihres höheren Ausfallrisikos zahlen müssen, für die Renditeerwartungen der Kapitalgeber:innen. Im Zuge des Transformationsprozesses in Osteuropa wurden daher nicht nur die Industriestrukturen gemäß den Erfordernissen westeuropäischer Wertschöpfungsketten umgemodelt, sondern westeuropäische Banken wurden sowohl direkt (Übernahme von heimischen Banken) oder indirekt (grenzüberschreitende Kreditvergabe) in den Ländern Ost- und Südeuropas aktiv. Millionen Haushalte und Unternehmen verschuldeten sich zumeist in Euro und damit in Fremdwährung bei europäischen Kreditgebern und schufen starke ökonomische Abhängigkeiten. Unter anderem ergibt sich aus der Fremdwährungsverschuldung ein Zwang zur Verstärkung devisenbringender und damit außenorientierter Wirtschaftsaktivitäten, der wiederum die Leistungsbilanzen dieser Länder schwächt (vgl. Becker/Weissenbacher 2020). Insbesondere österreichische Banken expandierten stark nach Osteuropa und hatten rund um die Finanzmarktkrise 2008 einen durchschnittlichen Marktanteil von 20% in den Ländern, gleichzeitig kam gut ein Drittel des Gewinns aller österreichischen Banken aus Osteuropa (vgl. Puhr et al. 2009). Im Zuge der Finanzmarktkrise 2008 wurde diese Region zum Teil heftig erschüttert: „Auffällig ist, dass die mit den Zentrumsökonomien, die jetzt auch Krisenzentren waren, besonders eng verbundenen Regionen besonders stark betroffen waren, etwa Zentral- und Osteuropa“ (Becker/Weissenbacher 2020: 83).

Wo Schatten, ist auch Licht

Angeichts dieser soeben geschilderten Rolle von Banken in Osteuropa möchte ich zum Abschluss noch auf das Verhältnis von Banken, Kapitalmärkten und „Schattenbanken“ eingehen. Derzeit wird in Finanzforen viel über das Anwachsen des sogenannten „Schattenbankensektors“ diskutiert. Auch Joachim Becker hat sich unlängst in einem Gespräch mit mir negativ über „Schattenbanken“ geäußert. Ich bin aber über die Jahre und insbesondere über die Beschäftigung mit den Folgen der Finanzmarktkrise von 2008 zur Auffassung gekommen, dass Banken insbesondere in Kontinentaleuropa risikanter für die Finanzmarktstabilität sind als andere Finanzmarktinstitutionen. Für die Beurteilung der Krisenanfälligkeit des finanzdominierten Akkumulationsregimes ist für mich daher der Unterschied zwischen zinstragendem und

fiktivem Kapital nicht so relevant, wie das häufig in regulationistischen, aber auch anderen kritischen Analysen betont wird. In vielen Beschreibungen der Finanzmarktkrise von 2008 bzw. auch der Entwicklungen davor stehen der Aktienmarkt und die steigende Marktkapitalisierung sowie exotische und strukturierte Produkte (Verbriefungen, Kreditderivate) im Mittelpunkt der Erzählungen (z.B. Sablowski 2024). Zwar veränderten sich qualitativ und in Folge auch quantitativ die Finanzierungsformen auf den Finanzmärkten und ihr Verhältnis untereinander, doch wie oben beschrieben, liegen die Ursachen der Finanzmarktkrisen der letzten Jahrzehnte nicht im Finanzmarkt selbst. Betrachtet man zudem die Finanzmarktkrise von 2008, so war sie in erster Linie eine Bankenkrise und der Ausfall klassischer Kredite (Immobilienkredite einkommensschwacher Haushalte) stand im Mittelpunkt. Zu niedrige Realeinkommen von Haushalten machten die Bedienung der Kreditschuld schwierig. Selbst wenn diese Kredite durch Verbriefungen und Wiederverbriefungen weitergereicht wurden, machten sich die Ausfallsverluste erneut vor allem bei Banken (u.a. Lehman Brothers in den USA, Hypo Real Estate in Deutschland, Hypo Alpe Adria in Österreich) systemisch bemerkbar. Die riesige Summe an *Non Performing Loans*, die in Europa im Zuge der Krise nach 2008 abgeschrieben werden musste, beinhaltete zu einem Gutteil klassische Unternehmenskredite bei traditionellen europäischen Geschäftsbanken. Das Narrativ zahlreicher europäischer Politiker:innen, aber leider auch vieler Linker, die Ursachen der Krise im Ausland bzw. in exotischen Finanzmarktprodukten zu sehen, entlastet die europäischen Banken, rechtfertigt außerordentliche Summen für Bankenrettungen und führt teilweise zu einer misslichen Gegenüberstellung von instabilem Finanzkapital versus stabilem Bankkapital bzw. „markbasierten“ versus „bankbasierten“ Finanzsystemen.

Auch die ökonomisch bedenklichsten finanziellen Krisen der jüngeren Zeit gingen vom Bankensektor aus, wie zum Beispiel der Ausfall der Silicon Valley Bank und anderer US-Banken mit ähnlichem Geschäftsmodell wie auch die Krise der Credit Suisse.

Aus der Perspektive der Finanzmarktstabilität wie auch der Verteilungsgerechtigkeit sind daher Banken besonders problematisch. Das Bashing von „Schattenbanken“ oder anderen exotischen Finanzanlagen lenkt von den Gefahren, die durch klassische Banken ausgehen können, ungerechtfertigterweise ab. Der Transfer von Bank- und Finanzdienstleistungen an den sogenannten „Schattenbankensektor“, besser als „Nicht-Banken-Finanzsektor“ bezeichnet, kann aus Sicht der Finanzmarktstabilität auch Vorteile bringen. Wenn die Finanzierung der Volkswirtschaft und die damit einhergehenden Ausfallsrisiken auf mehrere heterogene Institutionen verteilt werden, kann dies stabiler sein, als wenn einige wenige Großbanken das Kreditrisiko tragen. Dies liegt vor allem an den unterschiedlichen Gläubiger:innenstrukturen der

verschiedenen Finanzinstitutionen. Während das Gros der privaten Kund:inneneinlagen in Form von Sichteinlagen bei Banken liegt, refinanzieren sich Nicht-Banken zumeist über institutionelle Anleger:innen, große Unternehmen oder vermögende Privatkund:innen. Außerdem sind Banken aufgrund des Interbankenverkehrs untereinander stark vernetzt. Fallen also Banken aus, sind – trotz Einlagensicherung – die Einlagen privater Sparer:innen betroffen, wodurch ein *bank run* ausgelöst werden kann, der das gesamte Finanzsystem gefährdet sowie aufgrund der hohen Verunsicherung Konsum und Investitionen einbrechen lässt. Durch die hohen Interbankverpflichtungen gibt es Ansteckungseffekte zwischen Banken, die zu einer systemweiten Bankenkrise führen können.

Auch verteilungspolitisch lassen sich Unterschiede feststellen. In einer Finanzmarktkrise geht es ja im Wesentlichen immer um die Frage, wer die Verluste trägt. Banken sind im Genuss impliziter und expliziter Staatsgarantien, wodurch Steuerzahler:innen und Staatshaushalte durch strauchelnde Banken stark belastet werden. Die oben skizzierten Gläubiger:innen von Nicht-Banken können wirtschaftlich Verluste eher tragen als private Sparer:innen. Nicht zuletzt gibt es oftmals enge politische Verflechtungen zwischen Politik und Bankensystem (siehe Hypo Alpe Adria in Österreich, Monte dei Paschi in Italien), die auch demokratiepolitisch bedenklich sind, weil Banken auf (Regulierungs-)Politik Einfluss nehmen.

Mit diesen Aussagen bin ich schon seit längerer Zeit in einem kritischen Diskurs mit der finanzmarktkritischen Zivilgesellschaft. Und daher freue ich mich auf weitere 30 Jahre Diskussion mit Joachim Becker über Finanzmarktentwicklungen und andere Themen.

Literatur

- Aglietta, M. (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg: VSA.
- Becker, J. (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis.
- Becker, J. (2013): Regulationstheorie: Ursprünge und Entwicklungstendenzen, in: Atzmüller, R. et al. (Hg.), Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, 24-56.
- Becker, J. (2024): Regulationstheorie: Ursprünge, Entwicklungstendenzen und internationale Debatten, in: Schneider, E., Syrovatka, F. (Hg.), Politische Ökonomie der „Zeitenwende“ – Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, 47-81.
- Becker, J., Heinz, R., Imhof, K. et al. (Hg.) (2003): Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft, Wien: Promedia.

- Becker, J., Jäger, J., Leubolt, B., Weissenbacher, R. (2010): Peripheral Financialisation and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective, in: *Competition and Change*, 14(3-4), 225-247.
- Becker, J., Jäger, J., Weissenbacher, R. (2013): Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung: Zentrum und Peripherie im osteuropäischen Integrationsprozess, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, 3, 34-54.
- Becker, J., Weissenbacher R. (2020): Finanzielle Abhängigkeit. Über Auslandsverschuldung und ökonomische Außenorientierung der (Semi-)Peripherien, in: *Prokla*, 198, 69-88.
- Bellofiore, R. (2005): The Monetary Aspects of the Capitalist Process in the Marxian System, in: Mosely, F. (Hg.): *Marx's Theory of Money. Modern Appraisals*, New York, NY: Palgrave Macmillan, 88-119.
- Bellofiore, R., Garibaldi, F., Mortagua, M. (2014): A credit-money and structural perspective on the European crisis: why exiting the euro is the answer to the wrong question. Paper präsentiert am Internationalen Workshop „Full Employment in Europe: With or Without the Euro, Grenoble, Mai 2014, auf: <http://manage.francescogaribaldi.bedita.net/files/6d/b7/BGM%20Grenoble%206%20-%20final%20revised%20draft.pdf>
- Boyer, R. (2000): Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism?, in: *Economy and Society*, 29(1), 111-145.
- Caruana, J. (2014): Debt trouble comes in threes, Speech, International Finance Forum 2014 Annual Global Conference, auf: <http://www.bis.org/speeches/sp141114.pdf>
- Chesnais, F. (2017): *Finance Capital Today. Corporations and Banks in the Lasting Global Slump*, Chicago: Haymarket.
- Demirović, A., Sablowski, T. (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in: *Prokla*, 42(166), 77-106.
- Dos Santos, P. L. (2009): At the Heart of the matter: household debt in contemporary banking and the international crisis, in: *Ekonomia*, 72(3), 54-77.
- Duménil, G., Lévy, D. (2005): Costs and Benefits of Neoliberalism: a Class Analysis, in: *Review of International Political Economy*, 8(4), 578-607.
- Duménil, G., Lévy, D. (2011): The Crisis of the Early 21st Century: Marxian perspectives, auf: <http://www.jourdan.ens.fr/levy/dle2011e.pdf>
- Froud, J., Haslam, C. et al. (2001): Was ist „Finanzialisierung“, in: *Kurswechsel*, 2, 12-27.
- Gordon, R. (2012): Is U.S. Economic Growth Over? Faltering Innovation Confronts the Six Headwinds, NBER Working Paper Series, No. 18315.
- Guttmann, R. (1994): *How Credit-Money Shapes the Economy. The United States in a Global System*, New York: M.E. Sharpe.
- Guttmann, R. (1996), Die Transformation des Finanzkapitals, in: *Prokla*, 26(103), 165-195.
- Henry, R., Redak, V. (2014): Geldverhältnis und Krise, in: Atzmüller, R. et al. (Hg.), *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 239-257.

- Krippner, G. (2005): The financialization of the American economy, in: *Socio-Economic Review*, 3, 173-208.
- Lapavistas, C. (2010): Financialisation and capital accumulation: Structural accounts of the crisis of 2007-08, School of Oriental and African Studies, University of London, Research in Money and finance, Discussion paper No 16.
- Lutz, B. (1989): *Der Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Mattick, P. (2011): *Business as usual. Krise und Scheitern des Kapitalismus*, Hamburg: Nautilus.
- McNally, D. (2008): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise, in: *Das Argument*, 279, 796-804.
- Piketty, T. (2014): *Capital in the Twenty-First Century*, Harvard University Press.
- Puhr, C., Schwaiger, M., Sigmund, M. (2009): Direct Cross-Border Lending by Austrian Banks to Eastern Europe, in: *Finanzmarktstabilitätsbericht Nr. 17*, Oesterreichische Nationalbank, Wien, 109-129.
- Redak, V. (2001): Regime der Vermögensbesitzer?, in: *Kurswechsel*, 2, 64-73.
- Redak, V. (2009): Aktionärsgesellschaft ohne Aktionäre. Zur Hegemonie der Finanzmärkte in Gesellschaft und Wirtschaft, in: Mooslechner, P., Redak, V. et al. (Hg.), *Auf der Suche nach dem Selbst. Finanzmärkte, Individuum und Gesellschaft*, Marburg: Metropolis, 142-161.
- Sablowski, T. (2024): Kontinuität oder Ende des finanzdominierten Akkumulationsregimes?, in: Schneider, E., Syrovatka, F. (Hg.), *Politische Ökonomie der „Zeitenwende“ – Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 230-260.
- Sablowski, T., Rupp, J. (2001): Die neue Ökonomie des Shareholder Value. Corporate Governance im Wandel, in: *Prokla*, 122, 47-87.
- Seabrooke, L. (2006): *The Social Sources of Financial Power: Domestic Legitimacy and International Financial Orders*, Ithaca.
- Shaikh, A. (2010): The first great depression of the 21st century, in: *Socialist Register 2011: The crisis this time*, 44-63.
- Shaik, A. (2016): *Capitalism. Competition, Conflict, Crisis*. Oxford: Oxford University Press.
- Stockhammer, E. (2007): Some Stylized Facts on the Finance-Dominated Accumulation Regime, in: *Political Economy Research Institute, University of Massachusetts, Working Paper Series Nr. 142*, Amherst.

Politische Ökologie, Regulationstheorie und die Frage nach einem entstehenden Grünen Kapitalismus

Ulrich Brand

Joachim Becker ist nicht nur der wesentliche Vertreter des Wiener Ansatzes der Regulationstheorie, sondern wohl auch der Wissenschaftler im deutschsprachigen Raum, der seit vielen Jahren am stärksten die verschiedenen und sich verändernden internationalen Strömungen im Blick hat. Mit einem historisch-materialistischen Blick hat er die theoretischen Weiterentwicklungen vor dem Hintergrund der realgeschichtlichen Veränderungen eingeordnet. Deshalb schrieb er in den drei deutschsprachigen Bänden zum Stand der Entwicklung der Regulationstheorie jeweils den Überblicksaufsatz (in Brand/Raza 2003; Atzmüller et al. 2013; Schneider/Syrovatka 2024a), in dem Aufsatz von 2003 auch mit den jeweiligen politischen Implikationen in Frankreich und (West-)Deutschland. Insbesondere mit seiner Habilitation hat Joachim Becker (2002) einen eigenständigen regulationstheoretischen Zugang entwickelt. Wenn bei uns an der Universität Seminare oder Teile davon zur Regulationstheorie stattfinden – leider viel zu selten –, dann fehlt „Becker“ nicht im Syllabus.

Entsprechend der Einladung der Herausgeber möchte ich mich mit der Konzeptualisierung der Verhältnisse zwischen Gesellschaft und Natur und entsprechend dem Verständnis der ökologischen Krise in der Regulationstheorie auseinandersetzen.¹ Das ist umso wichtiger, weil nicht nur konzeptionell diese Dimension oft nicht mitgedacht wurde, sondern auch zeitdiagnostisch die enge Verbindung der „Großen Beschleunigung“, d.h. der enormen Zunahme des Ressourcenverbrauchs und ihren Nebenwirkungen, wie vor allem dem Klimawandel (Steffen et al. 2004), als Grundlage des Fordismus und Postfordismus meist eine untergeordnete Rolle spielte (dazu Görg 2003a; Cahen-Fourot 2020; Magalhães 2022; Görg et al. 2020, jüngst Demirović 2024: 127).

¹ Andreas Novy danke ich für sehr anregende Kommentare zu einer früheren Version des Textes sowie Kristina Dietz, Christoph Görg und Markus Wissen für die langjährigen gemeinsamen Diskussionen und Publikationen zu den in diesem Text verhandelten Themen.

Ich argumentiere in dem Beitrag, dass dabei zwei Varianten der Regulationstheorie identifiziert werden können. Diese weisen wichtige Differenzen auf, ergänzen sich aber auch. Der Wiener Ansatz kann einer kritischen (Internationalen) Politischen Ökonomie zugeordnet werden und schlägt unter anderem den Begriff der „ökologischen Restriktion“ vor. Der Frankfurter Ansatz verortet sich stärker in der Tradition kritischer Gesellschaftstheorie und setzt den Begriff der „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ ins Zentrum. Die Differenzen haben analytische und politisch-strategische Implikationen.

Produktive Kontroversen

Joachim Becker und Werner Raza haben vor fünfundzwanzig Jahren den Begriff der „ökologischen Restriktion“ vorgeschlagen (Becker/Raza 2000; Raza 2003: 168). Bertrand Zuindeau (2007) spricht aus ähnlicher Perspektive von „economic relations to the environment“. Aus einer polit-ökonomischen Perspektive argumentieren sie, dass der Akkumulationsprozess notwendig eine materielle Basis hat: Natur ist – in Anlehnung an James O'Connor – neben Arbeitskraft sowie sozialen und physischen Infrastrukturen bzw. sozialem Raum eine Produktionsbedingung des Kapitals. Das Kapital versucht, die Kosten der Produktion gering zu halten und damit auf Gesellschaft, Staat oder Umwelt abzuwälzen. Durch soziale Auseinandersetzungen hindurch (etwa neoliberale Privatisierungen oder die Inwertsetzung biologischer Vielfalt) expandiert das Kapital zudem in Gesellschaft, Raum und Umwelt und kommodifiziert damit seine eigenen, von ihm selbst nicht herstellbaren Produktionsbedingungen. „Ähnlich wie Geld steht auch die Natur am Anfang und am Ende des materiellen Akkumulationsprozesses – zunächst als Quelle von Rohstoffen, dann als Müllhalde. Aber auch die Reproduktion der Arbeitskraft (und Bevölkerung) hängt an der Ökologie.“ (Becker 2024: 65) Es wird argumentiert, dass mit der strukturellen Form der ökologischen Restriktion – neben anderen strukturellen Formen wie Geld, Lohnverhältnis, Konkurrenzverhältnis, internationale Einbindung – genauer erfasst werden kann, wie in je spezifischen Phasen kapitalistischer Entwicklung der Zugang zu und die Nutzung der natürlichen Ressourcen für die (Re-)Produktion reguliert ist.² Daraus ergeben sich mögliche Konflikte zwischen Klassen, Kapitalfraktionen, Staaten, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen u.a.

Ich denke, dass Becker/Raza mit dem Begriff der ökologischen Beschränkung einen wichtigen Beitrag geleistet haben, weil damit Natur in das Be-

² Joachim Becker (2002) fasst den Staat nicht als eigenständige strukturelle Form, sondern in die anderen eingelagert.

griffsgerüst der Regulationstheorie integriert wurde (zur Rezeption des Begriffs in anderen Arbeiten vgl. den Überblick in Cahen-Fourot 2020). Natur wird bei Becker/Raza Natur als Input und Output des materiellen Produktions- und Akkumulationsprozesses reduziert, um in den Blick zu bekommen, inwiefern die Reproduktion des Kapitals problematisch oder gar krisenhaft werden könnte.

Joachim Becker (2024: 65) konstatierte im Hinblick auf die von uns so genannte zweite Perspektive der Regulationstheorie mit dem Fokus auf gesellschaftliche Naturverhältnissen und im Kontext der Politischen Ökologie – ich nenne sie den Frankfurter Ansatz –, diese „setzt eher locker an der Regulationstheorie an“, aber sie bemühe sich um eine gesellschaftstheoretische Fundierung.

Aus meiner Sicht ist demgegenüber ein gesellschaftstheoretisch informierter Ansatz eine Variante der Regulationstheorie, die nicht „nur“ an einen vermeintlichen „Kern“ anschließt. Insbesondere Christoph Görg (2003b) hat den oben skizzierten Ansatz der kritischen politischen Ökonomie dahingehend kritisiert, dass die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und ihre Regulation nicht eine strukturelle Form neben anderen, sondern in alle gesellschaftlichen Verhältnisse eingelassen sind: etwa in die Organisation von Wissenschaft und Politik, Mobilität und Ernährung, Geschlechterverhältnisse. „Alle sozialen Verhältnisse sind zugleich auch als Varianten der Gestaltung der Naturverhältnisse zu begreifen.“ (Görg 2003b: 184) Dabei geht es weiterhin darum, die dynamische Reproduktion des Kapitals und seine Bedingungen zu berücksichtigen. In den Blick geraten aber auch andere Widersprüche, die nicht unmittelbar aus dem Kapitalverhältnis abgeleitet werden können. Der Grundbegriff der *Regulation* bezeichnet entsprechend die Art und Weise, wie die sozialen Verhältnisse sich „trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduzier(en)“ (Lipietz 1985: 109).

Es geht auch bei Krisen allgemein, bei der ökologischen Krise im Besonderen und auch bei sozial-ökologischen Transformationskonflikten niemals allein um die Sicherung der Kapitalakkumulation, sondern um die Implikationen einer krisenhaften Entwicklung für die Lebensverhältnisse einschließlich ihrer subjektiven Voraussetzungen und deren Übersetzung in politische Strategien. Soweit eine damals spannende und wichtige Kontroverse. Im Folgenden skizziere ich, in der gebotenen Kürze, einen polit-ökologischen Ansatz der Regulationstheorie.

Politische Ökologie

Die Politische Ökologie ist ein breites Forschungsfeld und bezieht sich in der deutschsprachigen Variante stark auf den Begriff der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* (Jahn 1991; Becker/Jahn 2006; Görg 2003a; Brand/Görg 2003; Köhler/Wissen 2010; Überblick bei Gottschlich et al. 2022). Dieser betont, dass Macht- und Herrschaftsfragen eng mit der tiefen gesellschaftlichen Verankerung von Nicht-Nachhaltigkeit verbunden sind. Der Begriff steht in der Marx'schen Tradition – Marx selbst sprach von Metabolismus und er verwendete einen dialektischen Begriff von Gesellschaft und Natur als widersprüchlich aufeinander bezogenen Zusammenhang. In der Kritischen Theorie Horkheimers und Adornos – auch als kritische Theorie der älteren Frankfurter Schule bezeichnet – bildet er das Zentrum der Geschichtsdiagnose der „Dialektik der Aufklärung“ (vgl. Horkheimer/Adorno 1987/1989; Görg 2003a). Daran anschließende Weiterentwicklungen setzen jeweils spezifische Akzente so z.B. in der feministischen Theorie (von Winterfeld 2006; Gottschlich et al. 2022).

Aus dieser Perspektive kann Gesellschaft generell und grundsätzlich nicht den Abhängigkeiten im Verhältnis zur Natur entkommen. Menschen bzw. menschliche Gesellschaften müssen sich Natur aneignen und damit ihren „sozialen Metabolismus“ oder „Stoffwechsel“ organisieren, um zu (über-)leben. Diese Aneignung der Natur geschieht vermittelt über Produktion und Arbeit, Wissen(schaft) und Technologie, Kultur und Politik. Zudem spielen soziale Wahrnehmungen und kulturell verankerte Deutungen – und hier wiederum oft die Wissenschaft – eine zentrale Rolle.

Für die Anschlussfähigkeit an die Regulationstheorie ist beim allgemeinen Begriff der Naturverhältnisse eine Präzisierung wichtig. Neben der vorgegenommenen allgemeinen Bestimmung werden unter Bedingungen der dominanten kapitalistischen Produktions- und Lebensweise die entsprechenden *kapitalistischen* Naturverhältnisse in den Blick genommen. Es bilden sich spezifische, möglicherweise hegemoniale ökonomische, politische, wissenschaftlich-technische Verhältnisse heraus, die Gesellschaft und Natur vermitteln.

Die *Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse* (Görg 2003a) geschieht demzufolge in Institutionen und mittels Normen und Wertvorstellungen, mittels derer die Widersprüchlichkeit über einen bestimmten Zeitraum hinweg stabilisiert wird und möglicherweise zu einer dynamischen kapitalistischen Entwicklung beiträgt.

Mit der Vorstellung von historisch kontingenten Naturverhältnissen wird deren Gewordenheit, Wandelbarkeit und Dynamik betont. Das macht die Politische Ökologie kompatibel mit der Regulationstheorie. Kapitalistische Entwicklung wird konzeptualisiert als historisch unterscheidbare Phasen, die auch die Naturverhältnisse wesentlich strukturieren – ohne dabei zeitliche,

räumliche oder bereichsspezifische Differenzierungen innerhalb der Phasen zu vernachlässigen. Entsprechend wurde in politisch-ökologisch orientierten Arbeiten für die Zeit der 1950er bis 1970er Jahre der Begriff der ‚fordistischen‘ und der sich daran ab den 1980er Jahren anschließenden ‚postfordistischen‘ Naturverhältnisse vorgeschlagen (Brand/Görg 2003; Wissen 2011; Karathanassis 2015). Der Fordismus bzw. periphere Fordismus hatte je spezifische Naturverhältnisse, die sich in einer enormen – dabei höchst ungleichen – materiellen Wohlstandssteigerung äußerten, aber eben auch als *Great Acceleration*. Insbesondere der Fordismus hat in vielen Ländern des industrialisierten Nordens zu einer langen Wachstumsphase geführt, dabei aber seine Widersprüche in die Länder des Südens und als ökologische Probleme in die Zukunft, unsere heutige Gegenwart exportiert: Die Klimakrise etc. sind Folgen der großen Beschleunigung des Ressourcenverbrauchs im Fordismus (Görg et al. 2020; Demirović 2024: 124f.; Brand/Wissen 2024: Kapitel 3).

Joachim Becker (2024: 66f.) unterstreicht, dass insbesondere die deutschsprachigen Varianten der Regulationstheorie sich auf Gramscis Hegemoniebegriff beziehen. Hegemonie im Sinne von konsensualer Herrschaft (dabei schloss Gramsci die Anwendung von Zwang nicht aus) hat vielfältige Dimensionen. Die dominierenden oder dominant werdenden sozialen Kräfte streben an und sind mitunter erfolgreich, ihre partikularen Interessen – und das sind vor allem jene an dynamischer Akkumulation – zu verallgemeinern und entlang ihrer Interessen die Gesellschaft wesentlich zu gestalten. Gramsci sprach diesbezüglich von der Fähigkeit der herrschenden sozialen Kräfte zur politischen, moralischen und intellektuellen Führung. Gesellschaftliche Probleme werden scheinbar im Sinne der Allgemeinheit gelöst. Das schließt durchaus Kompromisse ein, diese stellen aber die grundlegenden Herrschaftsverhältnisse nicht infrage. In diesem Sinne basiert Hegemonie auf gelingender Akkumulation, aber auch anderen Grundlagen wie etwa Verteilungspolitiken, damit für die Mehrheit die Verhältnisse also praktisch lebbar und akzeptabel sind. Hegemonie ist entsprechend in der Produktions- und Arbeitswelt verankert und damit in den alltäglichen sozialen Praxen auch der Lohnabhängigen (Gramsci 1991ff.: 2069).

Aus Perspektive der Politischen Ökologie ist insbesondere wichtig, dass durch die Sicherung der Kapitalverwertung die ungleichen Klassen-, Geschlechter-, rassifizierten, generationellen, internationalen Verhältnisse durch vielfältige soziale Strukturen und Praktiken hindurch herrschaftlich reproduziert werden – gerade auch durch Alltagspraxen und den Alltagsverstand. Herrschaft ist auch in die Subjektivität und Körper der Individuen eingelassen, etwa über Leistungsbereitschaft und -zwang oder heteronormative Geschlechterverhältnisse (Krüger 2022; Wichterich 2022).

Herrschaftsverhältnisse basieren auf spezifischen und ungleich strukturierten Formen der Aneignung von Natur bzw. auf historisch konkreten gesellschaftlichen Naturverhältnissen, die wiederum eng mit den genannten sozialen Ungleichheitsverhältnissen zusammenhängen. Beispielsweise wurden durch die europäische Expansion im kapitalistischen Weltsystem fast überall auf der Welt die darin angelegten strukturellen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in die Naturverhältnisse anderer Kontinente eingeschrieben. Deren Metabolismus wurde durch ihre Position im Weltsystem überdeterminiert, z.B. durch die Umwandlung ihrer Landschaften in Zuckerrohr, Tabak oder Baumplantagen, heute Palmöl o.ä. und die damit einhergehende Untergrabung der Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung. In einigen Gesellschaften des Globalen Südens fanden und finden Industrialisierungsprozesse statt, doch viele basieren auf dem Modell des Ressourcen-Extraktivismus. Hegemonie, das ist aus politisch-ökologischer Perspektive besonders wichtig, im Sinne von Herrschaft durch Konsens hat einen „materiellen Kern“ (Gramsci 1991ff.: 1567), ist also an ein materielles Wohlstandsmodell und ausbeuterisches Naturverhältnisse gebunden, die die ökologische Krise verursachen.

Schließlich: Die dominanten oder hegemonialen Naturverhältnisse sind etwa als ‚ökologische Krise‘ oder ‚ökologische Probleme‘ immer Gegenstand von Kritik und Auseinandersetzungen. Dabei spielen beispielsweise wissenschaftliche Interpretationen der verschiedenen Dimensionen der sozial-ökologischen Krise eine wichtige Rolle. Die Politisierung der Naturverhältnisse erfolgt häufig in sozialen Konflikten und entlang je spezifischer sozialer Kräfteverhältnisse, die wiederum in enger Verbindung mit den Produktionsverhältnissen und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung stehen (Dietz/Engels 2020). Neben der mehr oder weniger starken Institutionalisierung spezifischer Naturverhältnisse wird dabei auch ihre historische Gewordenheit, Veränderbarkeit und Umkämpftheit betont. Damit werden auch die existierenden Alternativen sichtbar, beispielsweise zum autozentrierten Mobilitäts- oder industrialisierten Ernährungssystem.

Zwischenfazit

Dem Wiener und dem Frankfurter Ansatz der Regulationstheorie ist im Hinblick auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse gemeinsam, dass sie eine breite Analyseperspektive einnehmen im Hinblick auf die sozio-ökonomischen Dynamiken, welche die ökologische Krise verursachen. Insbesondere der fossile Kapitalismus und die damit verschränkten Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden als zentrale Ursache der ökologischen Krise erachtet. Doch es wird deutlich, dass in dem von der Politischen Ökologie inspirierten

Ansatz „Natur“ mehr ist als etwas „am Anfang und am Ende des materiellen Akkumulationsprozesses“ und in seiner Bedeutung für die Reproduktion des Kapitals (siehe oben). Auf den Staat gehe ich in diesem Beitrag nicht ein, weil es hier viele Übereinstimmungen in den Bezügen zur historisch-materialistischen Staatstheorie gibt (vgl. Becker 2003: 67-70, zum Staat in der Politischen Ökologie etwa Brad 2022).

Zum Lohnverhältnis wird in beiden Ansätzen auch die nicht monetäre vergütete Lohnarbeit gezählt (für den Wiener Ansatz Becker 2024: 60). Doch der Frankfurter Ansatz nimmt auch die leibliche Reproduktion der Lohnabhängigen und ihren prekären Charakter in den Blick (Demirović 2024). Die Konkurrenzverhältnisse der Unternehmen bzw. Kapitalfraktionen zueinander, so würden beide Ansätze argumentieren, sind aktuell durch stärkere Staatsinterventionen geprägt. Diese finden insbesondere im High-Tech-Bereich statt.

Die Differenz zwischen der Politischen Ökologie bzw. der Theorie der Naturverhältnisse zum Wiener und französischen Ansatz mit dem Fokus auf „ökologische Restriktion“ wird auch an einer anderen Dimension deutlich. Letzterer im Sinne einer kritischen (Internationalen) Politischen Ökonomie interessiert sich wenig für Fragen von Subjektivität, Alltag, menschliche Körperlichkeit, die Politische Ökologie durchaus (Wichterich 2022; Demirović 2024). Das gilt auch für die symbolisch-kulturellen Dimensionen der Naturverhältnisse.

Beide Ansätze betonen die Rolle von Konflikten für die Politisierung der herrschenden Naturverhältnisse als Unmut, Proteste, Formulierung von Alternativen, insbesondere in der Form der ökologischen Krise bzw. sehr unterschiedlicher Krisenphänomene. Politisch-strategisch öffnet eine polit-ökologisch ausgerichtete Regulationstheorie jedoch bereits analytisch den Raum, weil sie von der Pluralität der Naturverhältnisse ausgeht, also der Existenz auch von nicht-kapitalistischen Naturverhältnissen. Diese sollten nicht romanisiert werden und sind immer wieder Gegenstand von Kommodifizierungsstrategien des Kapitals, um sein „Außen“ zu vereinnahmen. Aber es gibt sie eben und sie sollten Teil der Analyse sein. Doch grundsätzlich sollte eine solche Perspektive auch in den Wiener Ansatz integrierbar sein.

Regulation? Hegemonie? – An den Grenzen der Regulationstheorie

Eine Diskussion, die uns seit vielen Jahren beschäftigt, ist die Identifikation einer möglicherweise neuen, mehr oder weniger stabilen kapitalistischen Formation. Wegweisend war im deutschsprachigen Raum die Studie von Joachim Hirsch und Roland Roth „Das neue Gesicht des Kapitalismus“ (1986). Die Frage motivierte Bände mit den Titeln „Fit für den Postfordismus?“ (Raza/

Brand 2003), um das Potenzial der Regulationstheorie für theoretisch angeleitete Zeitdiagnosen des Kapitalismus um die Jahrhundertwende auszuloten. Ausgehend von der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008, die breiter als „multiple Krise“ (Demirović et al. 2011) verstanden wurde, wurde der Stellenwert des Ansatzes zur Erklärung eben dieser Krise in dem Band „Fit für die Krise?“ (Atzmüller et al. 2013) erörtert. Und jüngst nun der Band „Politische Ökonomie der Zeitenwende“ (Schneider/Syrovatka 2024a), in dem es insbesondere um das Begreifen der jüngsten geopolitischen und geoökonomischen Umbrüche, aber auch innergesellschaftlicher Veränderungen aus regulationstheoretischer Sicht geht.

Etienne Schneider und Felix Syrovatka vertreten in dem letztgenannten Buch die These, dass sich eine neue Formation herausbilden könnte, die als Grüner Kapitalismus bezeichnet werden könnte. Hans-Jürgen Bieling (2024) argumentiert, dass sich eine neue Phase durch verstärkte Staatsinterventionen auszeichne. Dabei sei es notwendig, spezifische Bereiche bzw. Dimensionen in den Blick zu nehmen, um Ungleichzeitigkeiten zu identifizieren. Es ist also die alte und immer wieder neue Frage nach Brüchen und Kontinuitäten kapitalistischer Entwicklung zu stellen. „So beobachten wir ... weitreichende Umbrüche in den Konkurrenzverhältnissen. Die Regulation des Lohn- und Reproduktionsverhältnisses scheint dagegen eher von Kontinuitäten als von Brüchen gekennzeichnet. Offenkundig haben wir es also mit ungleichzeitigen Veränderungsprozessen in unterschiedlichen Bereichen beziehungsweise strukturellen Formen der Regulation zu tun.“ (Schneider/Syrovatka 2024b: 34f.)

In einem jüngeren Aufsatz und Buch argumentieren Christoph Görg, Markus Wissen und ich, dass angesichts des immer disruptiveren Einbrechens der Klimakrise der Begriff Regulation im Sinne einer vorübergehenden Widerspruchsbearbeitung und Hegemonie als Herrschaft mit starken Konsenselementen überdacht werden müsste (Brand et al. 2024).

Das „Hegemonieprojekt“ eines Grünen Kapitalismus (Sander 2016; Brand/Wissen 2024: Kapitel 4, zum Begriff Hegemonieprojekt Buckel et al. 2017) wird von Teilen der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte im Modus einer „passiven Revolution“ verfolgt. Es geht im Kern um Versuche einer selektiven ökologischen Modernisierung des Kapitalismus durch die Dekarbonisierung seiner Energiebasis. Über Strategien der Dekarbonisierung und großtechnologischen Bearbeitung der Klimakrise (etwa über Geo-Engineering), die weitere Externalisierung von Kosten und Krisen wird eine herrschaftliche Stabilisierung versucht.

Dieses Hegemonieprojekt kommt nicht nur aktuell von anti-ökologischen Kräften eines „extremen Fossilismus“ (Malm et al. 2021) unter Druck. Es ist durchaus möglich, dass ein Grüner Kapitalismus zwar Investitionen, Profite und Akkumulation generiert, aber eben keine stabile Entwicklungsweise und

schon gar keinen gesellschaftlichen Konsens (zu weiteren Defiziten Pichler 2024). Die Grundbedingung des Fordismus im Globalen Norden war, dass der Zugang zu Rohstoffen weitgehend gesichert war. Das ändert sich heute aufgrund teilweiser Rohstoffverknappung, vor allem aber durch die Konkurrenz von wirtschaftlich aufstrebenden Ländern wie China oder Indien. Zusätzlich führt die Klimakrise zu immer größeren Schäden und damit Reparaturen, die in gewisser Weise von der kapitalistischen Wohlstandsgenerierung abgezogen werden müssen.

Gegenwärtig ist ein autoritäres und fossiles Hegemonieprojekt im Aufwind, dem es um die Wiederherstellung von Profitabilität und einer gewissen Stabilität geht, das aber stärker auf Zwang basiert, gesellschaftlich spaltend ist und mit wenig Bereitschaft der herrschenden Kräfte zu Kompromissen. Denn angesichts geringer Wachstumsraten und Verteilungsspielräumen, das zeigt die Geschichte, neigen diese Kräfte zu autoritären Politiken. Das grünkapitalistische und das autoritäre Projekt könnten sich zu einem Grünen Festungskapitalismus verbinden (Oberndorfer 2020). Denkbar und aktuell eher wahrscheinlich ist, dass sich ein anti-ökologisches autoritäres Hegemonieprojekt à la Trump, Orbán und Meloni durchsetzt (Brand/Wissen 2024: Kapitel 6).

Insofern schließe ich mich einer Überlegung von Alex Demirović (2024: 121) an, „dass aus dem Reproduktionsprozess kapitalistischer Verhältnisse im stetig erweiterten Kreislauf des Kapitals und aller seiner Verhältnisse zunehmend chaotische, hoch volatile soziale Dynamiken entstehen, die diese Verhältnisse nicht-linear und auf je spezifische Weise krisenhaft erschüttern.“ Normalität soll und kann gegebenenfalls teilweise wiederhergestellt werden, damit auch Kapitalverwertung. Doch, so Demirović, kommt es nicht unbedingt zu einer neuen Regulationsweise, sondern sich überlagernden und verschiebenden ökonomischen und nicht-ökonomischen Krisen.

Ausblick

Ich habe argumentiert, dass Joachim Becker sehr früh erkannte und einen Vorschlag machte, dass und wie die Dimension der Naturverhältnisse und der ökologischen Krise in das Kategoriengerüst der Regulationstheorie eingebaut wurde. Dafür habe ich aus Perspektive der Politischen Ökologie einen Erweiterungsvorschlag gemacht. Der Wiener und der Frankfurter Ansatz sind in vielen Fragen kompatibel. In Zukunft sollten wir kollektiv und im produktiven Austausch an den Kategorien weiterarbeiten und sie eng auf die realhistorischen Entwicklungen und Kämpfe beziehen, um die Theorie selbst auf Höhe der Zeit weiterzuentwickeln.

Hilfreich könnte dabei eine Unterscheidung von Andreas Novy (2022) sein, der die Begriffe „Transformation“ und „Große Transformation“ von Karl Polanyi dahingehend interpretiert, dass mit Transformation der evolutionäre, langfristige und untergründige Prozess sozio-ökonomischer Veränderungen gemeint ist. Hier hat die Regulationstheorie einiges zu bieten und sollte dafür ihre „ex post“-Perspektive relativieren, also sich nicht nur um nachträgliche Identifikationen von Entwicklungsweisen wie dem Fordismus oder Postfordismus bemühen. Vielmehr geht es um Analysen aktueller, manchmal noch gar nicht so klarer Entwicklungen.

Novy betont, dass Polanyi mit „großer Transformation“ ausdrücklich nur die kurzfristigen, disruptiven und hochgradig konfliktiven politischen Interventionen bezeichnete, um gesellschaftliche Veränderungen weg vom liberalen Kapitalismus zu lenken. Solch ein Moment könnte kommen und dann sollten emanzipatorische Kräfte gebündelt zur Intervention in der Lage sein. Der Denkmodus ist dabei, ausgehend von möglichst präzisen Analysen der Gegenwart, Hypothesen zu Interventionsmöglichkeiten zu bilden. Das kann nicht rein wissenschaftlich erfolgen, sondern in engem Austausch mit emanzipatorischen Kräften.

Das wäre in unübersichtlichen und regressiven Zeiten die doppelte Aufgabe einer Regulationstheorie auf der Höhe der Zeit: Weiterhin valide kritische Zeitdiagnosen zu liefern und gemeinsam mit emanzipatorischen gesellschafts-politischen Akteur:innen eben jenen Orientierungen für die praktische Kritik im Handgemenge zu entwickeln. Das wissenschaftlich-politische Verständnis des Intellektuellen Joachim Becker weist in diese Richtung.

Literatur

- Atzmüller, R. et al. (Hg.) (2013): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Becker, E., Jahn, T. (Hg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Becker, J. (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Eine kritische Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg: Metropolis-Verlag.
- Becker, J. (2024): Regulationstheorie: Ursprünge, Entwicklungstendenzen und internationale Debatten, in: Schneider, E., Syrovatka, F. (Hg.), Politische Ökonomie der „Zeitenwende“ – Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, 47-81.
- Becker, J., Raza, W. (2000): Theory of regulation and political ecology: an inevitable?, in: *économie et sociétés*, 11, 55-70.

- Bieling, H. J. (2024): Die kriseninduzierte Reorganisation der europäischen Gesellschaftsformation – im Übergang zu einem staatsinterventionistischen Regulationsmodus, in: Schneider, E., Syrovatka, F. (Hg.), Politische Ökonomie der „Zeitenwende“ – Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, 261-279.
- Brad, A. (2022): Staat, in: Gottschlich, D. et al. (Hg.), Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden, Bielefeld: transcript Verlag, 455-460.
- Brand, U., Görg, C. (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, U., Raza, W. (Hg.) (2003): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, U., Wissen, M. (2024): Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven, München: oekom.
- Brand, U. et al. (2024): Krise, Regulation und Transformation. Zu den strukturellen Grenzen einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus, in: Schneider, E., Syrovatka, F. (Hg.), Politische Ökonomie der „Zeitenwende“ – Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, 152-170.
- Buckel, S. et al. (2017): The European Border Regime in Crisis. Theory, Methods and Analyses in Critical European Studies, Studie für die Rosa Luxemburg Stiftung.
- Cahen-Fourot, L. (2020): Contemporary capitalisms and their social relation to the environment, in: Ecological Economics, 172, 106634.
- Demirović, A. (2024): Regulationstheorie – Anthropozän – multiple Krise, in: Schneider, E., Syrovatka, F. (Hg.), Politische Ökonomie der „Zeitenwende“ – Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, 106-129.
- Dietz, K., Engels, B. (2020): Analysing land conflicts in times of crises, in: Geoforum, 111, 208-217.
- Gottschlich, D. et al. (2022a): Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden, Bielefeld: transcript Verlag.
- Gottschlich, D. et al. (2022b): Konflikte um (neue) Gentechnologien in der Landwirtschaft, in: Gottschlich, D. et al. (Hg.), Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden, Bielefeld: transcript Verlag, 183-192.
- Görg, C. (2003a): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, C. (2003b): Gesellschaftstheorie und Naturverhältnisse. Von den Grenzen der Regulationstheorie, in: Brand, U., Raza, W. (Hg.), Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster: Westfälisches Dampfboot, 175-195.
- Görg, C. et al. (2020): Scrutinizing the Great Acceleration. The Anthropocene and its Analytic Challenges for Social-Ecological Transformations, in: The Anthropocene Review, 7(1), 42-61.
- Gramsci, A. (1991ff.): Gefängnishefte, hrsg. von Bochmann, K., Haug, W. F., Hamburg/Berlin: Argument-Verlag.

- Hirsch, J., Roth, R. (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg: VSA-Verlag.
- Horkheimer, M., Adorno, T. W. (1987 [1944]): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Jahn, T. (1991): Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform. Umriss eines sozial-ökologischen Gesellschaftskonzepts, Frankfurt a.M.: Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- Karathanassis, A. (2015): Kapitalistische Naturverhältnisse. Ursachen von Naturzerstörungen – Begründungen einer Postwachstumsökonomie, Hamburg: VSA Verlag.
- Köhler, B., Wissen, M. (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein theoretischer Zugang zur ökologischen Krise, in: Lösch, B., Thimmel, A. (Hg.), Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 217-227.
- Lipietz, A. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff ‚Regulation‘, in: Prokla, 15(58), 109-138.
- Malm, A., Zetkin Collective (2021): White Skin, Black Fuel. on the Danger of Fossil Fascism, La Vergne: Verso.
- Novy, A. (2022): The political trilemma of contemporary social-ecological transformation – lessons from Karl Polanyi’s The Great Transformation, in: Globalizations, 19(1), 59-80.
- Oberndorfer, L. (2020): Auf zum grünen Festungskapitalismus, in: Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung, 7/8, 30-33.
- Pichler, M. (2024): Von den Verheißungen des grünen Kapitalismus – und darüber hinaus, in: Degens, P., Neckel, S. (Hg.), Das Scheitern des grünen Kapitalismus. Analysen, Aussichten, Alternativen, Frankfurt a.M./New York: Campus, 126-141.
- Raza, W. (2003): Politische Ökonomie der Natur im Kapitalismus. Skizze einer regulationstheoretischen Konzeptualisierung, in: Brand, U., Raza, W. (Hg.), Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot, 158-175.
- Sander, H. (2016): Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima, Berlin: Bertz + Fischer.
- Scheich, E. (1994): Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Feministische Kritik der Naturwissenschaften, in: Görg, C. (Hg.), Gesellschaft im Übergang. Perspektiven kritischer Soziologie, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 202-217.
- Schneider, E., Syrovatka, F. (2024a): Politische Ökonomie der „Zeitenwende“ – Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schneider, E., Syrovatka, F. (2024b): Einleitung: Globale Umbruchprozesse und neue Konjunktur der Regulationstheorie, in: Dies. (Hg.), Politische Ökonomie der „Zeitenwende“ – Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, 13-46.
- von Winterfeld, U. (2006): Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit, München: oekom Verlag.

- Wichterich, C. (2022): Körper und Reproduktion, in: Gottschlich, D. et al. (Hg.), Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden, Bielefeld: transcript Verlag, 193-204.
- Wissen, M. (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zuindeau, B. (2007): *Régulation* school and environment: theoretical proposals and avenues of research, in: Ecological Economics, 62, 281-290.

Abschnitt II

Europäische Peripherien und ihre (Des-)Integrationsdynamiken

Die Europa-Abteilung des Verlagshauses

Zur Einführung

Rudy Weissenbacher

„Hier in Lateinamerika denken viele, hinter dem Namen Joachim Becker stehe ein Verlagshaus“, sagte mir – sinngemäß, es ist schon eine Weile her – sein Freund und Kollege Eduardo Gudynas (vgl. auch seinen Beitrag zu diesem Band) schmunzelnd 2008 anlässlich einer Konferenz in Uruguay. Die Zahl der Arbeiten und die thematische Breite und Tiefe des Vielschreibers ist ein Aspekt des Intellektuellen Joachim Becker. Ein Schreiben, das sich nie auf die heute oft indikatorengetriebene Zwangsjacke akademischen Publizierens beschränkte. Öffentlicher und öffentlich wirksamer Intellektueller ist dafür wohl die richtige Bezeichnung. Joachim Beckers Student:innen und Schüler:innen fanden in ihm zudem Ressourcen während des schon so lange andauernden neoliberalen Winters, mit denen er nicht geizte, als Ansprechperson, Diskussionspartner und Unterstützer für kritisches Denken abseits einer akademischen Ökonomie, die sich so oft als ökonometrische Methode versteht. Er reist zu den Defensios der von ihm betreuten Dissertant:innen, ich erinnere mich an Beispiele aus Frankreich, Portugal und der BRD. Die Publikations- und Diskussionszusammenhänge, in denen er keine Konfrontationen scheute, sind breit gestreut und international, dazu gehören Gewerkschaften, NGOs und soziale Bewegungen.

Was viele fasziniert, sind die Sprachen und damit auch Quellen für seine komparativen Arbeiten, die sich Joachim Becker erschlossen hat. „Ich beginne einfach, mit einem Wörterbuch zu lesen“, sagt er. Aber für die meisten ist das nichts Einfaches. Im Lauf der Jahre hat er auch viele Texte durch Übersetzungen ins Deutsche und Englische zugänglich gemacht. Und wenn man vom Deutschen und Englischen einmal absieht, hat er zumindest auf Französisch, Slowakisch und Spanisch auch geschrieben. Wenn ich mich zu erinnern versuche, in welche Sprachen Joachim Becker eintauchte oder zumindest die Fähigkeit erwarb, Quellen zu lesen, dann fallen mir zuerst die romanischen

ein, was auch, so meine ich, eine chronologische Komponente hat. Becker liest die Vertreter:innen der (ursprünglich) französischen Regulationstheorie im Original, diskutiert mit ihnen und nimmt heute einen wichtigen Platz in diesem Paradigma ein. Dass sich das italienische Fallbeispiel für seine Habilitationsschrift nicht materialisierte, war nicht der Sprache geschuldet. Erst unlängst hat er eine Buchhandlung entdeckt, die ihm die italienische Literatur auch leichter in Wien zugänglich macht. Das Spanische und Portugiesische steht zuerst eng im Zusammenhang mit seinen Freund:innen und Kolleg:innen in Lateinamerika, allen voran Uruguay, Brasilien und Argentinien. Doch die Verbindungen gibt es auch auf die iberische Halbinsel, Coimbra fällt mir ein, aber auch die Anekdote, dass es bei einer Konferenz in Barcelona von manchen bevorzugt worden wäre, wenn er auf Englisch statt auf Spanisch gesprochen hätte.

Bei den slawischen Sprachen steht wohl das Slowakische allen anderen voran. Vielleicht ist „zentraleuropäische Wahlheimat“ der am wenigsten unpassende Begriff: Joachim Becker wohnt und arbeitet in Wien, er lebt und arbeitet aber auch in Bratislava (bzw. auf dem Weg dorthin). Wahrscheinlich sollte er sich auch noch die Zeit nehmen, einen Wanderführer über die Slowakei zu schreiben. Doch auch das greift zu kurz, denn seine Ausflüge und Kurzreisen führen ihn oft nach Tschechien, Ungarn, Slowenien, Kroatien und weniger oft nach Serbien. In all diesen slawischen Sprachen, Polnisch darf ich nicht vergessen, wie auch in Ungarisch liest er Zeitungen und Bücher: Biographien, Fachliteratur und Belletristik. Das Russische und Ukrainische waren ihm deshalb bei den Konferenzen, die er besuchte, ebenso zugänglich. Zu weit für den regelmäßigen Besuch liegt geographisch die Türkei, aber er hat dort kurze Zeit gelebt, im Rahmen eines Sabbaticals. Bis heute verbinden ihn Freundschaften und berufliche Kontakte mit der Türkei. Die geschätzten Leser:innen werden nicht überrascht sein, dass Joachim Becker auch die Möglichkeit, die türkische Sprache zu lernen, nicht ungenutzt ließ. Nicht vergessen seien niederländische Zeitungen und Literatur, auf die er sich freut, wenn er seine Schwester und deren Familie besucht.

Die Europa-Abteilung dieser Festschrift gibt einen schönen Eindruck von den und Beispiele für die zahlreichen Menschen, die mit Joachim Becker freundschaftlich und kollegial verbunden sind (oder waren) und mit denen er (thematische) Netzwerke teilt(e).

Der Beitrag der bekannten Wiener Historikerin *Andrea Komlosy* ruft die fruchtbringende, Disziplinen übergreifende Zusammenarbeit mit Joachim Becker in Erinnerung. Darin stellt sie die Schulen oder paradigmatischen Ansätze der beiden Forscher:innen nebeneinander: die Weltsystem-Analyse (WSA) und den (französischen) Regulationsansatz. Ich vermeide hier bewusst von Theorien zu schreiben, weil es aus beiden Richtungen Bestrebungen gab,

nicht von einer Theorie im engeren Sinne zu sprechen. Dies gilt im Übrigen auch für das paradigmatische Elternhaus der WSA, das Dependenzparadigma, das Becker mit dem Regulationsansatz zu verknüpfen suchte (z.B. Becker/Weissenbacher 2015). Für mich passt Andrea Komlosys Beitrag sehr gut an diese Stelle der Festschrift, weil ich ihn mit dem Buchprojekt der beiden verbinde. Auch wenn dieses „Grenzen Weltweit“ betrachten wollte (Becker/Komlosy 2004, mit einem Vorwort und einem Einleitungstext der beiden), verglich Komlosy in ihrem Kapitel die Habsburger Monarchie und die Europäische Union, während Becker gemeinsam mit Aslı Odman (die auch einen Text zu dieser Festschrift beigetragen hat) die Auflösung der Habsburger Monarchie jener des Osmanischen Reichs gegenüberstellte. Fragen der Integration und Desintegration sind eng mit Beckers Arbeiten verbunden, aber auch mit unserer Zusammenarbeit. Aus meinem anekdotischen Nähkästchen ragen Jugoslawien und die Europäische Union (EU) heraus. Ersteres, weil er durch die Fertigstellung seiner Habilitationsschrift (dann als Buch: Becker 2002) endlich offiziell einer der Betreuer meiner Dissertation (zwei Jahre danach als Buch: Weissenbacher 2005) werden konnte. Fragen des verbleibenden Integrationsmodells EU, von Erweiterung über „Entwicklung“ bis zur Eurozone waren und sind durchweg Themen unserer Diskussionen (und gemeinsamen Publikationen, etwa: Becker/Weissenbacher 2014), aber auch Lehren, die man aus der Geschichte Jugoslawiens für die EU ziehen kann (siehe etwa: Becker 2017). Jože Mencinger war dafür ein besonderer Gesprächspartner, mit dem Joachim Becker in freundschaftlicher Kollegialität verbunden blieb. Wie ich meine, saßen die beiden damals gemeinsam auf einem Podium des ersten Alternativen EcoFin, der im April 2006 in Wien von sozialen Bewegungen (etwa Attac) bzw. linken Organisationen als Kontrapunkt zum Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (EcoFin) veranstaltet worden war (Reitzig erinnert 2006 daran in Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, in der Becker zum Redaktionsbeirat gehört).

Der Ökonom Mencinger (1941-2022) war Wirtschaftsminister und Vize-Premier der Übergangsregierung der von Jugoslawien abtrünnigen Teilrepublik Slowenien im Unabhängigkeitsprozess 1991 gewesen, sollte sich aber bald aus der Regierung zurückziehen. Mencinger hatte einen nüchternen Blick auf die Desintegration von Jugoslawien, auf die ökonomischen und sozialen Ursachen und das zunehmende Misstrauen zwischen den jugoslawischen Teilrepubliken. In der Krise der Eurozone erkannte er Ähnlichkeiten zum beginnenden Zerfallsprozess in Jugoslawien Anfang der 1980er Jahre. Als Keynesianer wollte er keine Langzeitprognosen machen, aber so lange wie die Habsburger Monarchie würde die EU wohl nicht Bestand haben. In einer Diskussion anlässlich eines von uns organisierten Seminars (siehe weiter unten) in Bratislava 2006 erläuterte er die privilegierte wirtschaftliche

Position Sloweniens in Jugoslawien, die die Abtrennung von Jugoslawien und dann die Integration in die EU erleichterte, aber auch das wichtige institutionelle Wissen, das die Slowen:innen im Umgang mit der jugoslawischen Bundesbürokratie gesammelt hätten. Slowenien habe dann – ähnlich wie innerhalb Jugoslawiens – den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission verbal entsprochen, um aber real in der Folge nach eigenem Dafürhalten zu handeln.

Wie Mencinger in einem seiner Beiträge zu dem Sammelband argumentierte, der aus einem europäisch-lateinamerikanischen Projekt in Zusammenarbeit mit dem von Eduardo Gudynas geleiteten Centro Latino Americano de Ecología Social (CLAES) entstand (Becker/Weissenbacher 2007), trug die Skepsis in Slowenien gegenüber ausländischen Direktinvestitionen (und damit Privatisierungen) dazu bei, dass Slowenien von negativen Auswirkungen auf die Leistungsbilanz verschont geblieben sei (Mencinger 2007). Ob diese vorteilhafte Situation für Slowenien Bestand haben sollte, erfahren wir aus dem spannenden Beitrag von *Ana Podvršič* für die Festschrift. Ana Podvršič stellt die slowenischen Erfahrungen jenen Ungarns gegenüber. Dabei kann die politische Ökonomin der Central European University auf viele Jahre von Freundschaft, Wandern, Diskussionen und Zusammenarbeit mit Joachim Becker zurücksehen. Die gemeinsamen komparativen Forschungen der beiden (etwa Becker/Podvršič 2022) berühren auch einen weiteren wichtigen Aspekt von Beckers Arbeiten, nämlich die Hintergründe der erstarkenden neo-nationalistischen Rechten in der EU (Becker 2018).

Die Jahre um die nordatlantische Finanzkrise, wie José Antonio Ocampo (2019) sie bevorzugt nennt, weil deren Epizentren in den USA (wo sie 2007 ihren Ursprung hatte) und Westeuropa (das sie 2008 erreichte) lagen, scheinen im Rückblick in vielerlei Hinsicht wichtige Jahre für Becker gewesen zu sein, gerade auch für seine zentraleuropäischen Beziehungen. Silvia Ruppeldtová gewährt uns im vierten Abschnitt der Festschrift Einblick. An dieser Stelle kehre ich aber zu dem Seminar in Bratislava im Rahmen des transkontinentalen Projekts zurück. Wenn *Ivan Lesay* in seinem Beitrag über seine Freundschaft und Zusammenarbeit mit Joachim Becker schreibt, er könne sich kaum an ihr erstes Treffen erinnern, es müsse irgendwann vor 2008 gewesen sein, entweder im Rahmen des Alternativen EcoFin in Ljubljana oder in Brno, dann habe ich den Vorteil, dass ich im damaligen Projekt, das auf europäischer Seite von Becker geleitet wurde, der Projektmanager war und meine Erinnerung archivarisch überprüfen kann. Die Seminare, die wir damals organisierten, fanden in der Tat auch in Brno (2007) und in Ljubljana anlässlich des 3. Alternativen EcoFin (2008) statt, aber auch in Wien (2006, 2007, 2008) und in Prag 2008, dessen Titel auf die gerade begonnen habende nordatlantische Finanzkrise Bezug nahm: „The US Financial Crisis and Central and Eastern

Europe“. Bei diesen Seminaren kamen Forscher:innen und Aktivist:innen sozialer Bewegungen aus Zentraleuropa zusammen, mit denen Joachim Becker zum Teil bis heute im Kontakt steht. Ivan Lesay nahm an dem Seminar in Bratislava („New Members – Old Periphery“) im November 2006 für die NGO CEE Bankwatch teil, bei dem Mencinger einen Vortrag hielt („Two Years after Accession“).

Seither ist Lesay weite Wege gegangen, wie wir aus seinem Text entnehmen können. Unter anderem führten sie ihn als Staatssekretär ins slowakische Finanzministerium, er ist aber auch erfolgreicher Roman- und Kinderbuchautor, dessen Bücher ins Englische übersetzt worden sind. Joachim Becker diskutierte mit Ivan Lesay anstehende Maßnahmen für die slowakische Wirtschaftspolitik, persönlich erinnere ich mich an ein Treffen zum Gedankenaustausch im slowakischen Finanzministerium. Die Diskussion über Alternativen habe die beiden zu einer „dritten Säule“, wie Ivan Lesay schreibt, geführt, die „Binnenwachstum und Regionalentwicklung priorisiere“ (siehe auch: Becker/Lesay 2019). Dies schien für mich zu jener Gruppe von alternativen Regionalwissenschaftlern zu passen, die Teil jener Autor:innen der 1970er und 1980er Jahre waren, die sich für die europäische Situation auf den lateinamerikanischen Strukturalismus und/oder das Dependenzparadigma bezogen und die ich im Rückblick in eine „Europäische Dependenzschule“ eingeordnet hatte (Weissenbacher 2018).

Wenn etwas dran ist, dass das „Dependenzparadigma nie gänzlich aus der kritischen politischen Ökonomie in Wien verschwunden ist“ (Weissenbacher 2019: ix), dann hat Joachim Becker an dieser Hibernation (wahrscheinlich sollte ich im Zeitalter der Klimaerhitzung von Übersommern sprechen), wichtigen Anteil. Er hielt Räume offen und brachte Menschen zusammen. Für ein Beispiel eines Arbeitszusammenhangs in der „Europaabteilung“ können die Diskussionen und das gemeinsame Schreiben mit Johannes Jäger stehen, die man wohl in der Tradition der „Europäischen Dependenzschule“ begreifen kann (z.B. Becker/Weissenbacher/Jäger 2021).

Mit einem weiteren ehemaligen Studenten von Joachim Becker, der mit ihm freundschaftlich verbunden geblieben ist, blicken wir in die Prozesse eines für Joachim ebenso wichtigen Landes, die er auch immer beobachtet und regelmäßig kommentiert. *Ilker Ataç* war in der Arbeit mit Joachim Becker in das Dependenzparadigma und den Regulationsansatz eingetaucht. Auch wenn ihn seine beruflichen Schwerpunkte als Forscher und Universitätslehrer in andere Gefilde lenkten, kehrt er mit einem Beitrag zur Festschrift zu diesen Wurzeln zurück, indem er sich „erneut mit den Ansätzen der radikalen politischen Ökonomie und ihrer Relevanz für die Analyse der politisch-ökonomischen Entwicklungen in der Türkei“ auseinandersetzt. In seinem Beitrag „Abhängige Wege: Akkumulationsstrategien in der Türkei“ vermit-

telt er uns ein Verständnis der politischen Ökonomie der Türkei mit Hilfe des methodischen Werkzeugkastens Joachim Beckers.

Den Abschluss dieses Teils der Festschrift bildet ein Beitrag von mir, *Rudy Weissenbacher*, über ein Land, das auf Joachim Becker Faszination auszuüben scheint – wohl ob seiner vielschichtigen politischen Ökonomie, seines mannigfaltigen Zeitungs- und Zeitschriftenangebots und seiner Widersprüchlichkeiten. Italien ist oft Gegenstand unserer Diskussionen, seine politische Ökonomie war Thema gemeinsamer Forschungsprojekte und das *bel paese* wird, ich klopfe auf Holz, auch noch Gegenstand gemeinsamer Arbeiten sein. Der Beitrag der Festschrift beschäftigt sich mit einer wesentlichen Umbruchphase des Landes auf dem Weg zur Währungsunion: der Dekade der Privatisierungen.

Literatur

- Becker, J. (2017): In the Yugoslav Mirror: The EU Disintegration Crisis, in: *Globalizations*, 14(6), 840-850.
- Becker, J. (2018): Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 179), Wien: Arbeiterkammer.
- Becker, J., Podvršič, A. (2022): Two Populisms, in: *Sidecar*, May 25, <https://newleftreview.org/sidecar/posts/two-populisms> (12.12.2024).
- Becker, J., Komlosy, A. (Hg.) (2004): Grenzen Weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich (= Historische Sozialkunde / Internationale Entwicklung 23), Wien: Promedia und Südwind.
- Becker, J., Lesay, I. (2019): Slovakia's development model: contours, vulnerabilities and strategic alternatives, in: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, 27(2/3), 139-154.
- Becker, J., Weissenbacher, R. (Hg.) (2007): Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?, Marburg: Metropolis.
- Becker, J., Weissenbacher, R. (2014): Berlin Consensus and Disintegration. Monetary Regime and Uneven Development in the EU, in: Dymarski, W., Frangakis, M., Leaman, J. (Hg.), *The Deepening Crisis of the European Union: The Case for Radical Change*, Poznan: Poznan University of Economics Press, 15-32.
- Becker, J., Weissenbacher, R. (2015): Changing Development Models: Dependency School Meets Regulation Theory. Contribution to the Colloque International: Recherche & Regulation. Paris, June 10-12. <https://www.eiseverywhere.com/retrieveupload.php?c3VibWlzc2lvd84NTg3OF83NTYyMzIucGRmKmVzZWxIY3Q=> (11.12.2024).

- Becker, J., Weissenbacher, R., Jäger, J. (2021): Mechanisms of dependence: Conceptualizing the Latin American dependency research program for the analysis of European capitalism, in: Madariaga, A., Palestini, S. (Hg.), *Dependent capitalisms in contemporary Latin America and Europe*, Cham: Palgrave Macmillan, 75-99.
- Mencinger, J. (2007): Addiction to FDI and Current Account Balance, in: Becker, J., Weissenbacher, R. (Hg.), *Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?*, Marburg: Metropolis, 109-126.
- Ocampo, J. A. (2019): The International Monetary System and Economic Development, in: Nissanke, M., Ocampo, J. A. (Hg.), *The Palgrave Handbook of Development Economics*, Cham: Palgrave Macmillan, 799-832.
- Reitzig, J. (2006): Wirtschaftspolitik für ein anderes Europa. Erster „alternativer ECOFIN“, 4. bis 6. April 2006 in Wien, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 66, <https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/de/article/742.wirtschaftspolitik-fuer-ein-anderes-europa.html> (12.12.2024).
- Weissenbacher, R. (2005): *Jugoslawien. Politische Ökonomie einer Desintegration*, Wien: Promedia.
- Weissenbacher, R. (2018): Peripheral integration and disintegration in Europe: the 'European dependency school' revisited, in: *Journal of Contemporary European Studies*, 26(1), 81-98.
- Weissenbacher, R. (2019): *The core-periphery divide in the European Union: A dependency perspective*, Cham: Palgrave Macmillan.

Weltsystem und Regulation

Grenzen als Vermittler

Andrea Komlosy

Den Jubilar (Joachim Becker) und die Autorin (Andrea Komlosy) verbindet eine langjährige, freundschaftliche Kooperation im Bereich der historischen Ungleichheitsforschung. Sie befassen sich mit der Herausbildung und Transformation der kapitalistischen Weltwirtschaft und des Staatensystems auf internationaler, einzelstaatlicher sowie substaatlicher Ebene und ebenso mit den systemimmanenten wie auch systemüberwindenden Bemühungen von Regierungen und sozialen Bewegungen, nachholende Entwicklung in Gang zu setzen, soziale Emanzipation zu erreichen und Ungleichheit zu überwinden.

Dabei gehen wir von unterschiedlichen Theorien und Modellen aus, Funktionsmechanismen und Herrschaftsstrukturen des globalen Kapitalismus analytisch zu fassen. Becker ist ein führender Exponent der Regulationstheorie, sein Beitrag zur Umsetzung und Weiterentwicklung dieses Ansatzes wird im Band ausführlich gewürdigt. Komlosy ist eine führende Exponentin der Weltsystemanalyse, die aus der Dependenztheorie hervorgegangen ist. Beide überwinden ihre disziplinäre Prägung als Ökonom und als Historikerin und öffnen sich einer interdisziplinär angelegten, historischen, Theorie und empirische Anwendung verbindenden Sozialwissenschaft. Gemeinsam ist ihnen auch das kapitalismuskritische Denken und das antisystemische Engagement, ohne einer bestimmten Strömung oder einer Schule anzugehören.

Ihre Forschungen rezipieren, entwickeln, operationalisieren und modifizieren Ansätze, die unter diesen Etiketten zu Beginn der 1970er Jahre aufgenommen sind, im Fall der Weltsystemanalyse im anglo-amerikanischen und im lateinamerikanischen Raum, im Fall der Regulationstheorie in Frankreich. Damit sind beide in internationale Debatten und Kontroversen eingebunden und überführen diese in Entwicklungsforschung und Globalgeschichte im deutschen Sprachraum. Sie haben wichtige Exponenten ihrer theoretischen Inspirationsquellen persönlich kennengelernt und sich mit diesen jahrelang ausgetauscht. Becker und Komlosy interessieren sich sowohl für Theoriefragen als auch für historische Narrative und Entwicklungsmuster, die sich mit

dem jeweiligen analytischen und begrifflichen Instrumentarium herausarbeiten lassen.

Weltsystem- und Regulationstheorie haben ihren Zenit als attraktive Analyse- und Deutungsangebote unterdessen überschritten und gelten bei vielen jüngeren Kolleg:innen, so diese sie überhaupt wahrnehmen, als „überholt“. Begründet wird dies mit dem Abgehen vom universellen Erklärungsanspruch von „Großtheorien“ und der Hinwendung zu postmodernen Fallstudien und vom sozioökonomischen Hintergrund losgelösten Diskursanalysen. Becker und Komlosy sind den grundsätzlichen Prämissen und Analyseinstrumentarien jedoch treu geblieben und haben Kritik aufgegriffen, um die Modelle sowohl im Rückblick als auch im Ausblick an geänderte Verhältnisse weiterzuentwickeln.

Kurze Charakteristik von Weltsystem- und Regulationsansatz¹

Weltsystem-Analyse	Regulationstheorie
Einzelkapitale konkurrieren im Weltmaßstab (nach Maßgabe der Reichweite des kapitalistischen Weltsystems).	Einzelkapitale konkurrieren auf staatlich organisierten Inlandsmärkten; der zwischenstaatliche Austausch erfolgt nachgeordnet.
Priorität des globalen Akkumulationsprozesses, der im Prozess von Zentrenbildung und Peripherisierung eine aufeinander bezogene, ungleiche Arbeitsteilung mit Zentren (Metropolen) und Peripherien hervorbringt.	Priorität des Kapital-Lohnarbeits-Verhältnisses im (National-)Staat, Ressourcen aus Peripherien sind für den Akkumulationsprozess im Zentrum von sekundärer Bedeutung.
Staaten bilden als politische Institution des Weltsystems den territorialen Rahmen für Gesetzgebung und politische Regulierung: Sie gewährleisten die Differenz der regionalen Kapitalverwertungsbedingungen als Grundlage der Wahl und Kombination von Einzelstandorten durch die Unternehmen.	Ausgangsebene der Analyse ist der Staat. Staatliche Regulierung vermittelt in Konkurrenz- und in Klassenkonflikten zwischen unterschiedlichen ökonomischen und politischen Interessen im Staat.
Die Stärke eines Staates und seiner Institutionen resultiert aus historischer Bedeutung und Größe sowie aus seiner Stellung im Weltsystem; Umbrüche des politischen, ökonomischen und technologischen Rahmens sowie Erwartungen der Einzelkapitale können die Position von Staaten im Weltsystem, aber auch deren Territorialität verändern.	Staaten verbinden sich durch politische Regulation mit dem Akkumulationsregime zu einer Regulationsweise. Beide Prozesse sind zwar aufeinander bezogen, folgen aber je eigenen Dynamiken und stehen weder in einem ableitbaren noch einem hierarchischen Verhältnis.

¹ Regulation: vgl. Becker 2002; Hirsch 2005; Weltsystem: vgl. Komlosy 2021; Wallerstein 1979a, 1979b.

Weltsystem-Analyse	Regulationstheorie
Ein Staat ist ohne seine Einbindung in die Akkumulation im Weltmaßstab nicht erklärbar. Aus der unterschiedlichen funktionalen Einbindung erklärt sich der Unterschied zwischen metropolitanem und peripherem Kapitalismus und der Schwierigkeit, bestehende Rollenmuster durch politisches Handeln zu überwinden.	Das Handeln staatlicher Akteure und Institutionen wird unabhängig von der internationalen Dimension der Kapitalakkumulation betrachtet. Staaten agieren darüber hinaus im Rahmen von internationalen Organisationen und Bünden.
Dem Staat als Akteur wird in der Weltsystemanalyse eine untergeordnete Rolle zugeschrieben. Eine Differenzierung in unterschiedliche Raumebenen von Staatlichkeit (substaatlich, staatlich transnational) bleibt im Kernkonzept unterbelichtet.	Spiegelverkehrt kommt hier dem Staat, staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle zu; dies verleiht politischen Akteuren sowie der Politik große Bedeutung in der Regulierung der Kapitalverhältnisse.
Gegenstand kapitalistischer Aneignung ist nicht nur Lohnarbeit, sondern sämtliche Arbeitscharaktere, die Lohnarbeiter:innen hervorbringen, versorgen, auch wenn dies unbezahlt, selbstständig, prekär oder informell erfolgt.	Das Kapital-Lohnarbeitsverhältnis steht im Zentrum von Mehrwert und Kapitalakkumulation. Unbezahlte Arbeitskräfte, Bauern und kleine Gewerbetreibende bleiben aus regulationstheoretischer Perspektive außerhalb der Kapitalakkumulation.
Austausch und Standortkombinationen (Warenketten, Produktionsverlagerungen) über Räume unterschiedlicher Produktivität, Qualifikation, Arbeitsorganisation und Kostenstruktur hinweg resultieren in ungleichem Tausch. Kapitalismus bedeutet nicht nur die Aneignung von Mehrwert aus der Beschäftigung abhängiger Arbeit, sondern auch Aneignung des volkswirtschaftlichen Überschusses peripherer Regionen (Staaten) durch die Staaten und Unternehmen des Zentrums.	Ein Pendant zum „ungleichen Tausch“ zwischen Standorten unterschiedlicher Kostenstruktur existiert nicht; Ungleichheit wird hier primär über das Kapital-Lohnarbeits-Verhältnis sowie die unterschiedliche Form der Regulation (Ausgestaltung von Lohn-, Konkurrenz- und Geldverhältnissen) im Einzelstaat sowie auf internationaler Ebene begründet.
Die Abfolge von Expansion, Krise, Abstieg und Anpassung im Weltsystem wird in Anlehnung an Krisentheorien mithilfe von Akkumulationszyklen (lange Wellen der Konjunktur) erklärt. In Verbindung mit regionaler Ungleichheit kann das Modell raum-zeitliche Veränderungen im Weltsystem erklären, verpasst der ungleichen und ungleichzeitigen historischen Entwicklung des Kapitalismus jedoch ein ökonomisch-deterministisches Korsett.	Bei Regulationstheorien werden Krisen-anpassung und Krisenüberwindung aus der staatlichen Vermittlung zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise erklärt. Akteuren wird hier theoretisch ein größerer Spielraum eingeräumt. Ökonomische Konjunkturzyklen werden um politische Einflussfaktoren ergänzt.

Weltsystem-Analyse	Regulationstheorie
Hegemonie in weltsystemischer Begrifflichkeit bezieht sich auf die (vorübergehende) Führungsposition eines Zentrumsstaates, die von konkurrierenden Zentrumsstaaten und abhängigen Staaten gleichermaßen anerkannt wird, bis diese durch hegemonialen Wandel herausgefordert wird. Das Gramsci'sche Schema wird auf die internationale Machtebene gehoben.	Hegemonie in regulationstheoretischer Begrifflichkeit bedeutet in Anlehnung an Antonio Gramsci die Fähigkeit einer politischen Gruppe oder Klasse, ihre Interessen und ihre Deutungsmacht im Staat gegenüber konkurrierenden Gruppen zu behaupten.

Eine solch knappe Gegenüberstellung ist notwendigerweise vereinfacht und schematisch, sie kann den verschiedenen Ausprägungen der beiden Ansätze nicht Rechnung tragen und trifft in dieser idealtypischen Weise wahrscheinlich auf keine einzige Autorin oder Autor zu. Bei aller Vielfalt gab und gibt es innerhalb der beiden Debattenräume konkurrierende Strömungen.

Die Regulationstheorie besaß mit der „Pariser Schule“ einen Strang, dessen Analyse am Nationalstaat ansetzte. Demgegenüber ging die „Grenobler Schule“ stärker vom Produktivsystem aus. Becker überwand diesen Gegensatz, indem er die Begriffe „Verflechtungsraum“ und „Territorialität“ in den Vordergrund stellte (Becker 2002: 280). Der Verflechtungsraum ergibt sich aus den Netzen und Knoten der Kapital-, Waren-, Arbeitskraft- und Informationsflüsse, die aus dem Prozess der Kapitalakkumulation resultieren; er ist nicht an Staatsgrenzen gebunden. Demgegenüber hat das staatliche Territorium klare Grenzen: es ist der Raum, in dem politische Aushandlungsprozesse stattfinden und zu Regulierungen des staatlichen Rahmens führen, der die Kapitalakkumulation begleitet. Hier sieht Becker konkrete Handlungsräume für staatstragende wie oppositionelle Kräfte.

Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Weltsystemtheorie setzten insbesondere an der Frage der räumlichen Verortung und Reichweite des „kapitalistischen Weltsystems“ an, das als Verflechtungsraum die Ungleichheit von Zentren und Peripherien hervorbrachte. Sie kristallisierten sich auch am historischen Narrativ, das im maßgeblich von Immanuel Wallerstein entwickelten Weltsystem-Modell (das lange Zeit auch von den meisten anderen Weltsystemforscher:innen geteilt wurde) von der Dynamik der (west-)europäischen System-Expansion bestimmt war, während Andre Gunder Frank dies (als erster, dem andere folgten) zurückwies und die Zeit der westeuropäischen Expansion mit einem asiatischen Kompetenzvorsprung kontrastierte (Frank 1998/2016), der erst im 18. (Indien) bzw. 19. Jahrhundert (China) der westeuropäischen, insbesondere britischen System-Logik unterlag. Was die beiden Varianten vereinte, war die Unterordnung der staatlichen Ebene und

der politischen Akteursebene unter die Dominanz der Widersprüche der Kapitalakkumulation, die vor allem als räumliche Polarisierung wahrgenommen wurde. Komlosy misst diesem Konflikt keine zentrale Bedeutung bei; sie hält die Konstruktion eines von Europa bestimmten Weltsystems, das asiatische Regionen bis ins 18. Jahrhundert als „Außenarenen“ begriff, nicht notwendigerweise für eurozentrisch. Und sie folgt Franks Vorschlag, die globale Anziehungskraft süd- und ostasiatischer Manufakturwaren für europäische Händler mit der europäischen Westexpansion in die Amerikas zu verbinden, die diese u.a. mit jenem Silber versorgten, das für die Geschäftsbeziehungen mit asiatischen Produzenten erforderlich war; umgekehrt bescherten ihre transatlantischen Verbindungen den asiatischen Produkten, allen voran Textilien, einen globalen Absatzmarkt. Komlosys eigener Beitrag zur räumlichen Modellierung des Weltsystems betraf die regionale Ebene, nämlich die Frage nach der Rolle, die die Habsburgermonarchie darin spielte bis hin zu Bedeutung von inneren Peripherien, die sich auf substaatlicher Ebene in Analogie zur zwischenstaatlichen Ebene herausbildeten. Dabei war es unumgänglich, der staatlichen Regulation, den divergierenden Interessensgruppen und Aushandlungsprozessen eine zentrale Bedeutung einzuräumen (Komlosy 2003).

Die Weite der Fragestellungen sowie die unterschiedlichen Modelle und Theorien zwischen und innerhalb der Regulations- und der Weltsystemtheorie machen deutlich, wie schwer es ist, von so unterschiedlichen Prämissen aufeinander zuzugehen und eine gemeinsame Sprache zu finden.² Becker und Komlosy gelang dies nicht nur, weil sie für die jeweils andere Lesart offen waren und viele Ausgangspositionen teilten. Es war aber auch die Wahl des Themas – „Grenzen“ –, das das Aufeinander-Zugehen von Weltsystem und Regulation besonders begünstigte. Beide konnten auf diesbezügliche Vorarbeiten aufbauen.

Grenzen als Bindeglied

Becker und Komlosy gaben im Rahmen der Buchreihe „Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung“ (2000-2018), der sie als Herausgeber:innen angehörten, einen Band mit dem Titel „Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im weltweiten Vergleich (2004) heraus. Dieser wurde 2005 auch ins Serbische übersetzt. Er diente als Grundlage für mehrere Vorlesungszyklen

² In zahlreichen ihrer Publikationen bedienen sich Becker und Komlosy der unterschiedlichen Begrifflichkeiten und Analyserahmen von Weltsystem und Regulation. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass beide eine Schwäche für theoretische und begriffliche Stringenz haben, auch wenn beide Ansätze sowohl inhaltliche Breite als auch unterschiedliche persönliche Entwicklungswege der Anhänger:innen aufweisen.

an der Universität Wien. Auf den Punkt gebracht, ging es darum, die Veränderung von Staatlichkeit und von Grenzziehungen in Zusammenhang zu bringen. Die Herausforderung für Kapitalverwertung als auch für Staatsbildung und staatlichen Zusammenhalt liegt ja gerade darin, dass die ökonomischen, aber auch die kulturellen Verflechtungs- und Kommunikationsräume nicht mit dem staatlichen Territorium übereinstimmen. Beide unterliegen ständiger Veränderung, ohne dass diese ausschließlich aus dem Akkumulationsimperativ her abgeleitet werden kann.

Becker und Komlosy verfassten gemeinsam eine Typologie von Grenzen sowie einen historischen Überblick über Formen der Territorialität und Staatsbildungsprozesse, die europäische Staaten und alte Weltreiche ebenso einschlossen wie Kolonien und abhängige Gebiete, Entkolonisierung und postkoloniale Staatlichkeit. Dabei ging es auch um das Verhältnis staatlicher, sub- und suprastaatlicher politischer Grenzen mit Wohlstands- und Kulturgrenzen. Es folgten Tiefenbohrungen in die Habsburgermonarchie und das Osmanische Reich (mit Aslı Odman) in Bezug auf Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Einbindung und Abhängigkeit von fremden Mächten sowie die Bedeutung von Konfession, Ethnizität und Sprache, regionalen Disparitäten sowie Klassenlagen als Faktoren des Zusammenhalts sowie Sprengkraft beim Zerfall der Reiche.

Weltsystemanalyse, insbesondere in Form der Dependenztheorie, die das System von Dominanz und Abhängigkeit aus der Perspektive einzelner Staaten angeht, und Regulationstheorie erwiesen sich als brauchbare Modelle, um das Verhältnis von „Akkumulation, Regulation und Territorium“ (so der Titel von Beckers Habilitation 2002) sowie von „Grenze und ungleiche regionale Entwicklung“ (so der Titel von Komlosys Habilitation 2003) anzugehen. Becker war sich des Staatsgrenzen überschreitenden Charakters der Kapital-, Waren- und Arbeitskräfte-Ströme ebenso bewusst wie Komlosy der Bedeutung staatlicher Regulierung für den globalen Akkumulationsprozess. Tatsächlich erwies sich die Zusammenarbeit als gegenseitiger Lernprozess, bei dem die Gegensätze des theoretischen Einordnungsrahmens zugunsten einer Ergänzung in den Hintergrund traten.

Besonders wichtig für Becker war die Analyse von Machträumen, Grenzlinien und -regimen entlang zweier Konfliktlinien kapitalistisch geprägter Gesellschaften: Konkurrenz und Klassenkonflikt (Becker 2002; Becker/Komlosy 2004: 47). „Konkurrenz ist dabei nicht allein auf die Konkurrenz zwischen Einzelkapitalen beschränkt; auch in anderen sozialen Klassen herrscht Konkurrenz. So konkurrieren beispielsweise Arbeitskräfte um Arbeitsplätze, vor allem solche, die gut bezahlt und sicher sind. Dies hat Auswirkungen auf die Ausgestaltung von Einwanderungsbedingungen, bei der einheimische mit zuwandernden Arbeitskräften konkurrieren. Bei der Konkur-

renz wird auch der Staat in Dienst genommen, um die jeweilige Konkurrenzposition zu verbessern. Insofern hat Konkurrenz eine politische Komponente. Hierbei organisieren sich Gruppen auch aufgrund bestimmter Merkmale wie Sprach- und Religionszugehörigkeit. Diese können dann auch als Bezugspunkt für die Formulierung ethnischer und nationaler Forderungen dienen. Damit gewinnen sie oft einen explizit räumlichen Bezug; beispielsweise dann, wenn Autonomie oder Unabhängigkeit gefordert wird, damit staatliche Einrichtungen der eigenen ethnischen oder nationalen Gruppe besondere Förderung angedeihen lassen können“ (Becker/Komlosy 2004: 47).

Der Zerfall des Osmanischen Reichs war – verbunden mit wirtschaftlicher und militärischer Schwäche – der Ethnisierung der konfessionellen Gruppen geschuldet, die mit der funktionalen Koexistenz im multiethnischen Reich in Konflikt geriet; in der Habsburgermonarchie wurden indes die Sprachgrenzen zum Ausgangspunkt der Herausbildung nationaler Bewegungen. Klassenkonflikte waren in beiden Reichen, im Osmanischen Reich insbesondere aufgrund des ausgeprägten Solidarismus, keine Triebkraft des Zerfalls. Als die Klassenfrage im 20. Jahrhundert stärker auf die Tagesordnung kam, vertraten die Autor:innen die These, dass sich „die annähernde Deckungsgleichheit zwischen politischem Territorium und dem Verflechtungsraum verdichteter Wirtschaftsbeziehungen für die Durchsetzung und Stabilisierung progressiver reformistischer Politik günstig erwies“ (Becker/Komlosy 2004: 48).

Komlosy legte besonderen Wert auf die Koexistenz und Verbindung unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse in der räumlichen Ausgestaltung der Weltwirtschaft (Becker/Komlosy 2004: 43). Unbezahlte Arbeit im Haushalt, in der Subsistenzwirtschaft sowie unregelmäßige, informelle Unternehmen tragen in peripheren Regionen und Entwicklungsländern stärker zum Überleben bei als Einkommen aus der formellen Lohnarbeit. Sie sind daher ebenso wie die Haus- und Sorgearbeit in den Zentren der Weltwirtschaft als Bestandteile des globalen Akkumulationsprozesses zu berücksichtigen, der räumlich ungleich verläuft. Hier spielen auch die globalen Güterketten hinein, die unterschiedlich bezahlte und abgesicherte Arbeitskraft entlang der Kette zu einer grenzüberschreitenden Einheit verbinden. Die Beschränkung von Gesetzgebung und Regulierung auf das Staatsgebiet begünstigt diese Unterschiede (ebd.: 48).

Es ist keine Übertreibung festzustellen, dass die intensive Zusammenarbeit für „Grenzen weltweit“ die spätere Arbeit der beiden Autor:innen stark beflügelt und sich in ihrem weiteren Werdegang niedergeschlagen hat.³ Sie fand in weiteren Kooperationen bei Buch- und Zeitschriftenpublikationen

³ Komlosy hat die Flüchtlings- und Migrationskrise 2015 zum Anlass genommen, die Arbeit zu „Grenzen“ im Buch „Grenzen. Räumliche und soziale Trennlinien im Zeitverlauf“ weiterzuführen.

ihre Fortsetzung. Komlosy (Komlosy/Kaps 2021) und Becker (et al. 2013) sind ihren Einordnungsmodellen treu geblieben und haben sie sowohl in theoretischen als auch in empirischen Arbeiten weiterentwickelt. Innerhalb der Diskussions- und Referenzkreise der beiden „Schulen“, oft auch ohne explizite Bezugnahme auf die Etikettierung als „Weltsystem“ oder „Regulation“, gaben Veränderungen von Weltwirtschaft und der Rolle des Staates Anlass zu neuen Bewertungen. So passten Regulationstheoretiker ihre auf den staatlichen Rahmen bezogene Analyse der zunehmenden Verlagerung der Industrieproduktion aus den alten Industrieländern in Entwicklungs- und Schwellenländer des Globalen Südens an, die als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre die internationale Arbeitsteilung neu ordnete. Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks wurden auch osteuropäische Standorte verstärkt in die Globalisierung der Güterketten eingebunden.

Regulationstheoretiker zogen daraus Schlussfolgerungen für geänderten regulatorischen Anpassungsbedarf auf staatlicher und internationaler Ebene. Joachim Hirsch konstatierte in den Zentren der Weltwirtschaft den Übergang vom nationalen Wohlfahrtsstaat des fordistischen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg auf den neoliberalen nationalen Wettbewerbsstaat der 1990er und 2000er Jahre (Hirsch 1995). Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf stellten schon früh die politische Machbarkeit autozentrierter Entwicklung in Ländern der Dritten Welt in Frage, die auf nachholende Industrialisierung nach dem Muster der Zentren setzte (Altvater 1988; Altvater/Mahnkopf 1996). Die staatliche Politik orientierte sich zunehmend auf die Anwerbung möglichst hochrangiger Investitionen im Rahmen immer weiter reichender Ketten und Verflechtungsräume.

Immanuel Wallerstein kündigte in seinen Alterswerken das Ende des kapitalistischen Weltsystems an, dessen zyklische Anpassungsfähigkeit über 500 Jahre er lange Zeit unter Beweis gestellt hatte (Wallerstein 2002; Wallerstein et al. 2013). Er führte diese Wende auf die Legitimationskrise des Staates im Umgang mit Ressourcenknappheit und Akkumulationskrise zurück. Als Folge verortete er wachsende soziale Proteste und Verteilungskämpfe, die zunehmend ethno-nationale und religiöse Formen annehmen. In dieser Situation konstatierte er einen Bedeutungsgewinn des Politischen, nicht jedoch des Staates, in Hinblick auf die Gestaltung der nachkapitalistischen Welt. Während für Wallerstein die Zukunft ungewiss war, sagten Andre Gunder Frank (2016/1998), Samir Amin (2002) und Giovanni Arrighi (2007) schon früh die Schwerpunktverlagerung im Weltsystem auf China als neues Zentrum voraus. Im Fall Chinas wird die Regulierung im Zusammenspiel zwischen Akkumulationserfordernissen und staatlichem politischen System von der kommunistischen Partei besorgt. Voraussetzung für den Aufstieg Chinas von der verlängerten Werkbank zum Konkurrenten westlicher Partner bildete allerdings

das Interesse multinationaler Konzerne nach Billigzulieferern. Mithilfe staatlicher Intervention konnte die Abhängigkeit in eine ökonomische Vorreiterrolle verwandelt werden, ohne dabei politische Mitbestimmung zuzulassen.

Welt im Umbruch

In den vergangenen Jahren zeichnet sich ein Umbruch in der Welt ab, der möglicherweise nicht mehr mit den bestehenden theoretischen Parametern erfasst werden kann. Daher wird abschließend die Frage aufgeworfen, ob Weltsystemanalyse und Regulationstheorie überhaupt noch geeignete Instrumentarien zur Erfassung dieses Wandels darstellen.

Schauen wir uns die Einschätzung der aktuellen Umbrüche an, wie sie Becker und Komlosy (mit Hannes Hofbauer) in kürzeren Beiträgen im Jahr 2024 skizzieren. Becker führt die neue Krisendimension auf die ökologische Zerstörungskraft der kapitalistischen Produktion, die Erosion der hegemonialen Position der USA und den Aufstieg Chinas bzw. anderer Staaten des Globalen Südens sowie den Übergang von der industriellen zu einer digitalen postindustriellen Produktionsweise zurück. Aus dem Wettlauf um digitale Modernisierung, Rohstoffe, Energie und Dekarbonisierung, Konkurrenz um Standorte, Waren- und Kapitalmärkte ergeben sich neue Anforderungen an die Regulation. Mithin schlägt er die Regulationstheorie als Einordnungsrahmen vor.

Komlosy und Hofbauer zeigen die Risse im Weltsystem auf, die seit der Weltwirtschaftskrise 2008 aus protektionistischen Maßnahmen der alten Zentren, USA aber auch EU, gegen ihren relativen Abstieg resultieren und in der Folge zu einem Rückgang globaler Verflechtung zugunsten von Akkumulationsstrategien auf nationalen Märkten führen. Als zweiter Riss wird das seit 2014 bestehende Sanktionsregime von USA und EU gegen Russland angeführt, das im Gefolge des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine 2022 auch auf die internationalen Beziehungen rückwirkt. Es befördert eine russisch-chinesische Achse sowie die Bemühungen der BRICS+, der Dominanz des Dollar und der westlich dominierten Finanztransaktions- und Kommunikationsmedien (SWIFT, Internet) durch eigene Banken, Währungen und IT-Lösungen zu begegnen. Daraus leiten Komlosy/Hofbauer eine Politisierung der internationalen Beziehungen ab, die sowohl von westlicher als auch von den Schwellenländern ausgeht und neoliberale Bekenntnisse zugunsten massiver Staatsintervention verblassen lässt. Ob unter diesen Umständen noch von einem Weltsystem gesprochen werden kann, hängt davon ab, ob man bereit ist, ein solches auch im Gewande staatlich gelenkter chinesischer Führung anzuerkennen. Komlosy und Hofbauer beziehen sich also weiterhin auf ihren

Einordnungsrahmen, das Weltsystem, auch wenn dieses durch die aktuellen Entwicklungen in seinem globalen Zusammenhalt unterminiert wird.

Auch wenn die Akzente von Krise und Krisensteuerung in den Beiträgen unterschiedlich gesetzt sind, bilanzieren beide – trotz aller Unwägbarkeiten, nicht zuletzt in Hinblick auf die Gefahr einer kriegesischen Eskalation – eine „geopolitisch motivierten Deglobalisierung“ (Becker) bzw. die „Stärkung des politischen gegenüber dem ökonomischen Element in den Herrschaftsstrukturen des Weltsystems“ (Komlosy/Hofbauer). Der Zerfall des globalisierten Verflechtungsraums in geopolitisch motivierte, sich gegeneinander abschtotende Blöcke verleiht Grenze und Territorium neue Bedeutung. Grenzziehung vollzieht sich hierbei nicht nur auf Weltebene. Jeder einzelne Staat wird im Zuge dieser Neuordnung herausgefordert und muss entscheiden, auf welche Seite er sich stellt. Die Konflikte um Zuordnung und Bündnisse setzen sich im Inneren fort, wo unterschiedliche Interessen um die geopolitische Ausrichtung kämpfen. Dabei geraten Neutralität, Blockfreiheit und autozentrierte Dritte Wege unter massiven Druck.

Die geopolitische Wende und die Erschütterungen der westlich geprägten globalen Ordnung legen nahe, dass beide Theoriekonzepte weiterhin aufeinander angewiesen bleiben. Eine Weltsystemanalyse ohne Beachtung der zentralen Bedeutung politischer Regulierung auf der Ebene von Staaten und Staatengruppen ist ebenso wenig sinnvoll wie eine Loslösung der staatlichen Regulation von den Staaten übergreifenden Bruchlinien, bei denen politische Selbstbehauptung und ökonomische Konkurrenz eine neue Konfiguration des Weltsystems in Gang gesetzt haben. Ob diese zur Behauptung des transatlantischen Blocks oder zur Festigung eines eurasischen Blocks mit multipolarer Beteiligung des Globalen Südens führt, muss ebenso offen bleiben wie die Gefahren eskalierender globaler Kriege, Chaos und Unregierbarkeit sowie die Chancen eines Weges in eine sozial und ökologisch gerechte Welt.

Literatur

- Altwater, E. (1988): Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott „fordistischer“ Industrialisierung, in: Mahnkopf, B. (Hg.), Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation. Münster: Westfälisches Dampfboot, 144-181.
- Altwater, E., Mahnkopf, B. (1996): Die Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Amin, S. (2002): Die Zukunft des Weltsystems. Herausforderungen der Globalisierung, Hamburg: VSA.
- Arrighi, G. (2007): Adam Smith in Beijing. Lineages of the 21st Century, London: Verso.

- Becker, J. (2002): Akkumulation. Regulation. Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg: Metropolis.
- Becker, J. (2013): Regulationstheorie: Ursprünge und Entwicklungstendenzen, in: Atzmüller, R. et al. (Hg.), *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 24-56.
- Becker, J. (2024): Das Neue ist ungewiss. Umbrüche in der Weltwirtschaft, in: *Blätter des Informationszentrums Dritte Welt*, 402.
- Becker, J., Komlosy, A. (Hg.) (2004): *Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich*, Wien: Promedia. (in serbischer Sprache: *Granice u savremenom svetu*, Beograd 2005).
- Becker, J., Odman, A. (2004): Von den inneren zu äußeren Grenzen. Die Auflösung von Habsburgermonarchie und Osmanischem Reich im Vergleich, in: Becker, J., Komlosy, A. (Hg.), *Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich*, Wien: Promedia, 75-100.
- Frank, A. G. (2016): *ReOrient. Globalwirtschaft im Asiatischen Zeitalter*, Vorwort von Andrea Komlosy, Wien: Promedia (engl. 1998).
- Hirsch, J. (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv.
- Hirsch, J. (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg: VSA.
- Komlosy, A. (2003): *Grenze und ungleiche regionale Entwicklung. Binnenmarkt und Migration in der Habsburgermonarchie*, Wien: Promedia.
- Komlosy, A. (2004): *Binnenmarkt und Freizügigkeit. Die Habsburgermonarchie und die Europäische Union im Vergleich*, in: Becker, J., Komlosy, A. (Hg.), *Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich*, Wien: Promedia, 101-124.
- Komlosy, A. (2018): *Grenzen. Räumliche und soziale Trennlinien im Zeitenlauf*, Wien: Promedia
- Komlosy, A., Hofbauer, H. (2024): Von der transatlantischen zur eurasisch-pazifischen Zentralität. Eine weltsystemische Betrachtung, in: *Welttrends*, 203, 44-51.
- Komlosy, A., Kaps, K. (Hg.) (2021): *Immanuel Wallerstein und die Rezeption der Weltssystem-Analyse im deutschen Sprachraum. Themenheft der Zeitschrift für Weltgeschichte*, 22, 1-2.
- Wallerstein, I. (1979a): Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Welt-systems, in: Senghaas, D. (Hg.), *Kapitalistische Weltökonomie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 31-67.
- Wallerstein, I. (1979b): *The Capitalist World Economy*, Cambridge and Paris: Cambridge University Press – Editions de la Maison des Sciences de l'Homme.
- Wallerstein, I. (2002): *Utopistisk. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*, Wien: Promedia (engl. 1998).
- Wallerstein, I., Collins, R., Mann, M., Laugstien, T. (2013): *Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.: Campus, besonders 9-36.

Kern-Peripherie-Beziehungen und Parteien der nationalistischen Rechten in Ost- und Südosteuropa: Ungarn und Slowenien im Vergleich

Ana Podvršič

Ich lernte Joachim Becker zunächst durch die Diskussionen mit meinen Studienkolleg:innen und anderen Aktivist:innen in Ljubljana kennen. Mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 und der Krise in der Eurozone rückten die Fragen der kapitalistischen Restauration in Ost- und Südosteuropa in den Mittelpunkt unserer Überlegungen. Für mich und viele meiner Kolleg:innen war Beckers Analyse hilfreich, um die Krisensituationen zu verstehen. Während der vorherrschende Mediendiskurs meist moralisierend von gierigen Managern, unfähigen staatlichen Regulierern und profitgierigen Finanziers sprach, wiesen die Texte, die er allein oder zusammen mit seinen Kolleg:innen schrieb, auf den spezifischen Charakter der europäischen Integration und die strukturellen Ungleichheiten zwischen den europäischen Volkswirtschaften hin. Ich lernte Joachim Becker während meines Doktoratsstudiums persönlich kennen, als ich eine Arbeit über die Entwicklung des peripheren Kapitalismus in Slowenien schrieb. Ich erinnere mich noch an meine Anspannung und Nervosität vor unserem Treffen. Ich hatte erwartet, dass wir auf einen Kaffee gehen und eine intensive akademische Debatte führen würden. Aber genau das Gegenteil war der Fall. Nicht nur, dass wir einen entspannenden Spaziergang machten. Ich merkte auch sehr bald, dass Joachim Becker nicht nur ein großartiger Wissenschaftler ist, sondern auch ein sehr angenehmer und engagierter Mensch, mit dem man sich über Politik und Wissenschaft unterhalten kann. Vor allem zeigt er Interesse an den Sorgen anderer. Das ist wahrscheinlich auch einer der Gründe, warum er – als Person oder als (Mit-)Autor – auch heute noch für viele Aktivist:innen und jüngere Intellektuelle aus Slowenien, aber auch aus dem weiteren postjugoslawischen Raum wichtig ist.

Nach der internationalen Finanzkrise von 2008 erlebte der postjugoslawische Raum, wie auch andere osteuropäische Randgebiete, einen spektakulären Machtzuwachs der nationalistischen Rechtsparteien. Nach dem Ausbruch der Krise wurden weite Teile der Bevölkerung desillusioniert von der vorherrschenden Form der abhängigen Entwicklung sowie von den pro-europäischen liberalen politischen Kräften. Lange Zeit ging der herrschende Diskurs davon aus, dass die rechten Parteien im Grunde genommen identisch seien. Meines Wissens war Joachim Becker einer der ersten, der betonte, dass die Rechten nicht als homogene Gruppe politischer Akteure betrachtet werden sollte. In seiner bahnbrechenden Studie, die 2018 von der österreichischen Arbeiterkammer in Auftrag gegeben wurde, betonte er: „Die öffentliche Diskussion zu den neo-nationalistischen Parteien konzentriert sich stark auf die nationalistischen, z.T. auch fremdenfeindlichen Elemente ihrer Programmatik. Doch haben die neo-nationalistischen Parteien eine weit darüberhinausgehende sozio-ökonomische Programmatik, die in einigen Fällen auch schon in Regierungspraxis umgesetzt worden ist.“ (Becker 2019: 2) Joachim Becker hat in dieser Studie eine Typologie vorgeschlagen, die drei Strömungen der nationalistischen Rechten unterscheidet: neoliberal, nationalkonservativ und faschistisch. Jede dieser Strömungen hat ein spezielles Staatsprojekt und eine sozio-ökonomische Strategie. In den folgenden Studien (siehe z.B. Becker/Smet 2018 oder zuletzt Becker 2024) konzentrierte er sich vor allem auf die ersten beiden Strömungen, da die faschistische Strömung eher marginal zu sein schien.

Vereinfacht ausgedrückt sprechen sich die Neoliberalen gegen eine staatliche Beteiligung an der Wirtschaft aus. Sie verteidigen die Liberalisierung von Handel, Investitionen und Kapitalverkehr sowie die Kommodifizierung und Kommerzialisierung von Sozialleistungen. Da sie die wirtschaftliche Dispositionsfreiheit und den Wettbewerb als Kernprinzipien des gesellschaftlichen Lebens betrachten, fordern Neoliberale die Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik. Im Gegensatz dazu vertritt der Nationalkonservatismus eine „ganzheitliche“ oder „organische“ Perspektive auf die Wirtschaft, die dem Ziel des „nationalen Überlebens“ untergeordnet ist – und historisch gesehen zu den Aufholstrategien der peripheren Staaten und ihrer herrschenden sozialen Blöcke gehört. Der nationalistisch-konservative Staat sollte seine Befugnisse aktiv nutzen, um Ressourcen zuzuteilen, die Produktion zu organisieren und die Entwicklung des inländischen Kapitals zu fördern bzw. zu schützen. Der nationalkonservative Staat unterstützt auch einige grundlegende soziale Umverteilungs- und Wohlfahrtsmaßnahmen für diejenigen, die als Mitglieder der „Nation“ anerkannt werden. Die konservative Sozialpolitik zielt in erster Linie auf die Stärkung der patriarchalischen Geschlechterrollen und des heterosexuellen Familienmodells ab. Sie kann die Form einer mehr oder weniger

direkten Diskriminierung aller sozialen Gruppen annehmen, die nicht als legitime Mitglieder der „Nation“ angesehen werden, darunter insbesondere ethnische Minderheiten, die LGBTQ-Gemeinschaft, Migrant:innen usw. (siehe auch Bluhm/Varga 2019; Varga 2020).

Joachim Becker hat viel über die ungarische Fidesz-Partei geschrieben. In diesem Beitrag werde ich mich auf die gegensätzlichen Entwicklungen in Slowenien und Ungarn konzentrieren und die Rolle der führenden Rechtsparteien, der ungarischen Fidesz und der Slowenischen Demokratischen Partei (*Slovenska demokratska stranka* – SDS), bei der Transformation ihrer jeweiligen Modelle der abhängigen Entwicklung nach der Krise diskutieren. In der slowenischen und internationalen Presse werden die Fidesz von Victor Orbán und die SDS von Janez Janša allgemein als enge Verbündete dargestellt. Wie die Fidesz wurde die SDS in den späten 1980er Jahren als antikommunistische Partei gegründet. Sie verfügt über eine solide soziale Basis, ein gut etabliertes Netzwerk von generationen- und regionenübergreifenden Aktivist:innen und einen mächtigen „ideologischen“ Apparat, zu dem auch die Medien und ein Netzwerk von Intellektuellen gehören, die an (parti-)privaten Universitäten tätig sind. Die beiden Parteien haben auch eine recht enge Zusammenarbeit aufgebaut. Der Medienapparat der SDS wird größtenteils von Orbán nahestehenden Geschäftsleuten mitfinanziert, die auch Janša im Parlamentswahlkampf 2018 offen unterstützt haben. Als Orbán der Ausschluss aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament drohte, schützten die SDS-Mitglieder die ungarische Regierungspartei und verhinderten ihren Ausschluss.

Bei einer Analyse aus der Perspektive sozioökonomischer Strategien bestehen jedoch große Unterschiede zwischen der (heutigen) Fidesz und der SDS. Eine vergleichende Analyse von Fidesz und SDS ist nicht nur besonders aufschlussreich für die Erörterung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Entwicklungsprojekten und Klassenstrategien der zeitgenössischen osteuropäischen nationalistischen Rechten, sondern auch für die Untersuchung der Entwicklung der Parteien in verschiedenen historischen sozio-politischen und rechtlichen Kontexten.

1. Unterschiedliche Entwicklungspfade, aber ähnliche Schwächen in der europäischen industrialisierten Peripherie vor der Krise

Die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa in der Zeit des Neoliberalismus führte dazu, dass die osteuropäischen Länder eine abhängige Rolle in der europäischen Arbeitsteilung einnahmen (Myant/Drahokoupil 2011). Der EU-Beitritt, der auf einer Kombination aus neoliberaler sozioökonomischer Politik

und regelbasierter Governance beruhte, förderte bestimmte abhängige Formen der Integration, die strategische Selektivität der Staaten sowie die damit verbundenen Akkumulationsregime (Becker 2019). Die Beitrittsbedingungen schränkten die Möglichkeiten für einen wirtschaftlichen Aufschwung auf selbsttragender Basis, der die Umstrukturierung der inländischen Produktion begünstigen würde, stark ein, wenn sie nicht sogar direkt blockiert wurden. Stattdessen wurde der ausländischen Nachfrage und dem (aus dem Zentrum stammenden) Kapital die Hauptrolle bei der Aufrechterhaltung des Konvergenzprozesses zugewiesen (Onaran 2011: 214).

Die spezifischen Formen der Abhängigkeit variierten jedoch von Land zu Land. Während die herrschenden sozialen Blöcke in abhängigen Volkswirtschaften typischerweise die Interessen ausländischer Akteure „verinnerlichen“, können das Ausmaß und die Art und Weise dieser Verinnerlichung und Unterordnung unterschiedlich sein – von strategischen Koalitionen bis hin zu offenen Konflikten und teilweise herausgeforderter Unterordnung – ebenso wie die konkreten Strukturen der Abhängigkeit (Cardoso/Faletto 1979; Weissenbacher 2019: insb. Kapitel 1). Innerhalb der europäischen industrialisierten Peripherie (vgl. Becker/Četković/Weissenbacher 2015) sind die Verläufe von Ungarn und Slowenien in dieser Hinsicht besonders aufschlussreich.

In den 1990er Jahren übernahm Ungarn die Führung bei der Übernahme des auf ausländische Direktinvestitionen ausgerichteten und von niedrigen Löhnen abhängigen Entwicklungsmusters. Damals war Ungarn mit einer hohen Auslandsverschuldung konfrontiert und musste die finanzielle Unterstützung des IWF in Anspruch nehmen. Der IWF machte die Unterstützung von der Privatisierung abhängig. Die außenorientierte Strategie diente auch den Interessen von „Teilen der ungarischen Eliten, vor allem Finanzbürokraten, Industriemanagern und Wirtschaftswissenschaftlern“ (Drahokoupil 2009: 196), die sich weigerten, die Schulden neu zu verhandeln und stattdessen eine rasche Privatisierung unterstützten. Bereits 1995 wurde der Bankensektor in Ungarn von westeuropäischen Mutterbanken dominiert (Piroska 2017: 807). Trotz der Veränderungen in den Regierungskoalitionen während des Integrationsprozesses blieb die außenorientierte strategische Selektivität des ungarischen Staates unangefochten. Unter der Vorherrschaft eines Machtblocks aus transnationalen Unternehmen und technokratischen Politiker:innen überstieg der Gesamtbestand an ausländischen Direktinvestitionen bis Ende der 2000er Jahre drei Viertel des BIP (Scheiring 2021: 3f.).

Im Gegensatz dazu ist der herrschende soziale Block Sloweniens dafür bekannt, dass er systematisch die Strategie des Aufbaus eines (selektiven) „nationalen Kapitalismus“ an der industrialisierten Peripherie Europas verfolgt (vgl. Drahokoupil 2008; Becker 2019). Während das Land eine gewisse ausländische Marktdurchdringung in Sektoren zuließ, die ausländischer Kon-

kurrenz ausgesetzt waren, z.B. in der verarbeitenden Industrie, wurden Sektoren, die hauptsächlich auf inländischen Märkten operierten, wie Banken und Einzelhandel, in einheimischem Besitz gehalten (Bohle/Greskovits 2012). Anfang der 1990er Jahre gelang es der slowenischen Staatsführung, die geerbten jugoslawischen Schulden neu zu verhandeln und sich von externen Auflagen zu befreien (Štiblar/Voljč 2004: 266). Ein allgemeiner Warnstreik, der von den Gewerkschaften Anfang der 1990er Jahre organisiert wurde, führte nicht nur zum Rücktritt der ersten „frei“ gewählten Regierung. Er trug auch zur Konsolidierung eines regierenden sozialen Blocks bei, der ausländische „Ratschläge“ ablehnte und einen gewissen sozialen und wirtschaftlichen Protektionismus verteidigte. Entscheidend ist, dass die Zentralbank, die wie ein vierter Sozialpartner agierte (Greskovits 2009), ihre relative politische Autonomie aktiv nutzte, um das inländische Kapital zu schützen und die externe Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes aufrechtzuerhalten, ohne die Arbeitnehmer:innen direkt zu konfrontieren (Lindstrom/Piroska 2007; Bandelj 2004; Bembič 2017). Wie in Ungarn blieb die strategische Selektivität des slowenischen Staates in Bezug auf den (selektiven) Wirtschaftsnationalismus in den 2000er Jahren unverändert.

Das Akkumulationsregime in beiden Ländern hat sich mit der Jahrhundertwende erheblich verändert. Nachdem die beiden Länder Anfang der 2000er Jahre im Hinblick auf den EU-Beitritt die Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft hatten, kam es zu einer intensiven abhängigen Finanzialisierung (Becker/Ćetković/Weissenbacher 2015). In Slowenien leiteten inländische Banken billige ausländische Kredite an inländische Unternehmen weiter, vor allem an solche mit geringer Wertschöpfung, die hauptsächlich auf dem Inlandsmarkt tätig sind (Immobilien, Bauwesen usw.). Im Gegensatz dazu vergaben in Ungarn die Tochtergesellschaften ausländischer Banken Hypotheken an die Mittelschicht. Darüber hinaus stieg die ungarische Staatsverschuldung aufgrund der erhöhten öffentlichen Ausgaben (Myant/Drahokoupil/Lesay 2013: 403). Die meisten Kredite lauteten auf ausländische Währungen. Auch in Slowenien lautete ein rasch wachsender Anteil der Kredite zunächst auf Fremdwährung, zumeist auf Euro. Da das Land jedoch 2007 der Eurozone beitrug, lauteten die meisten Kredite bei Ausbruch der internationalen Finanzkrise auf die „heimische“ (Euro-)Währung (Myant/Drahokoupil 2011: 319).

Sowohl Fidesz als auch SDS waren in der Zeit vor der Krise an der Macht. Die Fidesz führte die Regierungskoalition zwischen 1998 und 2002 an, die SDS zwischen 2004 und 2008. Während ihrer Regierungszeit stellte die Fidesz den allgemeinen neoliberalen und subordinierten Kurs der ungarischen Wirtschaft nicht in Frage (Bohle/Greskovits 2012). Als die SDS 2004 die Macht übernahm, schlug sie ein Paket radikaler neoliberaler Reformen vor, darunter eine Einheitssteuer (*flat tax*). Die Reformen betrafen jedoch hauptsächlich

soziale Fragen (einschließlich der Besteuerung) und versuchten, die organisierte Arbeiter:innenschaft zu schwächen. Dank des Widerstands der Gewerkschaften wurde die *flat tax* nicht eingeführt, während andere Reformen langsamer umgesetzt wurden (vgl. Stanojevic/Klaric 2013). Die SDS-Regierung stellte den selektiven Wirtschaftsnationalismus jedoch nicht in Frage. Stattdessen nutzte sie die Gelegenheit, die etablierten Verbindungen zwischen Wirtschaft und staatlicher Bürokratie aufzulösen und die Leitung staatlicher Unternehmen näher an die Partei zu bringen (vgl. Žerdin/Mrvar 2007).

2. Die (Finanz-)Krise als Wendepunkt

Sowohl Ungarn als auch Slowenien wurden durch die globale Finanzkrise 2008 sehr verwundbar. Aufgrund ihrer abhängigen Industrialisierung und ihrer Finanzialisierung waren sie sowohl durch den Export als auch durch die Finanzkanäle gefährdet. Während sich die Exporte relativ schnell wieder erholten, bot die Finanzkrise jedoch die Gelegenheit für eine umfassende wirtschaftliche und politische Umstrukturierung. In der Tat befanden sich sowohl Ungarn als auch Slowenien in einer „großen Krise“, wie sie die regulationistische Schule nennt, d.h. eine Wirtschaftskrise, die sich auf die politische Sphäre ausweitete, insbesondere den bestehenden Machtblock und die Repräsentationsformen in Frage stellt und den Kampf um die strategische Selektivität des Staates verschärft.

2.1 Selektiver Aufbau des „nationalen Kapitalismus“ in Ungarn

In Ungarn führte der Ausbruch der internationalen Finanzkrise zu einer starken Abwertung der Währung, einem Ausverkauf von Staatspapieren und gescheiterten Anleiheauctionen, was die damalige sozialistische Regierung bereits 2008 dazu veranlasste, IWF- und EU-Hilfe in Anspruch zu nehmen. Der Sparkurs brachte die von den Sozialisten geführte Regierungskoalition weiter in Misskredit. Der Ministerpräsident trat 2009 zurück, und die neu gebildete Regierung setzte die Sparpolitik fort (Myant/Drahokoupil/Lesay 2013: 403f.). Bei den Wahlen 2010 errang Fidesz die absolute Mehrheit und versprach, nicht nur mit dem „Staatssozialismus“, sondern auch mit dem „internationalen Liberalismus“ zu brechen. Trotz des beispiellosen Angriffs auf die Praktiken und Institutionen der liberalen Demokratie gelang es Fidesz, sich in einer Machtposition zu etablieren, mit einer Strategie des „Aufbaus eines Parteistaats und einer Wirtschaft von rechts“ (vgl. Becker/Smet 2018), die teilweise von der Vorkrisenform der neoliberalen Unterordnung abwich.

Zunächst lehnte Fidesz die Konditionalität und den Krisenansatz des IWF ab (Johnson/Barnes 2015). Um die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren, verstaatlichte die Regierung den privaten Rentenfonds, führte verschiedene „Krisensteuern“ ein und wälzte die Kosten der gestiegenen Zinssätze auf die (ausländischen) Banken ab. Darüber hinaus änderte die Fidesz-Regierung 2011 das Gesetz über die Nationale Zentralbank (MNB), um die Zusammensetzung des entscheidungsbefugten Währungsrats ändern zu können. Entgegen der Warnung des IWF vor einem möglichen Inflationsdruck und den Trends in den Volkswirtschaften der Eurozone, die mit einer Hochzinspolitik konfrontiert sind, senkte die MNB den Zinssatz, um die Erholung der inländischen Sektoren zu fördern (vgl. Toplišek 2018: 7f.).

Zweitens schuf die gewählte Steuerpolitik die Voraussetzungen für den Wiederaufbau der einheimischen Kapitalfraktionen durch Renationalisierung und anschließende Privatisierung an loyale Insider, häufig über öffentliche Ausschreibungen und Auftragsvergaben (Voszka 2018). Nicht nur im Bankwesen, sondern auch bei anderen Dienstleistungen, die auf den heimischen Markt ausgerichtet sind, wie der Energie- und Gasindustrie, der Wasserwirtschaft und anderen Versorgungsunternehmen sowie einigen Verkehrsbetrieben, kam es zu einem großen Eigentümerwechsel. Die Fidesz untergrub jedoch nicht die ausländische Kontrolle über das verarbeitende Gewerbe, das für den Ausgleich der Außenhandelsbilanz des Landes entscheidend ist. Vielmehr vertiefte sich das Bündnis zwischen der ungarischen Staatsführung und den Vertreter:innen des ausländischen Industriekapitals durch mehrere unternehmensfreundliche Reformen (wie die Einführung einer reduzierten Körperschaftsteuer von 9 Prozent) (Bohle 2018: 248; Scheiring 2021). Die Vertiefung der industriellen Abhängigkeit vom „Westen“ ging jedoch Hand in Hand mit einer externen Diversifizierung in Richtung „Osten“ (Toplišek 2018). Vor allem nach der globalen Corona-Pandemie öffnete sich Ungarn deutlich gegenüber chinesischen Investitionen und Kooperationen (Éltető et al. 2024).

Die Stärkung der Währungsautonomie war ein weiterer wichtiger Pfeiler der Fidesz-Strategie nach der Krise. Die Partei kündigte an, dass Ungarn der Eurozone nicht beitreten werde, ungeachtet der Versprechen und Verpflichtungen, die zu Beginn des europäischen Beitrittsprozesses gemacht worden waren. Außerdem baute sie die Zentralbank so um, dass sie wie eine „Entwicklungsbank“ funktioniert, die günstige Kredite an ungarische Unternehmen vergibt (Toplišek 2018; Scheiring 2021: 7).

Schließlich verbindet die Fidesz-Strategie sowohl eine wirtschaftsfreundliche Ausrichtung als auch eine Ausrichtung auf die (obere) Mittelschicht mit einer stark arbeitnehmer:innenfeindlichen Haltung. Die Einführung der *flat tax* war eine der ersten Maßnahmen, die die Regierung nach ihrer Machtübernahme umsetzte. Gezielte Maßnahmen „zur Unterstützung derjenigen, die die

Regierung als bedürftig einstuft“ (Varga 2020: 213), d.h. „konservative Familien“ und „Lohnempfänger:innen“, werden mit Strafgesetzen gegen Arbeitslose und dem Abbau von Beschäftigungsstandards und des Streikrechts kombiniert (Gagyi/Geröcs 2019; Geva 2021). Um die Proteste der Gewerkschaften zu schwächen, nutzte Fidesz eine seit langem bestehende Rivalität zwischen den Gewerkschaftsverbänden, um sie noch weiter zu polarisieren (Neumann/Tóth 2018; Becker 2024).

2.2 Sloweniens Akzeptanz der neoliberalen Unterordnung

In Slowenien weitete sich die anfängliche Krise der Exportindustrie (und des verschuldeten Bausektors) bald zu einer Banken- und Staatsschuldenkrise aus. Seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise folgten die slowenischen Regierungen dem europäischen neoliberalen Krisenansatz, obwohl dieser die Krise hauptsächlich verlängerte und vertiefte. Da das Land keine Kontrolle mehr über seine Währung hatte, wurde es durch die zunehmende öffentliche Verschuldung voll in die Staatsschuldenkrise der Eurozone hineingezogen (Kržan 2014) – inmitten einer großen politischen Krise „im eigenen Land“.

Ähnlich wie in Ungarn waren die nominell Mitte-Links-Sozialdemokraten an der Macht, als die Krise ausbrach. Als die Verhandlungen über die Sparmaßnahmen am Widerstand der Arbeitnehmer:innen scheiterten, führte die Regierung einseitig Renten- und Arbeitsmarktreformen durch. Die Gewerkschaften mobilisierten stark und starteten gemeinsam mit Jugendorganisationen eine Referendumskampagne gegen die Reformen. Der Erfolg des Referendums zwang die Regierung nicht nur dazu, von den angekündigten Reformen Abstand zu nehmen, sondern löste auch die ersten vorgezogenen Wahlen in der Geschichte des unabhängigen Staates aus. Die Wahlen schlugen ein neues Kapitel im slowenischen Parteiensystem auf (Krašovec/Broder 2020). Die Krise und die Verfolgung der neoliberalen Agenda führten zur endgültigen Diskreditierung der traditionellen liberalen Parteien, die den europäischen Integrationsprozess anführten. Das politische Vakuum wurde hauptsächlich von Ad-hoc-Koalitionen wirtschaftsfreundlicher Personen aus der Mittel- und Oberschicht gefüllt, die die Krise als Gelegenheit nutzten, ihre politische und wirtschaftliche Macht zu stärken, indem sie Einfluss auf die Politikgestaltung gewannen. Da sie keine solide Basis und kein Programm hatten, verloren sie jedoch bald die Unterstützung der Wähler:innen, sobald sie an die Macht kamen.

Unter der von Alenka Bratušek geführten Regierung fanden 2013 wichtige Veränderungen statt. Unter anderem schränkte die Regierung Mitte des Jahres die gesetzlichen Vorschriften zur Durchführung von Volksabstimmungen ein

und „entzog den Gewerkschaften ein mächtiges Instrument zur Bekämpfung arbeitnehmerfeindlicher Vorschläge“ (Stanojević et al. 2016: 6). Darüber hinaus leitete die Regierung unter dem Druck der Finanzmärkte eine umfassende Privatisierung staatlicher Unternehmen ein, einschließlich solcher aus strategischen Sektoren wie Flughäfen. Wie ein technokratischer Vollstrecker externer Aufträge führte die Regierung auch eine umfassende Umstrukturierung des Bankensektors unter direkter Aufsicht der europäischen Behörden durch. Der Staat rekapitalisierte nicht nur die wichtigsten inländischen Banken um einen Betrag, der 10,3 % des BIP entsprach (und damit die Staatsverschuldung erhöhte). Bis 2019 wurden auch alle großen Bankengruppen privatisiert und unter überwiegend ausländische Kontrolle gebracht. (vgl. Piroška/Podvršič 2020).

Während der Krise in der Eurozone regierte die SDS von Janša für einen kurzen Zeitraum zwischen 2012 und 2013. Während der SDS-Regierung schrumpfte der Binnenkonsum durch den Sparkurs so stark, dass er sogar die positiven Auswirkungen der wiederauflebenden Exportnachfrage zunichtemachte. Die SDS begann auch mit den Vorbereitungen zur Gründung einer neuen staatlichen Agentur, die Unternehmen privatisieren und an ausländische Eigentümer verkaufen sollte. Insgesamt wirkte sich die Krise stark auf die materielle Basis des regierenden sozialen Blocks in Slowenien aus. Das inländische Kapital wurde durch die Verschuldung und die Refinanzierungsprobleme destabilisiert. Im Gegensatz zu den frühen 1990er Jahren versuchte jedoch keine politische Kraft, eine Strategie zu verfolgen, die ein Bündnis mit dem inländischen Kapital und/oder der Arbeiter:innenschaft begünstigte (Podvršič 2023). Innerhalb der Zwänge der Eurozone und unter dem Druck der Finanzmärkte nahm der nach der Krise herrschende soziale Block, der politisch von den „Parteien mit dem neuen Gesicht“ vertreten wurde, eine unterwürfige Haltung gegenüber ausländischen Forderungen ein und nutzte die Krise vor allem als Gelegenheit, die organisierte Arbeitnehmer:innenschaft weiter zu schwächen. In dieser Hinsicht unterschied sich die SDS nicht wesentlich von den anderen großen Parteien. Angesichts der erheblichen Schwächung des inländischen Kapitals näherten sich die slowenischen Wirtschaftsstrukturen denen an, die *vor der* Krise für die industrialisierte Visegrád-Peripherie typisch waren (Becker/Podvršič 2025).

3. *Sich vertiefender Neoliberalismus der SDS einerseits, selektiver Nationalkonservatismus der Fidesz andererseits*

Joachim Beckers polyglotte Fähigkeiten sind einfach beeindruckend, ebenso wie sein Interesse, die Alltagspolitik in den postsozialistischen Peripherien in der Nachbarschaft Österreichs zu verfolgen. Wenn es um Slowenien geht, findet sich die Wochenzeitung *Mladina* – neben Tages- und Wochenzeitungen aus anderen Ländern – regelmäßig in seinem Rucksack. *Mladina* ist bekannt für ihre qualitativ hochwertige Berichterstattung und ihre linke Positionierung. Wenn es jedoch um den Fidesz und Janša ging, gehörte *Mladina* zu den wichtigsten Medien, die ein Narrativ verbreiteten, das Janša mit Orban gleichsetzte. Als Janšas SDS während der globalen Pandemie an der Macht war, berichteten internationale Medien regelmäßig über die angebliche „Orbanisierung Sloweniens“.

Dieser Mediendiskurs hat unsere Debatten erheblich „befeuert“. In vielen Aspekten des „Umbaus des Parteienstaates von rechts“ – wie der Eindämmung des Einflusses der (linken) Zivilgesellschaft, der Kontrolle über wichtige Staatsapparate und Medien und der dringenden Reform der Justiz – könnte man die SDS tatsächlich mit dem Fidesz vergleichen. Auch – und das wird im öffentlichen Diskurs meist übersehen – sind beide Parteien extrem arbeitnehmer:innenfeindlich und nutzen ihre Regierungsmandate, um die Rechte der Arbeitnehmer abzubauen und sie den Bedürfnissen des Kapitals, ob in- oder ausländisch, unterzuordnen. In dieser Hinsicht stand die SDS vor einer größeren Herausforderung. In Slowenien hat die jugoslawische Selbstverwaltung zur Bildung von relativ starken Gewerkschaften geführt. Sicherlich sind diese heute erheblich geschwächt und haben kein bedeutendes Mitspracherecht bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik. Zusammen mit der Existenz der Linkspartei (siehe unten) verhindern sie jedoch weiterhin einen ungehinderten Abbau des Beschäftigungs- oder Sozialschutzes.

In Bezug auf andere sozioökonomische Politiken gibt es jedoch erhebliche Unterschiede. Fidesz entwickelte sich von einer eher neoliberalen Partei zu einer selektiv wirtschaftsnationalistischen und nationalkonservativen Partei. Im Gegensatz dazu wurde der anfängliche Neoliberalismus der SDS nur weiter vertieft, um ausländischen Interessen zu entsprechen. Während Fidesz eine Art internen programmatischen Bruch vollzog, fand innerhalb der SDS nichts Vergleichbares statt. Die unterschiedlichen Parteientwicklungen haben zweifellos auch mit den persönlichen Entscheidungen der Parteiführer zu tun. Nichtsdestotrotz sind vier „externe“ Faktoren hervorzuheben.

Erstens unterschieden sich die anfänglichen gesellschaftspolitischen und abhängigen Kontexte der beiden Parteien erheblich. Eine rasche neoliberale abhängige Integration Ungarns führte zu einer wachsenden wirtschaftlichen

und sozialen Polarisierung (Fabry 2019: 170; Scheiring 2021: 5). Nachdem Fidesz 2002 in die Opposition gegangen war, begann die Partei, Kritik an der Dominanz multinationaler Unternehmen zu üben und sich auf die städtischen Mittelschichten und das einheimische Bürgertum auszurichten, die sich über ausländische Konkurrenz und unfaire Arbeitsbedingungen beschwerten. Darüber hinaus traten immer mehr nationalkonservative Intellektuelle in die Partei ein und traten für eine alternative sozioökonomische Politik ein (Varga 2020).

Wie Fidesz neigte auch Janšas SDS dazu, die angebliche Allianz oder Kontinuität zwischen den Kommunisten und den liberalen Wirtschaftsreformen als größte Bedrohung für die „Nation“ zu propagieren. Allerdings hatten die postkommunistischen und liberalen Parteien in Slowenien während der europäischen Integration eine solide Basis im heimischen Kapital und verfolgten eine Strategie der schrittweisen und selektiven Neoliberalisierung. Für die SDS und insbesondere für ihren Vorsitzenden war die „langwierige Liberalisierung“ der slowenischen Wirtschaft (sowie das Fehlen einer systematischen politischen Säuberung der Staatsapparate) das Haupthindernis für Sloweniens kapitalistische Erfolgsgeschichte.

Zweitens hat die SDS im Laufe der Jahre eine solide Wähler:innenbasis aufgebaut (die in den letzten zehn Jahren zwischen 20 und 25% schwankte). Es ist ihr jedoch nicht gelungen, ihre Macht zu konsolidieren – im Gegensatz zur Fidesz, die Ungarn seit 2010 ununterbrochen regiert. Tatsächlich kam die SDS mit Ausnahme ihrer ersten Amtszeit zwischen 2004 und 2008 immer als Folge der Schwäche oder Unfähigkeit der sogenannten Mitte-Links-Parteien an die Macht – und nicht aufgrund eines Wahlsiegs. Unter anderem trugen das Missmanagement der Wirtschaftskrise sowie die Unfähigkeit (und/oder der Unwille) der Partei, einen systematischen, wenn auch selektiven sozialen und wirtschaftlichen Schutz für bestimmte Gesellschaftsschichten zu bieten, wahrscheinlich zu dem begrenzten Wahlerfolg bei.

Es sollte jedoch erwähnt werden, dass in Slowenien die Krise der Eurozone zur Gründung der Linkspartei (ursprünglich Vereinigte Linke genannt) geführt hat. Die Partei zog 2014 mit einer Ablehnung des Neoliberalismus und der Forderung nach einem radikalen sozialen Wandel in das Parlament ein. Nach der Wahl ließ der Radikalismus der Partei nach und sie übernahm im Wesentlichen sozialdemokratische Positionen, einschließlich der Verteidigung des Wohlfahrtsstaates (vgl. Bembič 2017). Darüber hinaus wurden die Fähigkeit des slowenischen Staates zur Krisenintervention und seine Fähigkeit, soziale Kompromisse zu schmieden, durch die Eurozone stark beeinträchtigt. Man könnte sogar sagen, dass der „Austeritarismus“ der Eurozone Slowenien „nach rechts“ drängte, unabhängig von der formalen politischen Färbung der regierenden Koalitionen.

4. *Schlussfolgerung*

Der von Joachim Becker eingeführte Ansatz zur Unterscheidung zwischen verschiedenen Strömungen und Klassenprojekten der europäischen nationalistischen Rechten liefert wichtige Erkenntnisse über den Aufstieg rechter Parteien nach der globalen Finanzkrise 2008. Im Gegensatz zum Neoliberalismus, der Individualismus und Wettbewerb preist, bietet das nationalkonservative Paradigma einen selektiven Schutz vor den Marktkräften, ohne die Kernprinzipien der kapitalistischen Wirtschaft in Frage zu stellen (vgl. Becker 2024). Dies ist wahrscheinlich auch der Grund, warum in der industriellen Peripherie Europas, wo die Gesellschaften aufgrund des untergeordneten neoliberalen Integrationsmodus eine stark polarisierende Entwicklung durchmachten, der Nationalkonservatismus – im Kontext schwacher und/oder fehlender Alternativen von der Linken und des neoliberalen Status quo der „zentristischen“ Kräfte – eine gewisse Anziehungskraft auf die breitere Bevölkerung ausübt.

Die unterschiedlichen Entwicklungen vor und nach der Krise in Ungarn und Slowenien sind nicht nur wertvolle Beispiele für das Verständnis der Heterogenität der Rechten in Bezug auf ihre sozioökonomische Politik. Sie stellen auch die Stabilitätsannahme in Frage, die in den dominanten Studien über die östliche Peripherie hervorgehoben wird, und erlauben es, die Möglichkeit und die Richtung einer Veränderung der Abhängigkeit zu betrachten. In beiden Fällen schuf der Ausbruch der Finanzkrise 2008 eine Gelegenheit für eine beträchtliche Veränderung der Abhängigkeiten, einschließlich der strategischen Selektivität des Staates und der Klassenallianzen in beiden Ländern. Ein nicht der Eurozone angehörendes Ungarn unter der Führung von Fidesz forderte selektiv die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals heraus; ein der Eurozone angehörendes Slowenien hingegen gab sein Projekt des „nationalen Kapitalismus“ vollständig auf. Während das nationale Handeln zweifellos eine Rolle spielt, unterliegt es je nach der Art der Integration in die europäische Wirtschaftsregierung unterschiedlichen Zwängen. Es scheint, dass die herrschenden sozialen Blöcke an der östlichen industrialisierten Peripherie die Wettbewerbsbeziehungen zugunsten der einheimischen kapitalistischen Fraktionen abschwächen und den populären Klassen im Rahmen der Währungsautonomie einige Zugeständnisse machen können. Wenn sie unter dem Druck der organisierten Arbeiter:innenschaft (mit sozialdemokratischer Ausrichtung) agieren, können diese Zugeständnisse eine eher universalistische Wohlfahrtsform annehmen. Somit scheint der monetäre Zwang, d.h. die Mitgliedschaft in der Eurozone, eine wichtige Rolle bei der Veränderung der Abhängigkeitsstrukturen in der östlichen Peripherie zu spielen, und es sollte

ein deutlicher Unterschied zwischen Ländern der Eurozone und Ländern außerhalb der Eurozone gemacht werden.

Literatur

- Bandelj, N. (2004): Negotiating Global, Regional, and National Forces. Ausländische Investitionen in Slowenien, in: *East European Politics and Societies*, 18(3), 455-480.
- Becker, J. (2019): Dependency, (Non-)Development and Possible Alternatives: The Visegrad Countries and the Post-Yugoslav Space, in: Delteil, V., Xavier, R. (Hg.), *L'Europe, une fracture à retardement. Intégration Asymétrique, Dépendances, Fragmentation*, Paris: L'Harmattan, 189-212.
- Becker, J. (2024): Governing Neo-Nationalism, Trade Unions and Industrial Relations: The Case of Hungary and Poland, in: *Transfer*, 30(1), 51-65.
- Becker, J. (2019): Neo-Nationalismus in der EU: Sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. Executive Summary, Policy Paper Februar 2019, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 179, Working-Paper Reihe der AK Wien, online unter <https://www.akeuropa.eu/sites/default/files/2019-02/Nationalismus%20DE.pdf> (abgerufen am 05.12.2024).
- Becker, J., Podvršič, A. (2025): Financial Crises as Turning Points: Banking Transformations and Financialisation in Slovenia and Slovakia, in: *Economie et Institutions*, in Vorbereitung.
- Becker, J., Smet, K. (2018): The Socio-Economic Programmes and Praxis of the Nationalist Right in the EU: The Core-Periphery Divide. Paper for the 24th Annual Conference on Alternative Economic Policy in Europe „10 Years into the crisis – What prospects for a popular political economy in Europe?“, Helsinki, 27-29 September 2018.
- Becker, J., Četković, P., Weissenbacher, R. (2015): Financialization, Dependent Export Industrialization, and Deindustrialization in Eastern Europe, in: Cozzi, G., Newman, S., Toporowski, J. (Hg.), *Finance and Industrial Policy: Beyond Financial Regulation in Europe*, Oxford: Oxford University Press, 41-64.
- Bembič, B. (2017): From Victory to Victory to the Final Retreat: Changing Balance of Class Forces in the Slovenian Transition, in: *Tiempo devorado*, 4(2), 363-398.
- Bluhm, K., Varga, M. (2019): Conservative Developmental Statism in East Central Europe and Russia, in: *Neue Politische Ökonomie*, 25(4), 642-659.
- Bohle, D. (2018): Europäische Integration, kapitalistische Diversität und Krisenverläufe an Europas östlicher Peripherie, in: *Neue Politische Ökonomie*, 23(2), 239-253.
- Bohle, D., Greskovits, B. (2012): *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*, Cornell: Cornell University Press.
- Cardoso, F. H., Faletto, E. (1979): *Dependency and Development in Latin America*, Kalifornien: University of California Press.

- Drahokoupil, J. (2008): *Globalization and the State in Central and Eastern Europe: The Politics of Foreign Direct Investment*, London/New York: Routledge.
- Éltető, A., Peragovics, T., Sass, M., Szunomár, Á. (2024): *China's European Bridgehead? The Chinese Economic Presence in Hungary*, Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest, online unter <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/21458.pdf> (abgerufen am 05.12.2024).
- Fabry, A. (2019): *Neoliberalism, Crisis and Authoritarian–Ethnicist reaction: The Ascendancy of the Orbán Regime*, in: *Wettbewerb&Wandel* 23, 165–191.
- Gagyí, A., Geröcs, T. (2019): *The Political Economy of Hungary's New 'Slave Law'*, in: *LeftEast*, online unter <https://lefteast.org/the-political-economy-of-hungarys-new-slave-law/> (abgerufen am 05.12.2024).
- Geva, D. (2021): *Orbán's Ordoliberalism as post-neoliberal Hegemony*, in: *Theory, Culture & Society*, 38 (6), 71–93.
- Greskovits, B. (2009): *Estonia, Hungary and Slovenia: Banking on Identity*, in: Dyson, K., Marcussen, M. (Hg.), *Central Banks in the Age of the Euro: Europeanization, Convergence, and Power*, Oxford: Oxford University Press, 203–220.
- Johnson, J., Barnes, J. (2015): *Financial Nationalism and its International Enablers: The Hungarian Experience*, in: *Review of International Political Economy*, 22(39), 535–569.
- Krašovec, A., Broder, Ž. (2020): *Volilci novih strank v Sloveniji: Razočarani demokrati, apatični državljani ali kdo drug?*, in: Krašovec, A., Deželan, T., (Hg.), *Volilno Leto*, Ljubljana: Fakulteta za družbene vede, Založba FDV, 37–61.
- Kržan, M. (2014): *Crisis in Slovenia: Roots, Effects, Prospects*, in: *METU Studies in Development*, 41(3), 323–348.
- Lindstrom, N., Piroška, D. (2007): *The Politics of Privatization and Europeanization in Europe's Periphery: Slovenian Banks and Breweries for Sale?*, in: *Competition & Change*, 11(2), 117–135.
- Myant, M., Drahokoupil, J. (2011): *Transition Economies: Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia*, Hoboken: Wiley.
- Myant, M., Drahokoupil, J., Lesay, I. (2013): *The Political Economy of Crisis Management in East-Central European Countries*, in: *Europe Asia Studies*, 65(3), 383–410.
- Neumann, L., Tóth, A. (2018): *Hungarian unions under political and economic pressure*, in: Lehndorff, S., Dribbusch, H., Schulten, T. (Hg.), *Rough Waters – European Trade Unions in a Time of Crises*, Brüssel: ETUI, Das Europäische Gewerkschaftsinstitut, 135–159.
- Onaran, Ö. (2011): *From Transition Crisis to the Global Crisis: Twenty Years of Capitalism and Labour in the Central and Eastern EU New Member States*, in: *Capital & Class*, 35(2), 213–232.
- Piroška, D. (2017): *Funding Hungary: Competing Crisis Management Priorities of Troika Institutions*, in: *Third World Thematics: A TWQ Journal*, 2(6), 805–824.
- Piroška, D., Podvršič, A. (2020): *New European Banking Governance and Crisis of Democracy: Bank Restructuring and Privatization in Slovenia*, in: *Neue Politische Ökonomie*, 25(6), 992–1006.

- Podvršič, A. (2023): *Iz socializma v periferni kapitalizem. Neoliberalizacija Slovenije*, Ljubljana: Založba /*cf.
- Scheiring, G. (2021): *Dependent Development and Authoritarian State Capitalism: Democratic Backsliding and the Rise of the Accumulative State in Hungary*, in: *Geoforum* 124, 267-278.
- Stanojevic, M., Klaric, M. (2013): *The Impact of Socio-Economic Shocks on Social Dialogue in Slovenia*, in: *Transfer: European Review of Labour and Research*, 19(2), 217-226.
- Stanojević, M., Kanjuo Mrčela, A., Breznik, M. (2016): *Slovenia at the Crossroads: Increasing Dependence on Supranational Institutions and the Weakening of Social Dialogue*, in: *European Journal of Industrial Relations*, 22(3), 281-294.
- Toplišek, A. (2018): *The Political Economy of Populist Rule in Post-Crisis Europe: Hungary and Poland*, in: *New Political Economy*, 25(3), 388-403.
- Varga, M. (2020): *The Return of Economic Nationalism to East Central Europe: Right Wing Intellectual Milieus and Anti-Liberal Resentment*, in: *Nations and Nationalism*, 27(1), 206-222.
- Voszka, É. (2018): *Nationalisation in Hungary in the Post-Crisis Year: A Specific Twist on a European Trend?*, in: *Europe-Asia Studies*, 70(8), 1281-1302.
- Weissenbacher, R. (2019): *The Core-Periphery Divide in the European Union: A Dependency Perspective*: Palgrave Macmillan.
- Štiblar, F., Voljč, M. (2004): *The Banking Sector*, in: Mrak, M., Rojec, M., Silva-Jauregui, C. (Hg.), *Slovenia: From Yugoslavia to the European Union*, Washington: The World Bank, 263-275.
- Žerdin, A., Mrvar, A. (2007): *Spremembe v notranjem krogu omrežja slovenske ekonomske elite v letih 2004-2006*, in: *Družboslovne razprave*, 23(55), 7-25.

Würdigung für einen außergewöhnlichen Gelehrten und Freund

Ivan Lesay

Professor Joachim Becker war eine positive Konstante im Leben vieler Menschen, nicht nur in den akademischen Kreisen Wiens, sondern auch in ganz Mittel- und Osteuropa. Er wird nicht nur für sein wissenschaftliches Können geschätzt, sondern auch für sein zugängliches, menschliches Auftreten, seine herzliche Kollegialität und seine Fähigkeit, sich leidenschaftlich und einfühlsam in Diskussionen einzubringen, die oft über die Grenzen seines eigenen Fachgebiets hinausgehen.

Joachim Becker und ich sind schon so lange befreundet, dass ich mich kaum noch an unser erstes Treffen erinnern kann. Es muss irgendwann vor 2008 gewesen sein, denn meine früheste Erinnerung verbindet uns mit der Veranstaltung „Alternative ECOFIN“ in Ljubljana, Slowenien. Obwohl ich zu diesem Zeitpunkt bereits meinen Abschluss in Politikwissenschaften gemacht hatte, muss ich zugeben, dass ich nicht nur nicht wusste, was der Alternative ECOFIN war, sondern auch nicht, wofür die Abkürzung ECOFIN selbst stand. Was ich damals noch nicht wissen konnte, war, dass ich eines Tages die Slowakei bei den ECOFIN-Treffen, das heißt den Treffen des Rats Wirtschaft und Finanzen in Brüssel, vertreten würde. Joachim Becker hingegen war bereits ein erfahrener Veteran und gehörte zu einer Gruppe kritischer Intellektueller aus Mitteleuropa. Der Abend endete in einer Bar, und während andere alkoholfreie Getränke, Wein oder Bier bestellten, bestellte Joachim ganz beiläufig und in fließendem Slowenisch einen Schnaps Slivovica. Der Kellner fragte ihn, ob er etwas dazu trinken wolle. Joachim schüttelte nur ruhig den Kopf.

Vielleicht war unser erstes Treffen nicht in Ljubljana, sondern in Brunn – aber das ändert nichts an der Tatsache, dass Joachim Becker ein außergewöhnlicher Mensch ist. Nicht, weil er Schnaps trinkt, sondern weil er die lokalen Zusammenhänge in vielen Ländern genau kennt, zahlreiche Sprachen spricht,

ein stiller, aber effektiver Netzwerker ist und sein tiefes akademisches Fundament mit den sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten der Gegenwart verbindet. Und das alles tut er mit einem modernen Touch, obwohl er in mancher Hinsicht zur „alten Schule“ gehört. Er fährt nicht Auto, obwohl ich kürzlich überrascht war, als er mir erzählte, dass er in seiner Jugend in den 1980er Jahren ins Baskenland gefahren ist. Bis vor kurzem benutzte er kein Mobiltelefon, und obwohl sich das inzwischen aus praktischen Gründen geändert hat, kann die Kommunikation mit ihm immer noch ungewollt kryptisch sein, vor allem wenn er die Textvorschlagsfunktion seines Mobiltelefons nicht unter Kontrolle hat.

Wie bei vielen anderen Student:innen war Joachim Becker während meiner Studienzeit in Wien mein Mentor und gab mir wertvolle Ratschläge zu meiner Dissertation und zu anderen Analysen. Seine instruktiven und fast sokratischen Bemerkungen halfen mir nicht nur, mich in der Literatur, sondern im gesamten Fach zurechtzufinden. Neben theoretischen Einsichten brachte er mir bei, wie ich mich klarer ausdrücken und meine Argumente effektiver strukturieren kann. Seine Unterstützung war von unschätzbarem Wert, und während andere Autoren dieser Festschrift sich zweifellos auf seine akademischen Verdienste und Beiträge konzentrieren werden, ziehe ich es vor, ihn als eine außergewöhnliche Persönlichkeit vorzustellen, als jemanden, der nicht nur für mich, sondern für mehrere Generationen von Wissenschaftler:innen aus dieser Region wichtig war.

Unsere wissenschaftliche Zusammenarbeit gipfelte in der Abfassung und Veröffentlichung des Artikels „Slovakia’s Development Model: Contours, Vulnerabilities, and Strategic Alternatives“ im *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*. In diesem Artikel wurde die slowakische Wirtschaftstransformation und ihre Abhängigkeit von zwei Hauptpfeilern kritisch analysiert: Finanzialisierung und exportorientierte Industrialisierung.

Die Privatisierungspolitik in den 1990er Jahren ermöglichte es ausländischen Eigentümern, das Bankwesen, die Industrie und die Infrastruktur zu dominieren. Ausländische Direktinvestitionen (ADI) flossen in die Wirtschaft und brachten kurzfristige Kapitalgewinne, schufen aber auch langfristige Schwachstellen. Die Gewinne wurden größtenteils repatriiert, so dass die Möglichkeiten für Reinvestitionen innerhalb der Slowakei begrenzt waren. Anfang der 2000er Jahre kontrollierten ausländische Banken fast den gesamten Bankensektor, ein Trend, der sich auch in anderen wichtigen Branchen widerspiegelte.

Die exportorientierte Industrialisierung verwandelte die Slowakei in ein Zentrum des verarbeitenden Gewerbes, wobei der Automobil- und der Elektroniksektor große Bedeutung erlangten. Das Land verdiente sich den Titel „Detroit Europas“, da die Automobilproduktion zu einem zentralen Merkmal

seiner Wirtschaft wurde. Diese enge Spezialisierung machte die Slowakei jedoch anfällig für externe Marktschwankungen.

Ausländische Direktinvestitionen, Haushaltskredite und eine extravertierte Industrialisierung haben zwar das anfängliche Wachstum gefördert, aber auch strukturelle Ungleichgewichte befördert. Die Dominanz des ausländischen Kapitals bedeutete, dass die einheimischen Industrien oft Mühe hatten, sich im Wettbewerb zu behaupten. So entstand eine duale Wirtschaft, in der hochwertige Exportsektoren florierten, während lokale Unternehmen stagnierten. Darüber hinaus wuchsen die regionalen Ungleichgewichte, da sich die Investitionen auf die Westslowakei, insbesondere Bratislava, konzentrierten und die zentralen und südöstlichen Regionen hinter sich ließen.

Die globale Finanzkrise von 2008 hat gezeigt, wie fragil dieses Modell war. Das slowakische BIP schrumpfte drastisch, als die Nachfrage nach Exporten einbrach. Obwohl sich das Land anschließend erholte, wurde deutlich, dass diese Abhängigkeit von externen Märkten und ausländischem Kapital langfristig nicht tragbar war. Die Krise machte auch deutlich, wie wenig die Slowakei bei der Förderung inländischer Innovationen oder der Verringerung ihrer Abhängigkeit von externen Kräften erreicht hatte.

Um diese Probleme zu lösen, haben Joachim und ich eine strategische Alternative vorgeschlagen. In unserer Analyse forderten wir die Entwicklung einer dritten wirtschaftlichen Säule – eine Säule, die Binnenwachstum und regionale Entwicklung in den Vordergrund stellt. Durch die Konzentration auf die lokale Industrie, die Landwirtschaft sowie kleine und mittlere Unternehmen sollte die Slowakei eine ausgewogenere und widerstandsfähigere Wirtschaftsstruktur erreichen.

Diese Alternative erforderte ein Umdenken in Bezug auf die Rolle des Staates. Öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheitswesen sollten regionale Ungleichheiten verringern und Chancen in unterentwickelten Gebieten schaffen. Darüber hinaus würde die Förderung der Selbstversorgung in Sektoren wie der Landwirtschaft, der Energieeinsparung und der Erzeugung erneuerbarer Energien die Abhängigkeit der Slowakei von externen Märkten verringern.

Wir haben auch die Bedeutung eines gerechteren Steuersystems hervorgehoben. Durch die Erhöhung der Einnahmen aufgrund einer progressiven Besteuerung könnte der Staat notwendige öffentliche Dienstleistungen und Investitionen finanzieren. Entscheidend war, dass dieser Ansatz Wachstum nicht ablehnte, sondern es mit sozialem Fortschritt und Gleichheit in Einklang bringen wollte.

Mehr als ein Jahrzehnt später, selbst nach einer Pandemie und einem anhaltenden Krieg in einem Nachbarland, sind unsere Erkenntnisse nach wie vor aktuell. Die Slowakei steht weiterhin vor Herausforderungen, die mit

ihrem Entwicklungsmodell zusammenhängen. Schlüsselsektoren wie die verarbeitende Industrie und der Energiesektor befinden sich nach wie vor überwiegend in ausländischem Besitz, und die regionalen Ungleichgewichte bestehen fort. Bratislava floriert als Investitions- und Innovationszentrum, während viele Regionen im Osten und im Zentrum mit sozialem Rückstand zu kämpfen haben.

Obwohl die Löhne gestiegen sind, sind sie immer noch zu niedrig, um die Binnennachfrage deutlich anzukurbeln oder die Abhängigkeit von den Exporten zu verringern. Die Privatisierung der Sozialsysteme hat zu Ineffizienzen geführt, da Teile des Gesundheitswesens und der Renten von Finanzkonglomeraten verwaltet werden. Diese systemischen Probleme behindern die Fähigkeit der Slowakei, die Versprechungen der EU-Integration und der wirtschaftlichen Transformation voll zu verwirklichen.

Die Zusammenarbeit mit Joachim Becker hat mich gelehrt, immer wieder die Notwendigkeit kritischer Perspektiven und alternativer Strategien zu betonen. Seine Analyse der slowakischen Herausforderungen erinnert daran, dass sich Entwicklung nicht allein auf das BIP-Wachstum reduzieren lässt. Sie muss sich mit Ungleichheit, regionalen Unterschieden und der Lebensqualität für alle Bürger:innen befassen.

Unsere Zusammenarbeit endete nicht mit dem erwähnten Artikel. Sie wurde sogar fortgesetzt und erwies sich im Laufe der Zeit als außerordentlich nützlich für mich. Als ich als Berater im slowakischen Finanzministerium anfang, um inmitten der Haushaltskonsolidierungsbemühungen entwicklungspolitische Maßnahmen zu formulieren, konnte man Joachim oft alle zwei Wochen im Café Marina gegenüber dem Ministerium antreffen, wo er mir Feedback zu meinen ersten Vorschlägen gab. Wenn ich mich durch die technokratischen Vorschläge der Analysten des Ministeriums in die Enge getrieben fühlte, zog ich mich in mein Büro zurück und ließ mich von Joachim Beckers oder unseren gemeinsam verfassten Artikeln inspirieren.

Unsere monatlichen Treffen fanden auch dann noch statt, als ich vom Ministerium zu einer staatlichen Investment-Holding und später zu einem Unternehmen wechselte, das sich auf die Dekarbonisierung konzentrierte. Obwohl diese Wechsel einen Abstieg aus dem sprichwörtlichen Elfenbeinturm der Wissenschaft in die Politik und dann in unternehmerische Praxis bedeuteten, bot Joachim Becker weiterhin unschätzbare Ratschläge. Er half mir, die Dinge aus einer größeren Perspektive zu sehen und bot mir Einblicke aus verschiedenen Blickwinkeln.

Was Joachim Becker zu einem Phänomen macht, ist seine seltene Kombination von Fähigkeiten und Fertigkeiten. Sein Interesse an Menschen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist echt, und seine Ratschläge stützen sich auf ein umfangreiches Wissen, das mehrere Disziplinen umfasst – von Politik

über Psychologie bis hin zur Literatur. In diesem Sinne ist er eine moderne Verkörperung des klassischen Renaissance-Gelehrten.

Und Joachim Becker schreibt – unaufhörlich. Ich hatte das Privileg, gemeinsam mit ihm ein Buch über die Finanzkrise 2008 zu verfassen. Aber während ich irgendwann aufgehört habe zu schreiben, hat er nie nachgelassen. Er kommentiert weiterhin aktuelle Themen in akademischen Zeitschriften und sogar in großen slowakischen Tageszeitungen, wobei sein Schreiben so scharf wie ein Skalpell ist. Jeder, der seinen Stil kennt, weiß, dass er mit Worten spart, doch sein Minimalismus hat einen literarischen Charme. Die Leser:innen warten oft auf die düstere Frage oder die Prophezeiung, die er am Ende seiner Artikel aufwirft – Becker ist ein Meister der dunklen Pointe.

Man könnte meinen, Joachim Becker sei der Bücherwurm schlechthin, der seine Stunden mit Lesen verbringt. Das ist nur zum Teil richtig. Er hat auch eine moderne, urbane Seite. Wir treffen uns regelmäßig in den Cafés von Bratislava, und von dort aus macht er sich oft mit einem Rucksack voller Zeitungen und Bücher auf den Weg in die nahen Berge. Er kennt die Pfade in den Kleinen Karpaten besser als die meisten Einheimischen. Auch den Frankovka-Wein aus Rača kennt er gut. Und er kennt die slowakische Literatur. Ich erinnere mich an einen Abend nach einem gesellschaftlichen Ereignis, als wir in einer Gruppe mit einer bekannten slowakischen Autorin waren. Als sie sich vorstellte, sagte er bloß: „Ich weiß. Ich habe Ihren Roman gelesen.“

Ich weiß, dass ich nicht der Einzige bin, der diese einzigartige Verbindung mit Joachim Becker erlebt, und ich bin sicher, dass er ähnliche Beziehungen zu vielen anderen in Mitteleuropa und sogar Lateinamerika hat – Regionen, die er in seiner Arbeit miteinander verbindet. Dennoch ist es wichtig zu bemerken, dass Joachim Becker nicht jemand ist, der sich auf die Peripherie oder die Semiperipherie beschränkt, um genau zu sein. Fließend in vielen Weltsprachen und vertraut mit zahlreichen akademischen Debatten, hält er sich über die globalen Entwicklungen auf dem Laufenden. Wenn ich mich über den Zustand der slowakischen Politik beschwere, erinnert er mich schnell an die Korruptionsskandale in Österreich oder Deutschland, was mir ein verschmitztes Lachen entlockt und meine Stimmung auflockert. Wenn in der Slowakei nach Jahrzehnten des sowjetischen Imperialismus Desillusionierung herrscht, widerspricht Joachim Becker nicht. Aber er erinnert uns an das koloniale Erbe des Westens, das von unkritischen einheimischen Intellektuellen so oft übersehen wird.

Die Slowakei ist ein junges Land, und wenn wir offener wären und uns weniger auf unsere eigenen Narben konzentrieren würden, fiel es uns leichter, Kritik anzunehmen und von anderen zu lernen. Es gibt zweifelsohne viel zu lernen – und zwar von den richtigen Leuten. Ein Beispiel aus der Welt des Sports mag in einem akademischen Kontext weit hergeholt erscheinen, aber

es veranschaulicht den Punkt gut. Vor kurzem hat die Slowakei einen kanadischen Eishockeytrainer und einen italienischen Fußballtrainer eingestellt. Trotz der Kritik, sie würden den „slowakischen Geist“ nicht verstehen, und trotz anfänglicher Rückschläge brachten sie ein System ins Spiel, und die Ergebnisse folgten: eine olympische Bronzemedaille im Eishockey und eine starke Leistung bei der Fußball-Europameisterschaft.

Genauso können sich Länder – und Einzelpersonen – verbessern, indem sie von denen lernen, die mehr wissen oder Dinge besser machen. Ich bin der festen Überzeugung, dass jemand wie Joachim Becker im Leben nicht nur eine Person, sondern auch eine Nation bereichern kann. Ich habe das Glück, ihn meinen Freund nennen zu dürfen. Möge er noch viele Jahre lang möglichst vielen Menschen Freude bereiten, sei es in der Wissenschaft oder einfach nur in angeregten Gesprächen über Politik und Gesellschaft. Lang lebe Joachim Becker, ich wünsche ihm, seiner Familie und seinen Freund:innen alles Gute!

Abhängige Wege: Akkumulationsstrategien in der Türkei

Ilker Ataç

Einleitung

Während meines Studiums der Volkswirtschaftslehre waren die Lehrveranstaltungen von Joachim Becker prägende Momente, die mir einen tieferen Einblick in die radikalen Ansätze der politischen Ökonomie des globalen Südens ermöglichten. In diesen Kursen habe ich ein grundlegendes Verständnis für die komplexen Entwicklungsdynamiken erlangt, denen diese Regionen unterliegen. Ausgangspunkt in den Lehrveranstaltungen, aber auch später in meiner Dissertation, in der die Diskussionen mit Becker, seine Texte und sein Feedback mich sehr prägten, war zunächst die Auseinandersetzung mit der *Dependencia*-Theorie und dann mit der Regulationstheorie. In meiner Postdoc-Phase habe ich diesen Forschungsstrang nicht mehr aktiv weiterverfolgt, mein Interesse an den Debatten jedoch erhalten. Regelmäßige Mittagessen mit Becker sind bis heute Momente des intellektuellen Genusses in meinem Alltag. Das Verfassen dieses Artikels war Anlass, mich erneut mit den Ansätzen der radikalen politischen Ökonomie und ihrer Relevanz für die Analyse der politisch-ökonomischen Entwicklungen in der Türkei auseinanderzusetzen.

Zurück zum *Dependencia*-Ansatz: Die Arbeiten von Frank (1969) lieferten wichtige erste Impulse, die mit dem sehr bekannt gewordenen Schlagwort einer „Entwicklung der Unterentwicklung“ darauf hinwiesen, dass „Unterentwicklung“ in der Peripherie die andere Medaille von „Entwicklung“ in den Ländern des Zentrums sei. In einem nächsten Schritt halfen mir der Ansatz von Cardoso und Faletto (1976), die mit ihrer Analyse eine Perspektive schufen, um Facetten von Abhängigkeit in historischen und ökonomischen Kontexten im globalen Süden zu erfassen. Becker geht in seinen Theorien einen ähnlichen Weg wie Cardoso und Faletto, indem er keine allgemeine „Theorie des abhängigen Kapitalismus“ entwirft, sondern die verschiedenen Situationen und Facetten von Abhängigkeit analysiert. Sein wichtiger Beitrag zur Regulationstheorie ermöglichte es, die vielschichtigen Abhängigkeitspro-

zesse und Entwicklungsdynamiken im globalen Süden in der Theorietradition der kritischen politischen Ökonomie zu analysieren und weiterzuentwickeln. Dabei hat er nicht nur Akkumulationsprozesse betrachtet, sondern auch deren Auswirkungen auf die internen Machtverhältnisse und deren Folgen für die Klassenstrukturen untersucht.

Im folgenden Beitrag werde ich die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei vor dem Hintergrund von Beckers Erkenntnissen zur abhängigen Entwicklung im globalen Süden beleuchten. Die Analyse wird sich insbesondere auf die Rolle der Regulationstheorie und ihre Anwendung auf den türkischen Kontext fokussieren. Dieser Beitrag gliedert sich in mehrere Abschnitte, die jeweils verschiedene Facetten der Entwicklungsdynamik am Beispiel der Türkei betrachten. Zunächst wird die Regulationstheorie für die Analyse der türkischen Wirtschaft angewendet, um die strukturellen Umbrüche und Reformen zu verstehen, die das Land seit den 1980er Jahren durchlaufen hat. Der nächste Abschnitt widmet sich dem Konzept der Finanzialisierung im globalen Süden und verdeutlicht dann empirisch, wie diese Prozesse die wirtschaftliche Abhängigkeit der Türkei und ökonomische Dynamiken beeinflusst haben. Abschließend werden die Rolle des Staates und die gesellschaftlichen Dynamiken unter dem Einfluss neoliberaler Politiken untersucht. Der Text schließt mit einer kritischen Reflexion über die langfristigen Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die sozioökonomische Struktur der Türkei.

Regulationstheorie für den globalen Süden

Becker hat durch die kritische Rekonstruktion und Weiterentwicklung des Pariser und Grenobler Ansatzes der Regulationstheorie bedeutende Beiträge zur kritischen politischen Ökonomie geleistet. Besonders hervorzuheben ist seine Erweiterung der Typologisierungssachsen des regulationstheoretischen Konzepts der Akkumulationsregime, die insbesondere für die Analyse des globalen Südens von Bedeutung ist. Bemerkenswert ist, dass Becker, neben der in der Literatur häufig verwendeten Dichotomie „extensive/intensive Akkumulation“, zwei weitere Achsen entworfen hat.

Die Typisierungssachse „extravertierte/intravertierte Akkumulation“ stellt die Außenwirtschaftsbeziehungen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Hier geht es um die Frage, ob sich die Akkumulationsstrategie primär an Außen- oder Binnenmärkten orientiert. Bei der extravertierten Akkumulation unterscheidet Becker zwischen aktiven und passiven Formen, wobei letztere durch eine hohe Abhängigkeit von Waren- und Kapitalimporten gekennzeichnet sind. Sie ist vor allem in den Ländern des globalen Südens verbreitet (Becker 2006: 15). Die Asymmetrien in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen,

die innenpolitischen Konstellationen sowie das koloniale Erbe führen dazu, dass die Akkumulationsdynamiken im globalen Süden stark von den außenwirtschaftlichen Beziehungen beeinflusst werden (Becker 2002: 71).

Diese Perspektive ist hilfreich, um die erste Phase der Wirtschaftsliberalisierung in der Türkei bis 1989 zu verstehen. Die am 24. Januar 1980 beschlossenen wirtschaftspolitischen Reformen markierten einen tiefgreifenden Wandel in der Ausrichtung der türkischen Wirtschaftspolitik. Vor dem Hintergrund der Verschuldungskrise der 1970er Jahre verfolgte das Programm zwei Hauptziele: die Liberalisierung und die Stabilisierung der türkischen Wirtschaft durch eine stärkere Integration in den Weltmarkt. Im Vordergrund stand der Übergang von einer importsostituierenden Industrialisierung zu einem exportorientierten Wachstumsmodell. Grundlage dieses neuen Akkumulationsmodells waren Reallohnsenkungen, die die Binnennachfrage dämpften und die Produktionskapazitäten für den Export freisetzten. Gleichzeitig sollten niedrige Löhne und eine kontinuierliche Abwertung der türkischen Währung die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Export ankurbeln. Zahlreiche staatliche Förderprogramme trugen zur Ausweitung des Exportsektors bei (Ataç 2013).

Bis 1987 stiegen die Exportraten und der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt stark an, wobei industrielle Konsumgüter eine bedeutende Rolle spielten. Diese wurden vor allem in arbeitsintensiven Sektoren wie der Nahrungsmittel- und Textilindustrie sowie in der Verarbeitung von Rohstoffen und Mineralien produziert. Trotz sinkender Reallöhne, die die Wettbewerbsfähigkeit arbeitsintensiver Industrien erhöhten, sanken die Investitionen im Verhältnis zum BIP. Die privaten Investitionen in der verarbeitenden Industrie stagnierten, da sie durch hohe Zinsen, Inflation und Währungsabwertung beeinträchtigt wurden. Um dies zu kompensieren, investierte der Staat massiv in Infrastruktur und Kommunikationsnetze.

Im Idealfall setzt eine exportorientierte Strategie eine aktive Extraversion der Akkumulation voraus, wie sie in den ostasiatischen Tigerstaaten im Kontext des Kalten Kriegs mit einer privilegierten Verschuldungsmöglichkeit dieser Länder praktiziert wurde. Dort führte ein dynamischer Akkumulationsprozess mit steigenden Exportraten zu höheren Produktivitätszuwächsen und einer Ausweitung des Binnenmarktes (Boris 2012). Im türkischen Fall lässt sich jedoch kein intensiver Akkumulationsprozess feststellen. Trotz der Handelsliberalisierung und Außenorientierung kam es nicht zu einem signifikanten Anstieg der industriellen Produktionskapazitäten bzw. der Produktivität. Im Gegensatz zu den ostasiatischen Staaten fehlte in der Türkei eine aktive Industrie- und Technologiepolitik, die zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt geführt hätte. Der Akkumulationsprozess war vor allem durch eine aktive staatliche Förderung des Exports geprägt. Parallel

zum Exportwachstum in dieser Periode nahm auch die Importabhängigkeit rasant zu, insbesondere bei Investitionsgütern für die verarbeitende Industrie. Dies führte im Zuge der Handelsliberalisierung zu einer passiven Extraversion, die sich unter anderem in einem starken Anstieg der Auslandsverschuldung niederschlug.

Die Analyse von Becker zur Industriepolitik in der Türkei zeigt, dass die AKP-Regierung (Adalet ve Kalkınma Partisi, Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) in der Phase nach 2003 in ihrer Investitionsförderpolitik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen großen Konzernen und kleinen bis mittleren Unternehmen anstrebte (Becker 2016). Der Zugang zu internationalen Krediten ermöglichte den Unternehmen nach 2003 den Ausbau ihrer Produktionskapazitäten, was allerdings in Zeiten globaler Turbulenzen ein erhebliches Risiko darstellte. Der kreditfinanzierte Konsum hatte trotz Produktivitätssteigerungen nur eine geringe stimulierende Wirkung auf die Industrialisierung. In einigen Branchen kam es sogar zu Deindustrialisierungsprozessen. Die Verschuldung auf den internationalen Märkten verstärkte in dieser Zeit die Dollarisierung, was die geldpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten einschränkte. Zudem häufte die Zentralbank hohe Devisenreserven an, um gegen plötzliche Kapitalabflüsse gewappnet zu sein (Şener 2016a).

Wie Becker (2016) zeigt, hat die Industriepolitik seit 2012 versucht, die doppelte Problematik des hohen Leistungsbilanzdefizits und der extremen Abhängigkeit von importierten Zwischengütern anzugehen. Die Wirksamkeit der türkischen Industriepolitik wurde jedoch durch geld- und zinspolitische Entscheidungen beeinflusst, die stark von den Interessen der Finanzwirtschaft geprägt waren. Zwar hat die AKP-Regierung ihre Politik zur türkischen Lira seit 2008 verändert, doch der Spielraum für Währungsabwertungen war begrenzt (Şener 2016b). Becker schildert, wie dies zu einem Politikmix führte, der trotz technologischen Fortschritts die Abhängigkeit der türkischen Fertigungsindustrie von importierten Vorleistungen erhöhte. Die Form der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Türkei hat sich im Vergleich zu den 1980er Jahren verändert, die Abhängigkeit besteht jedoch weiterhin. Um diese Konstellation besser zu verstehen, wird im nächsten Kapitel das Thema der Finanzialisierung näher beleuchtet.

Abhängige Finanzialisierung im globalen Süden

Die zweite von Becker entworfene Typisierungsachse betrifft die „Akkumulation produktiven/fiktiven Kapitals“. Hierbei wird unterschieden, ob die Kapitalakkumulation primär in produktive Investitionen oder in „fiktives“ Kapital wie Aktien, Wertpapiere und Immobilien fließt. Dabei ist der Kreislauf des

fiktiven Kapitals eng mit dem produktiven Kapital verknüpft, da der gesamtwirtschaftliche Profit letztlich aus der produktiven Verwendung des Kapitals stammt. Ende der 1990er Jahre lenkten Pariser Regulationisten die Aufmerksamkeit auf das Wachstum des Finanzkapitals, entwickelten den Begriff „finanzgetriebenes Akkumulationsregime“ und untersuchten dessen Verknüpfung mit Konsum und produktiver Akkumulation (Aglietta 2000; Boyer 2000).

Seit den 1990er Jahren entwickelte sich in den Staaten der (Semi-)Peripherie ein finanzialisiertes Akkumulationsregime, das auf Kapitalimporten beruhte. Angesichts einer Blockade der produktiven Akkumulation wurden diese Länder für Kapitalanleger aus den Zentrumsökonomien zunehmend attraktiv (Becker et al. 2007). Dieses internationale Kapital suchte nicht nur nach neuen Investitionsmöglichkeiten, sondern auch nach neuen geografischen Märkten. Historisch identifizieren Becker et al. (2010) zwei große Finanzialisierungszyklen: Der erste fand Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts statt, der zweite begann Ende der 1970er Jahre. Die Analyse fokussiert sich somit auf die zunehmende Finanzialisierung und Krisenanfälligkeit dieses Modells, anstatt auf die Stabilisierung eines Wachstumsparadigmas über eine längere Zeitspanne, wie es die Regulationstheorie mit der Analyse des Fordismus ursprünglich tat.

Der Finanzialisierungsprozess in den (semi-)peripheren Staaten kann sich in zwei Formen manifestieren. Zum einen kann er budget- oder staatszentriert sein, wenn ein erheblicher Anteil der Staatsausgaben auf Zinszahlungen entfällt. Zum anderen kann er auf eine Expansion privater Kredite bei Haushalten oder Unternehmen beruhen, was als kreditbasierter Finanzialisierungsprozess bezeichnet wird (Becker et al. 2010: 229; Güngen 2010). Letztere Form kann durch staatliche Anreize wie die Förderung privaten Wohneigentums unterstützt werden. Damit kommt es zu einer zunehmenden Einbeziehung von Lohnabhängigen in die Akkumulationsstrategie, insbesondere über die private Verschuldung (vgl. Lapavistas 2009). Über kreditfinanzierten Konsum und erhöhte Bautätigkeit entstehen dann temporäre Wachstumsimpulse (Becker 2013).

Die konkrete Gestaltung der Geld- und Wechselkurspolitik wird von der Form der internationalen monetären Einbindung der (semi-)peripheren Staaten in den Weltmarkt geprägt. Die Wahrung stabiler Wechselkurse, oft mit einer Aufwertung der nationalen Währung, erfordert kontinuierliche Kapitalzuflüsse, was attraktive Anlagebedingungen zur Voraussetzung macht. Hohe Zinssätze und die Privatisierung ziehen internationales Kapital an (Becker 2006: 13). Gleichzeitig kann die Regierung ihre innenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch eine restriktive Fiskalpolitik, die die öffentliche Verschuldung reduziert, einschränken und fördert damit die finanzialisierte Akkumulation, die dem Interesse von Finanzanleger:innen dient.

Typisch für periphere Ökonomien ist eine vorherrschende passive Extraversion, geprägt durch starke Importabhängigkeit von Waren und Kapital. Diese Ökonomien erleben bei jeglicher Wachstumsbeschleunigung zunächst einen Anstieg der Importe und sind in der Produktionssphäre strukturell von der Einfuhr von Investitionsgütern abhängig (Becker 2013). Das chronische Leistungsbilanzdefizit zwingt zu einem Import von Geldkapital. Auf internationaler Ebene ist die Anlagestrategie dieser Länder von einem Liquiditätsüberschuss in den Zentrumsökonomien abhängig. Ein Devisenmangel bildet daher einen Flaschenhals für die passive bzw. importbasierte Extraversion und macht diese Ökonomien krisenanfällig (Becker 2003). Zudem verschärft die Finanzialisierung die Einkommensungleichheit.

Nun möchte ich die Entwicklung der Finanzialisierung im globalen Süden am Beispiel der Türkei näher betrachten. Die Liberalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte im Jahr 1989 war die politische Antwort auf eine Wirtschaftskrise. Dies führte zu einem finanzialisierten Akkumulationsregime, in dem Kapitalimporte in den 1990er Jahren eine zentrale Rolle spielten. Die Türkei wurde in dieser Zeit zunehmend von Kapitalzuflüssen abhängig, die in Boom- und Bust-Zyklen Aufschwünge als auch Krisen auslösten. Diese Dynamik führte in den Krisenjahren 1994 und 2001 zu einer weiteren Umverteilung zu Lasten der Lohneinkommen. Obwohl es nach den Krisen Versuche gab, die Wirtschaftspolitik in Richtung Exportorientierung zu verändern, blieben diese Versuche ohne nachhaltigen Erfolg. Hohe Inflationsraten führten zu Reallohneinbußen, das Vertrauen in die türkische Lira schwand und es kam zu einer verstärkten Verwendung von Fremdwährungen als Zahlungsmittel, der sogenannten Dollarisierung.

Der hohe Verschuldungsbedarf des öffentlichen Sektors führte zu einem budgetzentrierten und finanzialisierten Akkumulationsregime. Hohe Zinssätze lockten Geldkapital an, führten aber zu einem überproportional hohen Anteil der Zinsausgaben am Staatshaushalt, was den Spielraum für wirtschaftspolitische Maßnahmen einschränkte. Wie Becker (2016) schreibt, wurde die türkische Zentralbank in einer stark dollarisierten Wirtschaft nahezu handlungsunfähig. In Krisenzeiten konnte sie keine stabilisierenden Maßnahmen ergreifen und war von den Vorgaben internationaler Finanzinstitutionen abhängig. Die Kapitalzuflüsse führten immer wieder zu einer Aufwertung der türkischen Lira, was das Handelsbilanzdefizit vergrößerte und einen weiteren Anstieg der Kapitalimporte erforderlich machte. Das hohe Zinsniveau erschwerte jedoch auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen und führte zu einem auf Staatsverschuldung basierenden Wachstumsmodell, das die produktive Akkumulation hemmte.

Ende der 1990er Jahre zeigten sich die Grenzen des budgetzentrierten Akkumulationsregimes. Die Krise von 2001 führte zu einer tiefgreifenden Um-

strukturierung des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik im Sinne des Post-Washington-Konsenses: Restriktive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen wurden institutionalisiert, der Bankensektor restrukturiert und neue Staatsapparate zur Förderung von Privatisierungen geschaffen.

In der Phase von 2003 bis 2007 führte die erfolgreiche Umsetzung eines vom IWF unterstützten Programms zu einer Wachstumsphase, die von starken Kapitalzuflüssen aus Ländern mit Liquiditätsüberschüssen gespeist wurde. Die makroökonomische Stabilisierung schuf die Rahmenbedingungen für einen kreditbasierten Finanzialisierungsprozess. Die Restrukturierung des Bankensystems stärkte die Kapitalbasis der privaten Geschäftsbanken und ebnete den Weg für die Internationalisierung des Bankensektors. Unternehmen und private Haushalte profitierten von günstigen internationalen Krediten, was Investitionen und Konsum ankurbelte. Nach der globalen Finanzkrise 2007/08 setzte sich das kreditbasierte Wachstumsmodell fort, indem es von sinkenden Zinsen im globalen Norden profitierte. Ab 2013 führte die Verknappung der internationalen Liquidität zu Kapitalabflüssen und einer steigenden Inflation, was die Abwertungstendenzen der türkischen Lira verstärkte (Şener 2016b; Akçay 2018). In dieser Phase hat, wie Şener zeigt, eine akkommodierende Geldpolitik der türkischen Zentralbank, mit phasenweise negativen Realzinsen, nicht zu einer nachhaltigen Stabilisierung beitragen können (Şener 2016b: 148ff.). Akçay (2018) argumentiert, dass sich das türkische Akkumulationsregime seitdem in einer strukturellen Krise befindet. Diese Krise griff auf das politische System über und bereitete den Boden für die Ausrichtung eines autoritären Regimes, die sich in der Einführung des Präsidialsystems 2018 manifestierte.

Analyse des Staates und gesellschaftlicher Dynamiken

In der Tradition der politischen Ökonomie untersucht Becker auch die Besonderheiten peripherer Staatlichkeit, wobei er sich auf Arbeiten wie die von Evers (1977) stützt. Diese Besonderheiten umfassen vor allem die Außenorientierung der Wirtschaft und die strukturelle Heterogenität der Gesellschaft. Letztere bezieht sich auf die soziale Struktur, in der vorkapitalistische Produktionsweisen fortbestehen und sich mit kapitalistischen vermischen. Besonders die finanzialisierte Entwicklungsweise hat weitreichende Konsequenzen für Fragen der Hegemonie und die Form des Staates. Becker argumentiert, dass die passive Extraversion dem transnationalen Kapital ermöglicht, direkt Einfluss auf die staatliche Politik zu nehmen. Zudem macht die strukturelle Heterogenität die Formulierung und Durchsetzung gesellschaftlicher

Hegemonieprojekte schwierig. Die daraus resultierende schwache Form von Hegemonie in der Peripherie fördert die Entstehung autoritärer Staatsformen.

Es bleibt jedoch die Frage offen, ob diese Art der Akkumulationsstrategie das Potenzial für konsensorientierte Entwicklungen birgt und ob sie Elemente enthält, die zumindest teilweise auf die Erlangung von Hegemonie abzielen. Dazu gehören beispielsweise Maßnahmen zur Senkung hoher Inflationsraten oder die Förderung eines kreditgestützten Konsums, die sich vornehmlich an die Mittelschicht richten (Becker/Jäger 2005: 95).

In der Türkei formierte sich in den 1980er Jahren ein historischer Block, der durch wirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen und die Senkung der Reallöhne gestärkt wurde. Gegen Ende der 1980er Jahre zeigten sich jedoch die Grenzen des Akkumulationsregimes, deutlich sichtbar an steigenden Inflationsraten, wachsenden Staatsdefiziten und einem zunehmenden Leistungsbilanzdefizit. Nachdem die Reallöhne in dieser Dekade um 40 Prozent gesunken waren, konnte die wiedererstarke Gewerkschaftsbewegung ab 1989 erhebliche Lohnsteigerungen durchsetzen.

Das repressive Regime hatte nach dem Militärputsch von 1980 die Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Strukturanpassungsprogramms geschaffen. Unter der Militärregierung war es zu einer Fusion von Legislative, Exekutive und Judikative gekommen, einhergehend mit dem Verlust der Rechtsstaatlichkeit. Staatliche Repression zielte insbesondere auf Gewerkschaften ab und ermöglichte so eine Reduzierung der Reallöhne. Die Militärjunta nahm auch Einfluss auf das politische System und verankerte Elemente eines eingeschränkten Parlamentarismus in der Verfassung von 1982, indem sie die Exekutive und zentralstaatliche Institutionen gegenüber dem Parlament stärkte. Diese Verfassung verlieh dem Staatspräsidenten und der Regierung weitreichende Vollmachten und schränkte die Rolle des Parlaments ein. Diese Veränderungen spiegelten jene Prozesse wider, die Poulantzas als autoritären Etatismus in den westlichen Industrieländern der frühen 1970er Jahre beschrieben hatte. Dies führte zu einer stärkeren Rolle des Ministerpräsidenten und zur Zentralisierung von Entscheidungsfindungsmechanismen.

Mit dem Strukturanpassungsprogramm zu Beginn der 2000er Jahre wurde das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik im Zeichen des Post-Washington-Konsensus umfassend restrukturiert. Die Autonomie der Zentralbank wurde gestärkt und damit eine restriktive Geldpolitik institutionalisiert. Die Einführung unabhängiger Regulierungsbehörden (URBs) veränderte die staatliche Intervention in die Wirtschaft grundlegend und ermöglichte die fortlaufende Umsetzung neoliberaler Reformen. Sie ebnete den Weg für Privatisierungen und führte durch Stärkung ihrer Autonomie zu einer „Depolitisierung“ der Entscheidungsstrukturen.

Obwohl der IWF die Reformrichtlinien zur Voraussetzung für die Kreditvergabe machte und somit erheblichen Einfluss auf die Reformen hatte, unterstützten auch türkische Unternehmensgruppen (Konglomerate) das Programm. Drei Gründe sind hierfür maßgeblich: Erstens sahen diese Gruppen in der monetären Stabilisierung die Basis für die Erhöhung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Zweitens strebten sie eine verstärkte Zusammenarbeit mit transnationalem Kapital an, um ihre wirtschaftliche Basis in der Türkei zu festigen. Drittens waren die Ideen, die den Reformen zugrunde lagen, durch transnationale Netzwerke bereits im türkischen Kontext etabliert (Ataç 2013).

Fazit

Während der AKP-Ära seit 2002 basierte die neoliberale Wirtschaftspolitik der Türkei vor allem auf der Finanzialisierung und dem starken Zufluss internationalen Kapitals. Diese Faktoren ermöglichten bis 2013 ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum, das vor allem durch einen Anstieg des Konsums aufgrund der anhaltenden Verschuldung privater Haushalte sowie durch zahlreiche Infrastruktur- und Bauprojekte getragen wurde, die durch internationale Kapitalzuflüsse finanziert wurden. Diese Abhängigkeit führte jedoch zu einem chronischen Leistungsbilanzdefizit. Seit 2013 werden die einhergehenden Probleme der Finanzialisierung zunehmend deutlicher: Die Wachstumsraten sind volatil und weisen eine sinkende Tendenz auf, während die Inflationsraten insbesondere seit 2018 steigen. Diese Entwicklung verdeutlicht die Widersprüche der Finanzialisierung und führt zu stagflationären Tendenzen. Zudem zeigt sich, dass die türkische Wirtschaft eine hohe Abhängigkeit von Kapitalzu- und abflüssen aufweist und insbesondere die Produktionsstruktur stark von Importen abhängig ist (Akçay 2018).

Gleichzeitig ist eine zunehmende Autoritarisierung zu beobachten. Bereits seit 2010 verfolgte die AKP-Regierung einen zunehmend autoritären Kurs: Sie übt eine umfassende Kontrolle über den bürokratischen Apparat aus, greift zu offener Repression und etabliert eine Kontrolle der Massenmedien durch restriktive Gesetzgebung und die Übernahme durch regierungsnahe Finanzkonzerne. Der Widerstand gegen diese Transformation nahm mit den Gezi-Protesten 2013 auf den Straßen der Türkei Gestalt an. Was als Kampf für den Erhalt eines öffentlichen Parks und gegen Polizeigewalt im Zentrum von Istanbul begann, weitete sich schnell auf andere Städte aus und wurde zu einem politischen Protest gegen die autoritären Bestrebungen der AKP-Regierung.

Der gescheiterte Militärputsch im Juli 2016 leitete einen tiefgreifenden Strukturwandel ein, der mit einem autoritären Umbau des politischen Systems einherging. Unmittelbar danach wurde der Ausnahmezustand verhängt und

zwei Jahre lang per Dekret regiert. In diesem repressiven Umfeld wurde durch ein Referendum das Präsidialsystem eingeführt, und damit der Weg zu einem autoritären System geebnet. Die Gewaltenteilung, das heißt die wechselseitige Kontrolle der verschiedenen Staatsgewalten wurde durch das neue System faktisch aufgehoben (Ağar et al. 2018).

Die Währungskrise von 2018 weitete sich zu einer umfassenden Wirtschaftskrise aus, die einerseits zu Zinserhöhungen führte und andererseits Unternehmensinsolvenzen und einen rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Diese Entwicklungen führten zum Verlust der Massenbasis der AKP und begünstigten die erfolgreiche Mobilisierung der Opposition, wodurch die AKP bei den Wahlen 2019 Großstädte wie Istanbul und Ankara an die Opposition verlor. Dennoch konnte die AKP durch Veränderungen im globalen Konjunkturmilieu Spielräume schaffen. Als die US-Notenbank Fed die Zinssätze senkte, konnte die türkische Zentralbank die Zinsen 2019 um insgesamt 12 Prozentpunkte senken, was zu einer wirtschaftlichen Belebung führte (Akçay 2025).

Obwohl die Inflation im Jahr 2022 stark anstieg, gelang es der AKP, vor den Wahlen 2023 einen Block aus kleinen und mittleren Kapitalgruppen sowie Exporteuren zu bilden, der zum Wahlerfolg führte. Diesem Block gelang es, trotz sinkender Reallöhne durch die Sicherung von Arbeitsplätzen eine breite Unterstützung in der Arbeiter:innenklasse zu gewinnen (Akçay 2023). Kurz vor den Wahlen 2023 stieß jedoch die Niedrigzinspolitik, die diese Wachstumskonstellation zusammenhielt, an ihre Grenzen und das Risiko einer Zahlungsbilanzkrise stieg deutlich an. Nach den Wahlen setzte die Türkei auf Zinserhöhungen, um sich dem internationalen Finanzsystem anzupassen, was zu Kapitalzuflüssen über Anleihen und Aktien führte und die Risikoprämien des Landes senkte (Akçay 2023).

Die Finanzialisierung spielt eine Schlüsselrolle für das Verständnis der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Türkei, wie ich in Anlehnung an die Arbeiten von Joachim Becker zu zeigen versucht habe. Die Abhängigkeit von internationalen Kapitalzuflüssen führte zu strukturellen Veränderungen und schuf gleichzeitig die Grundlage für die Verbreiterung der AKP-Basis, indem sie Möglichkeiten für ein Wachstumsregime schuf. Diese wirtschaftliche Dynamik ermöglichte es der Regierung, sich durch kreditfinanzierte Konsum- und Infrastrukturprojekte die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten zu sichern. Die Wechselwirkungen zwischen globaler Finanzintegration und nationalen politischen Entscheidungen verdeutlichen, dass ökonomische Prozesse eng mit politischen Machtstrukturen verknüpft sind. In der Türkei wird dies besonders deutlich: Ökonomischen Herausforderungen wird häufig durch verstärkte autoritäre Maßnahmen und Änderung des Staatsregimes begegnet, während gleichzeitig die Finanzialisierung zu

einer temporären Stabilisierung beiträgt. Beckers Ansätze zur Regulationstheorie bieten wertvolle Einsichten, um diese komplexen Beziehungen zwischen Finanzialisierung, Autoritarisierung und der Klassenpolitik im Kontext der Türkei und des globalen Südens zu verstehen.

Literatur

- Ağar, V., Ataç, I., Fanizadeh, M. (2018): Einleitung. Am Zenit der Macht, in: Ataç, I., Fanizadeh, M., Ağar, V., VIDC (Hg.), *Nach dem Putsch: 16 Anmerkungen zur ‚neuen‘ Türkei*, Wien: Mandelbaum.
- Aglietta, M. (2000): Shareholder value and corporate governance: some tricky questions, in: *Economy and Society*, 29(1), 146-159.
- Akçay, Ü. (2018): Die Krise der türkischen Wirtschaft und die abhängige Finanzialisierung, in: *Prokla*, 48(4), 617-642. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48.193i1149>.
- Akçay, Ü. (2023): Nebati'den Şimşek'e: Süreklilikler, değişimler, online unter: <https://www.gazeteduvar.com.tr/nebatiden-simseke-sureklilikler-degisimler-makale-1657148>.
- Akçay, Ü. (2025): TÜSİAD-AKP geriliminin ekonomi politikği, online unter: <https://www.gazeteduvar.com.tr/tusiad-akp-geriliminin-ekonomi-politigi-makale-1758400>.
- Ataç, I. (2013): *Ökonomische und politische Krisen in der Türkei. Die Neuformierung des peripheren Neoliberalismus*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Becker, J. (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Eine kritische Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg: Metropolis.
- Becker, J. (2006): Metamorphosen der regionalen Integration, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, 22(2), 11-44.
- Becker, J. (2013): Finanzialisierung und Peripherie, in: Heires, M., Nölke, A. (Hg.), *Perspektiven der Finanzialisierung: Ein Handbuch*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Becker, J. (2016): Financialisation, Industry and Dependency in Turkey, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, 32(1-2), 84-113.
- Becker, J., Imhof, K., Jäger, J., Staritz, C. (2007): Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung, in: Becker, J., Imhof, K., Jäger, J., Staritz, C. (Hg.), *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*, Wien: Mandelbaum, 7-62.
- Becker, J., Jäger, J. (2005): Geld und Legitimität. Monetäre Strategien in Argentinien, Uruguay und Brasilien, in: Boris, D., Schmalz, S., Tittor, A. (Hg.), *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie*, Hamburg: VSA, 87-111.
- Becker, J., Jäger, J., Leubolt, B., Weissenbacher, R. (2010): Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective, in: *Competition & Change*, 14(3-4), 225-247.

- Boris, D. (2012): Auf- und Abstiegsprozesse im kapitalistischen Weltsystem. Thesen in dependenztheoretischer und/oder regulationstheoretischer Perspektive, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 89, 16-26.
- Boyer, R. (2000): Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis, in: Economy and Society, 29(1), 111-145.
- Cardoso, F. H., Faletta, E. (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Evers, T. (1977): Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen, Köln/Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Frank, A. G. (1969): Die Entwicklung der Unterentwicklung, in: Echeverria, B., Kurnitzky, H. (Hg.), Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus. Berlin: Wagenbach, 30-45.
- Güngen, A. R. (2010): Finansallaşma: Sorumlu bir Kavram ve Verimli bir Araştırma Gündem, in: Praxis, (22), 85-108.
- Lapavistas, C. (2009): Financialised Capitalism: Crisis and Financial Expropriation, in: Historical Materialism, 17(2), 114-148.
- Şener, U. (2016a): Die relative Autonomie der Zentralbank – Eine politökonomische Analyse der türkischen Geldpolitik nach 2001, Potsdam: University Press.
- Şener, U. (2016b): Monetary Policy under the AKP Government, in: Journal für Entwicklungspolitik, 32(1), 135-186.

1992 – Italiens Zäsur am Weg in die Eurozone

Rudy Weissenbacher

Die 1990er Jahre brachten eine wesentliche Zäsur der italienischen Nachkriegsgeschichte. Will man ein Jahr benennen, dann ist es vielleicht 1992: Am 7. Februar unterzeichnete Italien den Maastricht-Vertrag (über eine Europäische Union), am 17. Februar kam es zur ersten prominenten Verhaftung in Zusammenhang mit dem grassierenden italienischen Betrugssystem (*Tangentopoli*). Am 12. März wurde der Verbindungsmann von Premier Giulio Andreotti (*Democrazia Cristiana*, DC) auf Sizilien und zur Mafia, der Europa-abgeordnete Salvo Lima, von der Mafia erschossen. Zuvor waren Gesetzesinitiativen für die strafrechtliche Verfolgung der Mafia (Maxiprozesse) vom obersten Gerichtshof bestätigt worden, was von der Mafia als Aufgabe von Vereinbarungen mit Teilen des Staates gewertet wurde. Die über ein halbes Jahrhundert dominierende christdemokratische Partei erlitt am 5. April eine Niederlage bei den Parlamentswahlen, die letzte nach dem Verhältniswahlrecht. In der Folge kam es zu einer Implosion des Parteiensystems. Die DC löste sich in kleinere Parteien auf, schon im Jahr zuvor hatte das Ende der Sowjetunion auch jenes der zweitstärksten Partei Italiens, der kommunistischen Partei (PCI), gebracht, mit einer Zersplitterung in kleinere Parteien. Im Anschluss an die Parlamentswahlen trat am 28. April der Staatspräsident Francesco Cossiga zwei Monate vor Ende der Amtszeit zurück. Das breite Parteienbündnis war geschwächt worden, das Cossiga als Basis der Bekämpfung von Wirtschaftskrise und Terrorismus gesehen hatte. Andreottis Regierung blieb bis nach der Wahl des neuen Staatspräsidenten (Oscar Scalfaro, am 25. Mai 1992) und Bildung einer neuen Regierung im Amt. Schon am 23. Mai war der Richter Giovanni Falcone von der Mafia ermordet worden und am 19. Juli sollte das tödliche Attentat auf Richter Paolo Borsellino folgen (cf. Borsellino 2018). In dieser Atmosphäre wurde am 28. Juni die Regierung Giuliano Amato angelobt, die in weniger als 14 Tagen ein Dekret zur Privatisierung erließ, das die Veränderung des politökonomischen Modells Italiens einleitete. Amato gehört zu den Politiker:innen, die den Aufstieg Silvio Ber-

lusconis ermöglichten: Er war 1984 Staatssekretär im Kanzleramt des sozialistischen Premiers Bettino Craxi gewesen, seinerseits Berlusconi-Freund und Trauzeuge. Amato formulierte die „pro-Berlusconi“-Gesetze, die Italien ein privates Monopol an landesweiten TV-Sendern bescherte (ohne dazugehörige Anti-Trust-Gesetzgebung), und half, diese durch das Parlament zu peitschen (Travaglio 2023: 37f.). Für das Verständnis der Mediendominanz der Berlusconi-Gruppe und Berlusconi's fulminanten politischen Aufstieg ist auch der Schiedsspruch wichtig, der ihm nach langem Rechtsstreit große Teile des Mondadori Verlagshauses zusprach: 1991 wurde er „neben dem kommerziellen Fernsehen [...] nun auch die Nummer eins der Printmedien und der Buchverlage“ (ibid.: 47f.). Der Richter des ursprünglichen Verfahrens, der mit einer Entscheidung für Berlusconi erst den Weg zum Schiedsspruch ebnete, sollte später dafür verurteilt werden, dass er sein Urteil an drei Anwälte von Berlusconi (die ebenso verurteilt wurden) „im Tausch für eine Bestechung in der Höhe von mindestens 400 Millionen Lire von ausländischen Konten der Fininvest“ verkauft hatte (ibid.: 47). In dieser Gemengelage wurde auch das italienische Entwicklungsmodell nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelöst und die öffentlichen Unternehmen des italienischen Staatskapitalismus, der stark von der DC geprägt war, weitgehend privatisiert. Ich werde in diesem Beitrag versuchen, diesen Prozess der Privatisierung und dessen politökonomische Rahmenbedingungen nachzuzeichnen und am Ende einige Schlussfolgerungen daraus zusammenzufassen.

Auf dem Weg nach Maastricht

Eine Privatisierungswelle demontrierte in den 1990er Jahren die institutionellen Eckpfeiler des italienischen Entwicklungsmodells, das den Aufstieg eines Staatskapitalismus unter Führung der christdemokratischen Partei (vgl. Weissenbacher 2019a: 63ff.) gebracht hatte: Dazu gehörten das IRI (*Istituto per la Ricostruzione Industriale*), dessen Unternehmen für die industrielle Infrastruktur bzw. den Basis-Input für die Industrie sorgten, wie etwa Stahl und Beton, das aber auch wichtige staatliche Banken enthielt, ENI (*Ente Nazionale Idrocarburi*) und ENEL (*Ente nazionale per l'energia elettrica*), die Energie zu niedrigen Kosten bereitstellten (Gasperin 2022: 10). Die Integration Italiens in die EU spielt dabei eine wichtige Rolle. Liberale Wirtschaftsvorstellungen waren zwar schon in den Römischen Verträgen verankert, solange aber der italienische Staat stark genug und willens war, sich den liberalen Begehrlichkeiten der Europäischen Kommission zu widersetzen, spielte dies realpolitisch keine Rolle (vgl. Weissenbacher 2019a: Kap. 5). Dies änderte sich nach der globalen Wirtschaftskrise der 1970er Jahre. Die frühen 1980er Jahre sahen die

zweite globale Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg, was Unternehmen international unter Druck setzte. Die sich durchsetzenden Lösungsansätze brachten ein *Outsourcing* der Produktion in die globale Peripherie („neue internationale Arbeitsteilung“) und eine Liberalisierung der Ökonomien, was globale Warenketten (dominiert von Konzernen aus Zentrumsländern) stärkte. Italien hatte mit seinem industriellen ökonomischen Modell in der Nachkriegszeit Anschluss an die Länder des europäischen Zentrums gefunden, nun schien dieser Staatskapitalismus aus der Zeit gefallen.

Der ideologische Rahmen, der die globalen Veränderungen begleitete und durchzusetzen verhalf, wird meistens als „neoliberal“ bezeichnet. Er war wirkmächtig und bestimmte auch die Logik der EU-Integrationspolitik, wie sie im Vertrag von Maastricht festgeschrieben wurde. Die ökonomischen Staatsstrukturen wurden zunehmend als unpassend für jene Vorstellungen einer Ökonomie empfunden, in der internationale Konkurrent:innen gleichberechtigt teilnehmen können sollten. Sie standen im Widerspruch zum Wettbewerbsparadigma, das im Vertrag von Maastricht verankert wurde. Der britische Ökonom Wynne Godley (1992) hatte anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags auf deren strukturelle Probleme hingewiesen. Eine stark von Bankern beeinflusste (Delors-)Kommission habe die EU-Ökonomie rund um eine unabhängige Zentralbank als einziger wirksamer wirtschaftlicher Institution entworfen. Dies habe den Eindruck erweckt, Ökonomien seien „selbstkorrigierende Organismen, die nie und unter keinen Umständen Management benötigen“ (ibid.). Anders als in den USA oder Japan habe sich in Europa eine krude und extreme Version der Ansicht konstituiert, Regierungen seien unfähig und sollten deshalb gar nicht versuchen, traditionelle wirtschaftspolitische Ziele zu verfolgen, wie Wachstum und Vollbeschäftigung. Die Integration in einen Währungsraum, der a) keine wirtschaftspolitischen Institutionen habe und auch keine zentrale Regierung, die in Krisenzeiten solidarisch wirtschaftliche Unterstützung lenke, der aber b) auch die vorhandenen staatlichen Instrumente beschneide und der Hoffnung auf den Markt unterwerfe, mache aus den schwächeren Staaten lokale Regierungen oder Kolonien. Ökonomische Varianten von Puerto Rico in Europa befürchtete Constantine Vaitsos (1982: 244f.) schon 10 Jahre davor für Griechenland und Portugal, sollte es bei der Integration von ungleichen Partnern nicht zu einer Gegensteuerung kommen. Für Italien würde dies bedeuten, dass eine (ersatzlose) Demontage seines (reformbedürftigen und klientelistischen) Entwicklungsmodells seine ökonomische Resilienz reduzierte. Ohne die institutionellen Voraussetzungen für eine eigene Industriepolitik würde Italien vor ähnlichen Problemen stehen, wie die EU-Peripherie. Das Europäische Währungssystem (EWS, 1979-1998) oder eine eventuelle gemeinsame Währung würden ohne Gegensteuerung die wirtschaftliche Kluft zur BRD vergrößern. Wenn die Handelsbarrieren, Kapi-

talkontrollen und Wechselkursanpassungen gefallen seien, bliebe als einzige kurzfristige Waffen, um mit einer Rezession umzugehen, eine Politik von Lohnreduktion und -kontrollen, um die Produktionskosten und die Kaufkraft zu reduzieren. Als die Weltwirtschaftskrise 2008 Europa erreichte, zeigte sich die Schwäche der Neuorganisation in Italien im Gegensatz zur Robustheit der BRD: „Tatsächlich basiert die italienische Industrie einerseits auf einem Gefüge kleiner Unternehmen, die dem internationalen Wettbewerb nicht mit massiven Investitionen in Prozess- und Produktinnovationen entgegentreten können, andererseits kann sie für die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf die Intervention großer Unternehmen zählen, da die Rolle des Staates in Industriepolitik und Infrastruktur geschwächt wurde“ (Ravazzi 2014: 315).

Scheidung auf Italienisch: Die 1980er Jahre

Mit zunehmender Integration kam es in Italien zu einer Trendwende in der Wirtschaftspolitik, die das italienische Entwicklungsmodell komplett umgestalten würde (vgl. Curli 2014: 203f.). Die liberale Politik wurde in den 1980er Jahren „getestet“ (Ferrera/Gualmini 2004: 59). Die Trendwende zu einer neoliberalen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik kann sehr früh ausgemacht werden. Mit dem Eintritt in das EWS verpflichtete sich die italienische Regierung zu einer maximalen Fluktuation der Lira (+/- 6% zur Verrechnungseinheit Ecu). Verbunden damit waren strengere Budgetgesetze und die Entmachtung der Zentralbank, was die Einhaltung der bis dahin geltenden gesellschaftlichen Spielregeln und Kontrollen betrifft. Die *Banca d'Italia* war nicht länger die Käuferin von jenen italienischen Staatsobligationen, die keine anderen Käufer:innen am Markt finden konnten, und die Kreditkontrollen wurden liberalisiert. Budgetkontrolle und Zurückhaltung in der Ausgabe von Lira durch die Zentralbank reduzierten die Inflation, aber zu Lasten der Handelsbilanz, vor allem, weil Abwertungen der Lira nur mehr begrenzt möglich waren. Hohe Kapitalzinsen sollten dies wettmachen (durch Anlockung von ausländischem Kapital), diese wirkten aber depressiv auf inländische Investitionen (Ferrera/Gualmini 2004: 61). Die Zentralbankreform von 1981, die in Italien als „Scheidung“ der Zentralbank vom Finanzministerium bekannt ist, führte aber dazu, dass eine höhere internationale Kreditaufnahme/Verschuldung unausweichlich wurde (ibid.). Die „Scheidung“ machte eine Hochzinspolitik notwendig, um Investor:innen für italienische Staatspapiere auf den Finanzmärkten zu finden und die Lira innerhalb des EWS zu halten (Petrini 2014b: 71). Mitten in der Krise nach dem sogenannten Volcker-Schock von 1979 erscheint das in Retrospektive zumindest widersprüchlich. Unter der Ägide des US-Notenbankchefs Volcker forcierten die USA eine Hochzinspolitik, die

international Kapital anlockte. Damit explodierten auch die internationalen Zinsraten, was wiederum internationale Kredite knapp und teuer machte und in der Folge zur Kreditkrise („Schuldenkrise“) in der globalen Peripherie führte, aber auch europäische Länder in ihren Bann zog. Die Regierung von Präsident Reagan begann eine Politik sozialer Einsparungen und gegen die Rechte von Gewerkschaften in den USA, die sie internationalisierte, indem sie in den internationalen Institutionen Bedingungen für neue Kredite stellte. „Reagan ist entschlossen, der Welt die US-Austeritätspolitik aufzuzwingen“, titelte die Zeitung *La Repubblica* einen Bericht vom IWF-Treffen 1981 in Washington (Brancoli 1981, vgl. auch Onori 1981). Die öffentliche Verschuldung in Italien stieg in den 1980er Jahren massiv an. 1981, 12 Jahre vor in Kraft treten des Vertrags von Maastricht, erfüllte Italien das letzte Mal das spätere Schuldenkriterium des Vertrags (maximal 60% des BIP, vgl. Weissenbacher 2019b: 63).

Der parteilose Zentralbankchef Carlo Ciampi, der 1993 – aus diesem Amt kommend – Premierminister einer „Expert:innenregierung“ werden sollte, um die Privatisierung der italienischen Industrie maßgeblich voranzutreiben, und der Finanzminister zu dieser Zeit, der Christdemokrat Nino Andreatta, waren sich 1981 in der Sache um die „Scheidungsreform“ einig. Hinsichtlich des Weiterwirkens christdemokratischer Netzwerke über die Implosion der Partei hinaus seien hier zwei bis heute prominente Personen exemplarisch genannt. Andreatta empfahl Mario Draghi seinem Nachfolger im Finanzministerium, Giovanni Goria (Democrazia Cristiana), als Berater. Dies eröffnete Draghi auch den Weg zur Position eines italienischen Exekutivdirektors bei der Weltbank. Andreatta protegierte aber auch Enrico Letta, den späteren Chef der demokratischen Partei (PD), der seine Karriere in der Democrazia Cristiana begann. Draghis und Lettas Wege sollten sich bis heute immer wieder kreuzen, für die beiden „Scheidungskinder“ (Capone 2021) war die „Scheidung“ Teil einer weitsichtigen Politik der EU-Integration, die sie auch selbst befördern sollten (Capone 2021; Colombo/Marroni 2021; Cingolani 2018). 1996 wurde Enrico Letta in der Regierung Prodi (der auch aus der DC kam) auf Vorschlag des Finanzministeriums (Finanzminister Ciampi, Generaldirektor Mario Draghi) zum Generalsekretär für den Ausschuss zur Einführung des Euro (Capone 2021). Unter Lettas Zeit als Industrieminister (1999-2001) fiel die Liquidation von IRI (Ravazzi 2014: 316f., Fotos).

Unter der ersten IRI-Präsidentschaft des Christdemokraten (und späteren Ulivo-Chefs, Premierministers bzw. EU-Kommissionspräsidenten während der Euro-Einführung) Romano Prodi hatten in den 1980er Jahren die Privatisierungen von IRI-Firmen aber schon begonnen (Petrini 2014a: 148). Ende 1989 wurde der „Thatcherianer“ Leon Brittan Wettbewerbskommissar der EG: „Der Druck auf Italien stieg. Fonds zur Verlustdeckung, zinsgünstige Dar-

lehen, Unternehmensbeteiligungen und das ganze Instrumentarium zur Unterstützung öffentlicher Unternehmen würden kein leichtes Leben mehr haben“ (Petrini 2014a: 169).

Deregulierung

Dieser öffentliche Sektor inkludierte auch einen Großteil des Bankensystems, das im Zuge der zunehmenden Integration in die EG/EU, dereguliert, liberalisiert und privatisiert wurde. Die seinerzeitige Einführung der Bankenregulierung, die einher ging mit Banken-Verstaatlichungen und der Schaffung eines öffentlichen Bankensektors, war – wie die Gründung des IRI – eine Reaktion auf die große Wirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit gewesen. Der Bankensektor diente bis in die 1990er Jahre der regionalen Entwicklung und der Finanzstabilität. Das System unterstützte und förderte erfolgreich den industriellen Sektor, der stark von Klein- und Mittelbetrieben geprägt war. Banken waren Spezialbanken, Fusionen waren verboten, Spekulationsgeschäfte regulativ verhindert. In der neuerlichen Phase des radikalen Liberalismus wurde dieses System wieder aufgehoben. Der internationale Wettbewerb rückte in den Vordergrund und Effizienz wurde an Firmendaten gemessen und nicht länger an der gesellschaftlichen Funktionalität (vgl. Carletti et al. 2005: 34f.). Die Geschwindigkeit der Bankenprivatisierungen in Italien war enorm. Betrachtet man die Vergleichsdaten des Anteils staatlichen Eigentums an Banken (im Falle der BRD sind hier auch die Landesbanken inkludiert), fällt auf, dass dieser in der BRD stabil bleibt (und sogar zwischenzeitlich ansteigt), während er in Italien rapide fällt (Italien | BRD, 1992: 68% | 44,7%; 1997: 25% | 47,7%; 2003: 9% | 43,8%; *ibid.*: 33). Dies zeugt von einer pragmatischen Realpolitik in der BRD, die als Kontrapunkt zum wirtschaftspolitischen Liberalismus erscheint, den Vertreter der BRD von Anfang an in den EU-Verträgen verankern konnten (vgl. Weissenbacher 2019a: Kap. 5).

Die Teilnahme Italiens am EWS seit 1979 hatte die von den liberalen Ökonom:innen erhoffte Lohndisziplinierung der Arbeiter:innen gebracht, die sich auch in einer kompromissbereiteren Politik der kommunistischen Partei und Gewerkschaft manifestierte. Die italienische Zentralbank unter Gouverneur Ciampi erhoffte sich durch die Gelddisziplin und eine starke Währung, diktiert durch das EWS, eine technologische Modernisierung durch höhere Wertschöpfung (Petrini 2014b: 73). Die Realität waren die Asymmetrien des EWS, die die Anpassungskosten auf die Schuldnerländer abwälzte (vgl. Becker et al. 2013: 37ff.). Italien konnte nur entweder abwerten (und zur traditionellen Politik zurückzukehren, um die Exportpreise zu senken) oder im Extremfall sogar eine aus der BRD „importierte“ Hochzinspolitik mittragen, um einen

Kapitalabfluss zu verhindern (Petrini 2014b: 74; Sevilla 1995). Um zu zeigen, dass Italien bereit für die Ziele der EWU war (Varsori 2013: 30), akzeptierte die Regierung Andreotti im Jahr 1990 sogar volle Kapitalmobilität und ein noch engeres EWS-„Band“ von $\pm 2,5\%$ Abweichung der Lira zum Ecu. De facto ging es immer um die Abweichung zur Ankerwährung Deutsche Mark (DM), mit all den damit verbundenen Problemen (vgl. Weissenbacher 2019a: 177f.; Marsh 2011: 153ff.). Die Daten der deutschen Bundesbank zu den Devisenkursen der Frankfurter Börse für die italienische Lira zeigen für die gesamte Nachkriegsgeschichte nur drei Jahre in denen die Lira gegenüber der DM an Wert (im Vergleich zum Vorjahr) zulegte, allesamt in speziellen Situationen: 1989 (1,6%) in Vorbereitung auf Maastricht und vor allem 1996 (10,6%) und 1997 (4,4%) in Vorbereitung auf die Euro-Einführung (Deutsche Bundesbank o.J.).

Krise, Privatisierungen und die EWU

In der Folge verschlechterte sich die Situation der italienischen Ökonomie. Die EU Kommission und der IWF äußerten 1991 Zweifel daran, dass Italien die Kriterien für eine Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) bzw. des Maastricht-Vertrags erfüllen könnte, die US-Ratingagentur Moody's stufte Italiens Bonität herab. Wenige Tage nachdem die Regierung Andreotti den Rücktritt eingereicht hatte, unterschrieben deren Außenminister (de Michelis) und Finanzminister (Carli) am 7. Februar 1992 (als Vertreter der Übergangsregierung) den Vertrag von Maastricht (Varsori 2013: 40). Die nachfolgende Regierung Amato kämpfte 1992 mit einem Rekorddefizit. Sie erbt von der Regierung Andreotti auch die Hoffnung, dass der deutschen Position besser innerhalb eines Integrationsprojekts zu begegnen sei. Die deutsche Bundesbank beharrte aber auf der Hochzinspolitik und „innerhalb“ des EWS gab es keine Solidarität für eine Gegenposition. Die britische Regierung wähnte sich (wie sich herausstellen sollte fälschlicher Weise) alleine stark genug. Der französische Premierminister kommunizierte Amato, dass er eine konzertierte Neuverhandlung des EWS nicht unterstützen könne. Für den 20. September 1992 war ein Referendum über den Maastricht-Vertrag anberaumt und er fürchtete, dass bei einem Zeichen der Schwäche des Francs eine Ablehnung (wie in Dänemark) das Ergebnis sein könnte. Amatos Replik: Er hielt es für unwahrscheinlich, dass die Lira so lange durchhalten würde. Er sollte recht behalten. Italien versuchte noch, die Lira mit Abwertung und Zinserhöhungen zu verteidigen (und innerhalb des EWS zu bleiben), am „schwarzen Mittwoch“, dem 16. September 1992, trieben spekulative Verkäufe gegen die überbewertete Lira Italien jedoch vorübergehend aus dem

EWS. Die dünne französische Mehrheit für die Akzeptanz des Maastricht-Vertrags brachte aber auch den Francs wieder unter Druck (Marsh 2011: 158f., 169). Ein Jahrzehnt nach der Zentralbankderegulierung war Italien für die Internationalisierung des Währungs- und Kreditgeschäfts (und die damit verbundenen Spekulationsmöglichkeiten) nicht gewappnet. Zu diesem Zeitpunkt waren aber die wesentlichen Entscheidungen für die systematische Privatisierung in Italien schon gefallen. Die Lira wurde aus dem EWS genommen und wertete bis April 1993 um 30% zur DM ab (Petrini 2014b: 74). Die Politik war in der Folge am Wiedereintritt in das EWS (1998) orientiert (verbunden mit einer erneuten Aufwertung der Lira), was eine Bedingung für die Teilnahme an der Währungsunion war.

Die politische und ökonomische Krise von 1992 ermöglichte eine schnelle Gesetzgebung. Die Grundlagen für diesen komplexen Prozess wurden im Wesentlichen in wenig mehr als drei Jahren, 1991-1994, gesetzlich verankert, „stürmische Jahre, die irreversible Auswirkungen auf die italienische Wirtschaft und die Reform der Märkte hatten“ (Cavazzuti 2014: 70). In dieser Geschwindigkeit konnte eine Desintegration des alten politökonomischen Modells vorbereitet werden, es wurde aber keine Vorstellung eines neuen, kohärenten Modells entwickelt. Die Vorbereitungen für die gesetzlichen Änderungen im öffentlichen Sektor fielen in die Zeit der letzten beiden Andreotti-Regierungen (1989-91), sie hatten breitere Privatisierungen ermöglicht, aber noch nicht obligatorisch gemacht (Cavazzuti 2014: 92f.). „In Italien wurde dem Wind des Liberalismus nicht ausreichend entgegen getreten“ (Ravazzi 2014: 315), andererseits sollte der kurzzeitige Industrieminister Paolo Savona (1993-4) später sagen, er sei angesichts des Parteienklientilismus in der staatlichen Industrie aus Verzweiflung zu einem Befürworter der Liberalisierung geworden (Cavazzuti 2014: 84). Die Zeichen standen nun auf radikaler Privatisierung. Außerhalb der Regierung gab es Kritik an den Privatisierungen, auch aus den staatlichen Institutionen selbst. Zu den Kritiker:innen gehörte der IRI-Chef von 1989-1993, Franco Nobili (*Democrazia Cristiana*). Er befürchtete einen Ausverkauf der italienischen Industrie, insbesondere der gut funktionierenden Unternehmen, die besonders zur Entwicklung des Landes beitrugen, während der Staat sich um die verbleibenden würde kümmern müssen. Dies würde eine Deindustrialisierung einleiten (Petrini 2014a: 154f.). In einem Bericht zu den Privatisierungen der 1990 Jahre konstatierte der Rechnungshof, dass die Regierungen jeglicher ideologischer Couleur die Privatisierungen nicht in Frage gestellt hatten, auch wenn sie über die Methoden stritten (Corte dei Conti 2010: 18). Die Ansicht sei gewesen, dass

„die Privatisierungen dazu beitragen können würden, die fiskalische Konsolidierung zu erreichen, die für die Erzielung der Konvergenzkriterien not-

wendig war, wie sie von der europäischen Kommission als Auflage für den Beitritt zur europäischen Währungsunion festgesetzt worden war. In diesem Sinne hat der negative Schock, den die italienische Wirtschaft erlitten hat, eine eindeutige Einigung und einen allgemeinen Konsens über die Stabilisierungspolitik ermöglicht, die unter normalen Umständen auf starken politischen Widerstand gestoßen wäre“.

Von 1992-2001 wurden die mit Abstand meisten Privatisierungserlöse durch Regierungen des neuen Ulivo-Bündnisses erzielt, mit der Regierung D'Alema (vormals PCI) an der Spitze, gefolgt von der Regierung Prodi (vormals DC) (Cavazutti 2014: 143).

Für die Befürworter:innen der Privatisierung sollte der Staat den Wettbewerb weder als Eigentümer noch als Subventionsgeber beeinträchtigen. Die wirtschaftstheoretische Diskussion in der Hochzeit des Neoliberalismus, der „Globalisierungsdekade“, war geprägt von den bis heute wirksamen Behauptungen der größeren Effizienz privater Unternehmen. Die damit verbundenen einschlägigen Ansichten sollten 1993 von der italienischen Regierung in einer 27-seitigen Broschüre (*L'Italia privatizza!*) kommuniziert werden. In der Tageszeitung *Il fatto quotidiano* wurde das knapp zwei Jahrzehnte danach folgendermaßen kommentiert: „Sie scheint das Ergebnis einer unklugen Paarung zwischen einem Fernsehverkäufer aus der Provinz und Milton Friedman zu sein, ein Eindruck, der sich schon auf dem Umschlag mit der rassistischen Karikatur („*Vu cumprà?!*“) ankündigt“ (*Il fatto quotidiano* 2022: 12). „Rassistisch“ dürfte sich nicht nur die stereotypen Darstellungen der potentiellen Käufer:innen beziehen, „*Vu cumprà?!*“ – Willst du kaufen? bezieht sich auf die Verkaufsfrage migrantischer Strandhändler, nur gemünzt auf die italienische Industrie (*Il fatto quotidiano* 2022: 12, *Di Foggia* 2022: 13). Die tatsächlichen zukünftigen Profiteur:innen mussten nicht durch eine solche billige Maßnahme überzeugt werden, Vertreter:innen von Finanzinstitutionen warteten darauf, dass die italienische Industrie finanzialisiert würde. Am 11. Juli 1992 wurde das Dekret Nr. 333 unterzeichnet, das die öffentlichen Unternehmen in Aktiengesellschaften verwandelte. Es wird als Trendwende für das neue politökonomische Modell Italiens betrachtet (*Gasperin* 2022: 10). Das Interesse am Kauf des industriellen „Staatsilbers“ Italiens war groß. Sehr bekannt wurde ein Treffen kurz davor im Juni 1992 von Vertreter:innen der angelsächsischen Finanzbranche auf der *Britannia*, dem Schiff der englischen Königin, das gerade in Italien vor Anker lag, bei dem auch Vertreter:innen der italienischen Finanzbranche anwesend waren. Mit an Bord war Mario Draghi, der von 1991-2001 Generaldirektor im italienischen Finanzministerium war (Cavazzuti 2014: 116) und, wie es Capone (2021) ausdrückte, „ein Protagonist der Privatisierungs- und Sparpolitik [war], die es Italien ermöglichte, dem Euro beizutreten“. Er habe, wie es der Nachrichtendienst Bloom-

berg beschreibt, „eine Gruppe britischer Bankiers um Hilfe bei der Verschlan-
kung des aufgeblähten öffentlichen Sektors des Landes gebeten“ (Migliaccio/
Speciale 2021).

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Wirkung der Privatisierungen gab es allerdings politische, parlamentarische und wissenschaftliche Kontroversen: Würde die Privatisierung ausreichend Mittel für die Schuldenreduktion bereitstellen? Würden die Rahmenbedingungen des Marktes für den Umfang der Privatisierungen ausreichend sein? Wie würde die Transparenz der Prozesse gewährleistet werden können? Soll auf einmalige Zahlungen abgestellt werden oder auf laufende Einnahmen durch staatliche Beteiligungen? Dies betraf auch die künftige Eigentumsfrage. Sollte es eine sofortige Übergabe von staatlichem in privates Eigentum geben („heiße“ Privatisierung)? Sollte es eine staatliche Minderheitsbeteiligung geben („lauwarmer“ Privatisierung) und wer sollte dafür verantwortlich sein, das Finanz- oder das Industrieministerium? Sollte eine breit gestreute Privatisierung stattfinden, auf die Gefahr hin, dass etablierte Kapitalgruppen die Mehrheit in wesentlichen Industriezweigen erhielten? Wenn der Staat weiterhin Eigentum an den Industriebetrieben und Banken halten sollte, wie wäre dies strategisch gut zu organisieren? Sollte sich der Staat ein strategisches Kerneigentum behalten oder sollten die Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt werden, und der Staat eventuell eine passive relative Mehrheit (golden share) behalten (Cavazzuti 2014: 88ff.)?

Innerhalb der Regierung standen sich zwei Positionen gegenüber, auf der einen Seite das Finanzministerium, in dem von 1991-2001 Mario Draghi als Generaldirektor für Kontinuität sorgte, auf der anderen Seite der Industrieminister Giuseppe Guarino. Guarino wollte zwei *superholdings* schaffen, eine für die finanziellen und die andere für die nicht-finanziellen Unternehmungen. Diese „kalte“ Privatisierung würde nur an diesen *Superholdings* (nicht den Einzelunternehmen) möglich sein und nur in einem Ausmaß von maximal 45% (pro *Holding*). Dies würde dem Staat weiterhin einen großen strategischen Handlungsspielraum in der Industriepolitik und deren Finanzierung einräumen (Cavazzuti 2014: 100f.). Regierungschef Amato und vor allem das Finanzministerium hatten andere Vorstellungen. Das Finanzministerium sollte bis zum Verkauf sowohl das Eigentum an den Aktien behalten, als auch die Entscheidungsbefugnis für die Unternehmen, die sonst dem Industrieministerium zugefallen wäre. Mario Draghi hatte keinen Zweifel gelassen, dass er „die Befehlsgewalt über die Privatisierungen in seinem Ministerium konzentrieren“ wollte (ibid.: 101). Im Finanzministerium wurde auch eine bürokratische Struktur eingerichtet, die – in einem Interessenkonflikt – die Funktionen eines institutionellen Investors und jene der Kontrollaufsicht für Aktionär:innen übernahm (ibid.: 80).

Auf den Punkt gebracht könnte man sagen, Draghi vertrat die schnelle Privatisierung, die als Voraussetzung für Maastricht-Stabilität und EWU-Beitritt betrachtet wurde, und folgte auch jener Sichtweise, dass deregulierte internationalisierte bzw. vergemeinschaftete Märkte einen funktionierenden Rahmen für die ökonomische Entwicklung auch Italiens gewährleisten könnten. Guarino bevorzugte ein Privatisierungsmodell zugunsten einer italienischen Kapitalistenklasse, das den italienischen Staatskapitalismus ablösen, aber a) das nationale Kapital im internationalen und vergemeinschafteten Wettbewerb unterstützen sollte und b) in dem der Staat noch eine wichtige Lenkungs-funktion (durch die Eigentumsstrukturen) für die Industriepolitik behalten sollte. Guarinos Vorschläge scheinen nicht einmal innerhalb der italienischen Kapitalistenklasse auf ungeteilte Zustimmung gestoßen zu sein (ibid.: 103ff.). Die Internationalisierung der 1990er Jahre war auch dort im Gange und ließ Alternativen zu „Maastricht“ wenig Spielraum. Die Privatisierungen wurden grundsätzlich nur innerhalb der „post“-kommunistischen Opposition abgelehnt und auch dort nicht von allen. Der *partito democratico della sinistra* (PDS), der größten Nachfolgepartei des PCI, brachte keine eigenen Vorschläge ein, betrachtete aber die Auflösung von Staatsbetrieben, die sie als nicht nützlich einstufte, als sinnvoll. *Rifondazione comunista* und die Gruppe „Il Manifesto“ lehnten die Privatisierungspolitik ab (Cavazzuti 2014: 91). Alfredo Reichlin (PDS) sprach von einer Demokratisierung der Ökonomie (Melone 1993: 2), Filippo Cavazzuti (PDS-Senator und späterer Unterstaatssekretär im Finanzministerium der Regierung von Romano Prodi) betrachtete die Zerschlagung des verkrusteten „Eigentümerstaates“ als notwendig und diskutierte die Privatisierungen in diesem Zusammenhang. Der wesentliche Aspekt sei die Frage, wer die Vorstände bestimmen dürfe. In *Public Companies* könnten die Gesellschafter:innen die Manager auswählen oder ihnen das Vertrauen entziehen. Er hatte auch nichts gegen Kernaktionär:innen einzuwenden, wenn diese nicht nur aus den etablierten italienischen Familien bestünden, die sich nur die besten, nützlichen Firmenteile herausklauben und die Konkurrenz hassen würden. Er sah eine erweiterte Eigentümer:innenstruktur und Konkurrenz, bestehend aus internationalen Investor:innen und italienischen Klein- und Mittelbetrieben als Lösungsansatz (Campesato 1993a: 3). Die Diskussion um die Privatisierung war unter der „technokratischen“ Regierung Carlo Ciampi 1993 wieder aufgeflammt. Nun ging es aber nur mehr um die einzelnen Unternehmen (nicht mehr um die *holdings*), das mächtige Finanzministerium war der einzige „Aktionär“ der zu privatisierenden Staatsfirmen. Der neue Industrieminister Paolo Savona (Ciampi hatte nur den Finanzminister Piero Barucci, den Motor der Privatisierung, aus der Regierung Amato übernommen) wollte – mit ähnlichen Argumenten wie sein Vorgänger Guarino – eine strategische Industriepolitik in der Privatisierung durch italienische Kern-

aktionär:innen umgesetzt sehen. Es kam zu einer Konfrontation mit dem wieder als IRI-Chef zurückgeholten Romano Prodi, der einer breiteren Streuung des Aktionärsbesitzes den Vorzug gab. Savonas Vorstellungen konnten sich nicht durchsetzen, Prodi wurde auch von Regierungschef Ciampi unterstützt (Campesato 1993b: 3; Campesato 1993c: 3).

Premier Amato und Finanzminister Barucci hatten davor in ihrer Ablehnung von Guarinos Vorschlag nicht nur auf die Kritik innerhalb der Koalitionsregierung reagiert. Sie hatten auch, wie Cavazzuti (2014: 99) schreibt, „die Präferenz kleiner und großer Finanzhäuser für die Platzierung einzelner Unternehmen [und eben nicht der *Superholdings*, RW] anerkannt, was diesen ermöglichen würde, Provisionen durch den gesamten Prozess der Veräußerung einzukassieren“. Die Niederlage des Guarino-Plans erfolgte innerhalb weniger Tage im Juli 1992 und wurde im erwähnten Dekret 333 niedergeschrieben und am 8. August in ein Gesetz verwandelt. Zu den Finanzhäusern, die sich am Privatisierungsprozess beteiligten, gehörte das Who's who des internationalen Finanzkapitalismus, etwa Goldman Sachs, J.P. Morgan, Credit Suisse, Rothschild, Lehman Brothers (cf. Cavazzuti 2014: 116). Goldman Sachs-Italien schreibt im Rückblick:

„In den frühen 1990er Jahren gehörte Goldman Sachs zu den führenden Finanzinstituten, die am ersten Privatisierungsprogramm des Landes teilnahmen. Dieses Programm umfasste Angebote und M&A-Transaktionen (Fusionen und Übernahmen) unter Beteiligung der wichtigsten Finanzinstitute, Versorgungsunternehmen, Ölgesellschaften und Unternehmen, die im Telekommunikations- und Verteidigungssektor tätig waren und sich damals im Besitz des italienischen Staates befanden“ (Goldman Sachs 2022).

Dies ist insofern bemerkenswert, weil der Generaldirektor im Finanzministerium, der die Privatisierung wesentlich gestaltete, Mario Draghi, im Anschluss an seine Tätigkeit im Finanzministerium, von 2002-2005 als Vizepräsident und *Managing Director* zu Goldman Sachs International wechselte (Banca d'Italia o.J.). Bekanntlich waren Draghis Karriereschritte danach Gouverneur der italienischen Zentralbank, Präsident der Europäischen Zentralbank und Premierminister Italiens. Für den bruchlosen Wechsel zwischen politischen Funktionen und Positionen in (transnationalen) Konzernen oder deren Lobbyeinrichtungen hat sich die Metapher Drehtür (*revolving door*) durchgesetzt. Sie versinnbildlicht im italienischen Fall auch den Übergang vom Parteienklientelismus der Christdemokratie (und abgestuft der Sozialist:innen) in der ersten italienischen Republik hin zu einem Klientelismus der (transnationalen) Konzerne in der zweiten Republik. In der Person Silvio Berlusconi spitzte sich das Phänomen zu, als er Konzernchef und Premierminister in Personalunion wurde. Jene, die Hoffnungen in eine breitere Eigentumsstruktur

hegten und deren „demokratisierende“ Wirkung, dürften den real existierenden Klientelismus (transnationaler) Konzerne unterschätzt haben. Die Kritik spricht von einem Ausnehmen des Staates durch Oligarchen, wie etwa beim Verkauf des Ilva-Stahlkonzerns an einen Freund Berlusconis (Di Foggia 2022: 13).

Industrieminister Guarino hatte das Machtspiel gegen das Finanzministerium verloren (Petrini 2014a: 176). Im Krisenjahr 1992 wurden mit den Privatisierungen bzw. dem Modell der Privatisierungen schnelle Entscheidungen gefällt, die der Logik von Maastricht und dem Pfad in die EWU folgten. Sie knüpften an vergangene Entscheidungen der 1970er und 1980er Jahre – etwa die Liberalisierungen der italienischen Ökonomie oder der Teilnahme am EWS – an, die selbst zur Veränderung der politischen Ökonomie Italiens beigetragen hatten, und Basis für die „unumkehrbaren“ Schritte einer normativen Kraft des Faktischen für Italien in der Integrationspolitik waren. Die Zeitnot, in der Entscheidungen gefällt wurden, engte den Spielraum für die Diskussion alternativer Vorstellungen ein. Die Logik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hatte den Spielraum der staatlichen Industrien schon davor begrenzt (vgl. Curli 2014: 210), bevor die Privatisierung die miteinander verbundenen Unternehmen zerstückelte und der erzwungene Rückzug des Staates den staatlichen Industrie-Komplex den Konzernen überließ. Der ideologische Trend der 1990er Jahre überließ Entwicklungsfragen den „Marktkräften“. Guarino kritisierte später die Einführung der gemeinsamen Währung. Die Budgetüberwachung der EU sei ein Staatsstreich gewesen. Während dem Staat die Möglichkeit genommen worden sei, seine alten Instrumente, die in Italien zu einem gewissen Wohlstand geführt hätten, zu nutzen, seien keine gemeinschaftlichen als Ersatz eingerichtet worden (Baldassari 2020: 80ff.).

160 Milliarden Euro Privatisierungseinnahmen habe der italienische Staat von 1992-2007 erzielt, argumentiert Gasparin (2022: 10), das Schuldenziel des Maastricht-Vertrages wurde damit aber weder beim Eintritt in den EWU noch später erreicht. Die Zerschlagung des alten Entwicklungsmodells nahm aber dem Staat Möglichkeiten, mit Industriepolitik der Peripherisierung Süditaliens entgegenzuwirken. Die Erwartung, dass sich die Privatisierungen zu mehr Effizienz und höhere Produktivität übersetzen wird, hat sich in Italien nicht erfüllt. Vielmehr sind mit dem Verschwinden der staatlichen Industrien auch große private Firmen verschwunden oder wurden „redimensioniert“ (FIAT, Olivetti, Montedison, Pirelli, Falck). „Die privatisierten Betriebe, die am meisten der Konkurrenz ausgesetzt waren – darunter [der Stahlkonzern] Ilva, [das Telekommunikationsunternehmen] Itatel oder in der Folge Alitalia – haben spektakuläre Wettbewerbsfehlschläge erlebt. In den Monopolunternehmen, vor allem bei Telecom Italia und *Autostrade*, wurde die Rentabilität, die zuvor eine interne Finanzierungsquelle für das öffentliche System darstellte,

in ein privates Einkommen für wenige umgewandelt“ (Gasperin 2022: 10f.). Die Misserfolge der Privatisierungen scheinen für erhebliche Zweifel in den politischen Parteien gesorgt zu haben und zu Überlegungen, dass zumindest ein verbleibender staatlicher Anteil an Unternehmen wie ENI und ENEL strategisch sinnvoll sei (Bulfone 2024: 1358f.).

In den 1990er Jahren war aber der Kritik an der liberalen Systemumwandlung der Wind aus den Segeln genommen, weil das alte Modell hochgradig reformbedürftig war. Das Stichwort dafür ist „Tangentopoli“, ein Begriff für das System der Korruption in der italienischen Gesellschaft, in dem jene in Regierungs- oder Verantwortungen, hauptsächlich die christdemokratische Partei, aber auch die sozialistische, die höchsten Posten besetzen konnten. Die Personen in diesen Netzwerken konnten im Rahmen der Wirtschaftsgebarung des Staates und seiner großen Staatsbetriebe, aber auch im Rahmen privater Konzerne illegale Einnahmen (*tangenti* – Bestechungsgelder) lukrieren. Ausgangsort war die „Stadt/Polis der Bestechung“ Mailand, wo die Justiz 1992 unter dem Schlagwort *mani pulite* („saubere Hände“) spektakuläre Verfahren begann, die aber durch konterkarierende Gesetzgebungen in der Folge, v.a. unter den Regierungen von Silvio Berlusconi, oftmals eingestellt werden mussten. Der Begriff wurde schließlich auf das ganze System in Italien angewandt (vgl. della Porta 2007).

Das italienische Parteiensystem implodierte in den 1990er Jahren und fegte auch die alles dominierende Partei der Nachkriegsgeschichte (DC, *Democrazia Cristiana*) hinweg. Die zweitstärkste Partei Italiens (PCI, *Partito Comunista Italiano*) zerlegte sich nach dem Zerfall der Sowjetunion in die Bedeutungslosigkeit. Die 1989 gegründete Lega (ursprünglich: Lega Nord für die Unabhängigkeit Padaniens) ist heute die älteste Partei im italienischen Parlament. Als Silvio Berlusconis politischer Aufstieg mit seinen Verwicklungen mit der Mafia begann, sahen Politiker der großen Parteien des alten Systems (aus der DC etwa Romano Prodi, aus dem PCI etwa der spätere Bürgermeister von Rom, Walter Veltroni) die Zukunft der italienischen Politik in einer Art US-amerikanischen Zweiparteiensystem. Sie formierten den *partito democratico* (PD) als Gegenstück zu Silvio Berlusconis Wahlverein Forza Italia. Auch viele PD-Politiker der jüngeren Generation haben aber ihre politischen Wurzeln noch in den alten Parteien, in der DC (Matteo Renzi, Enrico Letta) oder dem PCI (Andrea Orlando).

Conclusio: Italien zwischen Zentrum und Peripherie in der EU

Dem ehemaligen Bundeskanzler der BRD, dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt, wird nachgesagt, er habe im Oktober 1974 in einer Rede vor dem *congresso annuale dei metalmeccanici tedeschi* gesagt:

„Wir dürfen Italien nicht retten, sondern ihm nur die Hilfe leisten, die es ihm erlaubt, den Kopf aus dem Wasser zu strecken, nicht aber den Strand zu erreichen. Die italienische Industrie muß stärker werden, ohne der Fata Morgana einer Diversifikation der Produktion nachzulaufen, denn in Europa müssen wir eine präzise Arbeitsteilung realisieren.“

Ich nutze hier die Übersetzung von Sophie Alf (1977: 22), in deren Buch ich zum ersten Mal auf dieses vom italienischen Ökonomen De Cecco (1976) in einem Kommentar für die Zeitung *La Repubblica* überlieferten Zitat gestoßen bin, in jüngerer Zeit haben sich die römischen Ökonom:innen Celi, Ginzburg, Guarascio und Simonazzi (2018: 246f.) darauf bezogen. Ich kann hier nur spekulieren, dass Helmut Schmidt diese Worte vor deutschen „Industriellen“ gesagt habe, wie Alf (1977: 22) *metalmeccanici* interpretiert. Solche deutlichen Worte hätte Schmidt vielleicht auch nicht vor den „Metallarbeitern“, nämlich dem jährlichen Kongress der IG Metall, benutzt, wie ich die *metalmeccanici* übersetzen würde, oder zumindest nicht in einer offiziellen Rede. Mit Hilfe des Schmidt-Archivs (Helmut Schmidt-Stiftung o.J.) konnte ich jedenfalls nur die Ansprache des damaligen Bundeskanzlers vor der IG Metall am 15. September 1974 eruieren (Schmidt 1974: 1118), in der er sagt:

„Jeder weiß auch, daß wir genug Währungsreserven haben, falls wir einmal Preiserhöhungen auf den Weltmärkten erleben sollten. Ich hoffe das nicht, und wir tragen dazu bei, daß das vermieden wird. Aber wir haben Währungsreserven, wir haben sogar die Möglichkeit, zeitweise an unsere Partner etwas ausleihen zu können. Wenn wir an Italien für zwei Jahre Währungsreserven ausleihen, dann ist das nicht so, wie ich jüngst irgendwo gehört habe, daß wir das besser in die deutsche Bauwirtschaft hätten stecken sollen. Das ist ein bloß kurzfristiger Währungskredit, der den Italienern hilft, ihre Importrechnungen zu bezahlen. Wir sind ja daran interessiert, daß Italien, daß Frankreich, daß England und andere weiterhin importieren und bezahlen können, denn wir leben zu einem großen Teil davon, daß wir in diese Staaten exportieren. Jeder vierte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik ist ein Export-Arbeitsplatz.“

Diese Zusammenhänge aus der ersten globalen Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg sind in vielerlei Hinsicht interessant, damals in Mitten der der Signalkrise der US-Hegemonie, wie sie Giovanni Arrighi bezeichnet hat, heute jenseits der terminalen Krise (vgl. Weissenbacher 2019a: 276ff.), denn

mit Hegemonie hat die Politik der jüngsten US-Administration nichts mehr zu tun. Ich beschränke mich auf wenige abschließende Bemerkungen zu Italien im Zentrum-Peripherie-Gefüge in der EU. De Cecco (1976) argumentierte, dass die BRD gegenüber den USA nur eine limitierte Souveränität gehabt habe und die Möglichkeit, mit Investitionen in „Industrien mit ausgereifter Technologie, die das Rückgrat des deutschen Industrieapparats bilden“, aus der Krise zu kommen, sei durch den hohen DM-Kurs beeinträchtigt gewesen. Deshalb „kartelliert [die BRD] die Stahl- und Chemieindustrie“ und versuche für seine eigenen ausgereiften Technologieindustrien Handlungsspielraum zu schaffen, auf Kosten der französischen und italienischen Anteile in diesen Sektoren.

Die temporäre Rettung der US-Hegemonie erfolgte mit der Hochzinspolitik der US-Notenbank ab 1979 („Volcker-Schock“), die auch den Kurs des US-Dollars in die Höhe trieb. Dies vergrößerte den Handlungsspielraum der BRD gegenüber den USA und stärkte auch die Position gegenüber den schwächeren Währungen im in Erweiterung begriffenen „westlichen“ Integrationsprojekt in Europa. Periphere Länder, die einem Integrationsmodell von „ungleichen Partnern“ ohne substanzielle Gegensteuerung beitraten (ausgleichende und geplante Spezialisierung der Produktion oder Alimentierung der Peripherie in einem größeren Ausmaß), hatten der polarisierenden Wirkung wenig entgegensetzen. Die Dekonstruktion des partiell und temporär erfolgreichen Nachkriegsmodells scheint Italien peripherisiert zu haben. Die italienischen Unternehmen scheinen sich in der Tendenz als Zulieferbetriebe in die europäischen (deutschen) Warenketten eingeordnet zu haben (Weissenbacher 2019b: 64). Die Zeitreihe der Industrieproduktion (Volumen) zeigt die italienische Situation ab den 1990er Jahren insbesondere im Verhältnis zur BRD – nach einer kurzen Verbesserung, die wahrscheinlich den Problemen der Integration der DDR in die BRD geschuldet ist – im freien Fall (Guarascio et al. 2025: Figure 1). In dieser Logik kapitalistischer Wettbewerbsfähigkeit wurde Italiens Ökonomie durch die Desintegration des (reformbedürftigen, klientelistischen) Entwicklungsmodells ohne kohärenten Plan für eine Alternative beeinträchtigt. Die Rolle, die die großen Staatsbetriebe für die auf Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtete Ökonomie spielten, konnte nicht kompensiert werden. Der Beschäftigungsanteil von Kleinunternehmen sei in Italien um etwa 15 % höher als in anderen europäischen Ländern, jener in hochproduktiven Großunternehmen aber um 20 % niedriger, schreibt die OECD (2024: 47) in einer rezenten Publikation zu Italien. Den kleinen familiengeführten Unternehmen mangle es oft an Größe für den effizienten Einsatz von Forschung und Entwicklung, sowie Managementfähigkeiten und Anreizen für die Einführung von Technologien. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung seien deshalb in Italien insgesamt niedrig und dessen Ökonomie hinke in der Digitali-

sierung hinterher. Produktivitätsgewinne durch die digitale Revolution könnten nicht genutzt werden. Der Übergang zu innovationsgestütztem Wachstum erfordere ein „ehrgeiziges Paket von Strukturreformen, das kleine Unternehmen dazu ermutigt, zu wachsen oder aus dem Markt auszusteigen“.

Ob eine solche „Marktbereinigung“ für die italienische Bevölkerung eine positive Dynamik erwarten lässt, kann bezweifelt werden. Seit dem Eintritt in das Maastricht-System ist sie Spielball von liberalen Vorstellungen und einer Art permanentem Austerity-Programm. Die öffentlichen Schulden werden in Richtung 100% des BIP reduziert, um dann wieder mit einem staatlichen Antikrisenprogramm in die Höhe zu schnellen (etwa nach 2007/8, vgl. Weissenbacher 2019b: 63f.). Die jüngste technokratische Regierung (vor der Wahl der faschistischen Regierung unter Giorgia Meloni, deren Wahlbündnis mit Lega und Forza Italia aufgrund des italienischen Wahlrechts mit unter 44% der Stimmen die Mehrheit der Sitze in der Abgeordnetenversammlung bekommen hat, Fatto Quotidiano 2022b) wurde von Mario Draghi geleitet und stellte einen Kontrapunkt zur eher progressiven Regierung von Giuseppe Conte (II mit dem Partito Democratico, PD) dar. Ein Streitpunkt in der Conte II-Koalition war die Frage, wer die Mittel aus dem europäischen Recovery-Fonds (RRF) verwalten solle. Im Jänner 2021 entzog Matteo Renzi (mit seiner neugegründeten Kleinparteiabspaltung des PD) der Regierung Conte II die Unterstützung, in Mitten von Pandemie, beginnender Impfkampagne und Verhandlungen über den Recovery Plan. Die Verhandlungen waren seit Dezember 2020 im Gange und Renzi schien zuerst auch zuzustimmen, verweigerte sich dann aber dem Recovery Plan. Renzi sollte Anfang Februar 2021 in einem Interview mit der Zeitung La Repubblica (Cappellini 2021) sagen: „Wer mich nach dem Grund der Krise fragt, dem antworte ich einfach: Wenn wir 200 Milliarden Euro ausgeben müssen, ziehe ich es vor, dass Draghi sie ausgibt und nicht Conte“.

Ein wesentlicher Aspekt in der Umsetzung der EU-Reformen (bzw. der Verwaltung des Geldes aus dem Recovery-Fonds, das Conte erstritten hatte), und gleichzeitig Ausdruck des Machtkampfs innerhalb Italiens, war der Austausch von Manager:innen in Sektoren der staatlichen Industrie und Banken, die von der Conte-Regierung eingesetzt worden waren. Über diese Strukturen ist der Staat ein wichtiger Akteur in der Verwaltung der Geldmittel aus EU-Fonds. Formal wurden unpolitische „neue Namen ohne Parteien“ (Riso 2021) in die Führung berufen, die aber sehr gut vernetzt in transnationalen Unternehmen sind. Als Präsidentin der staatlichen Eisenbahnen wurde Nicoletta Giadrossi, die u.a. Mitglied der *Trilateral Commission* (2022: 9) ist, bestimmt. Zudem setzte Draghi in den staatlichen Eisenbahnen und der Cassa di Risparmio di Firenze, die wichtige Beteiligungen in der italienischen Industrie und der italienischen Börse besitzt, Manager:innen ein, mit denen er schon in der Pri-

vatisierungszeit der 1990er im Finanzministerium zusammengearbeitet hatte. 74 Aufsichts-rät:innen in 90 Unternehmen mit staatlicher Beteiligung wurden 2021 neu besetzt (Sciorilli 2021; Sole 24 Ore 2021).

Diese Verbindung von staatlichen Institutionen mit Akteur:innen eines „liberalen“ Kapitalismus scheinen zu den Vorstellungen von Draghi für die Krisenbewältigung zu passen. Sie erscheinen als eine Trendwende vom liberalen wirtschaftlichen Paradigma der 1990er Jahre, das den Staat zurückdrängen wollte. Kurz vor seiner Ernennung zum Premierminister im Februar 2021 erschien im Dezember 2020 die Studie einer Arbeitsgruppe des Washingtoner Thinktanks G30 (Group of Thirty), deren Co-Vorsitzender Draghi war: *Reviving and Restructuring the Corporate Sector Post-Covid. Designing Public Policy Interventions*. Die Wichtigkeit der Marktkräfte wird zwar betont, aber auch die immense Gefahr von überschuldeten Zombie-Firmen, die nicht mehr marktfähig seien, hervorgehoben. Eine Schumpeter'sche kreative Zerstörung sei notwendig. Die Ökonomen Emiliano Brancaccio und Riccardo Realfonzo (2021) sprechen zwar von einer „Laissez-faire-Version von Schumpeter“, eigentlich scheint die G30-Studie aber eher eine gelenkte Version der kreativen Zerstörung zu vertreten. Es müsse entschieden werden, welchen Firmen geholfen werden könne und auch das Timing der kreativen Zerstörung sei wichtig, weil die Insolvenz-Regime der Länder nicht überlastet werden dürfen. Zudem müsse den kleinen und mittleren Betrieben als schwächeren Marktteilnehmern besondere Aufmerksamkeit zukommen. In der italienischen Realität scheinen maßgebliche handelnde Personen aus dem Umfeld transnationaler Unternehmen zu kommen, die eigene Vorstellungen von einem Drehbuch haben.

Literatur

- Alf, S. (1977): Leitfaden Italien. Vom antifaschistischen Kampf zum Historischen Kompromiß, Berlin: Rotbuch.
- Baldassari, M. (2020): The Resilient Governance of the EU: Towards a Post-democratic Society, in: Baldassari, M., Castelli, E., Truffelli, M., Vezzani, G. (Hg.), *Anti-Europeanism. Critical Perspectives Towards the European Union*, Cham: Springer, 77-93.
- Banca d'Italia (o.J.): Mario Draghi. <https://www.bancaditalia.it/chi-siamo/storia/governatori-direttori-general/governatori/mario-draghi/> (18.08.2022).
- Becker, J., Jäger, J., Weissenbacher, R. (2013): Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung: Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess, in: *Journal für Entwicklungspolitik* XXIX(3), 34-54.
- Borsellino, S. (Hg.) (2018): *La repubblica delle stragi. 1978/1994 il patto di sangue tra stato, mafia, P2 ed eversione nera*, Roma: Paper first.

- Brancaccio, E., Realfonzo, R. (2021): Draghi's plan needs less Keynes, more Schumpeter, in: Financial Times, 12.02.2021 (via Factiva, <https://global.factiva.com>).
- Brancoli, R. (1981): Reagan deciso ad imporre l'austerità Usa al mondo, in: La Repubblica, 29.09.1981, 1.
- Bulfone, F. (2024): Selling the jewels: patient capital, state-business relations, and the privatization of strategic utilities in Italy and Spain, in: Review of International Political Economy, 31(5), 1347-1370.
- Campesato, G. (1993a): „Il vero scontro è su chi comanderà dopo“. Intervista con Filippo Cavazzuti, in: L'unità, 11.10.1993, 3, via <https://archivio.unita.news/> (18.08.2022).
- Campesato, G. (1993b): Privatizzazioni, Savona getta la spugna. Sconfessato da Qàmpi il ministro dell'Industria si dimette, in: L'unità, 11.10., 3, via <https://archivio.unita.news/> (18.08.2022).
- Campesato, G. (1993c): E con Amato scoppiò il „caso Guarino“, in: L'unità, 11.10.1993, 3, via <https://archivio.unita.news/> (18.08.2022).
- Capone, L. (2021): Draghi e Letta, i figli del divorzio 40 anni dopo, in: Il foglio, 06.04.2021, <https://www.ilfoglio.it/gn4manuali/2021/04/06/news/draghi-e-letta-i-figli-del-divorzio-40-anni-dopo-2140929/> (08.08.2022).
- Cappellini, S. (2021): Renzi „Draghi fino al 2023 e Recovery riscritto da capo. Felice ma ho partito l'odio“, in: La Repubblica, 04.02.2021 (via Factiva, <https://global.factiva.com>).
- Carletti, E., Hakenes, H., Schnabel, I. (2005): The Privatization of Italian Savings Banks – A Role Model for Germany?, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 74(4), 32-50.
- Cavazzuti, F. (2014): Le privatizzazioni degli anni Novanta: l'IRI tra Parlamento, governo e dintorni, in: Artoni, R. (Hg.), Storia dell'IRI. Vol. 4: Crisi e privatizzazione 1990-2002, Roma: Laterza, 59-146.
- Celi, G., Ginzburg, A., Guarascio, D., Simonazzi, A. (2018): Crisis in the European Monetary Union. A Core-Periphery Perspective, London/New York: Routledge. (= Routledge Studies in the European Economy)
- Cingolani, S. (2018): L'anno di Mario Draghi, in: Il foglio, 10.12.2018, <https://www.ilfoglio.it/economia/2018/12/10/news/lanno-di-mario-draghi-228413/> (08.08.2022).
- Colombo, D., Marroni, C. (2021): Il divorzio tra Tesoro e Bankitalia che cambiò la politica monetaria, in: Il sole24, 10.02.2021, <https://www.ilsole24ore.com/art/il-divorzio-tesoro-e-bankitalia-che-cambio-politica-monetaria-ADQT1pIB> (08.08.2022).
- Corte dei Conti (2010): Obiettivi e risultati delle operazioni di privatizzazione di partecipazioni pubbliche, 10.02.2010, Rom.
- Curli, B. (2014): Il „vincolo europeo“ alle privatizzazioni dell'IRI tra commissione europea e governo italiano, in: Artoni, R. (Hg.), Storia dell'IRI. Vol. 4: Crisi e privatizzazione 1990-2002, Roma: Laterza, 181-256.
- de Cecco, M. (1976): L'economia tedesca e il bastone americano, in: La Repubblica, 22.07.1976, 6.

- della Porta, D. (2007): Tangentopoli, in: Istituto della Enciclopedia Italiana (Hg.), *Enciclopedia Italiana*, <https://www.treccani.it/enciclopedia/tangentopoli> (27.03.2025).
- Deutsche Bundesbank (o.J.): Devisenkurse der Frankfurter Börse / 1 000 ITL = ... DEM, Italien, https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/723452/723452?tsId=BBEX3.A.ITL.DEM.AA.AC.A04&listId=www_sdks_b01011_1&tsTab=1&id=0 (13.12.2024).
- Di Foggia, C. (2022): Tim, Ilva, Aspi: come i gioielli sono diventati dei bancomat, in: *Il fatto quotidiano*, 11.07.2022, 13.
- Fatto Quotidiano, Il (2022a): „Vu cumprà l’italia?!“ Quell’imbarazzante libretto di Ciampi, 11.07.2022, 12.
- Fatto Quotidiano, Il (2022b): Elezioni politiche 2022, gli eletti di Camera e Senato: al centrodestra un vantaggio di 11 senatori e 34 deputati. La Lega ha la metà dei parlamentari dei Fdi con un terzo dei voti, 26.09.2022, <https://www.ilfattoquotidiano.it/2022/09/26/elezioni-politiche-2022-gli-eletti-di-camera-e-senato-al-centrodestra-un-vantaggio-di-11-senatori-e-34-deputati-la-lega-ha-la-meta-dei-parlamentari-dei-fdi-con-un-terzo-dei-voti/6818441/> (30.03.2025).
- Ferrera, M., Gualmini, E. (2004): *Rescued by Europe? Social and Labour Market Reforms in Italy from Maastricht to Berlusconi*, Amsterdam: University Press.
- Gasperin, S. (2022): Privatizzazioni, in: *Il fatto quotidiano*, 11.07.2022, 10-11.
- Godley, W. (1992): Maastricht and All That, in: *London Review of Books*, 14(19), 08.10.1992, <https://www.lrb.co.uk/the-paper/v14/n19/wynne-godley/maastricht-and-all-that> (13.08.2022).
- Goldman Sachs (Hg.) (2022): Italia, <https://www.goldmansachs.com/worldwide/italy/> (18.08.2022).
- Group of Thirty (Hg.) (2020): *Reviving and Restructuring the Corporate Sector Post-Covid. Designing Public Policy Interventions*, Washington, D.C., Dezember.
- Guarascio, D., Heimberger, P., Zezza, F. (2025): The Eurozone’s Achilles Heel: Reassessing Italy’s Long Decline in the Context of European Integration and Globalization, in: *Italian Economic Journal*, <https://doi.org/10.1007/s40797-025-00323-8> (30.03.2025).
- Helmut Schmidt Stiftung (o.J.): Schmidt-Archiv, <https://www.helmut-schmidt.de/schmidt-archiv> (30.03.2025).
- Marsh, D. (2011): *The Euro. The Battle for the New Global Currency*, New Haven/London: Yale University Press.
- Melone, A. (1993): „Chi comanderà in Italia? Qui è lo scontro“. Intervista con Alfredo Reichlin, in: *L’unità*, 12.10.1993, 2, via <https://archivio.unita.news/> (18.08.2022).
- Migliaccio, A., Speciale, A. (2021): Draghi’s Capitalist Model That Recast Italy Is Running Aground. 27. Dezember, in: *BNN Bloomberg*, <https://www.bnnbloomberg.ca/draghi-s-capitalist-model-that-recast-italy-is-running-aground-1.1541512> (03.08.2022).
- OECD (2024): *OECD Economic Surveys: Italy 2024*, Paris: OECD Publishing, <https://doi.org/10.1787/78add673-en>.

- Onori, M. (1981): Reagan: niente aiuti a chi non segue le scelte degli Usa, in: *L'Unità*, 30.09.1981, 6.
- Petrini, R. (2014a): L'IRI nei tre anni fatali: la crisi del paese e le privatizzazioni (1990-1992), in: Artoni, R. (Hg.), *Storia dell'IRI. Vol. 4: Crisi e privatizzazione 1990-2002*, Roma: Laterza, 147-180.
- Petrini, F. (2014b): The Unstable Stabilization. Italian Capitalism and the Origins of the Current Crisis, in: *Les cahiers Irice*, 1(11), 53-76.
- Ravazzi, P. (2014): Le privatizzazioni del gruppo e la liquidazione dell'IRI. Valutazioni, orientamenti, alternative, in: Artoni, R. (Hg.), *Storia dell'IRI. Vol. 4: Crisi e privatizzazione 1990-2002*, Roma: Laterza, 257-335.
- Riso, L. (2021): Draghi svolta sulle partecipate, nomi nuovi senza partiti, in: *Panorama*, 27.05.2021, <https://www.panorama.it/news/politica/draghi-nomine-vertici-partecipate-fs-cdp> (23.08.2022).
- Schmidt, H. (1974): Ansprache des Bundeskanzlers vor der IG Metall. 15. September. 11. Ordentlicher Gewerkschaftstag in Hannover, in: *Bulletin* 109, 24.09.1974, 1115-1120.
- Sciorilli, S. (2021): Italy appoints business executives to run state enterprises, in: *Financial Times*, 28.08.2021 (via Factiva, <https://global.factiva.com>).
- Sevilla, C. (1995): Explaining the September 1992 ERM Crisis: The Maastricht Bargain and Domestic Politics in Germany, France, and Britain. Paper presented at the European Community Studies Association, Fourth Biennial International Conference, May 11-14, Charleston, SC.
- Sole 24 Ore, Il (Hg.) (2021): Cdp, Draghi sceglie Scannapieco al posto di Palermo. Ferraris nuovo ad Ferrovie, Giadrossi presidente. 26.05.2021, <https://www.ilsole24ore.com/art/nomine-luigi-ferraris-l-incarico-ad-ferrovie-AEFY37L> (23.08.2022).
- Travaglio, M. (2023): *Il santo*, Roma: PaperFirst.
- Trilateral Commission, The (Hg.) (2022): The Trilateral Commission Membership List. Juni, <https://www.trilateral.org/wp-content/uploads/2022/06/TC-MEMBER-SHIP-LIST-June-2022-1.pdf> (23.08.2022).
- Vaitsos, C. (1982): Conclusions: Economic Effects of the Second Enlargement, in: Seers, D., Vaitsos, C. with the assistance of M.-L. Kiljunen (Hg.), *The Second Enlargement of the EEC: The Integration of Unequal Partners*, London/Basingstoke: Macmillan, 243-268 (=Studies in the Integration of Western Europe 2).
- Varsori, A. (2013): The Andreotti Governments and the Maastricht Treaty: Between European Hopes and Domestic Constraints, in: *Journal of European Integration History*, 19(1), 23-44.
- Weissenbacher, R. (2019a): *The Core-Periphery Divide in the European Union. A Dependency Perspective*, Cham: palgrave/macmillan.
- Weissenbacher, R. (2019b): „In wenigen Monaten wird nichts mehr wie früher sein“: Die gelb-grüne Regierung und der Abstieg Italiens im europäischen Kapitalismus, in: *Kurswechsel*, 24(1), 62-71.

Abschnitt III

Abhängige Entwicklung und Nord-Süd-Verhältnisse

Abhängige Entwicklung und Nord-Süd-Beziehungen

Zur Einführung

Johannes Jäger

Joachim Becker hat sich seit jeher für die Ränder und für die an den Rand Gedrängten interessiert und engagiert. Ausdruck dafür war beispielsweise sein langjähriger Aktivismus in der Anti-Apartheid-Bewegung. Aber auch wissenschaftlich stand die Peripherie in seinem Fokus. Bereits in seiner Dissertation hat er sich mit Zimbabwe beschäftigt. Sein akademischer Hintergrund, das Studium der Politikwissenschaften und der Volkswirtschaft in Marburg, hat es ihm schon früh erlaubt, eine kritische integrative Sichtweise auf ökonomische und politische Prozesse einzunehmen. Neben Afrika hat sich Joachim Becker intensiv mit Lateinamerika und auch mit Osteuropa beschäftigt.

Ein FWF-Projekt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zur Frage von Raum, Akkumulation und Regulation, in dem Wien/Österreich/EU mit Montevideo/Uruguay/Mercosur vergleichend analysiert wurden, bildete einen wichtigen Meilenstein. Aus dem Projekt – zum Teil auch schon weiter zurück – datieren die engen Verbindungen zu Kolleg:innen aus Lateinamerika. Einige dieser zentralen Weggefährten haben zu diesem Abschnitt der Festschrift beigetragen.

Ich hatte das große Glück, Joachim Becker, ebenso wie Andreas Novy und Werner Raza, schon während meines Studiums an der Wirtschaftsuniversität Wien kennenzulernen und später auch im FWF-Projekt mitzuarbeiten. Seither verbinden uns eine jahrzehntelange Freundschaft und auch immer wieder gemeinsame Arbeiten. Joachim Becker, sein außerordentliches Denken, seine Persönlichkeit und seine Herangehensweise haben mich geprägt und inspirieren mich noch immer. Dafür bin ich sehr dankbar.

In diesem Einleitungsbeitrag gebe ich einen kurzen Einblick über Joachim Beckers zentrale theoretische Beiträge zur Frage von abhängiger Entwicklung in Nord-Süd-Perspektive. Dabei nehme ich zunächst die Einbettung seines Zugangs im Kontext einer breiteren, spezifisch verstandenen, politökonomi-

schen Perspektive vor. Ein Fokus bei der Analyse von Abhängigkeitsbeziehungen im Nord-Süd-Kontext liegt in der Folge auf der Rolle der peripheren Staatlichkeit. Aufbauend auf dieser Kontextualisierung erfolgt eine knappe Hinführung zu den Beiträgen in diesem Abschnitt. Diese behandeln grundlegende Aspekte von Entwicklung in Lateinamerika vor dem Hintergrund der spezifischen peripheren Situation des Subkontinents.

1. Das Fundament: Ein kritisch politökonomischer Zugang

Joachim Becker arbeitet zwar äußerst diszipliniert, aber nicht disziplinär. Er lässt sich nicht ins Korsett der im Zuge der bürgerlichen Wissenschaften entstandenen Disziplinen pressen. Erst gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts kam es im Zuge der ‚Disziplinierung‘ der Sozialwissenschaften zu einer Aufspaltung von Ökonomie, Politik und Soziologie in einzelne Disziplinen. Die Ökonomie sollte sich der neoklassischen Argumentation folgend auf Marktprozesse fokussieren. Diese wurden als unpolitisch interpretiert, weshalb von einer ‚positiven‘ Ökonomie gesprochen wurde. Damit verbunden war im Zuge der Herausbildung des bürgerlichen Wissenschaftssystems die Politikwissenschaft als Disziplin unter weitgehender Ausblendung ökonomischer Prozesse und Interessen etabliert worden. Die gesellschaftlichen und sozialen Fragen wurden in der Soziologie als von ökonomischen und politischen Prozessen abstrahierend verhandelt. Diese Etablierung der Ökonomie im Kontext der ‚Disziplinierung‘ der Sozialwissenschaften kann als gesellschaftliche und institutionelle Reaktion auf die zunehmend von marxistisch inspirierten kritischen Interpretationen der politischen Ökonomie verstanden werden.

Die politische Ökonomie war bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts die vorherrschende Perspektive gewesen. Durch die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx eignete sich der integrative Zugang jedoch kaum mehr, um die kapitalistische Produktionsweise zu legitimieren. Vielmehr zeigte der entlarvende Blick von Marx durch die Brille der von Adam Smith und David Ricardo begründeten politischen Ökonomie, dass Kapitalismus mit Ausbeutung einhergeht. Angesichts der Konkurrenz zwischen Lohnabhängigen im Kontext von Arbeitslosigkeit und fehlender Institutionen zur Lohnfixierung und Beschränkung der Ausbeutung (z.B. Arbeitszeitbeschränkungen) war damit die Situation für die große Mehrheit der Menschen im Kapitalismus düster. Es ist daher nicht verwunderlich, dass seitens der Herrschenden, den vom Kapitalismus profitierenden Klassen, diese Interpretation als problematisch erachtet wurde. Denn damit war Kapitalismus fundamental in Frage gestellt.

Das Aufkommen der Neoklassik und die Etablierung der unterschiedlichen Disziplinen in den Sozialwissenschaften kamen ihnen jedoch entgegen. Damit verschwanden Klassen aus dem Blickfeld. Die scheinbare Überlegenheit und Segnungen des Marktes konnten mit der Neoklassik gut argumentiert werden. Während Marx die Zukunft im Überwinden der kapitalistischen Produktionsweise sah, kam es neben revolutionären Prozessen, die häufig in der Peripherie stattfanden und dort mit anti-kolonialen Kämpfen verbunden waren, vielfach zu erheblichen Veränderungen des Kapitalismus, wie sie später von der Regulationstheorie beschrieben wurden. Insbesondere durch Reformen, auch im Kontext der Systemkonkurrenz in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, verbesserten sich in der Folge die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Menschen erheblich. Diese als Fordismus bezeichnete Konfiguration war in den Zentrumsländern – in Europa und den USA – sehr ausgeprägt. In der globalen Peripherie setzten sich analoge Formen nur prekär und in abgewandelter Form durch. Global betrachtet zeigten sich damit zwar gewisse ähnliche Tendenzen, aber ein sehr ungleiches Muster. Während es in einigen Ländern zu erheblichen Verbesserungen kam, blieben in anderen diese weitgehend aus bzw. waren ungleich schwächer ausgeprägt. Dieses Ausbleiben von Verbesserungen wird gemeinhin mit dem Fehlen von ‚Entwicklung‘, d.h. dem unzureichenden Fortschritt der Produktivkräfte, erklärt. Es hängt jedoch auch mit der geringeren Fähigkeit zur politischen Durchsetzung seitens der subalternen Klassen zusammen. Warum ist dies so? Wie kann das geändert werden? Gängige Antworten aus der Disziplin der Ökonomie machen vor dem Hintergrund der neoklassischen Perspektive primär den Mangel an Märkten verantwortlich. Im Mainstream politikwissenschaftlicher Perspektiven wird das Fehlen stabiler liberaler Demokratien oft als Hemmschuh für Entwicklung angeführt.

Diesen disziplinären Antworten steht die integrative Perspektive der kritischen politischen Ökonomie gegenüber. Dieser Zugang sucht die Erklärung nicht allein im Ökonomischen oder im Politischen (oder Sozialen), sondern verknüpft ontologisch diese Sphären, die als miteinander intrinsisch verbunden und in Wechselwirkung stehend betrachtet werden. Damit ergibt sich ein umfassender und gleichzeitig differenzierter Blick auf Entwicklungsprozesse und die oben formulierten Fragen. Ökonomie wird in dieser Perspektive als Transformation von Natur durch gesellschaftliche Arbeit verstanden. Damit ist dieser Zugang nicht nur prädestiniert, um Fragen der Natur zu bearbeiten, sondern auch Themen des materiellen ungleichen Tausches zwischen Zentrum und Peripherie und den damit verbundenen Implikationen.

Joachim Beckers theoretische Zugänge, Arbeiten und Beiträge stehen in dieser Tradition der kritischen politischen Ökonomie. Dabei knüpft er zwar konzeptionell an Marx an, bezieht sich jedoch auch auf jüngere Arbeiten in

der Tradition der kritischen politischen Ökonomie, wie insbesondere die französische Regulationstheorie. Auch greift er zum Teil auf andere Perspektiven, etwa auf Max Weber, zurück. Zur Regulationstheorie hat Joachim Becker, wie zahlreiche Autor:innen in diesem Buch zeigen, wesentliche Beiträge geleistet. Wenn auch Marx schon die Frage nach der ungleichen räumlichen Expansion des Kapitalismus untersucht hat, so hat es mit dem Fortschreiten der globalen Expansion des Kapitalismus wichtige Weiterentwicklungen gegeben. Dies trifft sowohl auf die Frage ungleicher wirtschaftlicher Verknüpfungen und Dynamiken als auch auf die Frage der spezifischen Bedingungen der Politik zu. Entscheidend für diese kritisch politökonomische Herangehensweise ist, dass die kapitalistische Produktionsweise zwar als expansiv verstanden wird, diese aber räumlich sehr ungleich abläuft, unterschiedliche Räume produziert und diese asymmetrisch – durch Abhängigkeitsbeziehungen – miteinander verknüpft sind. Damit können Räume in zentrale und periphere Räume eingeteilt werden. Diese Konzeptualisierung hat wichtige Auswirkungen für die jeweiligen konkreten Ausformungen der Produktionsweise, die Unterscheidung zwischen dominanten und abhängigen Formen von Entwicklung und den jeweils damit verbundenen Implikationen. Die Einteilung in Zentrum und Peripherie ist aber auch zentral für unterschiedliche gesellschaftliche Verhältnisse und somit für politische Prozesse und staatliche Strukturen. Denn um politische Prozesse in der Peripherie adäquat zu fassen, sind spezifische Zugänge, nämlich kritisch politökonomische Theorien zur peripheren Staatlichkeit, notwendig. Auch hier setzten die Arbeiten von Joachim Becker an und auch hierzu hat er wesentliche Beiträge geleistet. Vielfach stützt er sich dabei auf Autor:innen aus der Peripherie. Seine umfassenden Sprachkenntnisse kommen ihm dabei immens zugute und erlauben ihm das Aufgreifen von Perspektiven und Debatten, die nicht in den dominanten Wissenschaftssprachen verfasst sind. Methodisch geht er dabei dialektisch vor, das Konkrete als Ausgangspunkt der Analyse nehmend. Das bedeutet die genaue Analyse konkreter aktueller Prozesse in ihrem historischen Kontext und ihrer historischen Genese. Damit wird effektiv einer reduktionistischen Zugangsweise vorgebeugt. Die Arbeiten von Joachim Becker sind vor allem auch dank seines äußerst klaren Blicks für wesentliche Zusammenhänge und Strukturen so herausragend. Es ist diese dialektische methodologische Herangehensweise in der Tradition der kritischen politischen Ökonomie (Jäger et al. 2016), die Joachim Beckers Arbeiten besonders auszeichnen und so brillant machen.

2. *Staat und Politik im Kontext abhängiger Entwicklung*

Für die Analyse von Prozessen in der Peripherie hat Joachim Becker einen spezifischen Zugang entwickelt. Dieser basiert auf einem kritisch politökonomischen Fundament und einer Weiterentwicklung kritischer ökonomischer und kritischer staats-theoretischer Zugänge. Ökonomische Entwicklung in der Peripherie wird von ihm grundsätzlich als abhängige Entwicklung verstanden. Diese kann unterschiedliche und sich wandelnde Formen annehmen. Theoretisch greift er bei Fragen zur peripheren Staatlichkeit insbesondere auf Tilman Evers (1977) und klassische kritische staats-theoretische Literatur wie beispielsweise Antonio Gramsci zurück.

Zur Analyse der spezifischen ökonomischen Bedingungen für Entwicklung in der Peripherie hat Joachim Becker auf die Regulationstheorie gebaut. Einer seiner zentralen theoretischen Beiträge besteht darin, Raum nicht als nationalen Container-Raum zu denken, sondern Akkumulation und Regulation als multiskalare veränderbare Phänomene zu begreifen. Entsprechend hat er auch vorgeschlagen, den Staat nicht als strukturelle Form zu sehen, sondern zwischen staatsförmiger und warenförmiger Akkumulation zu unterscheiden. Eine so konzeptualisierte Regulationstheorie eignet sich hervorragend für die Analyse von Akkumulation und Regulation in unterschiedlichen Territorien, die über verschiedene räumliche Ebenen miteinander verknüpft sind und sich historisch verändern. Die grundlegenden Überlegungen dazu finden sich bereits in den 1990er Jahren, einer Zeit, in der neoliberale und postmoderne Zugänge starken Zuspruch hatten und kritische politökonomische Perspektiven marginalisiert waren. Die Fortführung und Weiterentwicklung theoretischer Zugänge erfolgten damit in einem schwierigen Kontext. Um Formen der Abhängigkeit zu analysieren, hat Joachim Becker die Regulationstheorie erweitert, um den Spezifika in der Peripherie Rechnung zu tragen. Passive Extraversion ist dafür ein zentraler Begriff. Inspiriert von dependenztheoretischen Arbeiten – vor allem dem klassischen Beitrag von Cardoso/Faletto (1979) – können damit unterschiedliche sich historisch verändernde Formen der abhängigen Entwicklung erfasst werden. Ein Beispiel für solche unterschiedlichen Form der Entwicklung sind die spezifischen Formen der Finanzialisierung in der Peripherie (Becker et al. 2010). Diese Konzeptualisierung hat in der Literatur besonders breiten Widerhall gefunden. Neben Formen peripherer Finanzialisierung hat Joachim Becker auch Formen der abhängigen Industrialisierung herausgearbeitet. Statt alles im Rahmen von Finanzialisierungsprozessen zu erklären, wie das heute oft passiert, liefert der Zugang von Joachim Becker ein viel differenzierteres und damit auch treffenderes Bild, weil damit auch andere Entwicklungsdynamiken und Widersprüche ins Bild kommen. Periphere Räume können in dieser Perspektive unterschiedliche und sich im

Zeitablauf wandelnde Formen passiver Extraversion aufweisen. Diese haben jeweils spezifische Auswirkungen auf Entwicklungsprozesse und für gesellschaftliche Verhältnisse und damit auch für periphere Staatlichkeit und die politischen Prozesse.

Es sind jedoch nicht nur die aktuellen Formen passiver Extraversion, die periphere Gesellschaften strukturieren, sondern auch historische Prozesse, die – um Marx zu paraphrasieren – wie ein Alp auf den Menschen in der Peripherie lasten. Die Konsequenzen von kolonialer Unterwerfung und Einbindung peripherer Räume wirken bis heute nach. Historisch stützten sich Kolonialmächte dabei oft auf die subalterne Einbindung interner Kräfte, um ihre Interessen abzusichern. Damit kam es schon früh zu einer systematischen Internalisierung externer Interessen, die für periphere Räume typisch ist. Die koloniale Exportwirtschaft verdrängte und transformierte vielerorts traditionelle Produktionsweisen. Joachim Becker betont die heute noch fortwährende hohe Bedeutung nicht-kapitalistischer Produktionsweisen in der Peripherie. Damit sind dieses Nebeneinanderbestehen und die Wechselwirkungen zwischen kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Produktionsweisen zentral für Entwicklungen in der Peripherie. In einer Erweiterung der Regulationstheorie hat Joachim Becker das Verhältnis von kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Produktionsweisen daher als wesentliche Achse für die Analyse der Akkumulationsprozesse in der Peripherie ausgemacht (Becker et al. 2007). Neben dem Nachwirken kolonialer Strukturen sind es aber auch die aktuellen Formen der abhängigen Entwicklung und die sich aus der gleichzeitigen Existenz unterschiedlicher Produktionsweisen ergebende strukturelle Heterogenität, die gegenwärtig zentral strukturierend für periphere Staatlichkeit wirken. Damit sind Klassenstrukturen in peripheren Staaten insbesondere vor diesem Hintergrund zu verstehen. Aus dieser sozialen Heterogenität ergibt sich, dass Klassenpositionen in der Peripherie komplexer sind und nicht einfach aus bekannten abstrakten marxistischen Kategorien abgeleitet werden können, da es unterschiedliche und sich überlappende Formen der Einbindung in Produktionsweisen gibt. Diesen spezifischen Aspekten kommt in der Peripherie eine wichtige Bedeutung zu und sie beeinflussen auch die komplexe Bestimmung subjektiver Positionen.

Der abhängige Charakter von Entwicklung hat jedoch noch einen weiteren strukturierenden Effekt auf periphere Staatlichkeit. Joachim Becker betont, dass abhängige Formen von Entwicklung und Unterentwicklung oft zu einer weniger dynamischen Entwicklung der Produktivkräfte – gewissermaßen zu einer Deformierung – führen und periphere Ökonomien häufig eine Rentenorientierung aufweisen. Überdies führen Mechanismen des ungleichen Tausches dazu, dass sowohl Arbeitswerte als auch natürliche Ressourcen aus der Peripherie abfließen. Damit werden Verteilungsspielräume geringer. Herr-

schaft hat in der Peripherie daher in der Regel nur eine beschränkte Hegemoniefähigkeit. Somit sind Zwangselemente wichtiger und autoritäre Herrschaftsformen häufiger. Ebenso haben vor dem Hintergrund geringerer Verteilungsspielräume und der oft nur partiellen Durchsetzung kapitalistischer Produktionsweisen klientelistische Praktiken eine vergleichsweise höhere Bedeutung. Überdies führen die hohe Instabilität und Krisenanfälligkeit in der Peripherie dazu, dass familiäre oder lokale Formen der sozialen Absicherung für Reproduktion oft sehr wichtig sind, da diese familiären und mit anderen Produktionsweisen verbundenen Institutionen vergleichsweise stabiler und dauerhafter sind. Nichtsdestotrotz kommt es aber auch mit dem Fortschreiten kapitalistischer Entwicklung und den jeweiligen Entwicklungsweisen in der Peripherie zu Veränderungen der Sozialstaatlichkeit. Nach dem Ende entwicklungsstaatlicher peripher-fordistischer Modelle erfolgte vielfach die Durchsetzung neoliberaler Sozialstaatlichkeit.

In seinen Arbeiten hat Joachim Becker auch regelmäßig aufgezeigt, was das konkret bedeutet. Dies ist sowohl in seiner Habilitationsschrift (Becker 2002) der Fall als auch in knapperen Übersichtsartikeln, in denen er präzise die Konfiguration peripherer Staatlichkeit herausarbeitet (Becker 2008, 2018). Die Entwicklung der theoretischen Begrifflichkeit ist damit unmittelbar mit der Analyse spezifischer konkreter historisch-geographisch verorteter Prozesse verknüpft. Empirisch hat sich Joachim Becker in den 1990er Jahren genau mit Lateinamerika, insbesondere mit den Ländern des Südlichen Lateinamerika, dem Cono Sur, und deren Entwicklungen auseinandergesetzt. Seit dem Beginn der Schuldenkrise von 1982 und den in der Folge durchgesetzten Strukturanpassungsprogrammen war der Kontinent in eine historisch tiefe und lange Krise gestürzt. Die Analyse dieser Krisenprozesse und ihrer Ursachen und den sich daraus entwickelnden Prozessen erfolgte auf Basis dieser theoretischen Perspektive, die politische, ökonomische und gesellschaftliche Prozesse integrativ erfasste und in ihren räumlichen Dimensionen differenziert bearbeitbar machte. Joachim Becker arbeitete damit die Instabilität kapitalistischer Akkumulation heraus. Er zeigte, wie und warum sich Widersprüche insbesondere in der Peripherie verdichten und strukturell schwieriger bearbeitbar sind. Krise stellt oftmals den Normalzustand dar (Becker et al. 2007).

Erst im Zuge der Finanzkrise von 2008 und den vielfachen Krisen des Kapitalismus war auch in Ländern des Zentrums die neoliberale Euphorie geschwunden. Die Krise in Europa hat dazu geführt, dass Joachim Beckers regulations-theoretisch und dependenztheoretisch inspirierten Beiträge als Krisenerklärungen zunächst insbesondere in der europäischen Peripherie aufgegriffen und für die Interpretation der eigenen Geschichte herangezogen wurden. Dazu hat sicherlich auch beigetragen, dass er in diesen Ländern in die Diskussion

eingebunden war und teilweise auch in Landessprache seine Perspektiven veröffentlicht hat.

Über den Fokus auf Entwicklung unter kapitalistischen Vorzeichen hinaus hat Joachim Becker (2007b, 2009) auch unterschiedliche Variationen staatssozialistischer Entwicklung in der Peripherie analysiert. Dabei wird deutlich, dass staatssozialistische Entwicklungen im Kontext globaler Strukturen und Entwicklungen und der bis 1989 gegebenen Systemkonkurrenz zwischen dem „Westen“ und der Sowjetunion zu verstehen sind.

3. Abhängige Entwicklung in Lateinamerika: die Beiträge in diesem Abschnitt

Die Beiträge in diesem Abschnitt kommen von herausragenden Vertretern kritischer Zugänge in Lateinamerika, aus Argentinien, Brasilien und Uruguay. Im Zuge von Forschungsaufenthalten hat Joachim Becker diese Länder mehrfach bereist und sich intensiv mit der Diskussion dort auseinandergesetzt. Das Sprechen der Landessprachen und die Auseinandersetzung mit aktuellen ökonomischen und politischen Entwicklungen – das genaue Verfolgen der Diskussion in den Tageszeitungen – war zentrales Element seiner Herangehensweise, um die Entwicklungen in diesen Ländern zu verstehen. Die Publikationen von Joachim Becker zu Lateinamerika, insbesondere zum Cono Sur, sind sehr zahlreich. Vielfach hat er auch in diesen Ländern in Spanisch und Portugiesisch publiziert und damit zur Analyse und Debatte im regionalen Kontext direkt beigetragen (vgl. z.B. Becker et al. 2001; Becker 2007).

Dieser Abschnitt im Buch beginnt mit einem Beitrag von *Luis Bértola* aus Uruguay. In seinem Artikel spannt Luis Bértola, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universidad de la República, einen Bogen, der von der Kolonialzeit bis heute reicht. Dabei liefert er einen systematischen Überblick zu den wirtschaftlichen Entwicklungsdynamiken in Lateinamerika mit einem Fokus auf Ungleichheit in Zusammenhang mit Industrialisierungsprozessen. Sowohl ökonomische als auch politische bzw. soziökonomische Faktoren und ihre Veränderungen sind im Zeitablauf entscheidend für die Pfade der Entwicklung, die unterschiedliche Länder nehmen. In seinem Beitrag zeigt Luis Bértola die Problematik der heute dominanten neo-institutionalistischen Zugänge auf. Diese erkennen zwar das Nachwirken kolonialer Strukturen in Institution an, blenden jedoch aktuelle Mechanismen, die zu peripheren Entwicklungsmustern und Ungleichheit beitragen, aus. Luis Bértola stützt sich hingegen theoretisch auf eine historisch-institutionalistische Perspektive. Damit werden nationale Entwicklungsprozesse in Lateinamerika in ihrer internationalen Einbettung inklusive aktueller Strukturen diskutiert. Sein Artikel

kann auch als Fortsetzung seines Beitrags zum relativen Gewichts Lateinamerikas in der Weltwirtschaft (Bértola 2007) im Buch ‚Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd‘ (Becker et al. 2007) betrachtet werden.

Der zweite Beitrag widmet sich dem theoretischen und auch praktischen Beitrag von Joachim Becker für das Verständnis von Entwicklungsprozessen in der Peripherie. Es ist ein gemeinsamer Text zweier brasilianischer Wissenschaftler, nämlich *Luiz Augusto Faria* von der Universidade Federal do Rio Grande do Sul und *Carlos Roberto Winckler* von der Fundação Universidade de Caxias do Sul. In ihrem Beitrag zeichnen sie nach, wie sie Joachim Beckers regulationstheoretische Konzeptualisierungen zur Frage von Raum und Entwicklung inspiriert haben, um den Umbruch des brasilianischen Entwicklungsregimes in den 1980er Jahren zu verstehen. Dabei fokussieren sie insbesondere auf das von Joachim Becker entwickelte Raumverständnis und die Implikationen für das Verständnis von Regulation und Akkumulation. Der theoretische Rahmen wird von Carlos Roberto Winckler und Luiz Augusto Faria genutzt, um die Entwicklungen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen und ihre Verknüpfung zu diskutieren. Damit ist es möglich, die spezifischen Formen abhängiger Entwicklung im Kontext des peripheren Fordismus und die daraus folgenden Entwicklungen zu verstehen. Sie zeichnen in ihren Beitrag nach, wie die lokalen progressiven politischen Experimente in Porto Alegre und Montevideo in den 1990er Jahren zu verstehen sind und warum es so schwierig war, diese Prozesse auf höhere räumliche Ebene zu heben. Dies ist auch der Hintergrund, vor dem sie die Erfahrungen mit der sogenannten „Rosa Welle“ an progressiven lateinamerikanischen Regierungen auf nationaler Ebene in den 2000er Jahren analysieren. Dazu gehört die erhöhte Bedeutung zinstragenden Kapitals und damit einhergehend die relative Bedeutungsverschiebung vom Lohnverhältnis zur monetären Restriktion in einer spezifischen neuen globalen Artikulation. In ihrem Beitrag heben Carlos Roberto Winckler und Luiz Augusto Faria die Wichtigkeit des theoretischen Beitrags Joachim Beckers hervor. Sie heben aber auch hervor, dass Joachim Becker wichtige Beiträge zum tieferen Verständnis der konkreten empirischen Prozesse in Lateinamerika geleistet hat.

Eduardo Gudynas zeigt in seinem Beitrag, wie sehr ihn Joachim Becker mit seinen Arbeiten und zahlreichen Gesprächen inspiriert hat. Insbesondere weist er dabei auf die Bedeutung einer historischen Herangehensweise sowie das spezifische Verständnis konkreter Realitäten und den Respekt gegenüber unterschiedlichen Sichtweisen hin. Eduardo Gudynas ist Direktor von CLAES in Uruguay. Er ist es auch, der wesentlich das Konzept des Buen Vivir in der akademischen Debatte geprägt hat. Den Ausgangspunkt seiner Analysen bildet ein entwicklungskritischer Zugang. Dieser wirft nicht nur einen kritischen Blick auf konkrete Formen kapitalistischer Entwicklung, sondern stellt die

Vorstellung von Entwicklung grundsätzlich in Frage. Die Ideen von Fortschritt und Entwicklung seien „westliche“ Konzepte. Wie er in seinem Beitrag skizziert, laufen aktuelle entwicklungstheoretische Debatten, die den Anschein erwecken, eurozentristische Perspektiven hinter sich zu lassen, in dem sie Zentrum und Peripherie als Begriffe aufweichen bzw. sich von diesen verabschieden, darauf hinaus, dass neuerlich „westliche“ Konzepte universalistisch propagiert werden. Eine von Eduardo Gudynas propagierte entwicklungskritische Sichtweise stützt gewissermaßen argumentativ nicht-kapitalistische Produktions- und Lebensweisen und entsprechende Abwehrkämpfe. Diese Perspektive richtet sich auch klar gegen extraktivistische Praktiken. In einer breiteren kritisch politökonomischen Perspektive kann in der Tradition von Joachim Beckers kritischen Zugang zu peripherer Staatlichkeit allerdings darauf hingewiesen werden, dass die kapitalistischen Dynamiken und der fortschreitende Prozess der Landnahme nicht-kapitalistischer Sektoren und Praktiken nicht zu übersehen ist und daher in die Analyse einbezogen werden soll, um die widersprüchlichen Prozesse in ihrer dialektischen Einheit zu erfassen.

Andrés Musacchio, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universidad de Buenos Aires, zeigt in seinem Beitrag die Probleme peripherer Entwicklung in Argentinien. Als Beispiel für Krise als Normalzustand hat Joachim Becker schon früh Argentinien ausgemacht. Mit Präsident Mileis radikalen politischen Veränderung sind wir gegenwärtig Zeugen einer besonders instabilen Phase. Zu den aktuellen Entwicklungen in diesem Land hat Andrés Musacchio einen Beitrag beigesteuert, der sich insbesondere durch den konzeptionellen Rahmen auszeichnet. Er beginnt mit einem kurzen Abriss der Probleme und Potentiale des Regulationsansatzes und greift hier die Unterscheidung zwischen Pariser Schule und Grenobler Schule auf. Auch er fokussiert damit auf die Rolle des Raumes und verwendet das Konzept des Produktivsystems. Andrés Musacchio zeigt, wie sich die unterschiedlichen Dimensionen der multiplen Krise insbesondere seit 2008 entfalten. Dieses komplexe und widersprüchliche Szenario stellt periphere Länder vor spezifische Herausforderungen, insbesondere in puncto struktureller Devisenknappheit, ökologischem Gleichgewicht und Entwicklung der Produktivkräfte. Im Kontext verstärkter finanzgetriebener Akkumulationsprozesse und der nun unter Milei angestrebten internationalen Eingliederung von Teilen Argentiniens als Rohstoff-enklave zeigen sich weitere Widersprüche. Es ist davon auszugehen, dass damit weder ökologische Aspekte berücksichtigt noch ein Beitrag zu einer produktiven Entwicklung des Landes geleistet werden kann. An der Krise als Normalzustand scheint sich ebenso nichts zu ändern.

4. *Ein nicht zu überschätzender Beitrag*

Insgesamt zeigen die Artikel in diesem Abschnitt sehr deutlich, dass die theoretischen Beiträge von Joachim Becker zum Verständnis von peripheren Entwicklungen fundamental sind und nicht überschätzt werden können. Dies gilt sowohl für die Konzeptualisierung und Weiterentwicklung der Regulationstheorie in Tradition der kritischen politischen Ökonomie und ihrer Methodologie. Es gilt dabei insbesondere auch für das Raumverständnis und das Greifbarmachen von peripheren ökonomischen und politischen Prozessen, ihrer Spezifika und ihrer Verbindung mit globalen Prozessen, wie sie sich in Formen abhängiger Entwicklung und peripheren Formen der Staatlichkeit manifestieren. Neben diesen bahnbrechenden theoretischen Konzeptualisierungen sind auch die vielfältigen empirischen Untersuchungen von Joachim Becker zu konkreten Prozessen in der Peripherie hervorzuheben, auf die hier nicht ansatzweise eingegangen werden konnte. Diese basieren auf seinen theoretischen Zugängen, stellen aber gleichzeitig auch die Voraussetzung für dieselben dar.

Literatur

- Becker, J. (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg: Metropolis.
- Becker, J. (2007b): *Variationen staatssozialistischer Entwicklung*, in: Becker, J., Imhof, K., Jäger, J., Staritz, C. (Hg.), *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*, Wien: Mandelbaum, 280-299.
- Becker, J. (2008): *Der kapitalistische Staat in der Peripherie: Polit-ökonomische Perspektiven*, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, (24)2, 10-32.
- Becker, J. (2009): *Anatomie der Sozialismen. Wirtschaft, Staat und Gesellschaft*, in: Becker, J., Weissenbacher, R. (Hg.), *Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere*, Wien: Promedia.
- Becker, J. (2018): *Klassen und Politik in der Peripherie*, in: Ataç, I., Kraler, A., Schaffar, W., Ziai, A. (Hg.), *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*, Wien: Mandelbaum, 232-252.
- Becker, J. (Hg.) (2007): *El Golpe del Capital. Las crisis financieras en el Cono Sur y sus salidas*, Montevideo: Coscoroba.
- Becker, J., Imhof, K., Jäger, J., Staritz, C. (2007): *Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung*, in: Dies. (Hg.), *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*, Wien: Mandelbaum, 7-62.
- Becker, J., Jäger, J., Leubolt, B., Weissenbacher, R. (2010): *Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective*, in: *Competition & Change*, 14(3-4), 225-247.
- Becker, J., Jäger, J., Raza, W. (2001): *Economía política de Montevideo. Desarrollo urbano y políticas locales*, Montevideo: Coscoroba.

- Bértola, L. (2007): Lateinamerika in Zeiten der Globalisierung, in: Becker et al. (Hg.), Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 63-90.
- Cardoso, F. H., Faletto, E. (1979 [1971]): Dependency and Development in Latin America, Berkeley: University of California Press.
- Evers, T. (1977): Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen, Köln/Frankfurt a.M.: EVA.
- Jäger, J., Horn, L., Becker, J. (2016): Critical International Political Economy and Method, in: Cafruny, A., Talani, L. S., Pozo, G. (Hg.), The Palgrave Handbook of Critical International Political Economy, London: Palgrave Macmillan, 101-118.

Industrialisierung und Einkommensverteilung in Lateinamerika

Ein Essay*

Luis Bértola

1. Einführung

Zwei miteinander zusammenhängende Tatsachen haben die Debatte über die langfristige Entwicklung Lateinamerikas angeheizt: das hohe Maß an Ungleichheit auf dem Kontinent und seine langfristig divergierende Entwicklung im Vergleich zu den führenden Ländern der Weltwirtschaft. Beide können als Ausdruck von Ungleichheit betrachtet werden: die erste innerhalb der Länder, die zweite zwischen den Ländern. In den 1960er und 1970er Jahren näherten sich die Wirtschaftsgeschichte und die Sozialwissenschaften an. Die vorherrschenden Ansichten über den Rückstand Lateinamerikas kombinierten beide Zugänge. Lateinamerika war rückständig, weil es von einem System beherrscht wurde, das direkt oder indirekt von Kolonialmächten mit besseren Technologien und stärkerer wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht beherrscht wurde. Die Kombination aus kolonialen Regimen und einheimischen menschlichen und natürlichen Ressourcen führte zu Mustern wirtschaftlicher Spezialisierung sowie zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen, die Rückständigkeit und Ungleichheit verstärkten. Die Wurzeln der lateinamerikanischen Rückständigkeit sind also in der Kolonialzeit zu finden. Sie wurden jedoch neu geschaffen und umgestaltet, als die internationale Wirtschaft mit der industriellen Revolution, der Verkehrsrevolution und dem Aufkommen neuer Formen des informellen Imperialismus und der Ab-

* Dies ist eine zusammengefasste Version des Papers „Viewed up close nobody is normal: Industrialization and Income Distribution in Latin America. An Essay“, presented by Luis Bértola at the Presidential Session of the XVIII World Economic History Congress, Boston 2018.

hängigkeit tiefgreifende Veränderungen erfuhr. Der Weg zur Entwicklung brachte strukturelle Veränderungen mit sich, und zwar sowohl in der Art und Weise, wie diese Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft integriert wurden, als auch im Innern. Auf internationaler Ebene war ein neues Muster der Exportspezialisierung erforderlich, das mit der Industrialisierung und einer Veränderung der internen Machtverhältnisse in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik einhergehen sollte, was unter anderem Landreformen voraussetzte. Dieser Ansatz war ein Bezugspunkt für verschiedene politische Bewegungen mit unterschiedlichem ideologischem Hintergrund: Nationalismus, Populismus, Developmentalismus, Strukturalismus, Marxismus, Befreiungstheologie und christdemokratische Bewegungen, um nur einige zu nennen. In diesem Kontext wurde die Industrialisierung als Teil eines grundlegenden Wandels in Richtung Entwicklung betrachtet.

Nach Jahrzehnten des industriellen Fortschritts und der staatlich gelenkten Entwicklung sah sich Lateinamerika jedoch weiterhin mit großen sozialen Ungleichheiten und Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums konfrontiert und war mit einer tiefen Krise in Zusammenhang mit seinem Außenhandel konfrontiert. In vielen Ländern folgten auf das staatlich gelenkte Wachstum Militärdiktaturen (Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay), die den sozialen Fortschritt zugunsten liberaler Anpassungen blockierten und rückgängig machten und die zumeist auf die Förderung eines auf natürlichen Ressourcen basierenden Wachstums oder die Beschäftigung billiger Arbeitskräfte abzielten. So dominierte in den 1990er Jahren, als der sogenannte Washington Consensus vorherrschte, unter Politikberater:innen, internationalen Agenturen und Wissenschaftler:innen die Meinung, dass die Rückständigkeit Lateinamerikas vor allem dadurch zu erklären sei, dass das staatliche Engagement in der Wirtschaft mehr Misserfolge verursache, als es zu deren Überwindung beitrage.

In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts durchlief Lateinamerika einen tiefgreifenden Globalisierungsprozess. Trotz eines sehr schnellen Exportwachstums, das hauptsächlich auf Primärgütern und Maquila-Industrien beruhte, war das BIP-Wachstum schleppend und unstetig; die Divergenz sowie die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten im Land wurden vertieft. Das Wachstum war weiterhin durch starke zyklische Schwankungen gekennzeichnet. Während der tiefen Krise nahmen Armut und extreme Armut zu.

2. Konkurrierende theoretische Perspektiven

Unter diesen Umständen fand der Aufschwung neo-institutionalistischer Ansätze ein gutes Feld, in dem Fortschritte erzielt werden sollten. Einfache Re-

zepte zur Globalisierung waren zum Scheitern verurteilt, da die vermeintlich neuen Spielregeln leicht von den herrschenden Eliten vereinnahmt werden konnten. Die Rückständigkeit Lateinamerikas war tief in den Institutionen verwurzelt, die die Kolonialmächte in ihren Kolonien geschaffen hatten, sei es, weil sie in ihren eigenen Gesellschaften verwurzelt waren (North et al. 2000), sei es, weil sie dort, wo sie ankamen, die entsprechenden Voraussetzungen und Bedingungen vorfanden (Engerman/Sokoloff 1997; World Bank 2004: Kapitel 4, verfasst von Sokoloff und Robinson). Dieser Ansatz bedeutete eine Rückkehr zu einem Teil der Ideen der 1960er und 1970er Jahre: dass innerstaatliche Ungleichheit und Machtverhältnisse seit der Kolonialzeit eine entscheidende Rolle spielten. Allerdings wurden die internationalen Beziehungen bei der Analyse ausgeklammert. Der Kolonialismus war zum Zeitpunkt Null wichtig; danach entwickelten sich die nationalen Institutionen von selbst, da Institutionen in hohem Maße pfadabhängig sind.

Die neo-institutionalistische Welle führte zu einer Gegenreaktion verschiedener Wissenschaftler:innen, die den kolonialen Ursprung der lateinamerikanischen Ungleichheit in Frage stellten. Ausgehend von einem Ansatz der „inequality possibility frontier“ (Milanovic et al. 2011), der stark vom Einkommen und dem Gini-Koeffizienten als Maß für die Ungleichheit abhängt, wurde argumentiert, dass Volkswirtschaften mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen nicht zu ungleich sein können, da der Überschuss, den sich die Elite aneignen kann, zu gering ist. Die Befürworter des guten Abschneidens von Spanisch-Amerika argumentieren, dass das Lohnniveau mit dem von Städten in anderen Teilen der Welt vergleichbar sei, ohne sich die Mühe zu machen, den Anteil der Lohnempfänger:innen zu quantifizieren (Dobado/García 2010). Ausgehend von einem Heckscher-Ohlin-Ansatz argumentierte Williamson wiederholt, dass der erste Globalisierungsboom als Ursache für die hohe Ungleichheit in Lateinamerika anzusehen sei (Williamson 2012). Andere Autor:innen vertraten die Ansicht, dass die hohe lateinamerikanische Ungleichheit eine Folge der Privilegien und der Eigentumskonzentration in der Zeit der Industrialisierung sei, wobei sie sich wahrscheinlich von der Kuznets-Kurve inspirieren ließen, aber weil sie auch darauf abzielten, die Grenzen des staatlich gelenkten Wachstums noch weiter in Frage zu stellen. Zu diesem Standpunkt kam auch Williamson (2015), dessen neues Argument lautete, dass die lateinamerikanische Ungleichheit zwar tiefe historische Wurzeln habe, der Kontinent aber nicht ungleicher sei als andere Regionen der Welt. Lateinamerika, so argumentiert er, wurde relativ ungleich, als es sich nicht dem großen Trend der Egalisierung anschloss, der fast überall in den mittleren Dekaden des 20. Jahrhunderts stattgefunden hatte.

Lateinamerikanische Wissenschaftler:innen haben sich auch an dieser Debatte beteiligt. Sie haben nicht nur dazu beigetragen, neue Informationen zu

gewinnen, die für jede ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema notwendig sind. Sie haben auch alternative Interpretationen des Prozesses beigesteuert. So wurde beispielsweise in mehreren Arbeiten des Teams aus Montevideo, das sich mit der lateinamerikanischen Ungleichheit befasst hat (z.B. Bértola 2005; Bértola et al. 2010; Rodríguez Weber 2014; Bértola 2011; Bértola/Ocampo 2012), ein besonderer Ansatz zu diesem Thema entwickelt. Einige ihrer wichtigsten Ideen sind:

- Die Bedeutung eines integrierten Ansatzes für nationale und internationale Ungleichheit, der auch mit den Arbeiten von Bourguignon und Morrison (2002), Milanovic (2016) und anderen übereinstimmt.
- Die Bedeutung eines politökonomischen Ansatzes in dem Sinne, dass es nicht auf das Niveau der Ungleichheit an sich ankommt, sondern auf die Art und Weise, in der die Verteilung Teil eines zirkulären und bidirektionalen Prozesses ist, in dem das Muster der produktiven Spezialisierung eine überragende Rolle spielt.
- Die zentrale Rolle der Machtverhältnisse und des institutionellen Aufbaus für die Art und Weise, wie die Früchte des Handels, des technischen Wandels und des Produktivitätswachstums verteilt werden, sowie für die Auswirkungen auf Investitionen und Innovation.
- Aus empirischer Sicht ist die wichtigste Tatsache, dass die Ungleichheit in Lateinamerika im Durchschnitt als historisch hoch angesehen werden kann. Verschiedene Studien zeigen jedoch, dass sie aufgrund wirtschaftlicher und soziopolitischer Faktoren auch schwankt.
- Die meisten der zuvor besprochenen Ansätze verallgemeinern die lateinamerikanische Entwicklung zu sehr und lassen deren Vielfalt zu wenig Raum. Die Typologie von Cardoso und Perez-Brignoli (1979), die von Bértola und Ocampo (2012) wieder aufgegriffen und aktualisiert wurde, ist ein leistungsfähiges Instrument zur Analyse der verschiedenen Muster des Übergangs von der Kolonialzeit zum ersten Globalisierungsboom oder, anders gesagt, zum peripheren Kapitalismus. In den indoamerikanischen Regionen Süd- und Mittelamerikas und Mexikos (die vom Bergbau und der Interaktion zwischen Hazienda und Bauerngemeinschaften geprägt sind), in den afroamerikanischen Regionen (vor allem in Brasilien, der Karibik, aber auch in den Küstenregionen Venezuelas, Kolumbiens und Perus) und in den euroamerikanischen Regionen (vor allem in Argentinien, Uruguay, Südbrasilien, Costa Rica und bis zu einem gewissen Grad auch in Chile) lassen sich eindeutig unterschiedliche Ungleichheitsmuster feststellen.

- Es ist schwierig, das koloniale Lateinamerika als eine Region mit geringer Ungleichheit zu betrachten, ohne an die Grenzen der Glaubwürdigkeit zu stoßen: 25 Prozent der Bevölkerung waren Sklaven, mehr als 60 Prozent der indoamerikanischen Bevölkerung ohne Bürger:innenrechte oder Eigentumsrechte. Die internationale Ungleichheit muss zur nationalen Ungleichheit hinzugerechnet werden, die nicht nur eine Frage des Einkommens ist, sondern auch der politischen Rechte, der Monopole, der Handelsprivilegien und mehr. Einige lateinamerikanische Regionen wiesen wahrscheinlich Einkommensniveaus auf, die denen der fortgeschritteneren Regionen nahekamen, waren aber in Bezug auf die Bevölkerungszahl wenig bedeutend. Die Behauptung, dass die Löhne in einigen Städten oder Bergbauregionen Lateinamerikas relativ hoch waren, macht keinen Sinn, da der Großteil der Bevölkerung auch im 20. Jahrhundert auf dem Land lebte. Außerdem lebten die Lohnempfänger:innen oft unter extrem schlechten Bedingungen und hatten wahrscheinlich ein kurzes Leben (Fogel 2004).
- Die Behauptung, der koloniale Ursprung der lateinamerikanischen Ungleichheit sei ein Mythos, sieht eher nach einer Marketingstrategie aus, um ein Produkt zu verkaufen, als nach einer echten wissenschaftlichen Behauptung. Wenn es stimmt, dass das lateinamerikanische Problem darin bestand, dass es im 20. Jahrhundert nicht gelungen war, die Ungleichheit zu verringern, dann bedeutet dies, dass Lateinamerika nicht in der Lage war, seine Sozial- und Produktionsstruktur zu verändern. Die Behauptung, dass die Ungleichheit im späten 19. Jahrhundert ohne Zusammenhang mit dem kolonialen Erbe, d.h. der Sklaverei, der *Mita*, dem Hazienda-System und den in ganz Lateinamerika verbreiteten Formen der Zwangsarbeit, zugekommen hat, und dass sie einfach von der Entwicklung der relativen Faktorpreise abhängt, entbehrt schlichtweg des historischen Verständnisses.
- Während des ersten Globalisierungsbooms nahm die Ungleichheit in Lateinamerika in vielerlei Hinsicht zu: innerhalb jedes Landes, innerhalb jeder Region der großen Länder und zwischen den lateinamerikanischen Ländern. Was die internationale Ungleichheit betrifft, so konnten einige Länder teilweise aufholen (die bevölkerungsärmeren), während die meisten von ihnen ihren Abstand vergrößerten. Dieses Ergebnis lässt sich kaum aus einem allgemeinen Modell des internationalen Handels ableiten. Vielmehr handelte es sich in hohem Maße um einen institutionellen Prozess: Der Nationalstaat wurde konsolidiert, er nutzte die ganze Macht der neuen Technologien, um die schwächeren regionalen Eliten weiter zu schwächen und den Widerstand der Bäuer:innenbewegungen gegen die enorme Ressourcenkonzentration bei den nationalen und internationalen Eliten zu unterdrücken. Das Vorhandensein natürlicher Ressourcen, offener Grenzen

oder ähnlicher Aspekte sind keine ausreichenden Erklärungsfaktoren für diese Ungleichheitstendenzen.

- In Bezug auf die Periode des staatlich gelenkten Wachstums, in der die Industrialisierung stattfand, ist der Hauptgedanke, der in diesem Papier entwickelt werden soll, dass die Muster der Einkommensverteilung bis zu einem gewissen Grad die aus der Vergangenheit übernommenen Verteilungsmuster reproduzieren. Trotz erheblicher Anstrengungen und Erfolge bei der Umgestaltung der Produktionsstruktur und der Entwicklung von Sozialreformen ist kein Fall bekannt, in dem der Aufholprozess mit einer deutlichen Verringerung des Ungleichheitsniveaus einherging. Das allgemeine langfristige Merkmal eines sehr ungleichen und rückständigen Kontinents blieb bestehen. Dieser Prozess vollzog sich jedoch in den lateinamerikanischen Regionen in unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlichen Ergebnissen.

3. Muster der Industrialisierung

Studien über die Industrialisierung Lateinamerikas erlebten in den 1950er bis 1970er Jahren einen Boom. Der natürliche Ausgangspunkt für diese Studien waren die 1930er Jahre, da die Industrialisierung als Reaktion auf die Krise des Jahres 1929 und die spätere Depression angesehen wurde. Bekanntlich setzte die internationale Krise einen starken Nachfragerückgang für lateinamerikanische Exporte in Gang und es folgte ein starker Preisverfall bei den Exporten. Die Kaufkraft der Exporte sank zwischen 1929 und 1933 um 50 Prozent und erholte sich erst in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre (Bértola/Ocampo 2012: Grafik 4.1). In den meisten lateinamerikanischen Ländern verfolgte der Staat eine protektionistische Politik und eine Industriepolitik. Zu Beginn waren diese Maßnahmen eine spontane Reaktion auf die Krise, um die Handelsbilanz auszugleichen. Sie hatten keinen nennenswerten theoretischen Hintergrund. Im Laufe der Zeit wurde jedoch eine Reihe verschiedener Theorien entwickelt, um die Strategien der Industriepolitik zu legitimieren und weiterzuentwickeln. Die CEPAL, die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika, spielte unter der Leitung von Raúl Prebisch eine sehr wichtige Rolle als Zentrum der theoretischen Bearbeitung und der politischen Beratung für die gesamte Region.

In den späten 1960er Jahren wurden die Grenzen und Unzulänglichkeiten der lateinamerikanischen Industrialisierung deutlich. Die etwas naive Vorstellung, dass die Industrialisierung durch äußere Kräfte beeinträchtigt wurde und dass der Schutz des Staates eine fast ausreichende Voraussetzung für die

Entwicklung war, wurde immer mehr in Frage gestellt. Die Untersuchung der Ursprünge der Industrialisierung wurde zu einem heiß diskutierten Thema. Das Interesse richtete sich zunehmend auf die sogenannte „Frühindustrialisierung“. Die Betonung lag dabei auf der Tatsache, dass die Industrialisierung in den 1930er Jahren durch einen vorangegangenen industriellen Wachstumsprozess ermöglicht wurde, in dessen Verlauf eine unternehmerische Basis sowie zahlreiche Investitionen in die Infrastruktur geschaffen worden waren. Seitdem herrscht eine gewisse Verwirrung vor. Das Vorhandensein einer früheren industriellen Basis, die Bedeutung der „frühen Industrialisierung“, verwischte die Tatsache, dass die Industrialisierung, wie ich sie definiere, als steigender Anteil des verarbeitenden Sektors am BIP, tatsächlich zwischen den 1930er und den frühen 1970er Jahren stattfand.

Die Merkmale der Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in Lateinamerika sind Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen. Hier werde ich einige grundlegende Aspekte zusammenfassen. Sie basiert auf dem dritten Kapitel meiner gemeinsamen Arbeit mit Ocampo (Bértola/Ocampo 2012). Neben der zahlreichen Literatur zum Thema sind die Arbeiten von Fajnzylber (1989 und 1992) nach wie vor wichtige Referenzwerke.

Wie bereits erwähnt, war das Wachstum des verarbeitenden Gewerbes in Lateinamerika vor der Krise von 1929 nicht zu vernachlässigen, aber es war hauptsächlich auf den heimischen Markt ausgerichtet. Es basierte auf einigen Standortvorteilen und wurde auch durch das Steuersystem, das oft auf Einfuhrzöllen basierte und somit einige protektionistische Auswirkungen hatte, gestützt. Einige exportorientierte Aktivitäten wurden industrialisiert, wenn die Verarbeitung eine Voraussetzung für den Export war. Typische Fälle waren die Ausfuhr von Tiefkühlfleisch und Mineralien.

Dieser Prozess wurde oft als importsubstituierende Industrialisierung bezeichnet. Wir ziehen es vor, ihn als staatlich gelenkte Industrialisierung zu bezeichnen, da die Importsubstitution als Wachstumsquelle nur in den 1930er Jahren eine wichtige Rolle spielte. Danach war die Ausweitung der Binnen Nachfrage die Hauptquelle des Wachstums.

In der Literatur wird von einer ersten, leichten Phase der Industrialisierung gesprochen, die durch die inländische Produktion vieler zuvor importierter Produkte gekennzeichnet war. Diese Phase basierte auf einer relativ einfachen und ausgereiften Technologie und konzentrierte sich auf traditionelle Sektoren wie Nahrungsmittel und Getränke, Textilien und Kleidung, Möbel und Vorleistungen für den Bausektor. Die Senkung des Importkoeffizienten war notwendig, um die Zahlungsbilanz auszugleichen, was auch durch die Kontrolle der Kapitalverkehrsbilanz ermöglicht wurde.

Die Erholung der Exporte während und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte eine Lockerung der außenwirtschaftlichen Beschrän-

kungen und erlaubte umfangreiche Einfuhren von Investitionsgütern, Brennstoffen und Rohstoffen, um die Industrialisierung zu fördern. Mit der Ausweitung des verarbeitenden Gewerbes und der zunehmenden Komplexität des Industriesektors stieg jedoch der Bedarf an ausländischen Ressourcen, d.h. Importen, tendenziell schneller als die Ausfuhren. Während es die Terms of Trade nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichten, die Kaufkraft der Exporte zu erhöhen, stellte die Verschlechterung der Terms of Trade nach den 1950er Jahren eine ernsthafte externe Beschränkung dar.

Die Industriepolitik in Lateinamerika hat viele positive Ergebnisse hervorgebracht, was die Ausbildung und Entwicklung einer Basis von einheimischen Unternehmen, Unternehmer:innen, Arbeitnehmer:innen und staatlichen Kapazitäten angeht. Es besteht jedoch weitgehende Einigkeit darüber, dass die Industriepolitik zu kurzfristig war. Diese zielte hauptsächlich darauf ab, die Außenhandelsbilanz innerhalb eines kurzfristigen Rahmens auszugleichen, ohne sich klar auf die Rolle von Wissenschaft, Technologie und Innovation zu konzentrieren. Darüber hinaus ließ sie zu viel Raum für die Forderungen der Unternehmer:innen und sogar der Gewerkschaften. Die Kehrseite der Medaille war selbstverständlich, im Gegensatz zu dem, was oft behauptet wurde, die Schwäche, nicht die Stärke, des lateinamerikanischen Staates, sowohl in Bezug auf seine reale Macht als auch in Bezug auf seine Fähigkeiten.

Dennoch wurde in der politischen Beratung, insbesondere von der CEPAL, nie ein einfaches Modell eines nach innen gerichteten Wachstums vorgeschlagen, sondern vielmehr etwas, das in letzter Zeit als Entwicklung von innen heraus bezeichnet wurde. Damit war die Notwendigkeit eines dynamischen inländischen Kerns der Industrieproduktion gemeint, der die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit des exportorientierten Fertigungssektors bilden sollte.

Die Krise des staatlich gelenkten Wachstums lässt sich nicht einfach erklären. Es gibt in der Region erhebliche Unterschiede. In einigen Ländern, wie Argentinien, Chile und Uruguay, implodierte das Modell recht früh, insbesondere in Uruguay, aufgrund der externen und internen Widersprüche und Grenzen des Modells. Im Falle Argentiniens waren die Gründe für die Implosion hauptsächlich politökonomischer Natur, da sich die Struktur der Exporte bereits in den 1960er Jahren zu verändern begann (Ferrer 2010). In Mexiko und Peru verlief die Geschichte etwas anders, und die Schuldenkrise trug entscheidend dazu bei, einen Prozess zu behindern, der auf dem Weg zu einem exportorientierten Produktionswachstum war. Dies scheint auch in Brasilien der Fall zu sein, allerdings unter ganz anderen Umständen.

Der Zeitpunkt dieses Prozesses war in den einzelnen Ländern unterschiedlich, und das Ausmaß, in dem das verarbeitende Gewerbe diversifizieren und sogar für den Export produzieren konnte, hing sowohl von der Ausdehnung des Inlandsmarktes (aufgrund der Bevölkerungszahl und des Einkommens-

niveaus) als auch von der Art der angewandten politischen Maßnahmen ab. Während Uruguay der typische Fall eines sehr kleinen Inlandsmarktes ist, der sehr schnell an die Grenzen der Inlandsnachfrage stößt, sieht es in Argentinien anders aus. Dort gibt es einen größeren Inlandsmarkt, ein relativ hohes Einkommen und eine viel stärker diversifizierte Produktion.

4. Industrialisierung, Einkommensverteilung und soziale Entwicklung

Die Industrialisierung fand in einer Gruppe von lateinamerikanischen Ländern zwischen den 1930er und 1970er Jahren statt. In dieser Arbeit habe ich die Länder identifiziert, in denen die Industrialisierung relativ wichtiger war, und eine Gruppe von sechs Ländern ausgewählt, für die es genügend Quellen gibt, um Ungleichheitstrends zu diskutieren: Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Peru und Uruguay. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die wichtigsten Merkmale des Prozesses in den sechs ausgewählten Ländern.

Tabelle 1. Industrialisierung und Einkommensverteilung in Lateinamerika: eine Typologie

	Indo-amerikanisch		Afro-amerikanisch	Indo-europäisch	Euro-amerikanisch	
	Mexiko	Peru	Brasilien	Chile	Argentinien	Uruguay
Größe	groß	mittel	groß	mittel	mittel	klein
Industrialisierung	mittel	moderat	stark	mittel	mittel	moderat
Ungleichheitsniveau	sehr hoch	sehr hoch	sehr hoch	hoch	moderat	moderat
Reduktion der Ungleichheit	keine	keine	moderat	stark	stark	stark
Relatives BIP/Kopf	konvergierend	stabil	konvergierend	divergierend	divergierend	divergierend
Wohlfahrtsstaat	dual	dual/ exkludierend	dual	stratifiziert/ universal	stratifiziert/ universal	stratifiziert/ universal
Soziale Konvergenz	keine/ schwach	keine	sehr schwach	wichtig	moderat	moderat
Relative soziale Entwicklung	gering/ sehr gering	sehr gering	sehr gering	schwach bis mittel	mittel	mittel

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Eine erste Schlussfolgerung ist, dass der Kuznets-Ansatz zur Industrialisierung nicht auf Lateinamerika zutrifft. Es gibt keine erste Phase der Industrialisierung mit zunehmender Ungleichheit. Dies kann im lateinamerikanischen Fall nicht als Regel angesehen werden. Vielmehr lässt sich in den meisten Ländern ein strukturell hohes Ungleichheitsniveau feststellen, das aufgrund wirtschaftlicher und soziopolitischer Faktoren starken Schwankungen unterliegt.

Das Niveau der Ungleichheit war in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern vor der Industrialisierung sehr unterschiedlich. In Lateinamerika herrschte ein hohes Maß an Ungleichheit, und zweifelsohne war die Ungleichheit in den sogenannten afroamerikanischen Ländern, aber auch in den indoamerikanischen Ländern höher als in den anderen Ländern. Jeder Versuch, die hohe Ungleichheit in Lateinamerika vom kolonialen Erbe abzukoppeln, wirkt wie eine künstliche Konstruktion. Die Ungleichheit änderte ihre Merkmale, als Lateinamerika in eine periphere kapitalistische Region umgewandelt wurde, die Sklaverei abgeschafft und die Schaffung eines kapitalistischen Arbeitsmarktes in den indoamerikanischen Regionen vorangetrieben wurde.

Die afro- und indoamerikanischen Regionen divergierten im 19. Jahrhundert erheblich von den weltweit reicheren Ländern, während die Euroamerikaner recht gut abschnitten: Sie wuchsen schnell und erzielten relativ hohe Pro-Kopf-Einkommen. Auf jeden Fall war Lateinamerika eine der rückständigsten Regionen, sowohl was das Pro-Kopf-Einkommen als auch was die technologischen Fähigkeiten anbelangte. Das Muster der produktiven Spezialisierung spiegelte sich in einer enormen Konzentration der Ausfuhren auf einige wenige Exportprodukte mit einem hohen Anteil an natürlichen Ressourcen wider.

In der Zeit der Industrialisierung änderte sich die relative Entwicklung der lateinamerikanischen Länder: Die euroamerikanischen Länder divergierten von den weltweit reicheren Ländern, während sich die afro- und indoamerikanischen Länder mit Ausnahme Perus sich leicht anglichen. Am Ende des Zeitraums war eine erhebliche Konvergenz zwischen den lateinamerikanischen Ländern zu verzeichnen, aber die Rangfolge zwischen ihnen blieb fast unverändert. Euroamerikanische Länder wurden lateinamerikanischer.

Paradoxerweise schnitten diejenigen Länder, die bei der internationalen Ungleichheit schlechter abschnitten, bei der nationalen Ungleichheit viel besser ab. Argentinien und Uruguay, die Länder mit der geringsten Ungleichheit, waren diejenigen, die die Ungleichheit am stärksten reduzierten. Auch Chile verringerte die Ungleichheit in erheblichem Maße, auch wenn das Niveau immer viel höher war als z.B. in Uruguay. In allen drei Fällen finden wir Perioden schneller Industrialisierung in Verbindung mit positiven Terms-of-Trade-Schocks, deren Vorteile durch unterschiedliche soziale und politische Allian-

zen verteilt wurden, um den Strukturwandel und den Abbau der Ungleichheit zu fördern. Der Zeitpunkt war in den drei Ländern unterschiedlich. Das Ausmaß, in dem der Prozess nach Ende der positiven externen Schocks fortgesetzt werden konnte, hing sehr stark von der Größe und dem Einkommensniveau des Inlandsmarkts ab: So konnte Argentinien die Industrialisierung in den 1960er Jahren fortsetzen, während Uruguay bereits in den 1950er Jahren stagnierte. Die Rolle des Strukturwandels bei der Verringerung der Ungleichheit war in Uruguay stärker ausgeprägt als in Chile, wo die Ungleichheit in allen Sektoren abnahm.

Brasilien und Mexiko, die sich der Weltspitze leicht angenähert haben, zeigten keine nennenswerten Ergebnisse bei der Verringerung der Ungleichheit. Die Evidenzen für Mexiko, eine Verringerung Ungleichheit im Kontext der Industrialisierung zwischen den 1930er und 1960er Jahren zu finden, sind kaum gegeben. In dem Zeitraum nahm die Ungleichheit in erheblichem Maße zu, zunächst mit zunehmender Industrialisierung, später ohne strukturelle Veränderungen. Das Ergebnis ist, dass keine eindeutige Verringerung des Ungleichheitsniveaus festgestellt werden kann. Ungeachtet dessen stieg das Einkommensniveau während des gesamten Zeitraums erheblich an. Der Fall Brasiliens ist etwas anders: Die Ungleichheit scheint während der populistischen Periode bis Mitte der 1960er Jahre verringert worden zu sein. Diese Verringerung war jedoch nicht so stark wie in den euro-amerikanischen Ländern. Da das ursprüngliche Ungleichheitsniveau sehr hoch war, blieb es auch in den frühen 1960er Jahren relativ hoch. Noch schlimmer war, dass das brasilianische Industrialisierungsmodell nach dem Staatsstreich von 1964 eine andere Richtung einschlug. Die staatlich gelenkte Industrialisierung blieb auf der Tagesordnung, aber die soziale Komponente verschwand, und die Einkommensverteilung begann sich wieder zu verschlechtern. Der peruanische Fall ist anders. Die Industrialisierung fand zwischen den 1950er und 1970er Jahren im Rahmen eines exportgeleiteten Wachstums statt. Die Ungleichheit stieg in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und danach erheblich an. Sie verringerte sich, als die Terms of Trade in den 1950er Jahren fielen, vor allem wegen der Verringerung der Spitzeneinkommen. Die Ungleichheit blieb während des gesamten Industrialisierungsprozesses sehr hoch.

Die Haupterklärung dafür, warum Lateinamerika relativ ungleich und international rückständig geblieben ist, ist in der Schwierigkeit des Kontinents zu suchen, international zu konkurrieren und die Struktur der Exporte zu diversifizieren. Dies ist eng mit langfristigen Merkmalen der sozialen und politischen Strukturen und deren Auswirkungen auf Innovation und Verteilung verwoben. Diese Beziehungen werden ständig neu geschaffen, sind aber tief in der Geschichte verwurzelt. Die Vernachlässigung der Bedeutung der internationalen Ungleichheit zur Erklärung der Schwierigkeiten im Wettbe-

werb auf den internationalen Märkten ist jedoch eine wichtige Einschränkung der Analyse.

Literatur

- Bértola, L. (2005): A 50 años de la curva de Kuznets: Crecimiento económico y distribución del ingreso en Uruguay y otras economías de nuevo asentamiento desde 1870, in: *IHE Investigaciones de Historia Económica*, 1(3), 135-17.
- Bértola, L. (2011): Institutions and the Historical Roots of Latin American Divergence, in: Ocampo, J. A., Ros, J. (Hg.), *The Oxford Handbook of Latin American Economics*, Oxford: Oxford University Press.
- Bértola, L., Castelnovo, C., Rodríguez Weber, J., Willebald, H. (2010): Between the colonial heritage and the first globalization boom: on income inequality in the southern cone, in: *Revista de Historia Económica – Journal of Iberian and Latin American Economic History*, 28(2), 307-341.
- Bértola, L., Ocampo, J. A. (2012): *The Economic Development of Latin America since Independence*, Oxford: Oxford University Press.
- Bourguignon, F., Morrisson, C. (2002): Inequality Among World Citizens, 1820-1992, in: *The American Economic Review*, 92(4).
- Cárdenas Sánchez, E. (2015).: *El largo curso de la economía mexicana. De 1870 a nuestros días*, Méxioc DF: Fondo de Cultura Económica.
- Cardoso, C. F. S., Pérez Brignoli, H. (1979): *Historia Económica de América Latina*, Vol. I and II, Barcelona: Editorial Crítica.
- Dobado, R., García Montero, H. (2010): Colonial Origins of Inequality in Hispanic America? Some reflections based on new empirical evidence, in: *Revista de Historia Económica/Journal of Iberian and Latin American Economic History* (Second Series), 28(2), 253-277.
- Engerman, S., Sokoloff, K. (1997): Factor Endowments, Institutions and Differential Paths of Growth Among New World Economies: A View from Economic Historians of the United States, in: Haber, S. (Hg.), *How Latin America Fell Behind*, Stanford: Stanford University Press.
- Fajnzylber, F. (1989): *Industrialización en América Latina: de la „caja negra“ al „casillero vacío“: comparación de patrones contemporáneos de industrialización*, Santiago de Chile: Naciones Unidas, Comisión Económica para América Latina y el Caribe.
- Fajnzylber, F. (1992): *Industrialización en América Latina: de la „caja negra“ al „casillero vacío*, in: *Nueva Sociedad*, 118.
- Fogel, R. (2004): *The Escape from Hunger and Premature Death, 1700-2100: Europe, America, and the Third World*, New York: Cambridge University Press.
- Milanovic, B. (2016): *Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization*, Cambridge, Massachusetts: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Milanovic, B., Lindert, P. H., Williamson, J. G. (2011): Pre-Industrial Inequality, in: *The Economic Journal*, 121 (March), 255-272.

- Prebisch, R. (1950): *The Economic Development of Latin America and its Principal Problems*, New York: United Nations, Economic Commission for Latin America.
- Rodríguez Weber, J. (2014): *La Economía Política de la Desigualdad de Ingreso en Chile, 1860-2010*, Ph.D. Thesis in Economic History, Faculty of Social Sciences, Universidad de la República, Uruguay.
- Williamson, J. G. (2012), *Trade and Poverty When the Third World Fell Behind*, Cambridge: MIT Press.
- World Bank (2004), *Inequality in Latin America and the Caribbean: Breaking with History?*, Washington D.C.: World Bank.

Brasilien und Uruguay von Wien aus gesehen

Luiz Augusto Faria und Carlos Roberto Winckler

Kurz vor Beginn des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts widmeten wir uns der Untersuchung des großen Problems, mit dem die brasilianische Gesellschaft damals konfrontiert war: der Krise, die das Ende der langen Periode des beschleunigten Wachstums, des sogenannten Developmentalismus, markiert hatte. In dieser Periode entstand ein ganz anderes Brasilien als das agrarisch geprägte und arme Land während des ersten Jahrhunderts seines Bestehens. Am Ende dieses Zeitraums von 1822 bis 1981 hatte sich Brasilien durch die Industrialisierung in eine städtische Gesellschaft verwandelt und sich tiefgreifend verändert. Die zuvor ländlich geprägte Gesellschaft Brasiliens, die sich auf die für den Export ausgerichtete Landwirtschaft stützte, verfügte nun über den größten Industriepark im sogenannten Globalen Süden. Die wirtschaftliche und soziale Struktur des Landes reproduzierte sich endogen. Das Land war jedoch weiterhin von der Abhängigkeit vom US-geführten Imperialismus geprägt, wenn es auch eine andere Position in der internationalen Arbeitsteilung innehatte. Ebenso blieben die soziale Ungleichheit und die Armut der Mehrheit der Bevölkerung bestehen.

Wir wollten also wissen, was die Ursachen der Krise waren, ob sich der Developmentalismus erschöpft hatte (und hat) und welche Perspektiven zur Überwindung der Krise denkbar waren. Dazu war es notwendig, den Charakter des damaligen Prozesses zu untersuchen. Es war die Frage, ob es sich um eine vorübergehende Krise handelte, die durch eine Anpassung und neue Synchronisierung der Kreisläufe der erweiterten Reproduktion des damaligen Akkumulationsregimes gelöst werden konnte. Es stellte sich aber auch die Frage, ob es sich um eine größere Krise handelte, die eine Änderung des Regimes und der entsprechenden Regulationsweise erforderte.

Es war dieses Forschungsproblem, das uns dazu veranlasste, die Regulationstheorie zu nutzen, um Antworten zu finden. Die damals in Brasilien verwendeten kritischen theoretischen Ansätze schienen uns nicht ausreichend.

Dazu zählte die historisch-strukturalistische Methode der UN-Kommission für Lateinamerika (ECLAC), die zu einem großen Teil von den Arbeiten von Keynes inspiriert war. Dazu gehörte aber auch die marxistische Kritik der Dependenztheorie, die vor allem an der Universität von Campinas, UNICAMP, entwickelt worden war. Auch die Regulationstheorie hat ihre Wurzeln im Marxismus. Zunächst fokussierte die Untersuchung der gesellschaftlichen Formationen auf die Zentren wie die USA und Frankreich. In der Folge wurde die Regulationstheorie auch verwendet, um Entwicklungen in der Peripherie zu analysieren. In diesem Kontext trat die Regulationstheorie in Dialog mit der Dependenztheorie.

Damals organisierten wir über Alain Lipietz, der damals in Brasilien forschte und sich für Brasilien und das Phänomen der Industrialisierung im globalen Süden interessierte, einen Austausch mit der Institution, die das ursprüngliche Zentrum dieser regulationstheoretischen Denkströmung war, dem CEPREMAP in Paris (Lipietz 1988). Auf der Suche nach Partner:innen für dieses Vorhaben stießen wir auf die Gruppe an der Wirtschaftsuniversität in Wien, die ebenfalls eine Analyse durchführte, die den Regulationsansatz nutzte, um bestimmte Verhältnisse und Prozesse in Lateinamerika zu verstehen. Der Fokus reichte damals von städtischen Fragen bis hin zu Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Interpretation politischer Innovationen, wie sie damals in Porto Alegre und Montevideo aufkamen. Dies war der Beginn einer fruchtbaren wissenschaftlichen Partnerschaft, an deren Spitze die Autoren dieses Kapitels, Luiz Faria und Carlos Winckler, sowie Octavio Conceição und Teresinha Bello an der FEE in Porto Alegre und Andreas Novy und Joachim Becker in Wien standen. Bald bildete sich ein Forschungsnetzwerk mit Partnern aus dem Bereich der Wirtschaftsgeschichte an der Universidad de Buenos Aires, insbesondere mit Mario Rapoport und Andrés Musacchio. Darüber hinaus waren in Montevideo Luis Bértola von der Universidad de la República und Eduardo Gudynas von CLAES – um nur einige der Wichtigsten für unsere damalige Arbeit zu nennen – Teil des Netzwerks.

Diese multinationale Gruppe produzierte ein recht originelles Wissen, sowohl was die Behandlung der lateinamerikanischen und globalen Realität als auch ihren Beitrag zur Verbesserung des theoretischen Instruments der Regulationstheorie selbst betrifft. In diesem Punkt sticht vor allem die Arbeit von Joachim Becker hervor, der sich durch seine Kreativität und seine ungewöhnliche Fähigkeit auszeichnet, abstraktere Probleme der Methodik und Konzeptualisierung zu verstehen. Wir werden uns hier mit seinem Beitrag auf diesem Gebiet befassen. Joachim Becker hat den theoretischen Apparat für die Analyse konkreter Situationen in unseren Gesellschaften perfektioniert.

Wir richteten unseren analytischen Blick auch auf die politischen Neuerungen, die sich im südamerikanischen Kontext abzeichneten: zunächst auf

lokaler Ebene mit den städtischen Verwaltungen in Porto Alegre und Montevideo und ihren neuen Formen der partizipativen Demokratie und der Lokalpolitik. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden diese neuen Politikformen mit den Regierungen der Arbeiterpartei in Brasilien und der Frente Amplio in Uruguay in Teilen auch auf die nationale Ebene gehoben. Dies war ein Prozess, der sich über den gesamten Subkontinent bis nach Argentinien, Bolivien, Ecuador, Venezuela, Mexiko und andere Länder ausbreitete. Sie alle suchten nach Alternativen zur Überwindung der Krise und damit nach einer Neuausrichtung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Bei der Untersuchung dieser Prozesse haben die theoretischen Instrumente der Regulationstheorie nicht nur als Interpretationsrahmen gedient, sondern wurden auch durch die Notwendigkeit bereichert, sich an diese neuen Phänomene anzupassen. So wurde die Theorie sowohl in Bezug auf das Akkumulationsregime als auch bezogen auf die institutionellen Formen der Regulation durch unsere Diskussion bereichert.

1. Akkumulation

In Becker et al. (2001) finden wir eine Neubestimmung der grundlegenden Konzepte der Regulationstheorie: das Akkumulationsregime, die Form der Regulation und ihre institutionellen Formen sowie die Kombination von beidem in einem konkreten Entwicklungsmodell. Die marxistische Tradition hat bereits große Fortschritte bei der Untersuchung der ökonomischen Dynamik des Kapitalismus und seiner historischen Transformationen gemacht. Dabei wurden die Perioden der primitiven Akkumulation, des Industriekapitalismus und des Imperialismus identifiziert. Das Konzept des Akkumulationsregimes wurde entwickelt, um diesen Prozess besser zu verstehen. Zentral war dabei, dass die stets prekäre Stabilität der Akkumulation das Ergebnis der Kombination einer Reihe von Institutionen ist. Diese Institutionen sind historisch durch die Dynamik sozialer Widersprüche entstanden. Sie zielen darauf ab, diese Widersprüche zu regulieren, damit die Kapitalakkumulation fortgesetzt werden kann.

In der Gründungsarbeit des Regulationsansatzes legte Aglietta (1976) das Konzept der strukturellen Form (die später als institutionelle Form bezeichnet wurde) vor. Die strukturelle Form wurde als Modus des Zusammenhalts sozialer Formen, der sich aus der Entwicklung einer grundlegenden sozialen Beziehung ergibt, definiert (Aglietta 1976: 163). Mit anderen Worten: Sie ist eine bestimmte Form der sozialen Organisation, die sich aus grundlegenden sozialen Beziehungen zusammensetzt, entwickelt und an Komplexität gewinnt.

Damit entsteht eine Reihe von Institutionen, die die Aufrechterhaltung und Reproduktion dieser Gesellschaft stabilisieren und steuern.¹

Wir haben es hier mit dem Konzept eines Akkumulations- oder Akkumulations- und Verteilungsregimes zu tun (Boyer et al. 2023). Dabei handelt es sich um eine Reihe von Regelmäßigkeiten, die sich über einen langen Zeitraum (einige Jahrzehnte) reproduzieren und die sozialen Beziehungen im Kapitalismus reproduzieren. In diesen Perioden scheint das System automatisch und ohne größere Störungen in seinem Verlauf zu funktionieren. Es ist wichtig, die Aufmerksamkeit auf die Frage der Reproduktion mit ihren Bedingungen und Voraussetzungen zu richten. Diese erst ermöglicht die Teilnahme von Arbeiter:innen und Kapitalist:innen im Verwertungsprozess. Becker et al. (2001) greifen auf Aglietta (1976) zurück, um diese um die Reproduktion erweiterte Bedeutung des Akkumulationsregimes zu beschreiben. Verteilungsnormen sind das zentrale Element der Reproduktion. Diese Verteilungsnormen sind auch zentral für den Unterschied zwischen intensiver und extensiver Akkumulation, wie wir weiter unten sehen werden.

An dieser Stelle ist es angebracht, auf die Arbeiten eines brasilianischen Autors zurückzugreifen, der sich mit den Ideen der Regulationstheorie auseinandergesetzt hat. Francisco de Oliveira (1998) stellte heraus, dass es unmöglich sei, dass die Warenform den gesamten Bereich der Care-Tätigkeiten und anderer Elemente, die für die Reproduktion der sozialen Klassen notwendig sind, beinhalten und dabei deren immanenten Charakter in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bewahren könne.² Aus dieser Unmöglichkeit heraus

¹ Es muss angemerkt werden, dass die anderen Zugänge der Regulationstheorie durch einen methodologischen Nationalismus gekennzeichnet sind. Das bedeutet, dass die Entwicklung einer gesellschaftlichen und ökonomischen Formation auf Ebene eines Landes bzw. eines Nationalstaats analysiert wird.

² Vor kurzem hat Fraser (2023) die Wichtigkeit der Reproduktionssphäre hervorgehoben. Insbesondere geht es dabei um die Rolle der Frauen bei der Reproduktion der Arbeitskraft im Kapitalismus. Dabei handelt es sich um eine epistemologische Wende. Einen weiteren epistemologischen Umbruch im Bereich der Reproduktion stellte der Fokus auf die Kannibalisierung der Natur durch den Kapitalismus dar. Dies beinhaltet das Durchsetzen der politischen Bedingungen und Normen, die für die Enteignung zentral sind, und geht mit rassistischer und imperialer Unterdrückung einher. Kapitalismus wird von Fraser als institutionalisierte und normativ differenzierte Struktur gedacht, die durch eine Vielfalt ontologisch unterschiedlicher und miteinander verbundener sozialer Beziehungen gekennzeichnet ist, und impliziert regionale Konfliktlinien. Somit baut Fraser Brücken für einen fruchtbaren Dialog mit der Regulationstheorie, wobei die Perspektive auf neue gesellschaftliche und demokratische Formen gelegt wird, die gerecht und solidarisch sind. Insgesamt werden damit wichtige Beiträge insbesondere für das Verständnis der Rolle der Frauen in der Reproduktion und der Arbeitskräfte im Kapitalismus gelegt.

entstand das Konzept des Anti-Werts (Oliveira 1998). Der Begriff bezieht sich auf diejenigen Tätigkeiten, die von der Familie, der Gemeinschaft und dem Staat, insbesondere von den Frauen (Fraser 2023), in Form verschiedener Care-Tätigkeiten geleistet werden, um die für den Lebensunterhalt und die Reproduktion der Arbeiterklasse unentbehrlichen Güter und Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Wohnen etc. bereitzustellen. Oliveira wies auch auf das enorme Wachstum der Staatstätigkeit im 20. Jahrhundert hin, durch die diese Betreuungsleistungen ergänzt und nach und nach ein immer größerer Teil davon als öffentliche Dienstleistung übernommen wurde. Damit wurde Frauen der Eintritt ins Berufsleben erleichtert, indem der Staat diese Aufgaben vor dem Hintergrund des Rückgangs der gemeinschaftlichen Betreuungsformen im Zuge der Ausdehnung der Durchkapitalisierung der Gesellschaft übernahm.

Ein wichtiger Beitrag von Joachim Becker bestand darin, eine Charakterisierung der verschiedenen Akkumulationsregime zu entwickeln, die zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten im internationalen kapitalistischen System bestanden. Dabei berücksichtigte er auch andere Aspekte neben ihren extensiven und intensiven Charakteristika. Die Begriffe extensiv und intensiv beziehen sich im Akkumulationsregime auf die Kompatibilität der Produktionsstruktur, des Angebots, mit einer bestimmten Struktur der Nachfrage. Mit anderen Worten: Produktion und Verwertung, der gesamte Zyklus der Kapitalverwertung und -akkumulation. Im Falle der extensiven Akkumulation wird das Produktwachstum durch eine Produktivitätssteigerung in Verbindung mit einer spezifischen Form der Reproduktion der Arbeitskraft ermöglicht. Diese basiert auf einer Lebensweise, die auf niedrigen Löhnen aufbaut. Die Investitionen in die Mechanisierung des Produktionsapparats sind die treibende Kraft der Kapitalvermehrung. Bei der intensiven Akkumulation hingegen wird das Produkt durch die Verallgemeinerung des Marktkonsums realisiert, bei der das Lohnwachstum mit dem Produktivitätswachstum Hand in Hand geht, um die gestiegene Nachfrage nach der wachsenden Produktion zu befriedigen.

Diese Form kapitalistischer Entwicklung in den Zentrumsländern während des Goldenen Zeitalters wurde als fordistisch bezeichnet. Sie ergab sich aus der Verknüpfung des intensiven Akkumulationsregimes mit der monopolistischen Regulierungsweise, z.B. einem fordistischen Lohnverhältnis. Wenn sich die intensive Akkumulation auf die Peripherie ausdehnt, wird die Art der Entwicklung, die sie in diesen Regionen hervorbringt, jedoch eine andere sein. Lipietz sprach daher vom peripheren Fordismus. Wir verwendeten sogar den Ausdruck tropischer Fordismus (Conceição 1987).

In den Debatten, die wir damals führten, schlug Becker den Begriff des unvollständigen Fordismus vor, der den Entwicklungsmodus, den die Indus-

trialisierungs- und Entwicklungsbemühungen in Lateinamerika geschaffen hatten, am besten wiedergab. Dabei ist die Unvollständigkeit in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Die Gründe für diese Unvollständigkeit liegen in der Produktionsstruktur, im Akkumulationsregime und im Fehlen eines fordistischen Lohnverhältnisses, das einen Massenbinnenmarkt unter Einbeziehung der Arbeiter:innenklasse hätte schaffen können. Stattdessen war der Massenmarkt nicht massiv, wie Oliveira (1990) feststellte. Die Einkommenskonzentration hielt die Mehrheit der Arbeiterklasse in einem sehr niedrigen Lebensstandard gefangen. Sie war damit vom Konsumkreislauf der für den Fordismus charakteristischen Güter, wie z.B. Autos, ausgeschlossen.

Neben dieser ersten Unterscheidung in der Theorie stellen Becker et al. (2001) zwei weitere differenzierende Aspekte des Akkumulationsregimes vor, nämlich erstens die Unterscheidung zwischen einer introvertierten und einer extrovertierten Form. Dabei geht es darum, ob die Kapitalverwertung in einem Kreislauf innerhalb der betreffenden sozialen Formation stattfindet oder ob sie den internationalen Markt für ihre Realisierung benötigt. Zweitens, ob die Form der Akkumulation auf die Verwertung des Kapitals in seiner produktiven Form hinausläuft oder ob sie auf die Akkumulation von Finanzkapital oder fiktives Kapital abzielt. Mit anderen Worten: ob ihre Form produktiv oder finanzialisiert ist.

Dieser theoretische Beitrag stand im Einklang mit zwei neuen Phänomenen, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts herausgebildet hatten: die Intensivierung der Internationalisierung der Verwertungskreisläufe des Kapitals und die Vorherrschaft der monetären Form des Werts bei seiner Akkumulation. Diese beiden Phänomene wurden als Globalisierung und Finanzialisierung bezeichnet, manchmal auch als finanzielle oder finanzialisierte Globalisierung und waren ungleichmäßig über die Welt verteilt, wobei die Finanzialisierung im Westen, einschließlich Lateinamerika, und die produktive Akkumulation in Asien vorherrschte. In ähnlicher Weise haben zuvor introvertierte Volkswirtschaften wie die lateinamerikanische erneut ihre Internationalisierung in den Vordergrund gestellt, entweder durch Exporttätigkeit oder durch die Einbindung und Unterordnung ihres Finanzsystems in den Weltkreislauf des fiktiven Kapitals, der gerade dereguliert und globalisiert wurde.

2. Die Regulation

Im Hinblick auf die institutionellen Formen der Regulation haben die Arbeiten von Joachim Becker und seiner Kollegen in Wien ebenfalls einen wichtigen Beitrag geleistet, indem sie die ökologische Restriktion als eine der Kompo-

nenten des Regulationsmodus³ einbezogen (Becker/Raza 2000; Becker et al. 2001). Der Begriff der Beschränkung wurde zunächst zur Definition der institutionellen Form des Geldes verwendet, da diese Form des Wertes am Anfang und am Ende des Verwertungsprozesses steht. In gleicher Weise dient die Natur als Quelle und Senke im Prozess der Inwertsetzung, indem sie Material und Energie liefert und als Ventil für die Abfälle und externen Effekte der Produktion dient. Der Imperativ der Akkumulation ist die treibende Kraft hinter den menschlichen Beziehungen zur Natur (Becker et al. 2001: 21).

Vor dem Hintergrund, dass die Umwelt weitgehend durch produktive und reproduktive soziale Praktiken konstruiert wird, kommen die Autoren zu folgendem Schluss: Wahrnehmungen, Nutzungsformen und Konstruktionen von Natur unterliegen physischen Beschränkungen und damit sozialen Konflikten. Dies macht deren Regulation nötig (Becker et al. 2001: 21).

Ein weiterer wichtiger Beitrag von Joachim Becker besteht darin, die Form der Zugehörigkeit zum internationalen Regime nicht als eine der strukturellen Formen der Regulierung zu betrachten. Vielmehr werden diese Aspekte als Ausdruck der räumlichen Dimension der institutionellen Formen der Kapitalakkumulation begriffen. Dies bedeutet, dass verschiedene Aspekte der Regulation eine unterschiedliche räumliche Reichweite haben können. Es gibt lokale, nationale und internationale Normen und Formen der Regulation. Die sozialen Klassen nutzen oft unterschiedliche geografische Räume und normative Kompetenzen, um die für sie vorteilhafteste Form der Regulation durchzusetzen. Die „Beteiligung/Ausgrenzung“ sozialer Akteure ist eng mit den räumlichen Konfigurationen der Regulation verbunden und diese Konfigurationen auch mit dem Wirtschaftsraum (Becker et al. 2001: 30). Mehr als einer bestimmten institutionellen Form entspricht das Internationale der räumlichen Dimension der Regulation. Mit anderen Worten, so wie eine bestimmte Form der Regulation eine zeitliche Gültigkeit hat, d.h. einer bestimmten Epoche angehört, hat sie auch eine räumliche Gültigkeit (Becker 1999), die das Vorhandensein einer bestimmten sozialen Beziehung in einem bestimmten Gebiet sowie die Zugehörigkeit dieser Beziehung zu einer bestimmten sozialen Struktur, einem System, definiert (Lipietz 1977). In den Worten von Joachim Becker:

„Es erscheint mir konzeptionell konsequent und vielversprechend den Raum als eine Dimension aller strukturellen Formen der Regulation zu verstehen. Die Territorialität der strukturellen Formen der Regulation ist mit dem

³ In Boyer et al. (2023) wird diese institutionelle Form als Sozial- und Umweltverhältnis definiert, ohne jedoch die Arbeiten von Joachim Becker und seinen Kollegen zu zitieren. Es gibt nur eine vage Andeutung, dass Österreich einer der Orte war, wo diese theoretische Perspektive entwickelt wurde.

Wirtschaftsraum verknüpft. Die wechselnde Artikulation dieser Raumformen übt einen erheblichen Einfluss auf die Kräfteverhältnisse aus und ist ein zentrales Merkmal der sozialen und politischen Kämpfe. Der methodologische Status der Zeit bezieht sich auch auf den Raum. So wie es eine Artikulation von Zeitlichkeiten gibt, die die Historiker der Annales-Schule herausgearbeitet haben, gibt es eine vielgestaltige Artikulation von Territorialitäten.“ (Becker 1999: 5; Übersetzung der Autoren)

Marx hält fest, dass die kapitalistische Produktionsweise mit der Einführung der Lohnarbeit in der europäischen verarbeitenden Industrie entstand. Dies war jedoch nur aufgrund der Existenz zweier anderer grundlegender gesellschaftlicher Verhältnisse möglich, die ein Umfeld geschaffen hatten, in dem der Einsatz von Lohnarbeit seine kapitalistische Form annehmen konnte. Dabei handelte es sich erstens um die kapitalistische Form des Privateigentums an den Produktionsmitteln, das Aneignungsverhältnis, durch das dieselben Produktionsmittel in Kapital umgewandelt werden. Zweitens war dies der durch Geld vermittelte Austausch, das merkantile Verhältnis. Durch dieses wird die Trennung zwischen Wert und Gebrauchswert möglich, was die Grundlage für die kapitalistische Akkumulation von abstraktem Reichtum legt.

In dem Maße, in dem diese drei sozialen Verhältnisse etabliert wurden, nahm das Kapital seine zentrale Form an, die produktive Form, die zur Voraussetzung für die anderen, die Waren und das Geld, wird.⁴ Auf diese Weise konstituiert sich das erste Regime der kapitalistischen Akkumulation, die Verbindung der Produktionsstruktur, der neu erfundenen Industrie, mit dem Prozess der Verwertung ihres Produkts, der Konsum- und Investitionsstruktur. Die institutionellen Formen der Regulation folgen aus dieser Produktionsstruktur⁵, stabilisieren ihre Entwicklung und bedingen, sobald sie eingerichtet sind, den Kurs, den das Akkumulationsregime einschlägt.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass zwischen der Regulation und allen deterministischen Konzepten oder Gleichgewichtsvorstellungen ein wichtiger Unterschied besteht. Wie Lipietz (1988) in Erinnerung ruft, ist die Ent-

⁴ Bei Marx gibt es die Formel $G \rightarrow W \rightarrow P \rightarrow W' \rightarrow M'$. Mit Geld (G) werden Arbeitskraft und Produktionsmittel (W) gekauft um eine neue Ware (W') zu produzieren und diese zu einem höheren Preis für mehr Geld (G') zu verkaufen.

⁵ Diese Abfolge entspricht weniger einer Hierarchie der Konzepte als vielmehr einer historischen Entwicklung. In diesem Sinne kann die Abfolge beispielsweise auch in der Transformation von Arbeitswerten in Preise gesehen werden, wie sie Marx im Kapital entwickelt. Die Arbeitszeit als Maßeinheit determiniert die monetäre Entsprechung desselben als Preis. Dies ist Ergebnis eines historischen Prozesses, der Arbeitskraft als Wertseinheit zur Regulation der Austauschbeziehungen in der Genese der warenförmigen Beziehungen festgelegt hat. Wir haben damit einen doppelten Aspekt der theoretischen wie historischen Antezedenz.

deckung bestimmter Regelmäßigkeiten im System nicht das Ergebnis einer immanenten Tendenz, einer unsichtbar agierenden „Bestie der Apokalypse“, sondern eine gesellschaftliche Fundsache, die sich aus der Entfaltung der Kooperations- und Konfliktbeziehungen zwischen den konstituierenden Elementen des Systems ergibt: soziale Klassen, Fraktionen von Klassen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften usw. Die Stabilität wird durch einen gewissen Grad an Institutionalisierung dieser Beziehungen erreicht, die sich in einer Regulierungsweise niederschlägt, welche die Kontinuität des Akkumulationsregimes, des Prozesses der Kapitalvermehrung, garantiert. Kennzeichnend für diesen Prozess ist die ständige Veränderung des Systems selbst als Reaktion auf den endlosen endogenen Impuls zur Veränderung, zur Anpassung an neue Umstände, die sich aus der Interaktion seiner Bestandteile oder mit der Umgebung ergeben. Um die Veränderlichkeit des Systems zu unterstreichen, polemisieren Boyer und Saillard:

„Während die Neoklassiker und Post-Keynesianer ein allgemeines und unveränderliches Modell suchen, finden die Regulationisten eine Vielzahl von Akkumulationsregimen, die von der Art und Intensität des technischen Wandels, dem Umfang und der Zusammensetzung der Nachfrage und der Art der Lebensweise der Lohnabhängigen abhängen. Die kapitalistischen Verhältnisse sind mit Akkumulationsregimen verbunden, die sich langfristig verändern und daher zeitlich, aber auch räumlich variabel sind“ (Boyer/Saillard 1995: 61; Übersetzung der Autoren).

Die Gesamtheit der institutionellen Formen macht den Modus der Regulierung aus. Obwohl ihre Kohärenz eher die Ausnahme als die Regel ist, da verschiedene soziale Kräfte unterschiedliche Einflüsse auf die Institutionen haben, kombinieren und beeinflussen sich diese Formen notwendigerweise gegenseitig. Aus diesem Grund schlagen Becker et al. (2001) vor, Foucaults Konzept des „Dispositivs“ zu verwenden, d.h. die Gesamtheit der institutionellen Formen wird in einem Regulationsdispositiv zusammengefasst.

3. Lokale Macht im Cono Sur

Zusätzlich zu seinem theoretischen Beitrag hat Joachim Becker auch einen wichtigen Beitrag zur Analyse konkreter Situationen geleistet. Im Folgenden werden wir einige innovative Ideen erörtern, die in seinen Arbeiten über Südamerika und insbesondere über die beiden Nachbarn am östlichen Ufer des „La Plata“-Beckens, Brasilien und Uruguay, auftauchen.

Es ist wichtig zu betonen, dass diese Arbeiten zu einem ganz besonderen Zeitpunkt in der Geschichte des Cono Sur entstanden sind, als drei wichtige

Prozesse im Gange waren. Erstens, die Krise der bisherigen Entwicklungsweise, die in der Literatur als nationaler Developmentalismus bezeichnet wird. Zweitens, und als Reaktion auf diese Krise, die wirtschaftliche Integration der Region mit dem Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes des Südens, Mercosur. Und drittens, um die Krise zu bewältigen, neue Formen des Developmentalismus als Alternative zum Neoliberalismus, der in den 1980-90er Jahren vorherrschend war. Die Propagierung des sogenannten Washington Consensus, einer Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die darauf abzielten, die Strukturen und Institutionen des peripheren Fordismus zu zerschlagen, hatte zu finanzieller Internationalisierung, Deindustrialisierung, Verarmung und einem langen Prozess der Stagnation geführt. Dabei wurde der Prozess der regionalen Integration genutzt, um die finanzorientierte neoliberale Option zu konsolidieren.

Im Gegensatz dazu begann nicht nur in den beiden untersuchten Ländern, sondern auch in verschiedenen anderen lateinamerikanischen Ländern ein Prozess des politischen Wandels, der von Vertreter:innen der Arbeiter:innenklasse und der indigenen Völker angeführt wurde und der als „Rosa Welle“ bekannt wurde. Populäre und linke Kräfte übernahmen verschiedene Regierungen in der Region und setzten politische Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen, zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Förderung der Beteiligung der Bevölkerung an staatlichen Entscheidungen um. Um diese Initiativen zu ermöglichen und umzusetzen, brauchte es Wirtschaftswachstum und einen aktiven Staat. Dies wurde von einigen Autor:innen als „neuer Developmentalismus“ bezeichnet (Bresser Pereira 2024).

Die Beiträge von Joachim Becker und der von ihm mitbegründeten Gruppe zum Verständnis dieser Entwicklungen haben dazu beigetragen, den Wandel der Entwicklungsmodi in der Region aufzeigen. Das Akkumulationssystem kann noch immer als intensiv bezeichnet werden, aber es durchläuft einen Wandel in Richtung Finanzialisierung, mit der Vorherrschaft der monetären über die produktive Sphäre. Ebenso kommt es zu einer wachsenden Bedeutung des Weltmarktes, zu einem Prozess der Extraversion im Prozess der Inwertsetzung. Dies kann einerseits in Warenform mit Exporten erfolgen. Andererseits kann es auch die Geldform annehmen, indem fiktive Kapitalvermögen, die weitgehend dollarisiert sind, internationalisiert werden.

In der Rosa Welle der 2000er Jahre lagen im Fall von Uruguay und Brasilien die Schwerpunkte der nationalen Regierungen auf der Ausweitung von Rechten und der Umverteilung von Einkommen. Vor der Rosa Welle fanden in der Region in den 1990er Jahren zwei Experimente zur Reform des Staates in Richtung partizipativer Demokratie statt: die Stadtregierungen in Porto Alegre mit ihrem innovativen „Partizipativen Budget“ sowie die Frente-Amplio-Regierungen in Montevideo mit ihren Reformen der Stadtpolitik.

Beide von Joachim Becker und seinen Kollegen analysierten lokalen Erfahrungen (Becker et al. 2001 und Becker et al. 2008) zeichnen sich durch eine innovative Verwaltung aus, die auf Mechanismen der Beteiligung der Bevölkerung an der Entscheidung über die von den lokalen Regierungen zu entwickelnden Politiken beruhte.

Diese Erfahrungen lehrten die Leiter:innen der Verwaltungsorgane, welche Bedürfnisse und Forderungen der Bevölkerung vorrangig adressiert werden sollten. Als jedoch die gleichen politischen Kräfte mit den Präsidentschaften von Lula und Dilma Rousseff in Brasilien und Tabaré Vasquez und Pepe Mujica in Uruguay die Macht in ihren Staaten übernahmen, waren die Regierungen der Frente Amplio und der Arbeiterpartei nicht in der Lage, auf nationaler Ebene die partizipativen Prozesse ebenfalls umzusetzen. Es gelang nicht, wie auf lokaler Ebene Konsultationen mit Gremien in Form von Räten zu etablieren und Personen, die in gewisser Weise die gesellschaftlichen Kräfte repräsentierten, systematisch einzubinden.⁶

Doch gerade die Erfahrung der Bürger:innenbeteiligung mit deliberativen Prozessen spielte in den Erfahrungen der beiden Städte eine entscheidende Rolle bei innovativen Projekten. Ein Beispiel aus Porto Alegre veranschaulicht diesen Punkt. Der Stadtrat hatte sich mit den Eigentümer:innen der städtischen Busunternehmen auf eine Konfrontation über das Einfrieren der Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr eingelassen. Es folgte eine Aussperung der Dienste auf Initiative der Unternehmer:innen. Diese wurde mit einem Interventionsdekret beantwortet. Damit übernahm die lokale Regierung die Verwaltung der Unternehmen, die von ihren Eigentümer:innen in einem chaotischen Zustand zurückgelassen worden waren. Bei den damaligen Sitzungen zum Partizipativen Budget⁷ zeigte sich jedoch, dass sich die Einwohner:innen der Stadt mehr Sorgen um die Qualität der städtischen Verkehrsdienste machten als um die Fahrpreise, einschließlich des Zustands der Zufahrtsstraßen in den Außenbezirken der Stadt. Nach monatelangen Verhandlungen und einem Beinahe-Chaos im Verkehrssystem wurde eine Einigung über die Wiederauf-

⁶ Eine bemerkenswerte andere Entwicklung nahmen Bolivien, Venezuela und vor kürzerer Zeit Mexiko. In diesen Ländern kam es zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen zwischen Staat und Gesellschaft. Damit wurden neue Prozesse der Teilhabe mit Elementen direkter Demokratie und neuen Rechten, etwa für Indigene Völker, geschaffen.

⁷ Die Frente-Amplio-Regierung in Montevideo setzte weniger auf direkte Demokratie. Es gab eine Dezentralisierung der Verwaltung mit der Schaffung von Verwaltungseinheiten in Stadtteilen. Der partizipative Charakter basierte vor allem auf Konsultationsprozessen. Damit unterschied sich die Herangehensweise in Montevideo vom Partizipativen Budget und den deliberativen Nachbarschaftsräten, die auf städtischer Ebene systematisch in den Budgeterstellungsprozess eingebunden waren (Becker et al. 2001).

nahme des Dienstes erzielt. Dies erfolgte im Gegenzug zu einer Reihe von Verpflichtungen zur Verbesserung der Effizienz, Erneuerung des Fuhrparks und Einhaltung des Fahrplans. Darüber hinaus wurde ein Programm zur Verbesserung der Straßen- und Abwasserinfrastruktur in den Außenbezirken der Stadt ins Leben gerufen, zu dem die Bevölkerung sogar finanziell beitrug, um die Umsetzung zu beschleunigen.⁸

Das dreifache Problem des Lokalen, des Nationalen und des Globalen wurde in den Studien über Porto Alegre und Montevideo behandelt, um die Grenzen der von den Stadtregierungen ergriffenen Maßnahmen zur Veränderung der Lebensbedingungen und zur Demokratisierung der Verteilung öffentlicher Güter und des Zugangs zum städtischen Raum aufzuzeigen. Die Artikulation und der Austausch von Erfahrungen in Bewegungen wie Mercocidades, einem Forum der Kommunalregierungen im Mercosur, wiesen deutlich auf die Notwendigkeit von Veränderungen auf nationaler Ebene und im supranationalen Raum hin. Nur so können Lösungen für eine ganze Reihe von Forderungen und Vorschlägen gefunden werden, die weit über die Zuständigkeit der Kommunen hinausgehen.

Die Interpretation dieser Situationen stützte sich stark auf das Konzept der räumlichen Dimension der institutionellen Formen der Regulation und der ökologischen Restriktion. Die räumliche Dimension der Regulation zeigte die Grenzen der Möglichkeiten der lokalen Regierungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen auf und forderte Veränderungen in der nationalen und sogar supranationalen Regulierung der sozialen Beziehungen ein. Der zweite Aspekt, die Regulation des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur, findet sich in Fragen der Bodennutzung, der Abwasserentsorgung, der Wasserversorgung, des Verkehrs und des Umgangs mit Schadstoffemissionen. Dabei sind die verschiedenen Elemente der Regulation mit der Reproduktion der Produktions- und Aneignungsverhältnisse und den gesellschaftlichen Bedingungen verwoben.

4. Das Nationale und das Supranationale

Der regionale Kontext Südamerikas und die nationalen Entwicklungspfade sind seit Anfang der 1980er Jahre und bis heute von der Krise der Erschöpfung des national-developmentalistischen Wachstumsmodells geprägt. Der Entwicklungsmodus, der aus der beschleunigten Industrialisierung nach 1930 hervorging, wurde von Becker als unvollständiger Fordismus bezeichnet, da

⁸ Wie Marx (1875) in der „Kritik des Gothaer Programms“ festhielt: Anstatt das Volk zu belehren, benötigt der Staat eine sehr harsche Belehrung durch das Volk.

das Lohnverhältnis nicht die vorherrschende Form wie in den entwickelten Ländern aufwies. Das Regime der intensiven Akkumulation hatte zwei strukturelle Grenzen: die Konzentration der Einkommen und das Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz. Das Nachfragewachstum hielt nur mit der Ausweitung der Produktionskapazitäten Schritt, weil sich der Prozess der Verstädterung beschleunigte. Der Übergang von der ländlichen zur städtischen Lebensweise impliziert die Monetarisierung und Kommodifizierung der Reproduktion und erweiterte damit den Binnenmarkt für die Industrialisierung.⁹ Der Prozess der Verstädterung wurde mit Investitionen als der wichtigsten dynamischen Kraft eines Akkumulationsregimes kombiniert, das introvertiert und dominant produktiv war. In den 1980er Jahren verlor dieser Prozess in Brasilien vollständig an Intensität, was in Uruguay und Argentinien bereits früher geschehen war.

Die Industrialisierung führte zu einem Anstieg der Importe von Zwischenprodukten und Investitionsgütern. Da die Exporte weniger stark wuchsen, führte das Defizit in der Handelsbilanz zu einer wachsenden Verschuldung. Damit waren die externen finanziellen Zwänge der zweite Faktor, der die Kontinuität des Entwicklungsmusters behinderte. Nach 1979 wurde die äußerst hohe internationale finanzielle Liquidität, die dieses Jahrzehnt ausgezeichnet hatte, durch die US-Geldpolitik, die die Zinssätze enorm anhub, wieder aufgehoben. Die Folge war, dass die lateinamerikanischen Schulden unbezahlbar wurden und die Zahlungsbilanzkrise zur Krise der effektiven Nachfrage und der Investitionen hinzukam.

Die brasilianische Wirtschaft hatte schon früh einen Prozess der Finanzialisierung durchlaufen, der sich als eine Möglichkeit für das Geldkapital erwies, mit einer hohen Inflation zu koexistieren. Im Zuge der Finanzreform der Diktatur im Jahr 1969 wurde ein Mechanismus geschaffen, mit dem Geld durch Schuldverschreibungen ersetzt werden konnte, da Banken diese im Gegenzug für Sichteinlagen übernahmen. Es sei darauf hingewiesen, dass damals die Mehrheit der Bevölkerung das Bankensystem nicht nutzte, was die Inflation zu einem weiteren Mechanismus der Einkommenskonzentration und der Verarmung der arbeitenden Klassen machte (Faria 1994).

Ab 1990 nahm das Finanzkapital mit dem Ende des staatlichen Monopols auf dem Devisenmarkt eine internationalisierte Dimension an. Gleichzeitig wurde die Internationalisierung des Produktionskapitals mit dem drastischen Abbau von protektionistischen Maßnahmen und der Gründung des Mercosur und seiner regionalen Wertschöpfungsketten angestrebt. Beide Phänomene wurden im Rahmen unserer akademischen Zusammenarbeit analysiert. So-

⁹ Die urbane Bevölkerung von Brasilien hat sich in dem Zeitraum um mehr als das 8,5fache erhöht. Im Jahr 1940 lebten 12,9 Millionen Menschen in Städten. Im Jahr 1991 waren es 109,8 Millionen. Heute sind es zwischen 190 und 201 Millionen Menschen.

wohl der Integrationsprozess als auch die Finanzialisierung wurden untersucht, einschließlich eines Vergleichs der Geschehnisse in Osteuropa und im Cono Sur im Hinblick auf die inhärenten Asymmetrien in den beiden Prozessen. Das Problem der unterschiedlichen Größe der untersuchten Länder wurde in diesen Arbeiten hervorgehoben. So wurde beispielsweise im Hinblick auf die Handelsströme die größere Bedeutung des Mercosur für die kleinen Länder betont, ebenso wie im Falle der osteuropäischen Länder, wo dieses Problem durch die finanzielle Abhängigkeit von Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg und ihren Großbanken noch verschärft wurde.

In dem Maße, wie die Ökonomien finanzialisiert wurden, hat die Hegemonie des zinstragenden Kapitals die Dynamik der produktiven Regionalisierung untergeordnet, insbesondere in den wichtigsten Ökonomien des Mercosur, Brasilien und Argentinien. Dieses Phänomen wurde durch eine Stabilisierungspolitik vorangetrieben, die auf einem fixen Wechselkurs beruhte. Dies hatte zur Folge, dass zur Finanzierung der Zahlungsbilanz auf kurzfristige Kapitalzuflüsse zurückgegriffen wurde, was sehr hohe Zinssätze zur Folge hatte. Das wiederum führte zu einer steigenden Staatsverschuldung und einer darauffolgenden Krise.

Während Preisanstiege rohstoffintensiver Produkte es in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts vielen Ländern ermöglichten, ihre Auslandsschulden zu tilgen, war dieser Effekt nur in Brasilien von Dauer. In den übrigen Ländern der Region sowie in Osteuropa blieb die Auslandsverschuldung ein Entwicklungshindernis. In seiner Dekadenz griff das hegemoniale US-Kapital auf eine letzte und höchst perverse Form der Extraktion des Mehrwerts aus seiner Peripherie zurück, nämlich Einkommen als Zinsen für Schulden anzueignen. Diese war von multilateralen Institutionen, dem IWF und der Weltbank, im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen durchgesetzt worden.

5. Zum Abschluss

Unserer Meinung nach hat Joachim Becker einen originellen Beitrag zum Verständnis der wirtschaftlichen und sozialen Dynamik geleistet, die zwischen dem Ende des 20. und den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts sowohl in Mitteleuropa als auch hier in Südamerika bestimmend war. Er leistete einen Beitrag sowohl auf theoretischer Ebene, indem er kritische Instrumente entwickelte, die die marxistische Kritik und die Regulationstheorie ergänzten, als auch auf empirischer Ebene, indem er konkrete Situationen analysierte, und zwar die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Formationen im Cono Sur und in Osteuropa. Diese Phänomene wurden durch seine außergewöhnlichen analytischen Fähigkeiten verständlicher.

Aus unserer Perspektive, die wir heute Globaler Süden nennen, hat uns seine Arbeit über die Entwicklung dieser Region Südamerikas beeindruckt. Die Region vollzieht den Übergang von der alten Entwicklungsweise des unvollendeten Fordismus zu etwas, das noch kaum erkennbar ist. Dies materialisiert sich in sozialen Prozessen, welche wir dank der Schärfe der Ideen von Joachim Becker, ihrer rigorosen Form und ungewöhnlichen Klarheit verstehen können. Im Gegensatz zum üblichen Stil Intellektueller seines Ranges sind sein wissenschaftliches Denken und seine diskursiven Ausführungen leicht verständlich; selbst dann, wenn es sich um so komplexe Sachverhalte wie die hier genannten handelt. Und das ist eine weitere Eigenschaft dieses großen Intellektuellen und brüderlichen Freundes.

Literatur

- Becker, J. (1999): Espace et régulation: un précis conceptuel, Wien: Wirtschaftsuniversität (mimeo).
- Becker, J. et al. (2001): Economía Política de Montevideo, Montevideo: Ediciones Coscoroba.
- Becker, J. et al. (2007): El Golpe del Capital: las crisis financieras en el Cono Sur y sus salidas, Montevideo: Coscoroba.
- Becker, J. et al. (2008): Changing Patterns of Participation in Porto Alegre, in: International Social Science Journal, 59(193-194), 435-448.
- Becker, J., Raza, W. G. (2000): Theory of Regulation and Political Ecology: An Inevitable Separation?, in: Ambiente & Sociedade, 5(11).
- Bresser Pereira, L. (2024): Novo Desenvolvimentismo – introduzindo uma nova teoria econômica e economia política, São Paulo: Contracorrente.
- Conceição, O. (1987): Crise e regulação: a metamorfose restauradora da reprodução capitalista, in: Ensaios FEE, 8(1), 155-174.
- Faria, L. (1994): Uma análise de história monetária para a inflação brasileira, in: Ensaios FEE, 15(1), 151-178.
- Faria, L. (1996): Política externa e acumulação de capital: o Brasil e o Mercosul, in: Ensaios FEE, 17(1), 220-233.
- Fraser, N. (2023): Cannibal Capitalism: How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and What We Can Do About It, London: Verso.
- Lipietz, A. (1979): Crise et Inflation, pourquoi?, Paris: Maspéro.
- Lipietz, A. (1988): Miragens e Milagres: problemas da industrialização no terceiro mundo, São Paulo: Nobel.
- Marx, K. (1875): Glosas Marginais ao Programa do Partido Operário Alemão, <https://www.marxists.org/portugues/marx/1875/gotha/gotha.htm>
- Oliveira, F. (1990): Os protagonistas do drama, in: Laranjeira, S. (Hg.), Classes e movimentos sociais na América Latina, São Paulo: HUCITEC.
- Oliveira, F. (1998): Os direitos do antivalor, Petrópolis: Vozes.

Andersartige kritische Zugänge zu Entwicklung

Ein Blick auf drei „Beckerianische“ Lektionen

Eduardo Gudynas

Die Vorstellungen von Entwicklung unterliegen sehr eigenartigen Schwankungen. Die verschiedenen Strategien werden in Frage gestellt und sogar ihr Scheitern angeprangert. Die Alternativen bestehen fast immer in einer anderen Entwicklungsstrategie, die verkündet, dass sie endlich die Probleme lösen könne, die durch die bisherigen Zugänge verursacht wurden. Auf diese Weise sind sich alle einig, dass sie eine Art von Entwicklung anstreben, und dieser Gedanke wird dabei gestärkt.

Einige Facetten dieser Dynamik und insbesondere ihre Auswirkungen auf die Länder des globalen Südens wurden in den letzten dreißig Jahren in der Entwicklungsforschung behandelt. Meiner persönlichen Erfahrung nach war diese Thematik immer präsent, sowohl bei der Beschreibung der Probleme als auch bei der Vorstellung von Alternativen. Während dieser Zeit habe ich bei vielen Gelegenheiten lange Gespräche, Reisen und Vorträge mit Joachim Becker geteilt. Diese Begegnungen hatten Auswirkungen sowohl auf meine Überlegungen als auch auf meine Praktiken, und einige erwiesen sich sogar als Lernerfahrungen. Dieses Kapitel ist eine Hommage an die Gespräche und an unsere Freundschaft.

Im Rahmen dieses Beitrags werden einige der jüngsten Zugänge behandelt, die man als Neuausrichtung kritischer Entwicklungsforschung beschreiben könnte, sowohl in ihrer Definition als auch in ihren Methoden und Zwecken. Dies ist keine erschöpfende Zusammenfassung, sondern lediglich eine kleine Auswahl an Beispielen, die dazu dienen, einige der Lehren aus unseren Gesprächen oder zumindest aus meinen Erinnerungen an unsere Gespräche zu rekonstruieren. Diese Fälle basieren insbesondere auf einigen der jüngsten Beiträge zu dieser kritischen Sichtweise auf Entwicklung (z.B. in Gudynas 2021, 2024).

1. Drei Mythen

Es ist wichtig, dass dieser Teil mit einigen Erklärungen beginnt. Joachim Becker gehörte zu einer Gruppe junger Forscher, die Ende der 1990er Jahre in Montevideo (Uruguay) ankamen. Sie waren als „Wiener Ökonomen“ bekannt. Der erste Kontakt fand mit Werner Raza statt. Ich erinnere mich, dass es eines Nachmittags an der alten Holztür des Büros des Lateinamerikanischen Zentrums für Soziale Ökologie (CLAES) klopfte, das wir in einem riesigen Franziskanerkloster unterhielten. Werner Raza stellte sich vor, sprach perfektes Spanisch und erklärte, dass er an einem Forschungsprojekt teilnehme, in dem die Städte Wien und Montevideo, beides Hauptstädte, in kleinen Ländern im Vergleich zu viel größeren Nachbarn (Deutschland im einen Fall; Argentinien und Brasilien im anderen) verglichen werden. Überdies befinden sich beide Hauptstädte bzw. Länder in einem Integrationsprozess (einmal in der Europäischen Union, im anderen Fall im Gemeinsamen Markt des Südens – Mercosur).

Joachim Becker war der nächste Besucher. Er wiederholte seine Besuche über viele Jahre hinweg, sowohl in Uruguay als auch in Buenos Aires (Argentinien) und Porto Alegre (Brasilien). Im österreichischen Sommer reiste er in den Süden, wo gerade Winter war, und aus diesem Grund ließ er keine Gelegenheit aus, uns daran zu erinnern, dass er jahrelang mit der Kälte gelebt hatte, ohne den Sommer zu genießen. Daraus entstand einer der drei Mythen, die ihm aus uruguayischer Sicht zugeschrieben wurden. In Montevideo waren wir alle davon überzeugt, dass er den Winter tatsächlich mochte und den Sommer hasste.

Der zweite Mythos besagte, dass Joachim Becker bis zu seinem nächsten Besuch sicherlich eine neue Sprache gelernt haben würde. Er schien mit jeder Sprache zurechtzukommen. Das tat er, indem er sich selbst unterrichtete. Auf seinen Reisen in den Süden sprach und schrieb er in diesen Jahren Spanisch und Portugiesisch. Wir nahmen aber auch an einigen wissenschaftlichen Veranstaltungen auf Englisch teil. Ich sah ihn Texte über die Regulationstheorie auf Französisch lesen. In Bratislava war er mein Reiseführer, der sich auf Slowakisch verständigte. Zu diesen Sprachen kamen in den folgenden Jahren weitere hinzu.

Der dritte Mythos besagte, dass, wenn Joachim Becker nach Süd- oder Osteuropa reiste, ein oder mehrere Klone in seiner Wohnung in Wien blieben und Artikel schrieben. Dies war eine der Erklärungen für die überwältigende Anzahl von Beiträgen, die in verschiedenen Ländern, in verschiedenen Sprachen sowohl in akademischen Zeitschriften als auch in der Presse veröffentlicht wurden. Es sei daran erinnert, dass die Ergebnisse dieser ersten Forschung zu Montevideo und Wien kurz darauf veröffentlicht wurden (zusammen mit Johannes Jäger und Werner Raza, 2001). Weitere folgten. Dazu gehört insbe-

sondere die Sammlung von Analysen zu den Finanzkrisen in den Ländern der Südspitze Lateinamerikas, dem Cono Sur (Becker 2007).

2. Peripherie und Unterordnung

Das Problem der Peripherie war eines der wiederkehrenden Themen in den Dialogen mit Joachim Becker. Diese Thematik zeigt sich in seinen Texten, die sich auf Südamerika konzentrieren, aber auch in denen, die sich mit den Geschehnissen in Osteuropa befassen. Dieser Fokus auf die Peripherie führte zu einem Lernprozess, der ein Thema rettete, das in den 1990er Jahren etwas in den Hintergrund gerückt war.

In seinen ursprünglichen Formulierungen wurde der Begriff der Peripherie mit dem des Zentrums in Verbindung gebracht und hing von mehreren Faktoren ab, wie der Rolle technologischer Innovationen, ungleichem internationalem Handel und sich verschlechternden internationalen Austauschbeziehungen, wie der Argentinier Raúl Prebisch argumentierte (dessen Beiträge im Bericht der Wirtschaftskommission für Lateinamerika, CEPAL, von 1951 dargelegt wurden). Diese Ansicht wurde von verschiedenen Strömungen vertreten, die sich darin einig waren, dass es ein Zentrum gab. Dieses Zentrum entwickelte sich dank der Unterordnung seiner Peripherie. Damit wurde die Entwicklung einiger durch die Unterentwicklung anderer erreicht. Diese Zusammenhänge wurden im Rahmen der Dependenztheorie weiter analysiert und populär gemacht.

Die damalige Kritik konzentrierte sich auf die wirtschaftlichen Dimensionen und untersuchte den ungleichen Handel und die Wirkungen wirtschaftspolitischer Vorgaben der Vereinigten Staaten und einiger europäischer Länder. Trotz all dieser kritischen Diskussionen wurden weiterhin Strategien verfolgt, die auf dem Export natürlicher Ressourcen und dem Import von Industriegütern basierten.

Aktuelle kritische Entwicklungsstudien betonen, dass die periphere Situation weiterhin besteht, sich aber wesentliche Veränderungen ergeben haben, da neue Akteure auf die Bühne getreten sind. Im Falle Lateinamerikas hat sich die Lage durch die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen aus China erheblich zugespitzt. 1966 exportierte Lateinamerika insgesamt etwa 156 Millionen Tonnen natürliche Ressourcen nach Westeuropa und Nordamerika und etwa 56 Millionen Tonnen nach China und Südostasien. Im Jahr 2016 sanken die Exporte nach Nordamerika auf 2 Millionen Tonnen, nach Westeuropa erreichten sie 155 Millionen Tonnen, während sie nach China und in die Nachbarländer um 840% auf 527 Millionen Tonnen stiegen (mehr als dreimal so viel wie in den Ländern des globalen Nordens) (Infante-Amate et al. 2020).

Die periphere Situation bleibt damit bestehen, wobei sich die Zentren ändern. Die in Peking getroffenen Entscheidungen beeinflussen nunmehr wesentlich die lateinamerikanischen Volkswirtschaften. Die sozialen und ökologischen Kosten und negativen Auswirkungen dieser Exporte in der Region existieren weiterhin.

Verschiedene Zugänge in der Entwicklungsforschung lieferten Hintergrundinformationen und Instrumente zur Analyse dieser Situation. Es reichte nicht aus, erneut Alarm zu schlagen wegen dieser Unterordnung als Lieferanten von natürlichen Ressourcen. Vielmehr mussten die Mechanismen untersucht werden, die zu dieser untergeordneten Einbindung lateinamerikanischer Länder selbst im Kontext unterschiedlicher politischer Strömungen führen. Dies war zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Lateinamerika besonders relevant. Man hoffte, die periphere Unterordnung in der ersten Welle progressiver Regierungen, der sogenannten progressiven Welle (in der Sprache des Südens) oder der Rosa Welle (in der Terminologie der Wissenschaft des Nordens) überwinden zu können.

Diese progressiven Regierungen verfolgten Entwicklungsstrategien, die sich in mehreren ihrer Komponenten von den konservativen unterschieden und in sehr andersartig legitimierende Diskurse eingebettet waren. Aber sie waren alle stark auf Extraktivismus ausgerichtet, um Exporte zu gewährleisten. Sie hielten an der Vorstellung fest, dass Entwicklung gleichbedeutend mit Wirtschaftswachstum sei, das durch den Export von Rohstoffen gefördert werden sollte. Diese Idee war so stark, dass diese Regierungen beispielsweise selbst in Phasen sinkender Rohstoffexporte Unterstützung und Subventionen für neue Bergbau- oder Ölunternehmen einführten.

In jenen Jahren wurde diese Dynamik von den Kolleg:innen in Europa und Nordamerika nicht immer richtig verstanden. Viele bewunderten die Kühnheit in den politischen Maßnahmen und die Rhetorik der Präsidenten, von Hugo Chávez in Venezuela und Evo Morales in Bolivien bis hin zu „Pepe“ Mujica in Uruguay oder Lula da Silva in Brasilien. Dies war verständlich, da die europäische Politik von konservativen Regierungen dominiert wurde und sich radikalere rechte Bewegungen herausbildeten. Damit waren die Diskussionen der Linken in Europa im Vergleich zu denen in Südamerika deutlich begrenzter und enger gefasst. Unter diesen Umständen war es nicht ungewöhnlich, dass diese Widersprüche in den progressiven lateinamerikanischen Regierungen bei Diskussionen im Norden abgetan wurden. Für uns waren sie jedoch ein zentrales Thema, das auch Joachim Becker erkannte. Daher waren diese Widersprüche ein häufiges Gesprächsthema.

Die konservativen Regierungen, die in den folgenden Jahren die politische Szene Südamerikas beherrschten, wie die rechtsextreme Regierung von Jair Bolsonaro in Brasilien, waren in fast jeder Hinsicht noch schlimmer. Obwohl

ihre Politik hier nicht im Detail analysiert werden kann, haben sie die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen verdoppelt und in mehreren Fällen die sozialen, arbeitsrechtlichen und umweltbezogenen Kontrollen und Schutzmaßnahmen reduziert. Die Medien und die Diskurse waren anders, aber die periphere Lage hatte sich damit verschärft.

Die kritische Analyse dieser Prozesse führte dazu, in der kritischen Entwicklungsforschung neue Werkzeuge zu verwenden, die darauf abzielen, tief verwurzelte Ideen und Glaubenssätze, die sich in allen Varianten von Entwicklung (im Sinne von Gudynas 2021) wiederholten, freizulegen. In Lateinamerika verteidigten sowohl Progressive als auch Konservative Entwicklungsideen, die beispielsweise extrovertiert waren und auf der Ausbeutung der Natur beruhten. Der Progressivismus hatte versucht, sich von einigen der Bedingungen zu entkoppeln, die der Peripherie zu schaffen gemacht hatten. Sie waren in bestimmten Aspekten erfolgreich (z.B. bei der Streichung der Schulden beim Internationalen Währungsfonds, um nicht mehr den Strukturanpassungsprogrammen unterworfen zu sein). Aber trotz allem hielten sie an dieser Art von Entwicklung fest.

Die kritische Analyse erlaubte es nicht nur, die Unterschiede zwischen der Instrumentalisierung und der Rechtfertigung der Politiken zu erkennen, sondern auch die Gemeinsamkeiten in den Varianten von Entwicklung zwischen progressiven und konservativen politischen Strategien. In beiden Fällen wurden Exportrekorde ebenso wie die Entdeckung neuer Rohstoffvorkommen oder der Anstieg des Konsums in Einkaufszentren beklatscht. Es war damit offensichtlich, dass es grundlegende Ideen über Entwicklung gab, die die unterschiedlichen politischen Strömungen teilten. Dies zu erklären, war keine rein akademische Übung, sondern vielmehr unerlässlich, um über Alternativen nachzudenken und sie auszuprobieren. Die Frage war nämlich, wie die Unterordnung des Südens als Rohstofflieferant oder sein peripherer Status, wie Joachim Becker sagen würde, wirklich überwunden werden könnten.

3. Heutige Debatten, Geschichten von gestern

Die hier diskutierten Themen sind nicht neu. Im Gegenteil, für jedes von ihnen lassen sich verschiedene Vorläufer finden. Gerade die Bedeutung einer historischen Perspektive ist eine weitere Lehre aus den Dialogen mit Joachim Becker. Bei mehr als einer Gelegenheit, als wir ein aktuelles Thema diskutierten, brachte er plötzlich einen historischen Vorläufer zur Sprache, zitierte ein Buch oder einen Autor, der vor Jahrzehnten geschrieben hatte, oder eine alte journalistische Debatte.

Die Diskussionen über Entwicklung haben ihre Geschichte. Diese wurde oft auch sehr vereinfacht dargestellt. Eine ist die Annahme, dass die Idee von Entwicklung Ende der 1945 Jahre entstanden ist. Viele nennen die Aussagen bei der Amtseinführung von US-Präsident Harry Truman 1949 als Beispiel. Dies ist jedoch eine problematische Vereinfachung.

Tatsächlich gab es diese Idee und diesen Begriff bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Wie damals so auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff im Vereinigten Königreich im Kontext der Verwaltung der Kolonien verwendet. Beispielsweise wurde 1929 der Colonial Development Act für die Besitzungen im Süden verabschiedet (CDA 1929). Es folgten Überlegungen zur Entwicklung im Rahmen des Völkerbundes nach dem Ersten Weltkrieg. Auch gab es Verhandlungen über Wirtschaftshilfe und Zusammenarbeit, die in den 1940er und 1950er Jahren zwischen Lateinamerika und den Vereinigten Staaten auf diplomatischer Ebene als Entwicklung bezeichnet wurden. In der Wissenschaft wurde das erste Lehrbuch über Entwicklung von Joseph A. Schumpeter zwischen 1907 und 1909 verfasst und 1911-1912 auf Deutsch und Jahre später auf Englisch veröffentlicht, wodurch es bekannt wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verfestigte sich der Gegensatz zwischen entwickelten Ländern und anderen, die als unterentwickelt eingestuft wurden. Die Idee war attraktiv, weil den Ländern des Südens darüber hinaus Entwicklung als Möglichkeit zur Überwindung des Kolonialismus angeboten wurde. Diese Idee wurde beispielsweise durch die oben erwähnte Rede von Präsident Truman im Jahr 1949 verbreitet.

Diese Entwicklungsideen entstanden wiederum nicht aus dem Nichts, sondern haben ihren Hintergrund im Fortschrittsdenken. In vielerlei Hinsicht ersetzte und führte das Wort Entwicklung den Begriff Fortschritt fort, wie er in der Moderne konstruiert worden war (Koselleck 1972). Dies ist ein weiterer Grund für den Erfolg des Begriffs im Süden, da viele herrschende Eliten in diesen Regionen fest an die Notwendigkeit des Fortschritts glaubten. Im Lateinamerika des 19. Jahrhunderts wurden vielfach die jungen Republiken als rückständig und unreif, sogar als von „Wilden“ beherrscht, und daher als zivilisationsbedürftig, angesehen. Sie sollten den Vorbildern von Paris, London oder Berlin nacheifern.

Die Globalisierung des Entwicklungsgedankens wurde ab 1960 vor allem durch das grob vereinfachende und ideologisch aufgeladene Modell von W. W. Rostow vorangetrieben: Die Entwicklung hänge vom Wirtschaftswachstum ab. Dieses erfolgt in der Version von Rostow in fünf aufeinanderfolgenden Phasen. Von einem späten Start (im Wesentlichen ländlich) über den Aufschwung durch Industrialisierung bis hin zur fortschrittlichsten Gesellschaft des Massenkonsums. Einige Jahre zuvor war die Entwicklung als Möglichkeit zur Überwindung der durch den Kolonialismus verursachten

Rückständigkeit angeboten worden. Rostow argumentierte darüber hinaus, dass Entwicklung die Ausbreitung des sowjetischen Kommunismus stoppen würde.

Es handelte sich um ein vereinfachtes Modell, das jedoch sicherstellte, dass der Kern der Komponenten des Entwicklungsbegriffs, wie Wachstum und Modernisierung, beibehalten wurde. Gleichzeitig konnte damit eine Debatte über die Wege, Instrumente und Institutionen zur Erreichung von Entwicklung geführt werden. Diese Zugänge und Diskussionen verbreiteten sich im Laufe des 20. Jahrhunderts über verschiedene Kanäle, wie z.B. über Universitäten, Entwicklungshilfeprogramme und die Weltbank. Regierungen übernahmen sie und sie dienten Geschäftsinteressen. Alle strebten nach Entwicklung und sogar die Existenz eines „Rechts auf Entwicklung“ wurde behauptet. Die Diskussionen nahmen zu, aber gleichzeitig wurden damit die grundlegenden Komponenten der Debatte gestärkt.

In vielen dieser Debatten wurden Einschränkungen zeitweise deutlich, aber im Allgemeinen wurden sie nicht angesprochen, sondern verdrängt, um dann in ähnlicher Weise Jahre später erneut diskutiert zu werden. Joachim Beckers Lektionen über die Bedeutung des historischen Hintergrunds gelten auch in dieser Hinsicht.

Ein Beispiel hierfür ist der brasilianische Soziologe Fernando Henrique Cardoso, einer der Befürworter der Dependenztheorie, der 1980 auf einer Konferenz des Sechsten Weltkongresses der Ökonom:innen seine Reflexionen vorstellte. Er erklärte, dass Entwicklung erstrebenswert sei und „zum ABC des Denkens, wenn nicht *der* Dritten Welt, so doch zumindest *über* die Dritte Welt“ gehöre (Cardoso 1980: 846; Hervorhebung durch den Autor). Er erkannte die Kontinuität zwischen den Begriffen Fortschritt und Entwicklung und stellte fest, dass in dieser Zeit politische und moralische Überlegungen angestellt wurden, die den Fortschrittsbegriff des 19. Jahrhunderts neu definierten, ohne ihn jedoch aufzugeben. Cardoso räumte ein, dass diese Idee umstritten sein könnte, aber die „Wünschbarkeit“, „die gleichen Entwicklungsstandards wie die Industrieländer“ zu erreichen, wurde nicht abgelehnt. Was umstritten war, war die Möglichkeit oder die Frage der Mittel, wie dies erreicht werden konnte (Cardoso 1980: 850). Seiner Meinung nach akzeptierten die Schulen der Dependenztheorie und die Strukturalisten jener Jahre, dass sich die Geschichte linear als Fortschritt entwickelt. Obwohl es zwischen ihnen Unterschiede in ihrem Verständnis dieses Prozesses gibt, schlagen sie „die *gleiche* Entwicklung“ vor, die jedoch „*anderen* Klassen“ zugutekommen würde (Cardoso 1980: 854; Hervorhebung durch den Autor).

Ein paar Jahre zuvor war ein anderer Brasilianer, der Wirtschaftswissenschaftler Celso Furtado, noch schärfer und bezeichnete den Begriff der Entwicklung als „Mythos“ (Furtado 1975). Seiner Meinung nach war „wirtschaft-

liche Entwicklung“, verstanden als die „Idee, dass *arme Völker* eines Tages in der Lage sein werden, den Lebensstil der derzeit *reichen Völker* zu genießen“, „einfach unerreichbar“, und daher würden die Wirtschaften der Peripherie „nie *entwickelt* werden“ (Furtado 1975: 90; Hervorhebung durch den Autor). Dies bedeutete, dass das Ziel der Entwicklung nach dem Vorbild der reichen Länder letztlich nur dazu diente, die Abhängigkeit zu rechtfertigen, die Zerstörung von Kulturen zu legitimieren und sogar „die Notwendigkeit der Zerstörung der Umwelt zu *erklären* und *begreiflich* zu machen“ (Furtado 1975: 90; Hervorhebung durch den Autor).

Der konventionelle Ansatz in der Entwicklungsforschung (z.B. von Seers 1968) analysierte die Gründe, warum die versprochene Entwicklung nicht eintrat, und strebte tatsächlich eine echte Entwicklung im Süden an, z.B. um die Armut zu verringern. Jahre später stellten die ersten Versionen kritischer Entwicklungsforschung diese Gründe in Frage (Munck/O’Hearn 1999), ohne jedoch die grundlegende Herangehensweise zu hinterfragen. Beiträge wie die von Cardoso, Faletto und vielen anderen, insbesondere aus dem Süden, hatten keine große Wirkung, da Entwicklungsforschung weiterhin primär im Norden diskutiert wurde.

Seit Ende der 1990er Jahre haben jedoch Themen und Probleme, die ich mit Joachim Becker diskutiert habe, ermöglicht, eine neue Art kritischer Entwicklungsforschung zu fördern. Diese war viel respektvoller gegenüber der kulturellen und geografischen Vielfalt und zielte stärker auf Alternativen ab, die nicht in der Schaffung einer neuen Variante von Entwicklung gefangen waren.

4. *Süden und Norden*

Genauso wie die Vorstellungen von Entwicklung ihre Geschichte haben, müssen auch geografische Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Diese Perspektive findet sich beispielsweise in Plänen zur Unterstützung oder Förderung der Entwicklung in Ländern, die früher als Dritte Welt oder unterentwickelt eingestuft wurden und heute als globaler Süden bekannt sind.

Diese Vorstellung eines anderen Südens wurde mehr als einmal in Frage gestellt. Eine der jüngsten Kontroversen geht auf Rory Horner und David Hulme (2019a) vom Global Development Institute (GDI) der Universität Manchester zurück. Sie argumentieren, dass es einerseits eine Annäherung zwischen den Ländern des Südens und denen des Nordens in mehreren Dimensionen gibt (die beispielsweise anhand des BIP, des Pro-Kopf-Einkommens, der Bildung oder der Gesundheit festgestellt werden), während gleichzeitig die innerhalb der Länder beobachteten Unterschiede ausgeprägter geworden sind. Horner und Hulme argumentieren, dass eine „neue“ Geografie der Ent-

wicklung entsteht, die es schwieriger oder sogar nicht sinnvoll macht, zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern zu unterscheiden. Dieser Ansatz steht im Gegensatz zur „alten“ Geografie, die diese Unterschiede anerkannte. Dieser Argumentation folgend wäre Entwicklung ein universelles Programm, das den Begriff „globale Entwicklung“ anstelle des klassischen Labels „internationale Entwicklung“ vorschlägt (siehe auch Horner/Hulme 2019b; Horner 2020).

Andere Analysen gingen in die gleiche Richtung. Johan Oldekop und seine Koautoren (von denen mehrere ebenfalls von der Universität Manchester stammen) schlugen eine Verlagerung hin zu einem „Paradigma“ der globalen Entwicklung vor, das die internationale Entwicklungsforschung ersetze (Oldekop et al. 2020). Leach et al. (2021) vom Institute of Development Studies (IDS) der University of Sussex argumentierten, dass Entwicklung über wirtschaftliche Bedingungen hinausgehen sollte, und konzipierten sie als universelles Programm, das die Nord-Süd-Spaltung hinter sich lassen würde. Diese Ideen werden von ähnlichen Positionen internationaler Institutionen wie der Weltbank (z.B. in World Bank 2016) unterstützt.

Diese Positionen lösten in der akademischen Welt des Nordens Kontroversen aus. So antwortete beispielsweise Fischer (2019), dass eine „falsche Karikatur“ dessen, was internationale Entwicklung sei, verwendet wurde, um dann ihre globale Variante vorzuschlagen, was auf einer historischen „Amnesie“ beruhen würde. Diese globalistische Entwicklungssicht, fügten Wiegratz et al. (2023) hinzu, sei nicht geeignet, um Probleme wie Armut, Gesundheit oder gar die politische Ökonomie des Kapitalismus zu untersuchen, und führe sogar dazu, dass die Beiträge aus dem Süden aus den Augen verloren würden.

Dieser Fall zeigt eine wiederkehrende Besonderheit von Entwicklung: den Anspruch, als universelle Bedingung betrachtet zu werden. In dem gerade genannten Beispiel schlägt die akademische Welt des Nordens vor, was auf planetarischer Ebene getan werden sollte. Dies, obwohl sie auf westlichen Kriterien mit eurozentrischen Wurzeln beruhen, wie Ziai (2019) warnt.

Auch hier gibt es ein Vergessen der Geschichte, da aufeinanderfolgende Versuche, die Entwicklung zu universalisieren, oft in Frage gestellt wurden. So zeigte Esteva (1992) vor etwa drei Jahrzehnten, dass es nicht möglich ist, einen einzigen universellen legitimen Rahmen für sozialen Wandel festzulegen, sei es nun unter dem Titel Entwicklung, Fortschritt oder unter einem anderen Begriff. Verschiedene Gesellschaften, wie die im globalen Süden, können in ihrem eigenen historischen, kulturellen und ökologischen Kontext unterschiedliche Ideale von einem guten Leben und Wohlstand haben und diese auf sehr unterschiedliche Weise verstehen.

Joachim Becker erkannte immer die Besonderheiten dieses Südens an, der weder homogen ist noch dieselbe Geschichte teilt. Gleichzeitig stand er den

Versuchen sehr skeptisch gegenüber, Ideen aus dem Norden dem Süden überzustülpen. Meiner Meinung nach hatte dies bei Joachim Becker mehrere Gründe. Dazu gehörten z.B. sein Respekt vor den Ideen anderer Menschen und seine Fähigkeit, andere Sprachen zu sprechen. Dies ermöglichte es ihm, direkt zu erfahren, was beispielsweise in Brasilien oder der Türkei geschah, und die jeweiligen Kontexte zu verstehen.

Die universalistische Perspektive ist jedoch nach wie vor vorherrschend. Zu den jüngsten Ausdrücken dieser Vorherrschaft gehören die UN-Millennium-Development Goals, gefolgt von den UN Global Sustainable Development Goals. Von den Protagonist:innen der oben genannten Vorschläge gehen Leach et al. (2021) so weit, zu argumentieren, dass ein globales Entwicklungsprogramm, das einmal von den Vereinten Nationen beschlossen wäre, von allen angenommen werden sollte. Sie behaupten, dass dies die Kolonialität in der Entwicklungsforschung und Entwicklungspraxis abbauen würde. Mit anderen Worten: Die von ihnen vorgeschlagene „Dekolonialisierung“ beinhaltet mehr Entwicklung im westlichen Stil.

Andere Versionen von Entwicklungskonzepten als diese und sogar Alternativen, die über die Entwicklung hinaus postuliert werden, werden immer als lokale oder regionale Versionen beschrieben und nie verallgemeinert. So wurde beispielsweise der „neue Developmentalismus“ brasilianischer Akademiker:innen und Politiker:innen, der in den letzten Jahrzehnten entwickelt und angewendet wurde, nie als global dargestellt oder verstanden, sondern bloß als brasilianisch gedeutet (siehe z.B. Sicsú et al. 2007). Ähnliches gilt für Buen Vivir. Dieses Konzept wurde in seinen ursprünglichen Formulierungen in Ecuador, Bolivien und teilweise in Peru entwickelt. Buen Vivir war ein Konzept, das eine Kritik an jeder Art von Entwicklung beinhaltete. Es implizierte aber auch eine Alternative, die auf anderen Prämissen basierte und auf andere, von westlichen Perspektiven sich stark unterscheidende, Zwecke abzielte (eine Zusammenfassung in Chuji et al. 2023). In der eigenen Sichtweise wurde klargestellt, dass dieses Konzept nicht universell sein könne, während es im Norden oft als ethnischer, folkloristischer oder provinzieller Ausdruck der Andenregion verstanden wurde.

In diesem Sinne kann dieser Süden einige Abweichungen ausprobieren, aber er muss sich innerhalb der vom Norden vorgegebenen Richtlinien bewegen. Diese Asymmetrie hat sich eingebürgert. Ihr aktuelles Beispiel sind die Diskussionen über grüne Transitionen. Auf Energie und Klimawandel konzentriert, dient die Transition der Aufrechterhaltung kapitalistischer Entwicklungen und weist dem Süden erneut die Rolle des Rohstofflieferanten zu. Tatsächlich soll Lateinamerika Lithium für diese Zwecke liefern, als ob dies seine moralische Verpflichtung zur Rettung des Planeten wäre.

5. *Die Bedeutung des Gesprächs*

Die in diesem Kapitel behandelten Themen, die nur einige der vielen Fragen im Zusammenhang mit dem Thema Entwicklung aufgreifen, zeigen die Notwendigkeit, eine andere Art von Kritik anzuwenden. Anders in dem Sinne, dass sie nicht bereits gestellte Fragen wiederholt, sondern dazu dient, zu neuen Fragen überzugehen. Anders in dem Sinne, dass sie die Beharrlichkeit dieser Ideen anspricht; und in der Verpflichtung Alternativen zu generieren, die sich nicht damit begnügen, eine neue Variante von Entwicklung anzubieten.

Diese Aufgabe, die als Neudefinition und Neugestaltung kritischer Forschung beschrieben wird, passiert in Montevideo seit vielen Jahren und stützt sich auf Erfahrungen, auf Freunde und Kollegen in verschiedenen Ländern. Bei diesem Unterfangen wurden die in diesem Kapitel behandelten Probleme sowie auch andere Themen von dem beeinflusst, was als „Beckerianische Lektionen“ bezeichnet werden kann, gleichsam ein Erbe seines Einflusses.

In all diesen Jahren konnte ich einige Mythen bestätigen und andere widerlegen. Es stimmt, dass Joachim Becker den Winter genoss. Dies konnte ich feststellen, indem er darauf bestand, dass ich im Winter jeden Tag auch bei Schneefall zu Fuß den Donaukanal querte, obwohl es eine Straßenbahn gab, die uns zur Universität hätte bringen können. Aber es stimmte nicht, dass es Klone gab, denn ich sah ihn stundenlang lesen und schreiben, mehr darauf bedacht, dass sein Text nützlich war, als auf die Rankings der Zeitschriften.

Was nie ein Mythos war, ist, dass wir lange Gespräche geführt haben, manchmal intensiver, wenn wir einander regelmäßig trafen, aber sie hörten nie auf. Diese Begegnungen mit Joachim Becker ermöglichten es mir, seine Fähigkeit, Prozesse zu analysieren, seinen enormen Wissensschatz, seinen Respekt vor Geschichte und Orten zu schätzen und vor allem eine brüderliche Freundschaft zu teilen.

Literatur

- Becker, J. (Hg.) (2007): *El golpe del capital. Las crisis financieras en el Cono Sur y sus salidas*, Montevideo: Coscoroba.
- Becker, J., Jäger, J. Raza, W. (2001): *Economía política de Montevideo. Desarrollo urbano y políticas locales*, Montevideo: Coscoroba.
- Cardoso, F.H. (1980): *El desarrollo en el banquillo*, in: *Comercio Exterior*, 30(8), 846-860.
- CDA (1929): *Colonial Development Act 1929*, UK Public General Acts, <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/Geo5/20-21/5/enacted>
- CEPAL (1951): *Estudio económico de América Latina de 1949*. Secretaría de la Comisión Económica para América Latina, New York: Naciones Unidas, Departamento de Asuntos Económicos.

- Chuji, M., Rengifo, G., Gudynas, E. (2023): Buen Vivir (Gutes Leben), in: Kothari, A. Salleh, Escobar, A., Demaria, F., Acosta, A. (Hg.), *Pluriversum. Ein Lexikon des Guten Lebens für alle*, Neu-Ulm: AG Spak Bücher, 129-131.
- Esteva, G. (1992): Development, in: Sachs, W. (Hg.), *The development dictionary: A guide to knowledge as power*, London: Zed Books, 6-25.
- Fischer, A. M. (2019): Bringing development back into development studies, in: *Development and Change*, 50(2), 426-444.
- Furtado, C. (1975): *El desarrollo económico: un mito*, México: Siglo XXI.
- Gudynas, E. (2021): Postdevelopment and other critiques of development, in: Veltmeyer, H., Bowles, P. (Hg.), *The essential guide to Critical Development Studies*, New York: Routledge, 2nd edition, 49-56.
- Gudynas, E. (2024): El problema del desarrollo: contrapuntos entre el desarrollo global de hoy y el debate latinoamericano de ayer, in: Carpio Benalcázar, P. (Hg.), *Retos de la Sostenibilidad. Estrategias para enfrentar el futuro*, Madrid: FUHEM, 43-62.
- Horner, R. (2020): Towards a new paradigm of global development? Beyond the limits of international development, in: *Progress Human Geography*, 44(3), 415-436.
- Horner, R., Hulme, D. (2019a): From international to global development: new geographies of the 21st century development, in: *Development and Change*, 50(2), 347-378.
- Horner, R., Hulme, D. (2019b): Converging divergence and development studies: a rejoinder, in: *Development and Change*, 50(2), 495-510.
- Infante-Amate, J., Urrego Mesa, A., Aragay, E.T. (2020): Las venas abiertas de América Latina en la era del antropoceno: un estudio biofísico del comercio exterior (1900-2016), in: *Diálogos – Revista Electrónica de Historia*, 21(2), 177-214.
- Koselleck, R. (1972): Fortschritt, in: Brunner, O., Conze, W., Koselleck, R. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexicon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2, München: Klett-Cotta, 351-423.
- Leach, M. et al. (2021): Post-pandemic transformations: How and why COVID-19 requires us to rethink development, in: *World Development*, 138, 105223.
- Munck, R., O'Hearn, D. (1999): *Critical development theory*, London: Zed Books.
- Oldekop, J. A. et al. (2020) COVID-19 and the case for global development, in: *World Development*, 134, 105044.
- Rostow, W. W. (1960): *The stages of economic growth*, New York: Cambridge University Press.
- Schumpeter, J. A. (1912): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Leipzig: Duncker & Humblot.
- Seers, D. (1968): From colonial economics to development studies, in: *IDS Bulletin*, 1(1), 4-6.
- Sicsú, J., de Paula, L. F., Michel, R. (2007): Por que novo-desenvolvimentismo?, in: *Revista Economia Política*, 27(4), 507-524.

- Truman, H. S. (1949): Inaugural address, 20 January 1949, H.S. Truman Library & Museum, National Archives, <https://www.trumanlibrary.gov/library/public-papers/19/inaugural-address>
- Wiegratz, J. et al. (2023): Common challenges for all? A critical engagement with the emerging vision for post-pandemic development studies, in: *Development and Change*, 10.1111/dech.12785
- World Bank (2016): *Taking on Inequality*, Washington: World Bank.
- Ziai, A. (2019): Towards a more critical theory of ‚development‘ in the 21st century, in: *Development and Change*, 50(2), 458-467.

Argentinien im Kettensägenrausch

Neoliberale Kehrtwende oder Wirtschaftsenklave für kritische Ressourcen?

Andrés Musacchio

Oft verändert sich das Leben auf radikale Weise durch bloßen Zufall, auch wenn dieser Zufall nicht der einzige bestimmende Faktor ist. Als frisch graduiertes Ökonom mit einem besonderen Interesse für die Regulationstheorie, die damals unter heterodoxen Akademiker:innen in Mode war, wurde mir (erster Zufall) ein Projekt zur Analyse der europäischen Integration angeboten – ein Thema, das mir damals noch fremd war. In jener Zeit lernte ich auch (zweiter Zufall) zwei Studentinnen aus der Wirtschaftsuniversität Wien kennen – Karin Küblböck und Alexandra Strickner, die ein Austauschsemester in Buenos Aires absolvierten. Beide kamen anschließend mit einer Gruppe junger Forscher an der Universität in Verbindung, die ebenfalls versuchten, die europäischen und lateinamerikanischen Gesellschaften aus einer regulationstheoretischen Perspektive zu verstehen. Zu dieser Gruppe gehörte Joachim Becker, der gemeinsam mit seinen Kollegen Andreas Novy und Werner Raza ein Seminar organisierte, an dem ich als Gastdozent zusammen mit Luiz Estrella Faria teilnahm. Wir alle teilten die gleiche Überzeugung: Die Regulationstheorie war ein hervorragendes Instrument, das jedoch an den jeweiligen Forschungsgegenstand angepasst werden musste.

Diese gemeinsame Perspektive verband uns für immer, denn wir schufen ein kollektives akademisches Forschungsprogramm, das sich nach und nach auf weitere Kolleg:innen ausweitete. Seither wurden gegenseitige Besuche in Österreich, Argentinien und Brasilien ebenso zur Routine wie die gemeinsame Entwicklung von Hypothesen und Analyseverfahren. Doch nicht nur das förderte unsere Zusammenarbeit. Viele Ideen entstanden (wiederum) zufällig bei gemeinsamen Abendessen, im Café, bei einem Bier. Die Gruppe verstand es nämlich, tiefe Freundschaften zu knüpfen, die für eine dauerhafte akademische Partnerschaft entscheidend waren.

Unsere thematische Affinität für vergleichende Integrationsprozesse, die Einbindung peripherer Ökonomien in die europäische Integration und das Bestreben, ein „heterodoxes Denken innerhalb der Heterodoxie“ auf marxistisch-regulationstheoretischer Grundlage zu entwickeln, ermöglichten es Joachim Becker und mir, den akademischen Austausch weiterzuführen, der sich durch unsere Freundschaft noch intensivierte (oder andersrum?). So richtete ich meine „Operationsbasis“ für die häufigen Wien-Besuche (die bis heute andauern) in seiner Wohnung ein. Dort hatte ich auch Zugang zu einzigartiger Fachliteratur in seiner umfangreichen Privatbibliothek, die eher der eines lateinamerikanischen Forschers glich, der sich seine Bücher mangels institutioneller Ressourcen selbst beschaffen muss.

Die folgende Arbeit, die erneut viele Elemente regulationstheoretischen Denkens aufgreift, hätte ohne den langen Dialog, den ich seit 1995 mit der Gruppe österreichischer Kolleg:innen (zu der auch Johannes Jäger und Uli Brand zählen) und insbesondere mit Joachim Becker führte, nicht entstehen können. Ihm sind die nächsten Zeilen gewidmet.

1. Analytische Einleitung:

Potenziale und Probleme regulationstheoretischer Ansätze

Heterodoxe Theorien anerkennen Asymmetrien im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen seit Friedrich List als ein relevantes Diskussionsfeld. Oft befassen sich solche Studien mit Faktoren und Prozessen der Reproduktion asymmetrischer Verhältnisse oder mit der Wiederholung von Krisen, die Asymmetrien stärken oder schwächen. Die Erklärungsfaktoren unterscheiden dabei die verschiedenen Perspektiven. Auch die Regulationstheorie hat sich mit den Fragen aus zwei unterschiedlichen Sichtweisen befasst. Einerseits geht es um die Analyse der peripheren Akkumulationsregime. Hier versuchen Autoren wie Ominami (1986) eine Brücke zu den alten Ideen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) und der Dependenztheorie zu schlagen, während Lipietz (1992) mit seinem Konzept des peripheren Fordismus den Versuch unternimmt, die Kategorien der Regulationstheorie direkt anzuwenden. Letztere befasst sich mit den Beziehungen im internationalen System als Ganzes. Hier erkennt man drei große Sichtweisen, die jeweils an die Pariser-, die Grenobler- und die deutsch-österreichische Schule andocken (Musacchio 2014).

Bei der Pariser Lesart geht es um ein internationales Wachstumsregime mit dessen entsprechender Arbeitsteilung. Das Wachstumsregime bestimmt das Anpassungspotenzial der Länder und begrenzt die Abweichungen ihrer Entwicklungsmuster. Das Gleichgewicht zwischen Chancen und Zwängen be-

stimmt die Fähigkeit, dem internationalen Regime beitreten zu können. Hieraus ergeben sich die Unterschiede der Wachstumschancen für jedes Land. Eine dominante Nation übt durch die Kontrolle über die Schlüsselwährung, die Technologie und die makroökonomische Regulierung eine strukturierende Funktion aus (Mistral 1986; Billaudot 2001). Neuere Beiträge betonen die Bedeutung der mesoökonomischen Ebene als strukturierenden Faktor; insbesondere durch die Gestaltung globaler Wertschöpfungsketten, gesteuert von multinationalen Konzernen (Grouiez 2023; Lamarche et al. 2021).

Die Grenobler Lesart priorisiert das Konzept der Produktivsysteme, kohärente Ensembles von Produktionsprozessen, die die erweiterte Reproduktion des Kapitals ermöglichen. Das Territorium wird hier weder durch eine globale Ökonomie noch durch nationale Räume abgegrenzt. Die wirtschaftliche Raumeinheit wird durch zusammenhängende Produktionskreisläufe determiniert, die sich autonom gegenüber weiteren Produktivsystemen verhalten. Sie verfügen über eine eigene Leitwährung und eigene Regulationsprozeduren. Dort entstehen und entfalten sich entgegengewirkende Faktoren zum Fall der Profitrate sowie die Tendenz zur Angleichung der Profitraten, die die Kapitalakkumulation ermöglichen. Asymmetrische Beziehungen sind in diesem Kontext wesentlich: die Lesart differenziert zwischen einem zentralen Land (*pays foyer*), das durch Herrschaft eine regionale Arbeitsteilung herausbildet, und angeschlossenen Ländern (*nations affiliées*). Zeitgleich ist zwischen zwei Arten von internationalen Beziehungen zu differenzieren: innerhalb des Produktivsystems und zwischen den Systemen (Byé/De Bernis 1987; Borelly 1991). Innerhalb der Systeme bestimmen die zentralen Länder das System der Relativpreise, wodurch sie ihre Akkumulationsprozesse verstärken und Überschüsse aus den peripheren Ländern absorbieren. Die Asymmetrien verstärken sich durch Freihandelsregime, die bei den *nations affiliées* autonome Entwicklungsprozesse verhindern (De Bernis 1993). Zwischen Produktivsystemen entstehen auch Asymmetrien, da ein Produktivsystem vorherrschend ist. Die zyklische Tendenz zum Fall der Profitraten und daraus resultierende Krisen lösen diese räumlichen Beziehungen auf. Erst mit der Entstehung neuer entgegengewirkender Faktoren entstehen neue Produktivsysteme, mit neuen territorialen Grenzen und neuen Machtverhältnissen zwischen den Mitgliedsstaaten.

Die Grenobler Lesart bietet ein geeignetes Instrumentarium für die Analyse der wirtschaftlichen Funktionsformen der Produktivsysteme und deren Krisen. Nicht erläutert wird die Bildung asymmetrischer Beziehungen bei der Entstehung neuer Produktivsysteme. Durch welche Mechanismen setzt sich die Dominanz durch? Sind die *nations affiliées* nur passive Akteure? Eine Antwort auf diese Fragen kann aus der deutschsprachigen Lesart der Regulation, die stark von Joachim Becker geprägt wurde, abgeleitet werden. Hier geht es

um einen hybriden Ansatz, der Kategorien der Pariser Lesart mit einer gramscianischen Perspektive kombiniert. Politische Prozesse und Staatsformen rücken in den Vordergrund (bspw. Jessop 2016) und erweitern die Diskussion um die Formen der Governance in den unterschiedlichen räumlichen Ebenen, also im Mehrebenensystem (bspw. Bieling/Schulten 2002). Durch politische und soziale Dynamiken wird ein komplexeres Panorama dargestellt, mit einer neuen Perspektive auf die asymmetrischen internationalen Beziehungen (Becker et al. 2015; Musacchio 2020). Im Fokus stehen nationale Akkumulationsstrategien, oft von außen gesteuert und meistens nach außen gerichtet (Becker 2024). Es ist nun möglich, eine transdisziplinäre Charakterisierung des internationalen Systems darzustellen, indem interne und externen Prozesse, Widerstandsbewegungen und Handlungsformen der lokalen Eliten berücksichtigt werden können.

Es wird auch in der deutschsprachigen Lesart der Regulationstheorie nicht tiefer analysiert, wie eine internationale Ordnung entsteht und wie periphere Länder eingegliedert werden. Wie werden Investitions- und Produktionskreisläufe artikuliert? Wer trifft die Entscheidungen? Welche Konflikte entstehen und wie werden sie gelöst? Auf diese Fragen soll im vorliegenden Text anhand des Beispiels Argentinien eingegangen werden. Ausgehend von den aktuellen internationalen Transformationen werden die Spielräume und Optionen erkundet, die sich für Argentinien eröffnen, um ein selbst gesteuertes Entwicklungsmodell zu gestalten. Schließlich werden diese Optionen dem politischen Kurs der neuen Regierung unter Javier Milei gegenübergestellt. Es wird analysiert, ob eine langfristige Entwicklungsstrategie und/oder eine neue Art der Eingliederung ins internationale System erkennbar ist, oder ob es sich um einen unumkehrbaren Prozess des territorialen und sektoralen Zerfalls handelt, angesichts der systematischen Zerstörung der technologisch entwickeltesten Branchen des Landes. Zudem wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Übertragung des Teils der techno-produktiven Entwicklung, der für die herrschenden Mächte im Rahmen der Transformation nützlich ist, auf freiwilliger Basis geschieht.

2. Zwischen der multiplen Krise und der Entstehung des Neuen

Aus der Finanzkrise von 2008 entsprangen weitere Krisen im Bereich der Arbeit, der Produktion des Finanzwesens, der technologischen Strukturen, des Außenhandels, der Einkommensverteilung, der Lebensweisen und des ökologischen Gleichgewichts. Es geht um eine tiefe Krise struktureller Natur (bezeichnet u.a. als Multikrise, Polykrise, Kaskadenkrise), deren Ursachen unter-

schiedlich interpretiert werden.¹ Es gibt einen Konsens über die langfristige Stagnation der internationalen Wirtschaft, die „säkulare Stagnation“ (Summers 2013), nicht aber über die Fragen, ob und wie das Wachstum wieder gelingen kann. Es wird die Frage gestellt, ob die Stagnation einem erzwungenen Degrowth entspricht, da Wachstumsmöglichkeiten und Umweltgleichgewicht nicht gleichzeitig zu erreichen sind, oder ob es um eine „einfache“ Destrukturierung der Produktionsräume als Folge der fallenden Profitraten geht. Letzteres zu behaupten, heißt nicht, die Umweltkrise zu leugnen – führt aber zu einer differenzierten Form der Darstellung beider Probleme.

Die Art der Krise führen zu bestimmten Veränderungen und Politiken, die sich in Transformationsprozessen widerspiegeln. Aus einer räumlichen Perspektive ergeben sich hier einige Leitfragen. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Krise nicht von Umweltproblemen abzukoppeln ist. Ist aber die ökologische Krise lediglich ein globales Phänomen, das globale Politiken benötigt, und daher auch eine globale institutionelle Koordination erfordert?

Abgesehen von Governance-Schwierigkeiten sind zunächst vier Probleme zu berücksichtigen. Zuerst ist es erforderlich, nationale und regionale Verantwortungen und Auswirkungen der Umweltkrise zu differenzieren. Umweltbelastende Produktions- und Konsumprozesse sind räumlich nicht gleich verteilt. Regionale Umweltberichte zeigen, dass jede Region des Planeten eine eigene Umweltproblematik hat. Auch wenn nationale und regionale Krisen einen gemeinsamen Hintergrund haben, braucht es aufgrund der Unterschiede spezifische Instrumentarien. Notwendig ist, zweitens, die Analyse der Auswirkungen und Umweltkosten des Transformationsprozesses. Differenzierte Produktionsstrukturen führen im Zuge des produktiven und ökologischen Wandels zu geografischen Besonderheiten. Drittens müssen die räumlichen und politischen Risiken, die aus der neuen Ressourcenmatrix entspringen, berücksichtigt werden. Mit dem Wunsch der Industrieländer, die Quellen kritischer Ressourcen für ihre Transformation zu sichern, greifen sie in die Souveränität fremder politischer Systeme sowie den Territorien der Rohstoffländer ein. Beispiele für dieses Muster sind Elon Musks Unterstützung des Militärputschs gegen Morales in Bolivien oder die Warnung des neuen US-Präsidenten Donald Trump, den Panama-Kanal zu besetzen. Das vierte Problem bezieht sich auf die widersprüchliche Entwicklung der aktuellen Phase einer Transformation, die längst nicht vollendet oder strukturiert ist. Die Widersprüche sind vielschichtig.² Bei den Handels- und Produktionsstrukturen sind zwar Trends für eine neue Globalisierung sichtbar (Entfaltung globaler

¹ Für eine kritische Auseinandersetzung mit den Interpretationen siehe Klein (2019).

² Eine detaillierte Analyse findet sich in Musacchio (2025).

Wertschöpfungsketten oder Digitalkonzerne), parallel aber auch De-Globalisierungstrends (neue lokale und regionale Räume für Produktion und Konsum im Agrarbereich, regionale Programme wie der European Green Deal oder die räumlichen Veränderungen der Produktion durch Innovationen wie 3D-Drucker).

Im Bereich der Produktion zeichnet die Transformation ein äußerst differenziertes Bild. In gewissen Branchen werden noch alte Produkte und Technologien aufrechterhalten, in anderen Branchen zeigt sich ein beschleunigter Wandel.³ Die Koexistenz von Verbrennungsmotoren und Elektromobilität ist ein Beispiel hierfür. Neue Technologien sind oft an alte Prozesse gekoppelt – wie die Abhängigkeit der Elektromobilität von fossiler Energie, oder die neuen Umweltrisiken beim Abbau natürlicher Ressourcen, durch die die Industrieländer die Krise teilweise auf rohstoffproduzierende Länder abwälzen.

Auch bei den „Geschäftsmodellen“ sind Widersprüche erkennbar. Viele Unternehmen halten an dem traditionellen Schema fest, ausschließlich auf Profitkriterien zu setzen, versuchen dafür Umwelt- oder Arbeitskosten zu externalisieren und plädieren für eine absolute Mobilität des Kapitals. Andere orientieren sich an neuen Kriterien, wie der Gemeinwohlökonomie, Recycling, Einhaltung der ILO-Standards oder progressive Besteuerungsformen und lassen diese zertifizieren. Sie streben eine neue Ethik an. Doch reicht dies aus, um den Kapitalismus zu zähmen? Langfristig spielen die Konkurrenzformen und staatliche Regulationen eine entscheidende Rolle. Der Versuch eines Wandels von einem profitgetriebenen hin zu einem nachhaltigen Kapitalismus benötigt zumindest passende Regulationsnormen, zivilgesellschaftliches Engagement, eine progressive Einkommensumverteilung und die Weiterentwicklung des Sozialstaates.

Der letzte große Widerspruch entsteht mit dem Wettstreit um die Welt-herrschaft. Die produktive Transformation leitet einen Kampf um die Kontrolle der Rohstoffquellen, Märkte, und die Durchsetzung technologischer Prozesse ein (vgl. Baldeschi et al. 2023; Miller 2024). Der Wettlauf um die Dominanz über geografische Räume zwischen den USA, China und, etwas hintendrein, der Europäischen Union, ist offensichtlich. Eine künftige regionale Fragmentierung, eine „große Entkopplung“ (Inkster 2020), wird den Prozess nicht stoppen. Denn auch zwischen Produktivsystemen gibt es Konkurrenz und eine hierarchische Ordnung. Wir stehen also noch vor einem langen Ringen um die Raumkontrolle, d.h. um die Gestaltung eines „internationalen Regimes“ *à la* Mistral.

³ Im historischen Prozess ist diese Differenzierung üblich (Edgerton 2013).

3. Die Transformation als Herausforderung für neue Entwicklungsmuster in der Peripherie

Dieses komplexe und widersprüchliche Szenario fordert periphere Länder heraus, eine Entwicklungsstrategie zu formulieren. Sie ist vielfach konditioniert: durch die Beziehungen mit den Zentren und Nachbarländern, die eigenen historischen, wirtschaftlichen, politischen und technologischen Wege und die Verfügbarkeit strategischer Ressourcen. Lateinamerika erlebte zudem im letzten Jahrzehnt einen tiefgreifenden Rückschritt. Bei erheblichen nationalen Unterschieden ist allgemein die Einkommensverteilung ungleicher geworden und die Armutsindikatoren sind gestiegen. Die Staatsverschuldung ist in Argentinien, Venezuela, Ecuador, Kolumbien, Uruguay und Chile auf einem kritischen Niveau. Die Tendenz zur Deindustrialisierung und Reprimarisierung ist klar ersichtlich. Der Ressourcenabbau in der Landwirtschaft und im Bergbau belastet die Umwelt. Die gesellschaftliche Spaltung vertieft sich und zieht sich durch Klassen und Gruppen. Rechtsradikale Positionen, wie die Bewegungen um Bolsonaro in Brasilien und Milei in Argentinien, sind Machtoptionen geworden.

Der globale Transformationsprozess hingegen öffnet ein kurzfristiges Fenster für Länder, die entweder über kritische Ressourcen oder passende produktive Strukturen verfügen, um den Wandel für die Beschleunigung ihrer Entwicklung zu nutzen. Die Voraussetzung dafür ist ein Konsens zwischen Zivilgesellschaft, Industrie und Arbeiter:innen über einen zielgerichteten Weg, der mittels eines staatlichen Planes oder Programms mit Prioritäten Meilensteine setzt. Ein solches Programm muss gewisse Dilemmata lösen, wie die des Umgangs mit natürlichen Ressourcen und Energiequellen. Vor dem Panorama einer hohen Verschuldung und Devisenknappheit könnte ein massiver Export von Rohstoffen die Leistungsbilanzkrisen lösen oder mildern. Hieraus leiten sich zwei Fragen ab: Wäre nicht langfristig die Förderung der Binnenverarbeitung der Ressourcen und die Förderung der eigenen Industrie und des technischen Fortschritts wirtschaftlich und sozial nachhaltiger? Und kann ein exportorientierter Extraktivismus mit der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts kompatibel sein? Die Dilemmata rund um Devisenknappheit, ökologisches Gleichgewicht und Entwicklung der Produktivkräfte sind daher Kernfragen.

Sie sind aber nicht die einzigen Probleme. Für Länder wie Argentinien ist es (aufgrund der Kapitalflucht) sehr schwer, aus der Devisenknappheit ohne staatliche Kontrollen über die Leistungsbilanz herauszukommen. Auch die europäische Erfahrung der Nachkriegszeit zeigt, dass das Problem nur durch einen bedachten Devisenverbrauch und scharfe Kontrollen zu bewältigen ist.

Eine weitere Frage ist die der Kontrolle über natürliche Ressourcen. Wenn das Ziel ist, Devisendefizite zu decken und für Investitionen zu sorgen, aber

gleichzeitig auf einen ökologisch und sozial gerechten Abbau zu achten, dann ist eine kohärente Politik notwendig und nicht eine absolute Deregulierung und Marktfreiheit. Das Zusammenspiel von Institutionen, Regulationsrahmen und privaten Investor:innen ist dafür der einzig mögliche Weg. Umso wichtiger ist die Zusammenarbeit im heutigen Kontext, der eher durch ein Tauziehen um die Kontrolle der strategischen Ressourcen geprägt ist.

Aus diesen Fragen und Dilemmata lassen sich vier stilisierte Entwicklungsmuster erkennen. Das erste Modell ist ein einfacher Export-Extraktivismus. Ein Land wird zu nichts Weiterem als einer Enklave. Wie bei Agrarexportmodellen aus der Vergangenheit, ist hier die passive Anpassung an den Wandel vorgesehen. Durch Flexibilisierung von Normen soll privaten (oft ausländischen) Investitionskonzernen der Weg zu Rohstoffquellen von Bergbau- und Agrarprodukten gebahnt werden. Oft ist das Modell auch mit einer Finanzverwertung des Kapitals durch Spekulation mit Zukunftspreise gewisser Rohstoffe verbunden. Hierfür sind feste Wechselkurse wichtig. Angestrebt wird eine absolute Deregulierung des Arbeitsmarktes und des Zugangs zu Ressourcen, kombiniert mit stärkeren Eigentumsrechten. Wachstum und Umweltschutz entkoppeln sich hier explizit. Als Ergebnis wird eine stärkere Konzentration und Primarisierung der Wirtschaft mit wachsender sozialer Polarisierung erwartet.

Ein zweites Modell kann als „Extraktivismus für eine diversifizierte Entwicklung“ bezeichnet werden. Der Export von rohstoffintensiven Produkten, insbesondere die aus erneuerbaren Energien, soll die finanziellen Mittel für einen tiefgreifenderen Strukturwandel erbringen. Es geht also darum, sich vom „traditionellen“ Extraktivismus zu verabschieden und Renten aus dem Ressourcenexport für eine Diversifizierung der Produktions- und Exportstruktur einzusetzen (Domínguez 2024: 125). Hier rückt die Rolle des Staates im Regulierungsprozess in den Mittelpunkt, denn das Modell benötigt eine aktive Industriepolitik, eine progressivere Einkommensverteilung und Struktur-reformen, um die Produktion zu diversifizieren und die Konzerne zu disziplinieren. Das Modell ist jedoch kompatibel mit einer weniger verteilungsorientierten Variante, im Rahmen einer dualen Wirtschaft. Bei dieser übt ein binnenmarktorientierter Sektor mit geringerer Produktivität Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen aus. Ein Faktor der Strategie sind Branchen, die für einen technologischen und produktiven Pfad für die Erweiterung und Artikulation der Produktionsketten sorgen. Das komplexere Zusammenspiel zwischen den Branchen fördert eine stärkere Entwicklung, die teilweise mit der Dichte und dem Vollständigkeitsgrad der Produktionsstruktur korreliert (z.B. Molina et al. 2024).

Für das dritte Modell spielen die Exporte natürlicher Ressourcen eine sekundäre Rolle. Hier geht es einerseits um eine stärkere Orientierung hin

zum Binnenmarkt und gleichzeitig um eine Industrie-, Wissenschafts- und Technologiepolitik, bei der die Eingliederung in die internationale Wirtschaft eine sekundäre Rolle spielt. Zumindest bis zu dem Zeitpunkt, ab dem die Konkurrenzfähigkeit bei hochwertigen technologischen Produkten (inklusive landwirtschaftliche) hergestellt ist.

Eine vierte Alternative entspringt der kritischen Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Extraktivismus, Wachstum und ökologischer Krise. Alternative Lebensweisen im Rahmen von Postwachstumstheorien werden hierfür bevorzugt. Diese Perspektive kristallisiert sich aus einer Theorie des Degrowth und der Post-Entwicklung heraus. Dies knüpft an die Ideen des Postkapitalismus, Post- oder De-growth, Post-Patriarchats, Antirassismus und Dekolonialismus (Demaria et al. 2023: 61) an. Lang et al. (2023: 29) plädieren beispielsweise für eine globale Gerechtigkeit, die nicht nur globale Rahmenbedingungen einbezieht, sondern auch eine andere Weltanschauung vorschlägt.

All diese Debatten verbinden sich in Lateinamerika mit Praxiserfahrungen, die nicht nur die technischen Aspekte, sondern hauptsächlich die soziale und politische Auseinandersetzung beinhalten. Modelle sind schließlich gesellschaftlich nicht neutral. Deshalb spielt für die strategische Entscheidung auch der Kampf um die Kontrolle des Staates eine wesentliche Rolle. Dort werden Regeln und Regulierungen etabliert, die den Prozess langfristig in eine bestimmte Richtung lenken. Die neue Politik Argentiniens ist ein Beispiel dafür.

4. Argentiniens Rückkehr in die finanzgetriebene Akkumulation

Nach einer Phase hohen Wachstums und Lohnzuwachses stagnierte die argentinische Wirtschaft ab 2013. Eine Rückkehr zum neoliberalen Kurs unter Mauricio Macri führte zu einer neuen Verschuldungs- und Finanzblase – und mündete in eine Krise. Die Regierung von Alberto Fernández konnte keinen Kurswechsel einleiten. Zudem kamen gravierende externe Schocks hinzu: die Pandemie, die inflationären Auswirkungen des Ukraine-Krieges und schließlich die schlimmste Dürre seit Jahrzehnten. Die Inflation stieg auf 7% monatlich und sorgte für allgemeine Unruhe.

Strukturelle Veränderungen vollzogen sich trotzdem. Die Verbreitung mehrerer virtueller Plattformen im Dienstleistungs- und/oder Finanzbereich (angeführt von Konglomeraten wie Mercado Libre und Globant) bildete eine neue und differenzierte Elitefraktion heraus, ideologisch libertär-radikaler als die traditionellen liberalen Eliten (siehe Zicari 2022; Heredia 2022). Die andere Seite der Medaille war ein neues Prekariat (Lebensmittellieferant:innen, Clickworker, Überfahrer:innen). Das Gros verlangt nicht etwa eine Besserung ihrer Arbeitsbedingungen, sondern die Abschaffung der „Privilegien“

der Arbeiter:innen im formellen Sektor. Zudem radikalisierte sich ein Großteil der Mittelklasse. Oppositionelle Demonstrationen wurden dementsprechend aggressiver, mit Hasssymbolen wie Guillotinen. Der Höhepunkt war der Mordversuch an Cristina Kirchner.

Die Krise traf auch einen Teil der Opposition. Davon profitierte Javier Milei, ein damals unbekannter Volkswirt und Fernsehclown mit rechtsradikalen Ideen. Seine Parolen gegen die politische Kaste und den Staat sowie seine Vorschläge wie die Einführung des Dollars als Währung oder den freien Markt als Instanz der Regulierung (sogar für Organtransplantationen oder Kinderadoptionen) fanden Anklang. Der „Verrückte mit der Kettensäge“ wurde Präsident.

In der Praxis wurde die Kettensäge durch das Ziel ersetzt, den Staat von innen heraus zu zerstören.⁴ Bereiche wie Kultur, Wissenschaft, technologische Forschung, Genderpolitik, Menschenrechte, Gesundheit oder Umwelt waren schwer betroffen und ganze Einrichtungen wurden geschlossen oder abgebaut. Die Ministerien für Arbeit, Gesundheit und Bildung wurden in Staatssekretariate umgewandelt. Tausende Verordnungen wurden abgeschafft und der Staat zog sich aus der Regulierung von Märkten und Machtmissbrauch zurück. Gleichzeitig stärkte Milei den Repressions- und Spionageapparat und schuf rechtliche Mechanismen, um Widerstände von Gewerkschaften, indigenen Gruppen oder der Zivilgesellschaft zu bekämpfen.⁵

Die Wirtschaftspolitik kombiniert ein traditionelles neoliberales Programm in seiner extremen Version mit antinationalistischen strukturellen Maßnahmen. Besonders prägend ist dabei die Wechselkurspolitik. Milei wertete sofort den Peso um mehr als 60% ab, um dann eine monatliche Inflationsanpassung (*crawling peg*) von zwei Prozent als Preisanker festzulegen. Die argentinische Inflation ist weit davon entfernt, ein monetäres Phänomen zu sein, ist aber stark vom Wechselkurs beeinflusst. Die Abwertung übertrug sich sofort auf die Preise und verursachte einen großen regressiven Einkommenstransfer.

Flankiert wurde die Preispolitik durch eine stärkere Liberalisierung des Finanzmarkts und die Öffnung des Außenhandels, um die Inflation durch die Konkurrenz der Einfuhren zu lähmen. Das Triptychon aus festen Wechselkursen, der Handels- und der Finanzliberalisierung wurde bereits von der letzten Militärdiktatur in den 1970er Jahren, später in den 1990er Jahren und schließlich von Mauricio Macri als Stabilisierungspolitik verwendet⁶. Doch die Stabilität wird nicht sofort erreicht, weil diese drei Maßnahmen die Preise

⁴ Javier Milei: „Ich bin der Maulwurf, der den Staat von innen heraus zerstört“ – Info: <https://www.infobae.com/politica/2024/06/06/javier-milei-soy-el-topo-que-destruye-el-estado-desde-adentro/>

⁵ Für eine umfassende Analyse der ersten Maßnahmen siehe Musacchio (2024).

⁶ Siehe Rapoport et al. (2000); Musacchio (2020).

der Dienstleistungen nicht beeinflusst. Im Gegenteil: die Preisliberalisierung im Dienstleistungsbereich und die Abschaffung von Subventionen hielten die Inflation deutlich über der monatlichen Abwertungsrate und führten zu einer realen Aufwertung. Laut Zentralbank fiel der multilaterale reale Wechselkurs (2015=100) von 161 Mitte Dezember 2023 auf 85,9 im Oktober 2024. In der Krise von 2001 lag er auf 70. Als die monatliche Inflation vor kurzem die 3 % erreichte, wurde die Abwertungsrate auf 1 % angepasst, was die reale Aufwertung des Pesos fortsetzt.

Auch diesmal führt diese Politik zu einer finanzialisierten Akkumulation. Der sogenannte *carry trade*, also die Aufnahme von Schulden im Ausland, um mit Finanzanlagen in Pesos zu spekulieren, rentiert sich kurzfristig. Doch Investitionen mit niedrigeren Profiten in der Produktion bleiben ausgeschlossen, auch wenn sie eine normale Rentabilität anbieten. Dies richtet großen Schaden an. Die Aufwertung ist ein schwerer Schlag für die handelbaren Güter, die an Konkurrenzfähigkeit verlieren. So überleben nur Aktivitäten, die Arbeits- oder Umweltkosten externalisieren und mit den Finanzprofiten mithalten können.

Mit der finanzgetriebenen Akkumulation steigt die Verschuldung. Im privaten Bereich werden die neuen Schulden auf 12 Mrd. USD geschätzt (Ambito Financiero 5.2.25). Die Staatsverschuldung steigt ebenfalls rasant (z.B. Sangiorgio 2024). Nach Angaben der Zentralbank wurden im letzten Jahr jeweils 75 Mrd. USD Binnenschulden und 30 Mrd. Schulden im Ausland aufgenommen. Hingegen weisen Indikatoren für die Produktion handelbarer Güter, Beschäftigung und Armut, auf eine schwere Depression hin. Historisch fördert eine solche Politik eine massive Kapitalflucht, wenn die Blase sich nicht mehr aufhalten lässt und eine neue Maxi-Abwertung hervorruft (siehe Musacchio/Becker 2007). Die nationale Finanzlage entspannte sich nach dem Amtsantritt von Donald Trump zunächst, die Probleme vertiefen sich jedoch.

Durch den Rückzug des Staates aus der Regulation bleibt der Markt als einzige Konfliktarena übrig, wodurch sich die gesellschaftliche Polarisierung verstärkt. Die Geldpolitik und die Abschaffung der Subventionen tragen dazu bei, ein neues Set von Relativpreisen zu bilden und die relative sektorale Rentabilität langfristig zu bestimmen. Gewinner sind der Finanzsektor, die Plattformdienstleister (insbesondere die mit Finanzaktivitäten integrierten) und die Exporteure natürlicher Ressourcen, während die Produktion weiterer handelbarer Güter an Boden verliert. Es handelt sich aber auch um eine explizite Strategie. Die Resolution 10/2025⁷ bspw. begründet die Abschaffung mehrerer Programme des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und

⁷ Staatsblatt der Argentinischen Republik – Chef des Ministerkabinetts – Resolution 10/2025 <https://www.boletinoficial.gob.ar/detalleAviso/primera/319421/20250109?busqueda=1>

Technologie mit einer „Politik, die auf die Generierung von Wissen und die Entwicklung von Technologien im Dienste des Wirtschaftswachstums und der strategischen Entwicklung des Landes abzielt, mit Priorität in den Bereichen Agrarwirtschaft, Energie und Bergbau, Wissensökonomie sowie Innovation und Gesundheit“. Die Branchen des Strategieplans stimmen mit der Struktur der Relativpreise überein. Die Regierung flankiert diese Entwicklung mit Maßnahmen, die eine künftige Umkehr verhindern. Eine besondere Rolle spielen hier schärfere Vorschriften für geistige Eigentumsrechte, das Anreizregime für Großinvestitionen (RIGI) und der Versuch, Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zu unterzeichnen.

5. Strukturpolitik: Eingliederung als Rohstoffenkclave

Unter dem Gesichtspunkt der internationalen Eingliederung zielt die Politik auf eine passive Integration in die neue internationale Arbeitsteilung ab, die sich aus dem, im Aufbau befindlichen, neuen Produktionsmodell ergeben. Argentinien hat aufgrund seiner natürlichen Ressourcen und seiner technologischen Entwicklung vielfältige Möglichkeiten für eine „Eingliederung in das Regime“ (Pariser Lesart) oder die „Eingliederung in ein Produktivsystem“ (Grenobler Lesart). Die Regierung Mileis entschied sich für das erste Modell, als Rohstoffenkclave.

Dies ist unter zwei Aspekten zu betrachten. Zum einen der geographische Aspekt: Milei versucht, das Land an das Produktivsystem der USA anzugliedern – vor der Annahme, dass die Europäische Union langfristig auch ein Teil davon sein wird. Normativ soll das durch die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union und dem Vorschlag eines Abkommens mit den USA verankert werden. Logische Konsequenzen waren der Austritt aus der BRICS-Gruppe, so wie die Drohung, den Mercosur zu verlassen, wenn die Partner nicht dem Weg folgen. Die Spannungen mit China waren vorhersehbar, doch die Abhängigkeit von der asiatischen Wirtschaft milderte Mileis Position.

Der zweite Aspekt betrifft die Produktionsstruktur der Eingliederung ins internationale System: es soll zu einer absoluten Unterordnung als Enklave kommen, die einzig kritische Rohstoffe bereitstellt und einen prekären Arbeitsmarkt für internationale Dienstleistungsplattformen anbietet.

Besonders bedeutend ist hierfür das RIGI. Das Regelwerk setzt für Großkonzerne den rechtlichen Rahmen für die nächsten 30 Jahre. Die Regelungen garantieren die freie Verfügbarkeit von Ressourcen und Devisen aus dem Export für Großinvestoren. Ziele für Beschäftigung, Investitionen, interne

Verarbeitung oder Umwelt sind nicht verankert. Hingegen werden dem Staat extreme Einschränkungen für die Kontrolle, Besteuerung, Devisenrestriktionen oder Versorgung des Binnenmarkts gesetzt.

Tabelle 1: Das RIGI als regulatorischer Rahmen

Ziele	Anreize, Sicherheit, Rechtssicherheit und effizientes System des besonderen Schutzes erworbener Rechte für Großinvestoren
Sektoren	Großinvestitionen für Forstwirtschaft, Industrie, Tourismus, Infrastruktur, Bergbau, Technologie, Stahl, Energie, Öl und Gas
Zeithorizont	30 Jahre
Mindestbeträge	Zwischen 200 und 900 Millionen USD
Kontrolle der öko-sozialen Auswirkungen	Nicht angegeben / nicht vorgesehen
Steuer-, Devisen- und Zollvorteile (Auszüge)	• Einkommensteuer 25% (statt 35%) • Beschleunigung der Abschreibungen • Steuer auf ausgeschüttete Gewinne 7% und nach sieben Jahren 3,5% • Transaktionen mit der Hauptniederlassung werden nicht besteuert • Festgesetzte Steuern dürfen künftig nicht erhöht werden • Zoll- und steuerfreie Einfuhren • Ausfuhrzölle nicht gestattet • Keine Beschränkungen für Exporte. Festsetzung von Quoten oder Sonderpreisen für den Binnenmarkt nicht gestattet • Freie Verfügbarkeit von Devisen aus dem Export (20% nach zwei Jahren, 40% nach drei Jahren, 100% nach vier Jahren) • Künftige Einschränkungen für den Zugang zum Devisenmarkt sind nicht anwendbar.
Allgemeine Vorteile	• Keine Verpflichtung für die Versorgung des Binnenmarkts • Volle Verfügbarkeit des Produkts oder der Dienstleistung • Volle Verfügbarkeit von Vermögenswerten und Investitionen • Regulatorische Stabilität • Bei Streitigkeiten kann die VPU eine externe Schiedsverfahren-Institution unter drei Optionen auswählen

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Gesetz 27.742, „Ley de Bases y Puntos de Partida para la Libertad de los Argentinos“.

Seit dem Start im August 2024 wurde zunächst ein Projekt (ein Windpark der staatlichen Ölgesellschaft YPF) genehmigt und sieben weitere Projekte eingereicht, zwei für Lithium, eine Ölpipeline, eine Goldmine, eines im Kohlenwasserstoffsektor, eines im Stahlsektor und ein weiteres für Windenergie.

6. Prognosen: Lösung der Probleme oder Disaster

Eine erste Einschätzung der möglichen Auswirkungen des RIGI in Bezug auf die strukturellen Probleme Argentiniens löst starke Skepsis aus. Vier Fakten können hier für eine Prognose herangezogen werden. Erstens hat Argentinien aufgrund seiner hohen Verschuldung und der Kapitalflucht ein dauerhaftes Problem mit der Leistungsbilanz. Hier wird das RIGI vermutlich nur für eine Verschärfung sorgen. Für die oben genannten Projekte besteht kein Zwang, die Devisen aus dem Exportgeschäft ins Land zu bringen. Die Konzerne bekommen den freien Zugang zum Devisenmarkt für Importe und Rücküberweisungen von Gewinnen. Wie schon in den 1990er Jahren (Rapoport et al. 2000) tätigen die dynamischen Branchen zu Anfang einmalig größere Investitionen. Danach werden die Profite nicht reinvestiert, sondern ins Ausland transferiert oder als finanzspekulative Anlagen verwertet. Daher ist eine langfristige negative Devisenbilanz zu erwarten.

Auch die Haushaltsfrage wird durch die Steuerentlastungen nicht gelöst und verlagert die Steuerlast auf andere Sektoren, Arbeitnehmer:innen und Verbraucher:innen.

Die dritte Prognose betrifft die Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Einkommensverteilung. Die geförderten Branchen sind teilweise kapitalintensiv und werden zusätzlich von Zielverpflichtungen entbunden. Dies betrifft auch die Arbeitsverhältnisse, weshalb nicht zu erwarten ist, dass die, im Land stark verbreitete Prekarisierung überwunden wird. Ein spezieller Fall ist der der Clickworker, die in einer arbeitsintensiven Branche beschäftigt sind. Das Gesetz fördert Arbeit unter prekären Konditionen, um Plattformen durch niedrige Kosten anzulocken. Insgesamt impliziert das eine Intensivierung der Machtpolarisierung zwischen Konzernen einerseits und Gewerkschaften, prekär Beschäftigten und indigenen Völkern andererseits. Die Differenzierung zwischen den geförderten und nicht geförderten Branchen und die Polarisierung in der Arbeitswelt implizieren die Bildung einer dauerhaften dualen Ökonomie und Gesellschaft.

Als vierte Auswirkung verschärft sich die strukturelle Schwäche der argentinischen Wirtschaft. Die neue Politik fördert keine Rückwärts- oder Vorwärtsverbindungen der unter dem RIGI betriebenen Produktion. Zudem sind

die Wachstumstreiber hauptsächlich Primärsektoren. Daher ist mit einer weiteren Pimarisierung zu rechnen.

Letztlich geht es Milei nur darum, eine Enklave zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu bilden, wofür er die ihm unliebsame Produktion von wissenschaftlichen und technologischen Impulsen nur zu gern opfert. Für Milei sind dringliche Themen wie Klimawandel und sozialpolitische Fragen nicht relevant. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sein Modell auf einer vertieften Externalisierung der Arbeits- und Umweltkosten beruht.

Die Eingliederung in ein Produktivsystem oder in ein internationales Regime erfolgt, wie zu sehen ist, durch ein Zusammenwirken von lokalen politischen und wirtschaftlichen Eliten, internationalen Konzernen und Strategien der *pays foyer*. Die Regulationsprozeduren bauen sich innerhalb eines Mehrebenensystems auf.

Literatur

- Baldeschi, L., Cohen, J., Drut, B. (2023): *Turbulences dans l'économie mondiale*, Lovaine: De Boek Superieur.
- Becker, J. (2024): Regulationstheorie: Ursprünge, Entwicklungstendenzen und internationale Debatten, in: Schneider, E., Syrovatka, F. (Hg.), *Politische Ökonomie der Zeitenwende*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Becker, J., Jäger, J., Weissenbacher, R. (2015): Uneven and dependent development in Europe: The crisis and its implications, in: Jäger, J., Springler, E. (Hg.), *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures*, London: Routledge, 81-97.
- Bieling, H., Schulten, T. (2002): Reorganisation der industriellen Beziehungen im europäischen Mehrebenensystem, in: *Industrielle Beziehungen*, 9(3), 245-273.
- Borrelly, R. (1991): *L'articulation du national et de l'international: concepts et analyses*, in GRREC, *Crise et régulation*, Grenoble: GUP.
- Billaudot, B. (2001): *Régulation et croissance. Une macroéconomie historique et institutionnelle*, Paris: L'Harmattan.
- Byé, M., De Bernis, G. (1987): *Relations économiques internationales*, Paris: Dalloz.
- De Bernis, G. (1993): *Globalisation, régionalisation et développement*, ismea, Université de Grenoble.
- Demaria, F., Kothari, A., Salleh, A., Escobar, Acosta, A. (2023): Post-development: From the Critique of Development to a Pluriverse of Alternatives, in: Villamallor, M., Muradian, R. (Hg.), *The Barcelona School of Ecological Economics and Political Ecology*, Cham: Springer, 59-70.
- Dominguez, R. (2024): Los dilemas del extractivismo para la transición al desarrollo, in: *Economía del desarrollo, cambio y continuidad*, 934, 119-135.
- Edgerton, D. (2013): *Quoi de neuf ? Du rôle des techniques dans l'histoire globale*, Paris: Seuil.

- Grouiez, P. (2023): Chaînes globales de valeur: une mise en perspective méso-régulationniste, in: Boyer, R. et al. (Hg.), *Théorie de la régulation, un nouvel état des savoirs*, Paris: Dunod, 521-528.
- Heredia, M. (2022): ¿El 99% contra el 1%?, Buenos Aires: Siglo XXI.
- Inkster, N. (2020): *The great Decoupling*, London: Hurst.
- Jessop, B. (2016): *The state: past, present, future*, Cambridge: Polity Press.
- Klein, D. (2019): *Zukunft oder Ende des Kapitalismus? Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten*, Hamburg: VSA.
- Lamarche, T. et al. (2021): Saisir les processus méso: une approche régulationniste, in *Économie appliquée*, 1(1), 13-49.
- Lang, M., Bringel, B., Manahan, M. (2023): *Más allá del colonialismo verde: justicia global y geopolítica de las transiciones ecosociales*, Buenos Aires: CLACSO.
- Lipietz, A. (1992): *Espejismos y milagros. Problemas de la industrialización en el tercer mundo*, Bogotá: Tercer mundo.
- Miller, C. (2024): *La guerre des semi-conducteurs. L'enjeu strategique mondial*, Paris: L'artilleur.
- Mistral, J. (1986): Régime international et trajectoires nationales, in R. Boyer (Hg.), *Capitalismes fin de siècle*, Paris: PUF, 167-202.
- Molina del Villar, T., Zárate, R. (2024): Tres modelos de inserción a la globalización y su impacto en el desarrollo económico, in: *Problemas del Desarrollo*, 55, 3-31.
- Musacchio, A. (2014): Tres variantes del pensamiento heterodoxo en economía internacional: las corrientes regulacionistas, in: *Ciclos*, 42-43. 45-82.
- Musacchio, A. (2020): Neoliberalismo, inserción internacional y financiarización: una comparación entre Argentina y Portugal, in: *Problemas del Desarrollo*, 201, 155-178.
- Musacchio, A. (2024): Kettensägenpolitik a la Milei, in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 140, 59-64.
- Musacchio, A. (2025): Changes in the Global Economy and New Challenges for Development Policy in Latin America, in: Birle, P., Zilla, C. (Hg.), *Trends in Latin American International Relations*, London: Routledge: (im Druck).
- Musacchio, A., Becker, J. (2007): La crisis argentina: ¿sólo un problema cambiario?, in Becker, J. (Hg.), *El golpe del capital*, Montevideo: Coscoroba, 109-135.
- Ominami, C. (1986): El tercer mundo y la economía mundial, in: *Estudios Internacionales*, 19, 170-210.
- Rapoport, M., Musacchio, A. et al. (2000): *Historia económica, política y social de la Argentina (1880-2000)*, Buenos Aires: Macchi.
- Sangiorgio, A. (2024): *El vertiginoso e imparable aumento de la deuda pública bruta en la era Milei*, Mimeo, Buenos Aires.
- Summers, L. (2013): IMF Fourteenth Annual Research Conference in Honor of Stanley Fischer, bit.ly/3mnyDUj. (letzter Zugriff 02.01.2025).
- Zicari, J. (Hg.) (2022): *República Mercado Libre. La empresa más grande de la Argentina y los riesgos de la economía de plataformas*, Buenos Aires: Callao.

Abschnitt IV

Hochschullehrer, öffentlicher Intellektueller und Aktivist

Interventionen zu politischen und
wirtschaftlichen Entwicklungen
in der Einen Welt

Joachim Becker als Hochschullehrer, öffentlicher Intellektueller und Aktivist

Zur Einführung

Werner Raza

Vor einigen Jahren nahm ich an einem Symposium zu Ehren eines bekannten deutschen Entwicklungsforschers teil. In seinen Ausführungen blickte der schon emeritierte Jubilar auf ein reiches Berufsleben zurück. In den 1970er, 80er und 90er Jahren war er stark in die damaligen bundesdeutschen Nord-Süd-Aktivitäten unter Führung sozialdemokratischer Politiker:innen wie Willy Brandt, Erhard Eppler und Heidemarie Wieczorek-Zeul involviert gewesen. Auch sein wissenschaftliches Schrifttum und publizistisches Wirken war umfangreich und debattenprägend gewesen. Sein Rückblick fiel allerdings insgesamt ambivalent aus. Angesichts der aus seiner Sicht zu konstatierenden Rückschritte in der jüngeren deutschen Entwicklungs- und Friedenspolitik fragte er sich, ob sein öffentliches Engagement letztlich die viele Arbeit wert gewesen wäre. Allgemeiner formuliert bezweifelte er, dass die öffentlich engagierte Wissenschaft viel zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen könnte. Sein Pessimismus erregte die Gemüter der zahlreich anwesenden Persönlichkeiten aus der deutschen Entwicklungsforschung und -politik und führte zu einigem Widerspruch. Ein ehemaliger Staatssekretär im deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ergriff schließlich das Wort. Er betonte, dass der Jubilar wie wohl kein Zweiter eine ganze Generation von entwicklungspolitischen Praktiker:innen geprägt hätte. Er kenne wenige in der deutschen entwicklungspolitischen Szene der letzten Jahrzehnte, die nicht direkt oder indirekt seine Schüler:innen gewesen wären. Sein Einfluss sei demnach ganz erheblich gewesen, vielleicht weniger in seiner unmittelbaren Beratungstätigkeit für die deutsche Politik, aber jedenfalls in der intellektuellen Prägung einer ganzen Generation von in öffentlichen und privaten entwicklungspolitischen Einrichtungen täti-

gen Menschen. Das stieß im gesamten Auditorium auf laute Zustimmung und hellte auch die melancholische Stimmung des Jubilars etwas auf.

Mit diesen Frustrationen, aber letztlich auch Erfolgen engagierter Sozialwissenschaft sind wohl viele in der Wissenschaft tätige Menschen in ihren beruflichen Biographien konfrontiert. Joachim Becker ist hier keine Ausnahme: Anti-Apartheid-Aktivist bzw. Journalist in den 1980er Jahren, seit 1992 angestellter Hochschullehrer an der Wirtschaftsuniversität Wien, daneben langjähriger Personalvertreter für das wissenschaftliche Personal an der WU. Seit Mitte der 1990er Jahre ununterbrochen Redakteur der Zeitschrift *Kurswechsel*, dazu mehrfach in der wissenschaftlichen Politikberatung tätig, etwa im Kontext des Instituts für Politökonomische Forschung (IPF), oder als zeitweiliges Mitglied der EuroMemo Group. Davon abgesehen: notorischer Vielschreiber und kritischer Kommentator des aktuellen Zeitgeschehens in Österreich, Europa (mit Schwerpunkt Ost- und Südeuropas) sowie in Afrika und Lateinamerika. Allein seine allgemeine publizistische Tätigkeit (popular science articles) umfasst mehr als 250 Einträge seit 1985 in der Publikationsdatenbank der WU Wien. Dazu kommen Medieninterviews sowie unzählige Vorträge, Referate und Inputs bei diversen öffentlichen Veranstaltungen und Konferenzen im In- und Ausland.

Ähnlich wie in der oben geschilderten Anekdote gilt wohl auch im Fall Joachim Beckers, dass sich die Wirkung dieser vielfältigen Tätigkeiten im Einzelnen oft nicht feststellen lässt. Und es kann gut sein, dass er sich angesichts des Laufs der Geschichte und ihrer kleineren und größeren Tragödien immer wieder ohnmächtig gefühlt hat. Nichtsdestotrotz sollten wir uns Joachim Becker als glücklichen Menschen im Camus'schen Sinne vorstellen. Wie sonst wäre es erklärbar, dass er trotz der vielfältigen Absurditäten der Welt, für die gerade er immer einen scharfen Blick hatte, mit unheimlicher Konsequenz seinen Weg gegangen ist und seine Schaffenskraft in den letzten vier Jahrzehnten nicht nachgelassen hat? Neben dieser grundlegenden Akzeptanz einer widersprüchlichen sozialen Welt war und ist es für den *activist scholar* Becker aber von fundamentaler Bedeutung, eine bestimmte Position zur und in der Welt einzunehmen. Nämlich jene eines organischen Intellektuellen in der Tradition von Antonio Gramsci. Becker ist eben nicht nur ein Gelehrter, der Wissen produziert, sondern es geht ihm auch darum, über seine Lehre an der Universität, seine Mitarbeit in verschiedenen Organisationen, und sein publizistisches Wirken organisierend an einer kritischen Öffentlichkeit mitzuarbeiten. Auch wenn seine Liebe letztlich immer dem Schreiben gegolten hat, nahm er die Mühen der universitären Lehre wie auch der unmittelbaren Interessenvertretung als Betriebsrat an der Wirtschaftsuniversität als notwendige Arbeit auf sich. Ohne Organisation bleibt Wissen letztendlich wirkungslos, ist die Änderung gesellschaftlichen Bewusstseins und damit auch

gesellschaftlicher Praxis nicht möglich. Die dafür nötigen Räume und (Gegen-) Öffentlichkeiten, sei es an der Universität, sei es im Rahmen von wissenschaftsnahen Vereinen und Medien, gilt es zu erhalten und zu verteidigen. Jeglicher Eitelkeit fremd, nahm Joachim Becker hier nicht die Rolle des sich in die Öffentlichkeit drängenden „Star-Intellektuellen“ ein. Vielmehr jene des beharrlichen Arbeiters, der um die Notwendigkeit des Bohrens harter Bretter weiß. Das Ringen um gesellschaftliche Hegemonie findet jeden Tag statt und hört eben nie auf.

Beeindruckend ist Joachim Becker daher in der Regel nicht auf den ersten Blick, sondern oft erst auf den zweiten. Dafür dann umso nachhaltiger. Seine Popularität unter den Studierenden der Volkswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität wuchs über die Jahre trotz des Umstands, dass er seine Lehrveranstaltungen vorzugsweise jeweils am Montag um 08.00 Uhr morgens abhält. Es hat sich herumgesprochen, dass dort jemand Lehrinhalte aus dem weiten Feld der heterodoxen politischen Ökonomie in einer Qualität (und in einem Stil) vorträgt, wie es sie sonst an dieser Universität immer weniger gab. Die Marx'sche politische Ökonomie, erweitert um neuere Ansätze wie die Dependenztheorie, und vor allem die französische Regulationstheorie bildeten dabei den Kern seiner Lehrtätigkeit. Auch hierin war er konsequent, nicht zuletzt in seiner Weigerung, die neoklassische Theorie, und insbesondere die Mikroökonomik, als paradigmatischen „common body of knowledge“ zu unterrichten. Sein Bestreben galt klar der Pflege heterodoxer ökonomischer Ansätze in Lehre und Forschung, und dazu leistete er in Kooperation mit Kolleg:innen am Department of Economics wichtige Beiträge, wie *Willi Altzinger und Andrea Grisold in ihrem Beitrag* hervorheben.

Die Beharrlichkeit und Konstanz in seinem Denken wie auch in seinem Tun zeigt sich auch in seiner knapp drei Jahrzehnte (seit 1996) währenden Tätigkeit in der Redaktion der Zeitschrift *Kurswechsel*. Vom Verein BEIGE-WUM in Wien herausgegeben, bildet die Zeitschrift ein zentrales Debattenforum für die kritische wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Diskussion in Österreich. Joachim Becker hat dafür dutzende Artikel verfasst und als Redakteur zahlreiche Heftschwerpunkte und sogenannte Debattenforen gestaltet. Wie *Christa Schlager und Beat Weber in ihrem Text* hervorheben, liegt der Beitrag von Joachim Becker vor allem darin, internationale und makroregionale Perspektiven mit Schwerpunkt Ost- bzw. Südosteuropa in die ansonsten traditionell auf Österreich ausgerichtete Themengestaltung des *Kurswechsel* eingebracht zu haben und weiter einzubringen.

Sein Interesse an Osteuropa geht bereits auf die ersten Jahre nach der Wende zurück. Seit den frühen 1990er Jahren besuchte Joachim Becker beinahe wöchentlich die slowakische Hauptstadt Bratislava, von Wien aus in knapp einer Stunde mit dem Zug zu erreichen. Auch wenn sich sein Interesse

mit der Zeit auf immer mehr Länder Ost- und Südosteuropas erstrecken sollte, so blieb er der Slowakei doch in besonderer Weise verbunden. Die ökonomischen Probleme der Transformation wie auch die damit einhergehenden politischen Verwerfungen begannen ihn als politischen Ökonomen immer intensiver zu beschäftigen und wurden spätestens zur Mitte der 2000er Jahre sein wichtigster Forschungsstrang. Mit der Slowakei, der Tschechischen Republik, Slowenien, Ungarn oder Polen fand er in unmittelbarer Nachbarschaft zu seinem Arbeits- und Wohnort Wien Länder, in denen er diese schwierigen Transformationsprozesse unmittelbar und über einen langen Zeitraum mitverfolgen konnte. Sein Vorgehen war dabei regelrecht anthropologisch angelegt: Er lernte die Sprache des jeweiligen Landes (im Selbststudium!), las von Zeitungen über Fachbücher bis zu belletristischer Literatur alles, was er in die Finger bekommen konnte, und knüpfte auch lokale Bekannt- bzw. Freundschaften. Sein Interesse war aufrichtig und er begegnete Land und Menschen mit Respekt. Das unterschied ihn von vielen in Österreich, nicht zuletzt in akademischen Kreisen, für die Osteuropa auch nach dem Mauerfall wahlweise ein weißer Fleck auf der Landkarte blieb oder eine Region, der man als ehemaligem „Hinterland“ der österreichisch-ungarischen Monarchie oft etwas abschätzig begegnete. Joachim Becker wollte sich aber nicht nur auf teilnehmende Beobachtung beschränken, sondern auch einen Beitrag zur politischen Debatte in diesen Ländern leisten. Mit der Zeit wuchs seine Bekanntheit in den progressiven akademischen und intellektuellen Zirkeln in den einzelnen Ländern und der Radius seiner Vortrags- und Reisetätigkeit nahm zu. In der Slowakei führte sein wachsendes Netzwerk auch bald zu einer regelmäßigen Tätigkeit als Kolumnist, einerseits für die linke Wochenzeitschrift *Slovo* und andererseits für die linksliberale Tageszeitung *Pravda*. Für beide begann er im Jahr 2006 zu schreiben. Dazu kamen mit der Zeit auch Beiträge für andere Medien in verschiedenen Ländern. Die Schwierigkeit in der Slowakei wie auch in den anderen post-kommunistischen Ländern linke Publizistik zu betreiben, wird anschaulich von *Silvia Ruppeldtová in ihrem Beitrag* beschrieben. Dass mit Joachim Becker jemand aus dem europäischen Westen einerseits prononciert progressive Perspektiven vertrat und andererseits auch einen kritischen Blick auf die Entwicklungen in den kapitalistischen Zentren warf, lief dem publizistischen Mainstream in den Transformationsländern natürlich fundamental zuwider. Gerade aufgrund seiner fundierten Analyse und seines breiten historischen wie auch regional-vergleichenden Zugangs waren seine Beiträge aber wahrscheinlich einzigartig. Und es steht zu vermuten, dass seine berufliche Stellung als Universitätsprofessor aus Wien in diesem Kontext die Wirkung seiner Texte erhöhte. Die Notwendigkeit einer differenziert-kritischen Publizistik zur Situation Ost- und Südosteuropas und zur Rolle der europäischen Zentren für deren (Unter-)Entwicklung bestünde auch in Österreich. Es

spricht Bände, dass es dafür abgesehen vom *Kurswechsel* kaum Räume in der hiesigen Medienlandschaft gibt und Joachim Becker stattdessen in der Slowakei zu einem bekannten Kolumnisten wurde.

Als wäre das bisher Geschilderte nicht schon mehr als genug für ein Leben, nimmt *Ingeborg Wick in ihrem Beitrag* einen Abschnitt von Joachim Beckers Schaffen in den Blick, den viele seiner Freund:innen und Weggefähr:innen nicht so gut kennen. Nämlich seine Arbeit für und in der deutschen Anti-Apartheid-Bewegung während der 1980er Jahre. Dazu muss man wissen, dass Becker neben seinen Studien der Volkswirtschaftslehre und der Politikwissenschaft an der Universität Marburg auch Afrikanistik belegte. Schon an der Universität trat er der lokalen Anti-Apartheid-Gruppe bei. Seine Beschäftigung mit Afrika fokussierte neben der Republik Südafrika vor allem auf Mosambik, Zimbabwe und Namibia. Über Zimbabwe schrieb er seine 1988 fertiggestellte Doktorarbeit, wo er selbstverständlich auch einen mehrmonatigen Forschungsaufenthalt absolvierte. Aus heutiger Sicht mag seine politische und journalistische Arbeit in der Anti-Apartheid-Bewegung als getrennt von seiner späteren akademischen Karriere erscheinen. Für sein Verständnis von sozial engagierter Wissenschaft, die eben eng mit der Kritik an den herrschenden Verhältnissen und mit dem Einsatz gegen Unrecht und für eine bessere Welt verbunden ist, war diese Tätigkeit aber von fundamentaler Bedeutung.

Dass sein Engagement und Interesse dabei gleichermaßen Österreich, der Slowakei, Zimbabwe oder Uruguay gilt, weist ihn als jenen raren Typus von Internationalisten aus, der die Vielfalt der Welt und ihrer kulturellen, politischen und ökonomischen Formen schätzt und respektiert, dessen Solidarität aber allen Menschen auf diesem Planeten gilt. Wie schon erwähnt, sollten wir uns Joachim Becker daher als glücklichen Menschen vorstellen. In voller Kenntnis der widersprüchlichen Verhältnisse und auch im Bewusstsein seiner eigenen Beschränkungen hat er wie wenige andere neben dem wissenschaftlichen auch seinen publizistischen und politischen Beitrag geleistet. Das hat bei vielen Menschen schon jetzt einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Joachim Becker – ein Garant für nicht-orthodoxe Ökonomie

Andrea Grisold und Wilfried Altzinger

„What is ultimately needed is good economic theory and good economists and the hope that out of the cooperation and confrontation of various attempts and approaches new and fuller insights into the socioeconomic process can be gained. If a special plea for a wider use and recognition of political economy is in place to-day, it is because of the hegemonic role which neoclassical and general equilibrium economics has obtained in recent decades. It would be a severe loss, if promising work in ‚non-orthodox‘ directions would not find sufficient support and recognition.“ (Rothschild 1989: 12)

Joachim Beckers Werdegang und seine Arbeit an der WU Wien

Bereits der Arbeitsbeginn von Joachim Becker an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) gestaltete sich äußerst unkonventionell: Mit einem abgeschlossenen Diplomstudium VWL und einem Doktorat in Politikwissenschaft bewarb sich Joachim für die Stelle eines Ökonomieassistenten an der WU, die in der damaligen Wiener Zeitung, der Zeitung der Republik, inseriert wurde. Den Tipp dazu bekam er – als deutscher Staatsbürger – von einer österreichischen Bekanntschaft. Wider alle Konvention (und gänzlich ohne Vitamin B) bekam er diesen Job und wurde damit der erste nicht-österreichische Staatsbürger am damaligen Institut für Volkswirtschaftstheorie und -politik. Für die Erstellung seines Dienstvertrages mussten nicht nur die WU, sondern auch das Bundesministerium für Wissenschaft, das Bundesministerium für Finanzen sowie das Bundeskanzleramt ihre Zustimmung erteilen. Das war 1992, drei Jahre vor dem EU-Beitritt Österreichs!

Sein damaliger Dienstvorgesetzter, Rudolf Eder, war Professor für Außenwirtschaft und Entwicklungsplanung und verbrachte lange Zeit in Afrika. Joachim Becker beschäftigte sich damals schwerpunktmäßig mit dem südlichen Afrika und konnte zu diesem Zeitpunkt bereits zahlreiche einschlägige Publikationen vorweisen. Der fachliche „Fit“ zwischen Joachim Becker und Rudolf

Eder war zweifelsohne gegeben. Wie sich aber bald herausstellte, vertraten beide konträre theoretisch-inhaltliche Zugänge wie auch politische Positionen. Aufgrund einer klaren Trennung von Wissenschaft und Politik auf beiden Seiten konnte Joachim Becker jedoch bis zur Pensionierung von Rudolf Eder (1997) äußerst eigenständig zu Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung des Globalen Südens mit einem Schwerpunkt auf dem südlichen Afrika arbeiten. Joachim Becker war zu diesem Zeitpunkt auch bereits seit einigen Jahren Redakteur der Zeitschrift ‚Infodienst südliches Afrika‘ und engagierte sich im Rahmen der Anti-Apartheitsbewegung.

Noch im Jahr seines Dienstbeginns bekam Joachim Becker mit Werner Raza einen neuen, sehr engagierten Arbeitskollegen. Beide waren mit je 20 Stunden teilzeitbeschäftigt. Diese Form der Beschäftigung behielt Joachim Becker bis zu seiner Pensionierung bei, was ihm erlaubte, den anderen Teil seiner Lebens- und Arbeitszeit intensiv für umfangreiche Projektarbeiten sowie zahlreiche Studienaufenthalte im Ausland zu nutzen, aber auch seiner Leidenschaft für ausgedehnte Wanderungen nachzugehen.

Nach dem Dienstenende von Rudolf Eder wurde dessen Abteilung (und damit auch Joachim Becker und Werner Raza) dem Institut von Prof. J. Hanns Pichler interimistisch zugeordnet, dessen Institutsschwerpunkt „Internationale Wirtschaft und Entwicklung“ war. In dieser Zeit begann sich Joachim Becker ausführlich mit der französischen Regulationstheorie zu beschäftigen und arbeitete dabei intensiv mit Andreas Novy, Johannes Jäger, Werner Raza, Reinhard Pirker u.a. zusammen. So wie bereits unter Rudolf Eder arbeitete Joachim Becker auch in dieser Zeit eigenständig und konsequent an seinen Forschungsprojekten. Trotz unterschiedlicher Zugänge bestand auch in dieser Zeit ein ausgezeichnetes Verhältnis zu seinem neuen Dienstvorgesetzten, der ihn umgekehrt wiederum in vielfacher Art und Weise förderte. Diesem Modus von wissenschaftlicher Eigenständigkeit und respektvollem persönlichem Umgang trotz inhaltlicher Differenzen blieb Joachim auch gegenüber seiner Vorgesetzten ab 2002, Prof. Ingrid Kubin, treu.

Im Jahr 2000 habilitierte sich Joachim Becker mit der Monographie „Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie“. Diese Arbeit war das Resultat seiner mehrjährigen Forschungsarbeit, die ihn bereits damals häufig und für längere Zeiten nach Frankreich sowie in verschiedene Länder Südamerikas brachte. Ihn zeichnet eben nicht nur seine große Eigenständigkeit aus, sondern auch seine intensive Kooperationsbereitschaft mit Wissenschaftlern anderer Länder und anderer Disziplinen.

Joachim besitzt auch noch eine weitere interessante Eigenschaft: Er war als deutscher Staatsbürger nicht nur der erste nicht-österreichische Wissenschaftler am damaligen Institut, sondern er war auch der erste Mitarbeiter,

der aufgrund seines umfangreichen Werkes bereits drei Jahre vor Abschluss seiner Habilitation, mithin im Jahr 1997 definitiv gestellt wurde. Dieser Erfolg verdankte sich nicht nur seiner wissenschaftlichen Qualifikation, sondern zeugt auch von seiner unnachahmlichen Konsequenz, die sowohl seine wissenschaftliche als auch seine politische Arbeit prägen.

Ein weiteres Kennzeichen für Joachims Beckers wissenschaftliche Qualität ist sein ausgeprägtes Engagement in der Lehrtätigkeit. So unterrichtete er seit seiner ersten Lehrveranstaltung an der WU eine ‚Politische Ökonomie‘ im wahren Sinn des Wortes: Diese beruht darauf, dass ökonomische und politische Fragen immer gemeinsam besprochen werden. Viele Studierende erzählen noch heute von ihren diesbezüglich äußerst einprägsamen Erfahrungen. Karin Küblböck, Alexandra Strickner, Ivan Lesay, Vanessa Redak, Christa Schlager oder Oliver Schwank sind nur einige Beispiele von ehemaligen Studierenden, die – nicht zuletzt aufgrund ihrer Erfahrungen in diesen Lehrveranstaltungen – heute wichtige Positionen in internationalen sowie nationalen wirtschaftspolitischen Institutionen einnehmen. Den Grundstock von Joachim Beckers vielfältiger Lehrtätigkeit bildete immer seine umfangreiche Beschäftigung mit der französischen Regulationstheorie, gepaart mit seinem umfassenden Wissen zur historischen und institutionellen Entwicklung zahlreicher, sehr verschiedenartiger Länder. Es ist sicherlich kein Zufall, sondern entspricht vielmehr dem Gesamtcharakter von Joachim Becker, dass er insgesamt mehr als 10 Sprachen spricht – und sich die meisten davon im Selbststudium angeeignet hat!

Neben seiner Lehre an der WU unterrichtete er an mehreren österreichischen Universitäten und Fachhochschulen und war darüber hinaus auch Gastprofessor in Argentinien, Brasilien, Bratislava, Prag, Spanien und Rumänien. Im Jahre 2012 verbrachte er ein Sabbatical an der İstanbul Üniversitesi. Internationalismus war und ist sicherlich eine der wichtigsten Eigenschaften von Joachim Becker.

An der WU organisiert Joachim Becker seit 25 Jahren das Wahlfach ‚Politische Ökonomie und Theoriegeschichte‘. Ein zentraler Schwerpunkt dieses Faches ist die Entwicklung der Ökonomie in ihrer Vielfältigkeit, ja Pluralität, die heutzutage oftmals unter dem Sammelbegriff ‚Heterodoxe Ökonomie‘ subsummiert wird. Diesem Bereich wollen wir uns im Folgenden widmen.

Heterodoxe Ökonomie

Im Vorfeld sollen hier Geschichte und Verankerung der Heterodoxen Ökonomie an der WU kurz skizziert werden. Als Joachim Becker am Institut für Volkswirtschaft zu arbeiten begann, war das Volkswirtschaftsinstitut von einer pluralen Ausrichtung geprägt. Zudem war die Wirtschaftspolitik als eigene

Agenda stark ausgeprägt, arbeiteten doch mehrere Professoren sowie Assistent:innen auch in sozialpartnerschaftlichen Institutionen mit. Generell waren am Institut sehr unterschiedliche ökonomische Strömungen, Denkrichtungen und wirtschaftspolitische Herangehensweisen vertreten, die eine Vielzahl an pluralen Zugängen zur Volkswirtschaft widerspiegeln. Die Zurückdrängung der Wirtschaftspolitik im Volkswirtschaftscurriculum erfolgte einerseits durch die Emeritierung zentraler Professoren (Nowotny, Obermann, Clement), andererseits durch die starke Fokussierung des VWL-Studiums auf rein formaltechnische Aspekte. So wichtig eine gute ökonometrische Ausbildung auch ist, sie sollte doch immer zur Lösung von ‚relevanten‘ (Gunnar Myrdal) wirtschaftspolitischen Problemen Anwendung finden. Dieser Anspruch rückte am Institut über die Jahre immer stärker in den Hintergrund. Verstärkt wurde diese Tendenz durch neue Lehrpläne, forciert durch den Bologna-Prozess (2003), die eine plurale ökonomische Ausbildung immer stärker einschränkten. Heterodoxe Ansätze wurden dabei zunehmend in den Hintergrund gedrängt.

Heterodoxe Ökonomie beschäftigt sich kritisch mit gesellschaftlichen Auswirkungen des ökonomischen Handelns, vor allem bietet sie aber diverse theoretische Zugänge zum Themenkomplex der Ökonomie an. Sie stellt die Frage, welches die wichtigsten Bestimmungselemente ökonomischen Handelns sind und wie dies institutionell und kulturell begründet werden kann. Somit werden Themenstellungen der kritischen Politischen Ökonomie bearbeitet. Diese Perspektive betrachtet ökonomisches Handeln im Sinne eines untrennbaren Zusammenwirkens von politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Komponenten. Es impliziert eine kritische Auseinandersetzung mit der vorherrschenden ökonomischen Lehre, inklusive des Befundes, dass ökonomische Prozesse keinesfalls ausschließlich anhand eines formalistisch-deduktiven Forschungsrahmens erklärt werden können.

Joachim Becker stand und steht für ein Bekenntnis zu einer Pluralen Ökonomik – und das sowohl in der Forschung wie auch in der Lehre. Diese heterodoxe Ausrichtung praktiziert er nun schon seit mehr als drei Jahrzehnten. Seine Forschungsschwerpunkte werden aus dem Blickwinkel der kritischen Politischen Ökonomie bearbeitet, wobei er sich einen besonderen Namen als Vertreter der französischen Regulationstheorie in Österreich gemacht hat. Diese ist in hervorragender Weise geeignet, als theoretischer Makro-Rahmen aktuelle Gesellschafts- und Machtphänomene analytisch fassen zu können. Dabei wird dem Kapitalismus einerseits die exzeptionelle Fähigkeit zugesprochen, menschliche Energie zu mobilisieren und in Wachstum zu übersetzen, andererseits aber nicht die Kapazität, den Zusammenprall von konfligierenden individuellen Interessen in ein kohärentes (globales) System zu transformieren. Letzteres muss über Regulation und Mediationsmechanismen geleistet werden.

Gerade die Krise der ökonomischen Theorie, besonders auch nach Ausbruch der Finanzkrise 2008, verlangt nach einer Neubesinnung der Disziplin der Volkswirtschaft. Dabei ist ein Blick in die Geschichte des ökonomischen Denkens absolut relevant, denn mit heutigen Curricula geraten die theoriegeschichtlichen Erkenntnisse in Gefahr, der Vergessenheit anheimzufallen. Ebenso werden heterodoxe Ansätze, welche das Menschenbild komplexer begreifen als im engen Homo-Oeconomicus-Korsett, im akademischen Feld zunehmend marginalisiert, ob das nun die Institutionelle Schule, die Feministische Ökonomie, Marxistische Ökonomie oder andere Formen einer Pluralen Ökonomie betrifft. Die Zumutungen an die Menschen, die der heutige Kapitalismus ihnen auferlegt, werden immer stärker über ökonomische Sachzwänge argumentiert. Damit erfolgt eine Normierung der Menschen: Er/Sie müsse sich so verhalten, als ob er/sie nichts anderes als ein Homo oeconomicus sei.

Im Gegensatz dazu argumentieren heterodoxe Ansätze mit einer starken historischen und kulturellen Kontextualisierung: Was als „vernünftig“ gilt, wird nicht als gegeben angenommen, sondern von historisch entstandenen Normen geprägt, die über Sprache vermittelt sind, wie auch über die Dominanz unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Daher kann es nicht weiter verwundern, dass sich Joachim Beckers Arbeiten immer auch mit Machtfragen beschäftigen, welche sowohl die Entwicklung des ökonomischen Denkens als auch die Rahmenbedingungen für wirtschaftspolitisches Handeln prägen, und es sind sowohl theoretische als auch politikorientierte Ansätze, die solcherart bearbeitet werden.

Joachim Becker kann somit im besten Sinne als Heterodoxer Ökonom bezeichnet werden. Das mag nicht zuletzt auch seiner transdisziplinären Ausbildung der Ökonomie und Politikwissenschaften geschuldet sein. Es ist ein wichtiges Merkmal einer Heterodoxen Ökonomie wie auch eines politisch strategisch denkenden Menschen, Wissenschaft nicht als l'art-pour-l'art zu verstehen, sondern immer als Teil eines Prozesses, der gesellschaftlich genutzt werden soll, positive Veränderungen zu ermöglichen. In diesem Sinne hat sich Joachim Becker neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auch gewerkschaftlich und journalistisch engagiert.

Heterodoxe Ökonomie – der Sammelband 2009

Ausgehend von den Lehrveranstaltungen zum Thema „Heterodoxe Ökonomie“, die es an der WU zu dieser Zeit noch gab, die aber damals bereits dem „bildungspolitischen Streamlining“ (Becker et al. 2009: 8) zum Opfer zu fallen drohten (und nun mit dem Ausscheiden der letzten Heterodoxen Ökonom:in-

nen vom Department Volkswirtschaft¹ endgültig verschwunden sind), beschlossen einige der Heterodoxen Ökonom:innen (aktive und ehemalige der WU, die alle in der einen oder anderen Form noch an der WU lehrten), einen Sammelband zur Heterodoxen Ökonomie herauszubringen und somit diese unsere Tätigkeiten für Interessierte und Studierende zu dokumentieren und den Band auch in den Lehrveranstaltungen verwenden zu können. Daran war Joachim Becker in führender Weise beteiligt.

Eingeleitet wurde dieser Band mit dem Verweis auf die schwerste Krise seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, die ohne umfangreiche Interventionen wohl zum Zusammenbruch des modernen Finanzsystems geführt hätte. Diese Krise hatte gezeigt, wie schnell die Wirtschaftspolitik sich vom „relativ homogenen Block neoklassisch inspirierter Monokultur“ (Becker et al. 2009: 7) entfernen musste, um das bestehende System mit keynesianisch inspirierten Maßnahmen zu stabilisieren. Und obwohl die große Finanzkrise der 2000er Jahre auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaft war, blieb doch das „Ancien Regime ... fest verankert“ (ebd.), die „paradigmatische Monokultur“ (ebd.) wurde nicht aufgebrochen. Dies wurde im vorliegenden Sammelband im Jahr 2009 als Befürchtung konstatiert und hat sich aus heutiger Sicht als durchaus korrekt erwiesen.

Angeleitet waren all die Beiträge dieses Sammelbandes von folgender Prämisse: „Bei all den Unterschieden in der Analyse, gemeinsam sind ihnen [den heterodoxen Ansätzen] eine sozialwissenschaftlich orientierte Ausrichtung und ein entwickeltes Sensorium für jene sozialen Probleme, die mit der kapitalistischen Marktwirtschaft verbunden sind.“ (Becker et al. 2009: 7)

Joachim Becker ist mit zwei Beiträgen vertreten, die seinen Beitrag zur Heterodoxen Ökonomie gut zusammenfassen: einem zur „Regulationstheorie“ (Becker 2009: 89-116) und einem zweiten (gemeinsam mit Oliver Schwank) zu „Theorien zum peripheren Kapitalismus“ (ebd.: 117-146). Im vorliegenden Band wird auf Joachim Beckers Beitrag zu diesen beiden Themenkomplexen in anderen Artikeln genauer eingegangen. Daher sei an dieser Stelle nur auf die zutiefst plurale Struktur der Regulationstheorie hingewiesen, da sie Folgendes bearbeitet: „... gesellschaftliche Prozeduren, mit welchen die gesellschaftlichen Widersprüche kapitalistischer Ökonomien bearbeitet und vorübergehend eingehegt werden können. Der Komplex dieser gesellschaftlichen Prozeduren wird als Regulation bezeichnet.“ (Becker et al. 2009: 13)

Dieser Sammelband hat Studierende mit einem ausgeprägten Interesse an Heterodoxer bzw. Pluraler Ökonomie, für welche die WU bis vor kurzem noch eine attraktive und gerne genutzte Anlaufstelle war, über Jahre angeleitet,

¹ Joachim Becker war im Studienjahr 2024/25 der letzte verbliebene ‚Heterodoxe‘ am Department.

sich mit den unterschiedlichen ökonomischen Ansätzen kritisch vertraut zu machen. Nach der Umstellung des Masterprogramms auf englische Sprache verlor der Band als Lehrinhalt zwar leider an Bedeutung, als Zeitdokument und generelle Einführung ist er aber immer noch wichtig.

Universitäre Strukturen und Betriebsratsarbeit

Aus dem bis jetzt Ausgeführten ergibt sich folgerichtig, dass Joachim Becker sich innerhalb der Organisation, in der er arbeitete, immer auch für die Arbeitnehmer:innenseite eingesetzt hat, sich immer dafür engagierte, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, den nicht-mächtigen Gruppen in der Organisation eine Stimme zu geben und Ungerechtigkeiten zu reduzieren (idealerweise: zu beseitigen).

In den 1970er Jahren wurden an österreichischen Universitäten Strukturen etabliert, die – entgegen der früheren hierarchischen Ordnung – eine demokratische Universität möglich machen sollten. Viele Entscheidungsgremien waren drittelparitätisch besetzt, d.h. die Studierenden wie auch das wissenschaftliche Personal verfügten neben den Professor:innen über annähernd gleichberechtigte Entscheidungsgewalt. War in solchen Gremien die Sitzungszeit mitunter durchaus exzessiv, gab es damit aber eben die Möglichkeit, demokratisch an der Ausgestaltung der Universitäten mitzuarbeiten. Dies wollte und sollte das Universitätsgesetz (UG) 2002 radikal abschaffen.

Joachim Beckers Konsequenz und Pragmatik zeigt sich auch darin, dass er im Vorfeld der Einführung des UG 2002, als es veritable Streiks dagegen an den Universitäten und auch an der WU gab, Mitglied des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses und auch in der gemeinschaftlichen Streik-Führung aktiv tätig war (im Streikkomitee war er Co-Vorsitzender). Darüber hinaus ist er seit Beginn der Tätigkeit des Betriebsrates an der WU ein Mitglied desselben, d.h. er ist in der Betriebsratsarbeit seit 2004 aktiv. Statt der Dienststellenausschüsse wurden mit dem UG 2002 Betriebsräte eingerichtet. Je mehr nicht-verbeamtete, sondern nach ASVG beschäftigte Mitarbeiter:innen an der WU eingestellt wurden, umso wichtiger wurde die Arbeit des wissenschaftlichen Betriebsrates (siehe dazu Eckardstein/Konlechner 2007).

Innerhalb der vielfältigen Tätigkeiten im Betriebsrat hat sich Joachim Becker als jemand verstanden und erwiesen, der einerseits die politischen Machtverhältnisse realistisch wie kritisch einzuschätzen weiß, andererseits war er – sozusagen im wahrsten Sinn des Wortes – federführend an der Kommunikation der Betriebsratsarbeit nach außen beteiligt. Er hat über lange Jahre die Informationen des Betriebsrates nicht nur aufbauen geholfen, sondern bis heute auch journalistisch begleitet, ja gemanagt.

Kommunikation nach außen – seine journalistische Tätigkeit

Aus der Anti-Apartheid-Bewegung kommend, war für Joachim Becker immer wichtig, nicht nur im Elfenbeinturm Wissenschaft verankert zu sein, sondern analytische Wissenschaft mit angewandter Praxis zu verbinden. Für ihn war diese Praxis in der – wissenschaftlich angeleiteten – journalistischen Arbeit zu finden.

Beinahe idealtypisch steht dafür sein langjähriges Engagement im BEIGE-WUM, genauer in der Zeitschrift „Kurswechsel“. Seit 1996 und bis dato ist er Mitglied der Redaktion des Kurswechsels, der Zeitschrift des BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen), einem Verein von Sozialwissenschaftler:innen unterschiedlicher Disziplinen, der sich zum Ziel gesetzt hat, „Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen“. Kein Wunder also, dass die Arbeit des BEIGEWUM – in der Eigendarstellung – vor einigen Jahren als ‚Heterodoxie unter sozialpartnerschaftlichen Bedingungen‘ (BEIGEWUM 2004) übertitelt wurde (siehe den Beitrag von Schlager/Weber in diesem Band).

In ähnlicher Art und Weise, wenngleich stärker mit der universitären Lehre verbunden, sind die interdisziplinären Ringvorlesungen und anschließenden Sammelbände zur Historischen Sozialkunde zu verstehen. Hier war Joachim Becker in der Mitorganisation der Ringvorlesungen (zumeist an der Universität Wien) beteiligt. Begleitend dazu wurden die Bände der Historischen Sozialkunde (HSK) herausgebracht, er war hier von 1999-2016 im Herausgeberkreis tätig. Diese Einführungsbände waren speziell auch für den Unterricht gedacht und thematisch im Spannungsfeld Gesellschaft-Entwicklung-Politik angesiedelt (an der WU wurde z.B. der Band zu „Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat“ (Becker et al. 2007) in den einschlägigen Lehrveranstaltungen verwendet). Wir haben ihn einmal gefragt, was denn das Ende dieser Ringvorlesung und Buchreihe ausgelöst hat. Letztlich – so seine Antwort – war es wohl der Bologna-Prozess, nach dem die Universitätsstrukturen in der Lehre wesentlich uniformer gestaltet wurden, was keinen Platz mehr für solche Inhalte ließ.

Aber Joachim Beckers journalistische Tätigkeiten bzw. die Kommunikation von wissenschaftlicher Analyse nach außen (dieser Tage an der WU gerne mit dem Begriff der *Third Mission* übertitelt) sind bei ihm inhaltlich viel weiter gefasst (wobei er selbst dies gerne auch mit dem Begriff des „Hanges zur Peripherie“ bezeichnet hat). In Lateinamerika hat er z.B. zu alternativer kommunaler Politik geforscht (Vergleich Montevideo und Wien, Ende der 90er Jahre) und dazu auch Interviews gegeben. Er wurde in Uruguay zu Fragen der Finanzkrisen in TV und Radio interviewt, desgleichen gab er Interviews

in Slowenien und Serbien und hat oftmals für das türkische (meist verbotene, gewerkschaftsnahe und kritische) Internet-Portal sendika.org Kommentare verfasst.

Zusammenfassend möchten wir Joachim Becker für viele Jahre der kollegialen Zusammenarbeit danken, für seine unkonventionelle Herangehensweise an die ihm wichtigen wissenschaftlichen Themen, für seine wissenschaftliche Eigenständigkeit und Konsequenz, die er ruhig und besonnen durchgesetzt hat. Er war ein wichtiger Weggefährte und Verbündeter im Kampf für den Fortbestand einer Heterodoxen Ökonomie am Department Volkswirtschaft der WU, einer, der immer bereit war, dafür einzustehen und mitzukämpfen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil für ihn Wissenschaft auch gesellschaftspolitisch für positive Veränderungen genutzt werden soll. Joachim Becker hat seine vielfältigen Tätigkeiten immer dahingehend aufgebaut.

Literatur

- Becker, J., Imhof, K., Jäger, J., Staritz, C. (Hg.) (2007): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat, Wien: Mandelbaum.
- Becker, J. (2009): Regulationstheorie, in: Becker, J. et al. (Hg.), 89-116.
- Becker, J., Grisold, A., Mikl-Horke, G., Pirker, R., Rauchenschwandtner, H., Schwank, O., Springler, E., Stockhammer, E. (Hg.) (2009): Heterodoxe Ökonomie, Marburg: Metropolis.
- Becker, J., Schwank, O. (2009): Theorien zum peripheren Kapitalismus, in: Becker, J. et al (Hg.), 117-146.
- BEIGEWUM (2004): Heterodoxie unter sozialpartnerschaftlichen Bedingungen. Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM), in: Intervention 2/2004.
- Eckardstein, D. v., Konlechner, S. (2007): Die Betriebsräte des wissenschaftlichen Personals an österreichischen Universitäten. Bestandsaufnahme der gesetzlichen Neuregelung der Mittbestimmung, München: Mering.
- Rothschild, K. W. (1989): Political Economy or Economics? Some Terminological and Normative Considerations, in: European Journal of Political Economy, 5, 1-12.

Wir brauchen einen Kurswechsel?

Ein Kurswechsel braucht einen Redakteur!

Beat Weber und Christa Schlager

Joachim Becker hat seit dem Jahr 1996 kontinuierlich einen Teil seiner Arbeit für Aktivitäten des „Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen“ (BEIGEWUM) und seiner Zeitschrift Kurswechsel zur Verfügung gestellt. Um diese Entscheidung und die eigenwillige Namensgebung der beteiligten Instanzen zu verstehen, ist ein Blick auf die Entstehungsgeschichte und den Charakter dieses Arbeitszusammenhangs hilfreich.

Neokorporatistische Wurzeln

In den 1980er Jahren begann nicht nur die weltweite Entfaltung des Neoliberalismus. Es war in Österreich auch die Zeit, in der das progressiv-kritische akademische Milieu in den Institutionen Fuß fasste bzw. selbst welche gründete (z.B. Grüne Partei, diverse unabhängige Forschungsinstitute und Vereine, Nichtregierungsorganisationen). In dieser Zeit wurde auch der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) gegründet. „Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung von Frauen“, so das Vereinsstatut, dessen letzter Halbsatz in Reaktion auf interne Proteste auf eine zunächst fehlende Berücksichtigung der Geschlechterperspektive eingefügt wurde.

Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, der beginnende Abschied vom „Austrokeynesianismus“ in der Wirtschaftspolitik und das wachsende Bewusstsein einer ökologischen Krise waren wahrscheinlich die drei inhaltlichen Kernpunkte, die unter vielen kritischen Sozialwissenschaftler:innen, die die Libe-

ralisierung der Universitäten in den 1970er Jahren hervorgebracht hatte, den Wunsch hervorbrachten, sich zusammenzutun.

Die Ursprünge des Vereins in den 1980er Jahren lassen sich auch am Namen ablesen. Nicht nur, dass ein Name, der elendslang ist und nicht einmal eine klingende Abkürzung aufweist, unter heutigen Bedingungen skurril anmutet, wo professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit und logoorientierte Strategien von NGOs die selbst gebastelte und zumeist sperrige Selbstdarstellung sozialer Bewegungen weitgehend abgelöst haben.

Vor allem basiert der Name auf einer Anspielung, die schon damals eher ein Insiderwitz war. Im österreichischen System der Sozialpartnerschaft, das damals die wirtschaftspolitischen Entscheidungen dominierte, war das Herzstück der „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“, ein neokorporatistisches Gremium, beschickt von Wirtschaftsexpert:innen der Unternehmens- und Lohnabhängigen-Verbände. Diesem Ideen-Zentrum, Beratungsorgan und Aushandlungsforum der österreichischen Wirtschaftspolitik wollte sich der BEIGEWUM – nicht ohne Ironie – ideell hinzusetzen. Das reflektiert eine damals verbreitete Haltung unter gesellschaftskritischen Reformkräften: die Sozialpartnerschaft nicht abschaffen, sondern für neue Themen öffnen. Wie viele kritische Initiativen in Österreich stand auch der BEIGEWUM im Vergleich zu ähnlichen Organisationen in anderen Ländern stark „im Schatten des Staates“, der primärer Adressat von Forderungen blieb, und an die Einhaltung wohlfahrtsstaatlicher Versprechen und Wahrung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben erinnert werden sollte.

Die Spiegelung der sozialpartnerschaftlichen Form fand auch auf formaler Ebene statt: Positionen zu einzelnen Themen werden von Arbeitskreisen verfasst, die Expert:innen diverser Fachrichtungen und politischen Orientierungen im Rahmen des eigenen politischen Spektrums versammeln. Publiziert wird in Form von Büchern oder Broschüren, die sich durchaus manchmal um größere Allgemeinverständlichkeit bemühen, aber generell den Charakter von „Gegengutachten“ haben, die sich mit der Expertise der offiziellen Beratungsorgane messen wollen. Neben Arbeitskreisen gab es über lange Zeit auch etwa im Zweijahresrhythmus wissenschaftliche Konferenzen, die den BEIGEWUM in der wissenschaftlichen Community positionieren und internationale Kontakte knüpfen und verstetigen helfen sollten (etwa mit der deutschen Memorandum-Gruppe¹, mit der eine Reihe von Tagungen und Publikationen zustande kam).

¹ In der deutschen Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (auch Memorandum- oder kurz Memo-Gruppe) arbeiten Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschafter „an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven, die sich an der Sicherung sinnvoller Arbeitsplätze, der Verbesserung des Lebensstandards und dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit für die Arbeitnehmer sowie wirksamer Umweltsicherung in der Bundesrepublik orientieren. (Wikipedia)

Vier Mal jährlich frisch gedacht

Als zentrales regelmäßiges Diskussions- und Publikationsorgan fungierte von Anbeginn die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Kurswechsel“. Dort wird neben der Vorstellung von Arbeiten aus dem eigenen Kreis die Debatte mit anderen wissenschaftlichen Zweigen, neuen Themen und internationalen theoretischen Entwicklungen befördert. Damit soll der kritischen Sozialwissenschaft in der immer enger werdenden wissenschaftlichen Diskussion ein fester Platz verschafft werden und auch kritischen Nachwuchswissenschaftler:innen die Möglichkeit gegeben werden, Seite an Seite mit „Etablierten“ zu publizieren.

Die inhaltliche Orientierung wies im Wesentlichen zwei Eckpfeiler auf. Das eine war die Verteidigung wohlfahrtsstaatlicher Konzepte gegen ihre stille Entsorgung in der wirtschaftspolitischen Praxis. In einer gewissen Weise ging es hier zu einem großen Teil darum, die an der Regierung befindliche SPÖ an ihre eigenen Ansprüche zu erinnern. Der zweite Pfeiler war das Einbringen von neuen Blickwinkeln, die sich in sozialen Bewegungen und der akademischen Diskussion herausgebildet hatten, in die politische Debatte – z.B. das Konzept der Ökologisierung der Wirtschaft, neue wohlfahrtsstaatliche Konzepte für neue soziale Problemlagen (experimentelle Arbeitsmarktpolitik, Bekämpfung neuer Armut etc.), Publikationen zum Thema Feministische Ökonomie u.a.m. Grundlegende gemeinsame Stoßrichtung aller Arbeiten war von Anfang an die Strategie, die Behauptung ökonomischer Sachzwänge, die als Begründung für wirtschaftspolitische Inaktivität oder Reformen von rechts angeführt werden, zurückzuweisen, und das Primat der Politik, der man emanzipatorisches Gestaltungspotenzial zuschrieb, vor der Dominanz liberaler Marktkräfte, die „wie eine unsichtbare Hand agieren“, als Gestaltungskraft zu verteidigen.

Die dominanten theoretischen Strömungen innerhalb des BEIGEWUM waren von Beginn weg Postkeynesianismus, die Regulationstheorie als damals einflussreichster Versuch der Erneuerung politischer Ökonomie sowie Strömungen „alternativer Ökonomie“, zunehmend ergänzt um feministische und ökologische Ansätze.

Ende der 1980er Jahre findet eine interessante Fokusverschiebung statt. Die österreichische Politik begann, auf den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft hinzuarbeiten, und wenig später wurde ganz Europa von den Folgen des Umbruchs 1989 erfasst. Eine Internationalisierungsstrategie und eine Veränderung des Umfelds, die der BEIGEWUM begleitete. Die Publikation „AusWEG Europa?“ im Jahr 1988 erschien beim Falter-Verlag und fand ein größeres Publikum, weil sie Alternativen zur Beitrittslinie ohne Wenn und Aber just auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik diskutierte, auf dem die Be-

fürworter:innen in Industrie und Parteien bislang alle Argumente auf ihrer Seite zu haben schienen.

Das erwies sich auch in den Jahren darauf als fruchtbares Feld. Waren die makroökonomischen BEIGEWUM-Debatten in den 1980er Jahren noch stärker von einem eher defensiven analytischen Ausloten von „Handlungsspielräumen kleiner, offener Volkswirtschaften“ geprägt, gewann der Schwerpunkt im nächsten Jahrzehnt eine internationale, offensivere Ausrichtung.

In den 1990er Jahren verfestigt sich die Beschäftigung mit EU-Fragen zu einem zentralen Thema der BEIGEWUM-Arbeit. Der Konferenzband „Wege zu einem anderen Europa“ (1996, erstmals bei einem deutschen Verlag, Papy-Rossa, erschienen), die Kritik an der makroökonomisch restriktiven Orientierung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Studie „Was hat der Euro mit den Arbeitslosen zu tun?“ (Wien 1996) und die Auseinandersetzung mit den verfehlten beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU in „Der NAP ist da – wo bleiben die Jobs?“ (Wien 1998), die letzteren beiden wieder als Broschüren im Eigenverlag, waren Ausdruck einer nun kontinuierlichen kritischen Begleitung der wirtschaftspolitischen Projekte auf EU-Ebene, die zum zentralen Bestimmungsfaktor nationaler Entwicklungen geworden waren.

Mit „Europäische Integration nach ökologischen und sozialen Kriterien“ erstellte der BEIGEWUM eine Studie, die ihn am Vorabend der Beitrittsabstimmung in Österreich in diese verwickelte. Der Arbeitskreis war zwar eigenständig tätig geworden, hatte jedoch wenig später mit der Grünen Bildungswerkstatt einen Vertrag ausgehandelt, der Bezahlung vorsah. Dass die ultimative Auftraggeberin, die Partei der Grünen (die sich damals gegen den Beitritt zur EU einsetzte), natürlich versuchte, das Endergebnis politisch zu verwerfen, sorgte dann doch für einiges Unbehagen in den Reihen des Vereins. Während es bei der Arbeit als „Expert:innen“ möglich war, in vielen Fragen inhaltliche Übereinstimmung zu finden, ließ die parteipolitische Verwertung der Ergebnisse die unterschiedlichen parteipolitischen Orientierungen unter den Vereinsmitgliedern virulent und zum Problem werden.

Die Spannung ging vorüber – andere Konflikte davor und danach kamen und gingen: In den 1980ern kam es zu einem kurzzeitigen „Auszug der Frauen“, die dem Vorstand en bloc nach anhaltenden Spannungen den Rücken kehrten. Einige Jahre später machte es eine neue Generation über viele Jahre möglich, den Vorstand mehrheitlich aus Frauen zu besetzen – eine vor allem in der Domäne der Ökonomie sicher bis heute ungewöhnliche Konstellation. Die Verankerung feministischer Ökonomie wird seither zu einem verstärkten Schwerpunkt der Vereinsarbeit.

Hilfe beim Neubeginn

An anderer Stelle ist Joachim Beckers theoretische Arbeit im Kontext des regulationstheoretischen Denkens mit dem Entstehungsort Wien am Beginn der 1990er Jahre in Zusammenhang gebracht worden. Seine Arbeit sei, so Asli Odman (2006: 79) in einem Kurswechsel-Artikel zum Thema gesellschaftskritischer Ökonomie in Österreich, „aus den krisenhaften Prozessen am Ende der austrokeynesianischen gesellschaftlichen Übereinstimmung entstanden. Die Erfahrung, dass Österreich die Rolle der östlichen Bastion im Rahmen der Systemkonkurrenz zwischen der USA-UdSSR abhandenkam, die ehemaligen territorialen Einheiten von realsozialistischem Osteuropa (Tschechoslowakei und Jugoslawien) endgültig auseinander fielen und die anachronistisch klingenden, aber doch *neuen* Rechten in Österreich bis zur Regierungsbeteiligung in 2000 aufstiegen, haben die Inhalte der kritischen Weiterentwicklung des Regulationsansatzes durch die österreichischen Regulationist:innen stark beeinflusst“. Wie aus dem bisher Gesagten deutlich wurde, waren das wichtige Triebkräfte, die auch die Auseinandersetzung im BEIGEWUM und Kurswechsel prägten. Im kleinen Österreich war es folglich kein Zufall, dass es bald zur Zusammenarbeit kam. Dass die Zeitschrift Kurswechsel an Joachims Beckers Arbeitsplatz an der Wirtschaftsuniversität Wien stark personell verankert war, hat geholfen, die inhaltliche Affinität zur praktischen Zusammenarbeit werden zu lassen.

Als Mitherausgeber des Kurswechsel-Hefts 1/1996 zum Thema „Die Zukunft der dritten Welt. Weder Revolution noch Reform?“ hat Becker gestaltend an den Kurswechsel angedockt und den bisher im Kurswechsel wenig präsenten entwicklungsökonomischen bzw. -politischen Zugängen erstmals größeren Raum verschafft. Just 1996 sollte für den Kurswechsel ein sehr schwieriges Jahr werden. Persönliche, politische, organisatorische und finanzielle Zerwürfnisse in der Redaktion drohten das Projekt zu zerreißen, Spaltung und Rechtsstreit standen im Raum. Schlussendlich blieb der Kurswechsel in der bisherigen Form und Anbindung an den BEIGEWUM am Leben, doch eine neu zusammengesetzte Redaktion sollte einen Neuanfang signalisieren. Dass Joachim Becker frei von langjähriger Verankerung und eindeutiger Zuordenbarkeit in alteingesessenen österreichischen Polit- und Parteizirkeln war, erschien dafür sehr hilfreich. Nach dem ersten erfolgreichen Beschnuppern in Form der Gast-Heftherausgabe wurde aus Joachim Becker ein willkommener Neuzugang für die personell reformierte Kurswechsel-Redaktion, die damit frischen Wind und eine Erweiterung und Vielfalt der Zugänge signalisieren konnte. Mit programmatischen Heften in erhöhtem Umfang wie „Wirtschaftspolitik – mehr als ein Sparpaket“ und „Gegenreformation an den

Hochschulen“ als Auftakt entfachte die Redaktion mit Becker an Bord frischen Gegenwind zum politischen Zeitgeist.

Seither hat Joachim Becker zahlreiche Hefte zu Schwerpunktthemen gestaltet, zahlreiche aktuelle Debattenforen erdacht und unzählige Beiträge im Kurswechsel geschrieben. In akademischen Publikationszusammenhängen hat Becker wichtige und breit rezipierte Beiträge zur Diskussion und Weiterentwicklung der Regulationstheorie veröffentlicht, im Sinne einer Lösung „von der Fixierung auf den Nationalstaat und stabiler Entwicklungsphasen“ zugunsten „differenzierterer Konzeptionen des Raumes und von Stabilität und Instabilität“ (Becker/Schürz 2006: 4).

Die meisten von Joachims Beckers Schriften für den Kurswechsel sind der Anwendung und Umsetzung dieser theoretischen Perspektive auf konkrete Wirtschaftsräume gewidmet, mit zurückhaltender Nutzung theoretischer Spezialbegriffe und Vermeidung der Konzentration auf wissenschaftsinterne Auseinandersetzungen. Viele seiner Veröffentlichungen im Kurswechsel, die oft der polit-ökonomischen Einordnung und räumlichen Kontextualisierung jüngerer Entwicklungen gewidmet waren, hat er selbst als eine Art „theoretisch informierten Journalismus“ begriffen und gepflegt. Die laut Google Scholar am meisten zitierten Kurswechsel-Beiträge von Becker drehen sich allesamt um die Europäische Union und die Widersprüche der Integration als unabgeschlossener Prozess der Bewältigung der Umbrüche in Europa, die mit der Zäsur 1989 ihren Lauf nahmen: „EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie“ (2004), „EU in der Krise: Bruchlinien zwischen Zentrum und Peripherie“ (2010), „Ist eine andere EU möglich?“ (2014).

Leitthemen seiner Arbeit und Fokus seines Forschungsinteresses sind stets die Krisenhaftigkeit und räumliche Ungleichheit wirtschaftlicher Entwicklung, mit Fokus auf den europäischen und amerikanischen Kontinent. Von abhängiger Entwicklung geprägte Gebiete in den Blick zu rücken und der Herausarbeitung ihrer Besonderheiten, Autonomietendenzen, externen Abhängigkeiten und internen Konflikte widmete Joachim Becker in zahlreichen Beiträgen zu Osteuropa und Lateinamerika seine Arbeit.

Wahrscheinlich hat im Zuge seines Wirkens niemand so viel zur Kontinuität des Kurswechsel beigetragen wie Joachim Becker. Titel wie „Von der Krise zum Wachstumsmodell?“ (4/2000) und „Krise in Europa“ (1/2019) sind typisch und zeugen von seinem Willen, analytisch unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Konjunkturen vorzugehen. Aufgrund seiner Kenntnis einer Vielzahl von Sprachen aus diesen Räumen, persönlichen Forschungskontakten und der Rezeption nationalsprachlicher Medien und wissenschaftlicher Veröffentlichungen konnte er in Länderstudien Einblicke eröffnen wie kaum ein zweiter im deutschsprachigen Raum. Langjährige Kurswechsel-Lesende wissen: Hier ist ein umfassend gebildeter Schriftgelehrter am Werk.

Orientierungswechsel und Breitenwachstum

Das Jahr 2000 mit der Regierungsübernahme von Schwarz-Blau in Österreich markiert einen Einschnitt – nicht nur was die Ausrichtung der Regierungspolitik betrifft, sondern auch für die Ausrichtung der BEIGEWUM- und Kurswechsel-Aktivitäten. Die Sozialpartnerschaft, die Österreichs Wirtschaftspolitik 50 Jahre geprägt und auch dem BEIGEWUM seinen anfänglichen Reibebaum geliefert hatte, wurde von der Regierung entmachtet, und damit auch die bislang gepflegte Konsensorientierung zugunsten eines konfrontativen Politikmodells. Das unter SPÖ-Bundeskanzlern von Gruppen wie dem BEIGEWUM gepflegte implizite Modell des – um es ironisch zu formulieren – Appells an einen „aufgeklärten Herrscher“ (das schon zuvor fragwürdig geworden war) verlor jetzt endgültig seinen Adressaten. Der Versuch, an die Regierung heranzutreten, um zu argumentieren, zu überzeugen und zu beeinflussen, war keine gangbare Strategie mehr.

Die BEIGEWUM-Publikation „Mythos Nulldefizit“ bemühte sich deshalb um Allgemeinverständlichkeit und eine ansprechende Verpackung, erschien als Buch in einem österreichischen Verlag, erfuhr hohe mediale Aufmerksamkeit, wurde prämiert und verkaufte sich in vierstelliger Auflage. Die neue politische Konstellation erforderte die Entwicklung eines neuen Rollenverständnisses. Zuvor hatte es darüber eigentlich wenig klare Selbstverständigung gegeben. Verstärkt ging es jetzt um Beiträge für eine öffentliche Debatte. Es entstand eine insgesamt sehr erfolgreiche „Mythen“-Buchreihe: „Mythen des Reichtums“, „Mythen des Sparens“, „Mythen der Krise“. Auf Seiten der sozialen Bewegungen hatte sich auch etwas verändert: Einerseits kam es zu einem anhaltenden Professionalisierungsschub („NGOisierung“) mit nicht immer unproblematischen Konsequenzen für die Bewegungsstruktur und -inhalte. Dem hat sich der BEIGEWUM konsequent verweigert. Alle Beteiligten arbeiten ehrenamtlich, und vom regelmäßigen Erscheinen des „Kurswechsel“ abgesehen unterliegt die Arbeit keinen Zwängen.

Zum anderen ist eine inhaltliche Verschiebung zu beobachten: Musste man bis Mitte der 1990er Jahre beklagen, dass die Explosion des NGO-Phänomens den Bereich der Ökonomie, insbesondere auf globaler Ebene, weitgehend ausgespart hat, hat sich das mit der Gründung von Attac geändert, die als Mitgliederorganisation ein größeres Publikum für kritische Zugänge zu wirtschaftspolitischen Themen gewinnen konnten. Attac hat kritische Ökonomie zum Gegenstand für eine kleine Massenbewegung gemacht. Sozialorganisationen haben sich im Rahmen der Armutskonferenz vernetzt, um sich institutionalisiert zu Sozialfragen zu artikulieren. Mit der Gründung des Momentum Instituts ist in Österreich noch eine Art Think Tank entstanden, der kritische wirtschaftspolitische Expertise effektiv in medialen Debatten zu Gehör bringt.

Der langjährige BEIGEWUM-Kooperationspartner Memorandum-Gruppe aus Deutschland hat in den letzten Jahren durch die Gründung der Euromemo-Gruppe eine internationale Ergänzung mit einem starken Standbein in Österreich gefunden.

Joachim Becker war nie ein Freund von Überlegungen, den Kurswechsel an die Formalkriterien akademischer Journale anzupassen (uneingeschränkte Offenheit für jegliche Einreichungen, *double blind peer review*, kommerzielle Wissenschaftsverlags-Gebarung), um unsere Autor:innen am akademischen Arbeitsmarkt zu unterstützen. Alle paar Jahre wieder wurde dieses Thema in der Kurswechsel-Redaktion auf Anregung Betroffener diskutiert, mit stets abschlägiger Antwort. Insbesondere Joachim Becker stand einer solchen Änderung stets kritisch gegenüber. Der Aufgabe, dem Charakter und dem Lesepublikum der Zeitschrift gegenüber schien ihm das nicht angemessen. Mittlerweile gibt es mit „Momentum Quarterly“ ein solches Organ innerhalb des inhaltlichen Spektrums in Österreich, das den Kurswechsel damit von dieser Aufgabe entlastet.

Die an diesen Beispielen sichtbare steigende organisatorische Vielfalt und Breite einer kritischen wirtschaftspolitischen Debatte und Bildung mit Fokus auf allgemeiner Öffentlichkeit hat dem BEIGEWUM und dem Kurswechsel über die Jahre eine Tätigkeit im Rahmen von Arbeitsteilung, Kooperationen und Projekten mit anderen Organisationen verschafft, die auch dem „Kurswechsel“ ein enorm langes Leben auf hohem Reichweiten-Niveau beschert hat. Der „Kurswechsel“, ursprünglich als Mitteilungsblatt des BEIGEWUM gegründet, hat sich mittlerweile zu einem vierteljährlich zu jeweils einem Schwerpunktthema erscheinenden Journal entwickelt, das mit vielen hundert Abonnent:innen die vermutlich größte sozialwissenschaftliche Zeitschrift Österreichs ist. Das Bedürfnis nach grundsätzlicher, theoretisch fundierter Analyse und Kritik scheint gegeben zu sein, und Joachim Becker hat seit vielen Jahren einen wesentlichen Beitrag dafür geleistet, dass dieses vorzüglich bedient wird.

Literaturverzeichnis

- Becker, J., Schürz, M. (2006): Editorial, in: Kurswechsel, 4, 3-6.
 Odman, A. (2006): Österreichische Varianten der Regulationstheorie, in: Kurswechsel, 4, 79-90.

Joachim Becker und das linke Denken in der Slowakei

Silvia Ruppeldtová

Das Jahr 2008, als nach einer langen Reihe kleinerer oder eher übersehener sozialer Krisen die große Weltwirtschaftskrise ausbrach, war auch in der Slowakei ein Jahr großer Hoffnungen. Damals dachten wohl nur wenige Menschen in linksorientierten Kreisen so, aber mit einigem Abstand betrachtet war dieses Jahr für viele von uns ein Wendepunkt. Nicht nur aus der Sicht der großen Geschichte, sondern auch aus der Perspektive unseres persönlichen und beruflichen Lebens. Auf persönlicher Ebene bin ich für vieles, was ich bis heute schreiben und schaffen konnte, einigen Ereignissen und Menschen dankbar. Das damals trostlos wirkende Jahr 2008 bleibt für mich vor allem ein Jahr großer Hoffnungen. Ich begann bei der Wochenzeitung Slovo zu arbeiten und lernte Joachim Becker kennen.

Es ist nicht immer einfach, über die gesellschaftlichen Entwicklungen in seinem eigenen Land anders als persönlich zu schreiben. Da das Hauptmotiv dieser Festschrift jedoch die Freundschaft ist, habe ich vielleicht als jemand mit einer natürlichen Neigung zur Literatur und zu essayistischem Schreiben die Gelegenheit, die mediale – und damit gesellschaftliche – Entwicklung in der Slowakei so zu schildern, wie sie mich grundlegend betroffen hat, und in welcher Weise sie mir dabei geholfen hat, weiter über die sozialen, kulturellen, historischen und wirtschaftlichen Kontexte nachzudenken, von denen wir heute ein Teil sind.

Joachim und ich sind bis heute Freunde. Das, was Goethe einmal gesagt haben soll: „Wenn die Arbeit Freude macht, dann ist das Leben auch Glück“, trifft in diesem Fall auf mich vollkommen zu. Mit Joachim befreundet zu sein bedeutet ständige geistige Arbeit und spontane Freude zugleich. Ich denke, dass ich die Beschreibung der Entwicklung in der Slowakei nicht von meiner persönlichen Erfahrung trennen kann. Ebenso wenig kann ich meine Denkweise von den gesellschaftlichen Ereignissen trennen, zu deren Verständnis mir Joachim wichtige Unterstützung geliefert hat. Nur einmal in meinem Leben habe ich es scherzhaft bereut, kein Wirtschaftsstudium absolviert zu

haben: „Ich hätte dich als Betreuer haben können“ – sagte ich vor kurzem zu Joachim. Es war jedoch kein sehr geistreicher Witz. Für mich waren unsere gesamten Treffen und Debatten eigentlich immer auch das, was ein Betreuer seinem Studenten schenkt. Einen akademischen Titel als Ergebnis einer universitären Ausbildung verschmerze ich sehr leicht. Ich bin mir sicher, dass es aus der „alten Zeit“ der Hoffnungen von 2008 noch viele Personen gibt, denen durchaus bewusst ist, dass ein alternativer, oder genauer gesagt, ein wirklich progressiver linker Geist wie Joachim Becker viel zu einer kritischen Reflexion des nationalen und internationalen Geschehens in der Slowakei beigetragen hat. In einem Land, in dem historische Erinnerung, Wissen und linke Werte trotz einer schwierigen Geschichte und immer gegen einen starken Gegendruck aufrechterhalten werden mussten, ist dies ein besonderer Glücksfall. Vor allem aber ist es auf märchenhaft spontane Art und Weise geschehen.

Die Besonderheiten der slowakischen Situation

Die Zeit um 2008 war, insbesondere was die Medienlandschaft und ihre Möglichkeiten angeht, stark auf einen gnadenlosen ideologischen Kampf zwischen rechts und links eingeengt. Das war nicht neu: Bei dieser einfachen Einteilung muss man einen besonderen Charakterzug der postkommunistischen Gesellschaft in Erinnerung rufen, der sich nach fast 20 Jahren gesellschaftlicher Veränderung seit November 1989 noch immer hartnäckig hält: Die politische Rechte wurde mit Werten wie Demokratie, Freiheit und Progressivismus assoziiert, während die politische Linke im offiziellen Diskurs immer noch als kommunistisches Relikt gesehen wurde, das einem progressiven Kurs im Weg steht.

Im Gegensatz zu (zumindest damaligen) linken Medien im Westen, die aktuelle und progressive Themen der modernen linken Entwicklung brachten und vorstellten, ist der Begriff „progressiv“ in der slowakischen Medien- und Gesellschaftsszene verzerrt worden. In den 35 Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer und der Einführung der Marktwirtschaft des Kapitalismus in den Ländern des ehemaligen Sowjetblocks hat die Slowakei eine turbulente, aber teilweise äußerst starre Entwicklung durchgemacht. In vielerlei Hinsicht ist dies jedoch nur eine weitere Kopie unserer traditionell fragmentierten Geschichte in Mitteleuropa: Seit der Gründung der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg ist es der Slowakei während der radikalen politischen Veränderungen des 20. Jahrhunderts (trotz ihrer sicherlich bewundernswerten kulturellen Errungenschaften) nicht gelungen, eine souveräne politische Kultur zu schaffen bzw. sich im Wandel Europas kulturell fest zu positionieren. Die Tschechoslowakei 1918 und die Slowakei 1993 kamen sozusagen im letzten Moment

der Nationalstaatsbildung – heute wäre das bei uns bzw. in Mitteleuropa wahrscheinlich ein Anachronismus.

Ein niedriges Maß an nachhaltigem Geschichtsbewusstsein, Hand in Hand mit der drastischen und wiederholten Störung politischer und staatlicher Strukturen während der Zeit eines faktischen Menschenlebens, hat unsere moderne Geschichte weitgehend zu einer Geschichte des Identitätswechsels, des vorsätzlichen Vergessens und der Neuanfänge alle zwanzig Jahre gemacht. Viele unserer Familienangehörigen haben Österreich-Ungarn, die Tschechoslowakei, den Slowakischen Staat während des Zweiten Weltkriegs, die Tschechoslowakei und schließlich 1993 die Gründung einer unabhängigen Slowakei erlebt. Sie wechselten die Staatssprache viermal – von Deutsch über Ungarisch, Tschechisch bis hin zu Slowakisch. Von der Monarchie aus gingen sie durch den Kapitalismus der ersten Republik, den Faschismus, den Bolschewismus, den Kommunismus und die Normalisierung, um sich im globalisierten Neoliberalismus in der Position der wirtschaftlichen Peripherie wiederzufinden. Die Folgen sind umso bitterer, je weniger die meinungsbildende Gesellschaft bereit ist, dies wahrzunehmen.

Natürlich führten die zahlreichen Veränderungen von Grenzen und Institutionen auch zu bizarren und oft gewalttätigen Veränderungen der nationalen, sprachlichen und Klassenidentitäten: Trotz aller Kritik ist es im Grunde ein Wunder, dass wir es überlebt haben. Aus Sicht des kritischen Journalismus ist die rezente Entwicklung der Slowakei von Brüchen gekennzeichnet, die mit Veränderungen der politischen Ausrichtung der herrschenden Eliten einhergehen. Nach dem Übergang vom Staatssozialismus zu einem demokratischen System bzw. einer kapitalistischen Marktwirtschaft und den ersten freien Wahlen 1989/1990 waren es die Auflösung der Föderation und die Gründung der unabhängigen Slowakischen Republik im Januar 1993, die für immer mit den Namen von Vladimír Mečiar und Václav Klaus verbunden sind.

Dann das Jahr 1998, als nach hitzigen nationalistischen Beleidigungen und nach dem Trauma „eines schwarzen Lochs auf dem Gesicht Europas“ – wie Madelaine Albright sich über die ersten Jahre der Slowakei geäußert hatte – die nationalkapitalistische Regierung von Vladimír Mečiar durch die erste Regierung von Mikuláš Dzurinda (SDKÚ) ersetzt wurde. Diese führte harte neoliberale Reformen durch, verkaufte slowakische strategische Unternehmen und verwandelte die Slowakei innerhalb kurzer Zeit von einem schwarzen Loch in einen „Karpäntiger“. Das alles wurde von einer Außenpolitik begleitet, welche die Bombardierung Serbiens und nach 2001 alle Invasionen der *Operation Enduring Freedom* durch die US-Regierung vehement befürwortete.

Als im Jahr 2006 Robert Fico von der Sozialdemokratischen Partei (SMER) zum ersten Mal zum slowakischen Premierminister gewählt wurde, war dies

vor allem eine Reaktion auf die Unzufriedenheit mit dem Atlantizismus und der sozioökonomischen Politik. Danach folgte die Wirtschaftskrise 2008; die neoliberale Regierung von Iveta Radičová im Jahr 2010; von 2012 bis 2018 die sozialdemokratische Regierung von Robert Fico und die Morde an dem investigativen Journalisten Ján Kuciak und seiner Freundin Martina Kušnírová; ab 2020 die COVID-19-Pandemie, in der sich drei Ministerpräsidenten abwechselten: Igor Matovič, Eduard Heger, Ľudovít Ódor; der Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022; sowie schließlich die Wiederwahl von Robert Fico im Jahr 2023 und das Attentat auf seine Person.

Eine scharfe Spaltung

Seit 1989 wird also in der Slowakei ein zyklischer Kampf zwischen Parteien geführt, die sich einerseits als demokratisch, rechts und – was grundlegend ist – prowestlich orientiert definieren, und andererseits Parteien, die sich zunächst vor allem aus wirtschaftlicher Sicht als links bezeichneten. Dabei handelt es sich vor allem um die Partei Smer, die heute im offiziellen öffentlichen Diskurs vor allem mit dem Nationalkonservatismus und der sogenannten Ausrichtung nach Osten verbunden wird.

Aufgrund der Tatsache, dass es in 35 Jahren nicht gelungen ist, eine starke linke Strömung oder eine politische Bewegung zu schaffen, die unabhängig von der Spaltung des Kalten Krieges auch menschenrechtliche und ökologische Fragen als Schlüsselbestandteile der linken Agenda in das Bewusstsein der Gesellschaft integriert, hat sich eine paradoxe Situation entwickelt: Was auch immer mit der Wirtschaftslinken in Verbindung gebracht wurde, wurde als „bolschewistisch, russisch, ähnlich dem Gulag“ bezeichnet. Gleichzeitig sind Themen wie Ökologie, Frauenrechte, Minderheiten- und sexuelle Rechte in den letzten Jahren zum Hauptargument der liberalen politischen Rechten geworden, die jedoch auf streng rechten neoliberalen wirtschaftlichen Prinzipien und Regeln des globalen Laissez-faire beharrt.

Menschenrechte und kulturelle Fragen wurden von der linken Politik getrennt und zugunsten des rechten Liberalismus der Partei *Progresívne Slovensko* instrumentalisiert. Wie Joachim vor kurzem für die *Pravda* schrieb:

„... in zentralen wirtschaftspolitischen Fragen sind die realen Differenzen zwischen den beiden verschiedenen Lager sehr begrenzt. Daher ist es für sie wichtig, mobilisierende Themen zu finden, die gleichzeitig eine Unterscheidbarkeit zu den konkurrierenden Kräften herstellen. Kritische Momente öffnen Fenster, um politische Polarisierung und Mobilisierung zu forcieren. In der Slowakei waren das die Ermordung eines investigativen Journalisten, das COVID-Missmanagement der Regierung Matovič, justiz- und kulturpoli-

tische Entscheidungen und der Krieg in der Ukraine.“ (Politische Polarisierung und ihre Blindstellen, Politická polarizácia a jej slepé miesta, Pravda, 3. September 2024)

Für einen weniger informierten Ausländer, aber auch für uns, ist es nicht einfach, sich in einem solchen Labyrinth zurechtzufinden. Oftmals hat nicht nur der Journalismus damit Probleme, sondern auch unsere Kulturwissenschaft, Literaturkritik oder die Sozialwissenschaften im Allgemeinen. Journalismus und Soziologie werden heute in noch nie dagewesener Weise durch ein eher emotionsgesteuertes Moralethos repräsentiert. Ein bestimmter expliziter oder impliziter Minderwertigkeitskomplex und seine verschiedenen Erscheinungsformen sind wahrscheinlich der neuralgische Punkt, an dem jedeR, der/die das Leben und die Ereignisse in der Slowakei kennenlernt, auf Missverständnisse stoßen kann.

Der irische Dichter John Minahane sagte beispielsweise im Zusammenhang mit der slowakischen Poesie, die er sehr bewundert, dass die Slowak:innen nicht sehr bekannt seien, zum Teil deshalb, weil sie nicht einmal wüssten, warum sie es sein sollten. Mehr als falsche Bescheidenheit werden jedoch damit vermutlich Ängste vor Bedeutungslosigkeit und Uninteressantheit, die sich natürlich auch im politischen Leben widerspiegeln, überdeckt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass das Interesse eines externen Beobachters an der Slowakei auf Erstaunen stößt. Aber noch ungewöhnlicher ist es, wenn man eine Person trifft, die das eigene Land besser versteht als seine 5,5 Millionen Einwohner:innen.

Slovo, Joachim, Krise und Aufschwung

Wir haben uns mit Joachim etwa im Oktober 2008 in der Redaktion der Wochenzeitung *Slovo*, genauer gesagt in der Kneipe unter der Redaktion, getroffen. Ich arbeitete seit Januar bei *Slovo* und war beim Korrekturlesen mit Joachims Texten in Berührung gekommen. Bis dahin lief die Kommunikation mit ihm über unseren damaligen Chefredakteur Peter Nedorosčík, mit dem wir gemeinsam in die Redaktion kamen und unbeabsichtigt eine „Revolution“ im slowakischen Linksjournalismus gestartet haben. Peter sagte damals, es sei ein „anarchistischer Atemzug“ gewesen. Erfreut hat uns auch der Zufall, dass die Räumlichkeiten zum Evangelischen Lyzeum gehörten, das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine historische Rolle bei der slowakischen nationalen Wiedergeburt, der Blüte des Journalismus und der Literatur gespielt hatte.

Slovo galt als Nachfolger der Wochenzeitschrift *Nové slovo*, die zur Zeit des Slowakischen Nationalaufstands im September 1944 entstand und unmit-

telbar nach dem Krieg wiederhergestellt worden war. Der Initiator ihrer Gründung war Gustáv Husák, späterer Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und letzter Präsident der sozialistischen Tschechoslowakei (1975-1989). Während des gottwald-stalinistischen Regimes wurde Husák als „slowakischer bürgerlicher Nationalist“ zum Tode verurteilt und auch die Veröffentlichung von *Slovo* wurde eingestellt. Stalins Tod markierte auch den Beginn der legendären kulturellen Kraft der 1960er Jahre, und kurz vor dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ließ Husák im Mai 1968 *Slovo* wieder aufleben.

Die Wochenzeitschrift trat in die Post-November-Entwicklung von 1989 mit der zweifelhaften bzw. missverstandenen Reputation eines kommunistischen Relikts ein. Sie hielt die Überreste linken Denkens aufrecht, das in der frühkapitalistischen Gesellschaft (des 19. Jahrhunderts) entstanden war, nunmehr aber mit einer neuen kapitalistischen Gesellschaft konfrontiert war, die fest entschlossen war, mehrere Jahrzehnte der Vergangenheit zu leugnen.

Als ich auf Betreiben des früheren Chefredakteurs Michal Polák zu *Slovo* kam, arbeitete die Redaktion „auf den Knien“, aber es herrschte eine selten kreative und freudige Atmosphäre. Außer der Grafikerin Simona Jánošová waren wir eigentlich nur zu dritt – die letzte „ursprüngliche“ Redakteurin Marta Moravčíková, Peter Nedoroščík und ich. Michal Polák verwaltete die Situation teilweise noch von London aus, und natürlich hatten wir viele externe Mitarbeiter:innen. Nach kurzer Zeit gesellte sich Peter Vittek zum festen „Kern“ hinzu. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass Joachim einer der regelmäßigen externen Mitwirkenden war.

Bis dahin hatte ich noch nie mit ihm gesprochen, die Kommunikation mit Joachim lag fest in den Händen von Michal Polák und Peter Nedoroščík. Aus der Distanz nahm ich ihn als einen Wiener wahr, der verdächtig verständlich klingende Artikel über das mich langweilende Thema Wirtschaft schrieb, während ich mich für Themen in den Bereichen Kunst, Kultur, Geschichte des Kolonialismus und Lateinamerikas interessierte. Ich habe damals am Lateinamerika-Institut in Wien studiert, bin oft nach Paris gereist und habe über alles geschrieben, was mit den revolutionären Ereignissen in Lateinamerika und mit der Entwicklung der modernen Politik in Westeuropa zu tun hatte. Als Peter Nedoroščík mir erzählte, dass Joachim in die Redaktion gekommen sei und mich treffen wolle, sagte ich ihm, dass ich keine Lust dazu hätte und schickte ihn weg. Nedoroščík blieb jedoch hartnäckig: „Er wartet unten in der Kneipe auf dich.“ Die Vorstellung, während der Arbeitszeit und in düsterer Stimmung meine Gehirnzellen mit einer *borovička* und einem Gespräch auf Deutsch zu erfrischen, motivierte mich schließlich dazu, in die Kneipe hinuntergehen.

Ich dachte die ganze Zeit, dass Joachim etwas von mir brauchte, ich konnte mir nicht vorstellen, was er mit mir besprechen wollte. Es gab keine ernsten Themen, aber ich erinnere mich noch immer an eine erfrischend angenehme Diskussion, bei der ich feststellen konnte, wie tief Joachim die slowakische Sprache und Literatur versteht. Wir sprachen über Lateinamerika und ich war hochofregt, hier endlich jemanden zu treffen, der viel mehr über diesen Teil der Welt wusste und dazu noch eine sehr enge Beziehung zum „gelobten Land meines Vaters“, Uruguay, hatte. Ich verspürte das Bedürfnis, damit zu prahlen, dass auch ich dieser Weltgegend nahestand, dass es immer „ein Land, wo die Zitronen blühen“, war. Joachim nickte nur milde lächelnd und sagte, „*ich weiß*“.

Seitdem werde ich von meinen Freund:innen und Bekannten immer wieder gefragt, warum der Wiener Professor so oft in die Slowakei fahre, warum er durch die Karpaten und die Donauauen bei Bratislava streife und was er hier eigentlich mache. Normalerweise antworte ich, dass er ein paar Leute treffe, gelegentlich auf einer Konferenz oder einer anderen öffentlichen Veranstaltung spreche und alles bespreche, was in der Slowakei im Hinblick auf literarische und kulturelle Ereignisse neu sei. Seine Kenntnis der slowakischen Sprache (unter anderem) sei so umfassend, dass er jede neue slowakische oder tschechische Novelle oder jedes neue Gedicht besser beurteilen könne als jedeR andere, der/die in der Slowakei auf dem Gebiet der Literatur arbeite; er könne es in ein historisches oder zeitgenössisches Konzept einfügen, und wenn er kritisiere, täte er dies mit einer Tiefe und zugleich einer so durchdringenden Güte, mit welcher nur ein sehr kluger und toleranter Mensch begabt sei, für den die Liebe zu den Menschen wichtiger sei als sein Wissen. Wenn er heute seine Texte zu verschiedenen Themen in der *Pravda* beisteuert, wagen es nicht einmal anonyme Kommentatoren unter den Texten, seine Gedanken mit dem schnöden „Lass diesen Ausländer hier nicht zu viel vernünfteln“ herabzusetzen.

Peripherie oder Kreuzung der Kulturen?

Die Slowakei erklärt sich seit ihrer Gründung politisch gerne als „natürlicher Teil des Westens“ und bekundet ebenso gerne ihre Verachtung für den Osten (zu dem sie auch gehört, was aber in einer anständigen Gesellschaft nicht diskutiert wird). Es ist nicht nur die klassische Schizophrenie eines postkommunistischen Landes. Bis zu einem gewissen Grad können wir unser Territorium als eine Art neuralgischen Zusammenstoß von Einflüssen aus allen Teilen der Welt betrachten, beginnend mit prähistorischen Zeiten. Das uralte politische, historische und künstlerische Dilemma, ob wir eher eine Peripherie oder ein

Schnittpunkt der Kulturen sind, verliert in der praktischen Gegenwart jedoch völlig seine Bedeutung: Es geht vor allem darum, sich möglichst schnell der „Seite des Westens“ anzuschließen, unabhängig von den Kosten. Vor allem die Tatsache, dass kulturelle Zugehörigkeit nicht gleichbedeutend mit einem Wirtschaftspakt ist, wird gänzlich außen vor gelassen. Eines der typischen Beispiele dafür ist die Interpretation bestimmter wirtschaftspolitischer Vorstellungen.

Dazu gehört der praktisch vollständige Verkauf von Staatseigentum und Land an ausländisches Kapital im Zuge der „Demokratisierung nach Mečiar“, aber auch der Beitritt zur NATO, zur Europäischen Union und vor allem zur Eurozone. Als unsere Eingliederung in die euro-atlantischen Strukturen erfolgte, war jedeR, der/die nicht die hinreichend engagierte Begeisterung für die „Öffnung für den Fortschritt und die moderne Welt“ zeigte, automatisch nicht nur verdächtig, sondern auch schuldig: dass er/sie die Moderne ablehne, dass er/sie zu „Russland“ gehören wolle, dass er/sie einE Dorfbewohner:in sei, ungebildet, rückständig, Plebejer usw. In einer so stark aufgeheizten Situation war es nicht einfach, die „prowestliche“ Integration angemessen zu kritisieren, ohne seine Leser:innenschaft zu verlieren. Dies ist auch der Grund, warum viele moderne linke Themen, die in den westlichen Medien weit verbreitet sind, in der Slowakei oft mit Spott, meist aber missverständlich aufgenommen werden. Bis heute fragen mich viele Menschen, was „Neoliberalismus“ bedeuten soll.

Deshalb waren Joachims kenntnisreiche Texte, die damals hauptsächlich in der *Slovo* und später in der *Pravda* veröffentlicht wurden, eine absolute Oase in der Wüste unkritischer „integrativer Begeisterung“. Ähnlich wie er sich 2004 unter den damaligen Umständen kritisch über die Aufnahme der Slowakischen Republik in die Europäische Union äußerte, widmeten sich seine Texte in der Slowakei 2008 vor allem der Kritik an der Eurozone:

„Die Einführung des Euro am 1. Januar 2009 verläuft weder in der Slowakei noch in der Europäischen Union unumstritten. Mit diesem Schritt hat die Regierung von Robert Fico eines ihrer Ziele erreicht. Es scheint, dass neben der KDH (Christlich-Demokratische Partei) auch die Oppositionsparteien von der raschen Einführung des Euro begeistert sind. Liberale Journalisten führen den Hauptverdienst für die schnelle Einführung des Euro auf die neo-liberale Wirtschaftspolitik der Vorgängerregierung von Mikuláš Dzurinda zurück.“ (Slovo, 19.05.2008)

Ein solcher oder gar noch stärker geäußelter Skeptizismus erforderte in linken Kreisen im Westen vielleicht keinen großen Mut, war aber unter unseren Verhältnissen etwas fast Unerhörtes. Die Einzigen, die sich eine offene Kritik an der „pro-westlichen“ Ausrichtung (soll heißen Verengung und Verwand-

lung der Slowakei in eine Autofabrik) erlaubten, waren meist Menschen, die sich um Zeitschriften wie *Literárny týždenník* oder die Zeitschrift *Extra plus* versammelten und sich zumeist aus ehemaligen Anhänger:innen von Vladimír Mečiar zusammensetzten. Sie fielen daher in intellektuelle Ungnade bei allen, die die Mitgliedschaft der Slowakei in der „zivilisierten Welt“ wünschten. Ihre Argumentation kam jedoch nicht aus linken Positionen und konnte daher der Entwicklung eines modernen linken Denkens, befreit von altem Parteidenken und der Altbackenheit des ethnischen und sprachlichen Nationalismus, keinen Raum bieten.

Die Wochenzeitung *Slovo* war damals vielleicht die einzige Plattform, auf der wir in einer glücklichen Konstellation Themen und Haltungen publizieren konnten, die anderswo nicht zu veröffentlichen gewesen wären. Die Tatsache, dass wir versucht haben, uns von der traditionellen sozialdemokratischen Parteilinie zu entfernen, vertreten durch Robert Fico und die SMER-Partei (seit 2006), aber auch von der traditionellen „prowestlichen“ Linie, die in der Slowakei durch den rechten Neoliberalismus der beiden Regierungen von Mikuláš Dzurinda (SDKÚ) vertreten wurde, hat ebenfalls dazu beigetragen.

Der beste Weg, dies zu erreichen und zu versuchen, die slowakische Linke den progressiven linken Bewegungen im Westen näherzubringen, bestand darin, sich auf die Kritik dessen zu stützen, was die alternative Linke im Westen ziemlich konsequent kritisierte und was in unserem Land fast tabu war: Kritik an Globalisierung, neoliberalen *Laissez-faire*, den Invasionen in Afghanistan und im Irak, sowie dem damit verbundenen rassistischen Antiarabismus und Antiislamismus, Wirtschaftskolonialismus usw. In der Außenpolitik ging es vor allem darum, die Probleme und Besonderheiten Lateinamerikas, aber auch des Globalen Südens im Allgemeinen darzustellen – meist in Verbindung mit dem Hinweis auf die verheerenden Auswirkungen des globalisierten Marktes in den ehemaligen Kolonien. Die israelisch-palästinensische Frage und die Kritik an der israelischen Politik hatten schon immer einen herausragenden Platz. Ich kenne kein anderes Medium in der Slowakei, bei dem dies ohne den Vorwurf des Antisemitismus möglich gewesen wäre.

Es mag seltsam klingen, aber die turbulenten und beispiellosen Umbruchsereignisse rund um das Krisenjahr 2008 in einigen Ländern des Globalen Südens wurden von den slowakischen Medien ignoriert oder spiegelten sich in der Position zur NATO und zum „nachhaltigen Wachstum“ wider. Und das, obwohl die Wirtschaftskrise von 2008 nach dem Enthusiasmus der Vorperiode in der Slowakei deutlich gezeigt hat, dass die Philosophie des unbegrenzten Wachstums schon lange vor ihrem Ausbruch alle Grenzen überschritten hatte und dass ökologische und soziale Katastrophen auf globaler Ebene unausweichlich sind. Westliche linke Intellektuelle kehrten erneut zur Kritik des Expansionismus zurück und warnten vor den irreparablen Folgen des Inter-

ventionismus, der dieses Mal nach der zivilisatorischen und rassischen Überlegenheit des 19. Jahrhunderts das Ethos der „Menschenrechte“ zu seiner Verteidigung entdeckte; sie haben die Themen des vergessenen Ökosozialismus wieder aufgegriffen und auch die Werke von Philosophen des antikolonialistischen Denkens aus den sogenannten Peripherien. In Westeuropa, insbesondere in Frankreich, wurde die Notwendigkeit, die Agrarindustrie abzulehnen und zu einer bäuerlichen Landwirtschaft zurückzukehren, die Ablehnung gentechnisch veränderter Pflanzen und die Verwüstung des ländlichen Raums sogar zu einem der Hauptthemen des Präsidentschaftswahlkampfes 2007.

Bereits im Jahr 2004 hielt Immanuel Wallerstein als Reaktion auf die verheerenden Invasionen in Afghanistan und im Irak Vorträge, in denen er die Kritik an den vorherrschenden Schichten des modernen Weltsystems auf der Grundlage dessen, was er als europäischen Universalismus bezeichnet, vereinheitlichte. Bei der gleichen Gelegenheit warnte Eric Hobsbawm davor, dass „die Globalisierung in der derzeit vorherrschenden Form des Kapitalismus des freien Marktes auch einen beeindruckenden und möglicherweise explosiven Anstieg der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit innerhalb einzelner Länder und auf globaler Ebene mit sich bringt“ sowie vor den Konsequenzen des zunehmenden Zusammenbruchs des internationalen Systems nach 1989.

Parallel dazu schöpften wir intellektuelle Ressourcen gerade aus den Entwicklungen in Lateinamerika und analysierten die Prozesse neu, die nach dem Schock der Kollision mit der Neuen Welt den gegenwärtigen Universalismus des Westens auslösten. Der Kampf um Wasser gegen die multinationalen Konzerne in Bolivien führte dazu, dass mit Evo Morales zum ersten Mal seit der Gründung des unabhängigen Boliviens ein Indigener den Präsidentenstuhl innehatte. Damit einhergehend hat das Interesse an alten voreuropäischen Philosophien und ökologischen Ansätzen im Westen in einem beispiellosen Ausmaß zugenommen. Europäische und nordamerikanische linke Strömungen waren daran interessiert, sie als Teil möglicher Alternativen für die Zukunft ins Rampenlicht zu rücken, weil sie sich erbittert gegen den bisherigen westlichen Akkumulationswahn und den philosophischen Rationalitätswahn stellten.

Die Bewegungen „Indignados“ und „Occupy Wall Street“ wurden von den Essays „Indignez-vous!“ und „Ô ma mémoire, la poésie, ma nécessité“ (Oh, mein Gedächtnis: Poesie, meine Notwendigkeit, 2010) des französischen Diplomaten, Schriftstellers und Mitglieds des französischen Widerstands Stéphane Hessel beeinflusst, der am Ende seines Lebens voller Hoffnung von der Notwendigkeit der „Poetisierung“ produktiven politischen Denkens sprach:

„Das vom Westen geschaffene produktivistische Denken hat die Welt in eine Krise gestürzt, die wir lösen müssen, indem wir den Wettlauf um immer mehr Besitz sowohl im Finanzwesen als auch in Wissenschaft und Technologie radikal beenden. Es ist höchste Zeit, dass sich die Grundsätze der Ethik, der Gerechtigkeit und des dauerhaften Gleichgewichts durchsetzen. Denn uns drohen die größten Gefahren. Diese Gefahren können der Menschheitsgeschichte auf unserem Planeten, der für Menschen unbewohnbar werden wird, endgültig ein Ende setzen.“

Bei uns war von diesen Diskursen fast nichts verfügbar. Während meines Studiums in Wien und meiner parallelen Arbeit in der Slowakei wurde mir sehr bewusst, wie absurd tief die Kluft war zwischen progressivem westlichen linken Denken und dem, was vom linken Denken in unserem Land übrig geblieben ist. Während die westliche Linke die Reflexion der Themen des Globalen Südens und des gesamten kolonialen Erbes des Globalen Nordens für elementar für künftige Ansätze hielt, wurde bei uns dieses Thema umso blasierter behandelt, je mehr die Gesellschaft die Zugehörigkeit zum westlichen humanistischen Denken mit der Mitgliedschaft in einem Militärpakt und einer schlecht funktionierenden bürokratischen Institution wie der EU verwechselte.

Die Geschichte des Kolonialismus und damit nicht einmal seine Widerspiegelung „ging uns nichts an“. Nur wenige bemerkten den Widerspruch, sich als zum Westen gehörig zu fühlen, das koloniale Erbe des Westens aber nicht anzuerkennen. Mit großer Überraschung stelle ich immer wieder fest, dass der koloniale Mythos, wonach der weiße angelsächsische Mann den unwissenden Bewohnern anderer Kontinente Zivilisation und Fortschritt brachte, in Teilen der slowakischen und osteuropäischen Linken noch heute weit verbreitet ist.

Guter Geist

Neben der Tatsache, dass Joachim seit vielen Jahren für die slowakischen Medien arbeitet, ist er auch zu ihrem „guten Geist“ geworden. Dank seiner Unterstützung haben viele neue Themen und alternative Perspektiven dauerhaft ihren Platz im öffentlichen Journalismus gefunden. Und dies trotz der Tatsache, dass der mediale Mainstream heute völlig vereinheitlicht ist und es wenige Alternativen gibt, wie *Slovo* es für relativ kurze Zeit war. Ich bin davon überzeugt, dass ohne seine aufrichtige und freundliche Unterstützung, die er mir und vielen anderen Menschen in der Slowakei entgegenbringt, die meisten dieser Themen nicht im öffentlichen Bewusstsein bleiben würden. Mit seinem Interesse an der Slowakei, seiner Vorliebe für ihre guten Seiten und

seinem Verständnis für ihre Schwächen gewann Joachim auch Freund:innen in intellektuellen Kreisen. Er erinnert uns oftmals an all jenes Schöne, das unsere Augen nicht sehen wollen. Und weil er solche Freund:innen und Kolleg:innen fast auf der ganzen Welt hat, fungiert er ganz natürlich als Spiritus Rector für neue Möglichkeiten, neue Freundschaften und neue Kooperationen.

Analytische Schärfe und Weitblick. Die bundesdeutsche Anti-Apartheid-Bewegung und die Rolle Joachim Beckers

Ingeborg Wick

Kennengelernt habe ich Joachim Becker während meiner beruflichen Tätigkeit als Geschäftsführerin der bundesdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. In jener Zeit verzeichneten die Boykott-Kampagnen der weltweiten Bewegung gegen Apartheid einen großen Aufschwung. Dies galt auch für die Bundesrepublik und führte zu einer Expansion der inhaltlichen und organisatorischen Aktivitäten der AAB. In diesem Kontext suchte die AAB für die Bonner Geschäftsstelle eine/n Redakteur:in für die Periodika „Informationsdienst Südliches Afrika“ und „Anti-Apartheid-Nachrichten“. Da lag es nahe, an Joachim Becker zu denken. Denn er hatte sich einen Ruf als profunder Wirtschaftsexperte und schneller Schreiber schon bald nach seinem Einstieg in die Arbeit der AAB-Lokalgruppe Marburg und des Leitungsgremiums des bundesweiten Bankenboykotts erworben. Ich nahm deshalb Kontakt mit ihm auf und wir einigten uns schnell. Joachim Becker sagte zu, nach Studium und Promotion für einige Zeit im AAB-Büro mitzuarbeiten. Ich war froh, dass ihn ein äußerst bescheidenes Gehalt und die beengten Büroverhältnisse nicht abschreckten. Wie auch im Fall der wenigen weiteren gering entlohnerten AAB-Mitarbeiter:innen und der vielen Ehrenamtlichen zählte für sie viel mehr die hohe Motivation für die Anti-Apartheid-Solidaritätsarbeit. Ging es doch bei der Apartheid um ein weltweit einzigartiges „Verbrechen gegen die Menschheit“ (UN-Konvention von 1973), gegen das trotz seiner Stärke und Unterstützung durch verbündete Staaten wie die BRD ein wachsender südafrikanischer und internationaler Widerstand geleistet wurde – nicht zuletzt durch die AAB.

Das gemeinsame Engagement hat viele von uns in der AAB politisch und persönlich stark geprägt. Es war auch das Fundament einer herzlichen Freundschaft, die mich seither mit Joachim Becker verbindet.

1. Zuspitzungen und Umbrüche

Brisanter hätten die Rahmenbedingungen für das wissenschaftliche und politische Engagement von Joachim Becker zum Südlichen Afrika in den 1980er Jahren kaum sein können: Als er sich während seines Studiums der Volkswirtschaftslehre sowie der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Afrikanistik in Marburg mit dem Thema „Apartheid und Kolonialismus im Südlichen Afrika“ eingehend befasste und der örtlichen Gruppe der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) anschloss, steckte Südafrika in einer tiefen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Krise. Die Regierung hatte 1985 in weiten Teilen des Landes den Ausnahmezustand verhängt und ein Teilmoratorium bei der Rückzahlung seiner Auslandsschulden erklärt. Der Kapitalabzug aus Südafrika war massiv, der Rand-Kurs fiel. Die Krise zwang die regierende Nationale Partei zu einem Kurswechsel mit erheblichen Zugeständnissen an die Opposition. So wurden die Befreiungsbewegungen African National Congress (ANC) und Pan Africanist Congress (PAC) legalisiert und politische Häftlinge, allen voran Nelson Mandela, freigelassen. Trotz des verschärften Terrors gegen demokratische Oppositionelle wurde ein Verhandlungsprozess mit dem Ziel freier Wahlen in Gang gesetzt, der oft genug auf der Kippe stand. Doch schließlich wurde im April 1994 gewählt und im Mai 1994 die erste demokratische Regierung Südafrikas eingesetzt.

Auch in Namibia rückten in den 1980er Jahren demokratische Wahlen näher. Auch hier gab es Mordanschläge und Drohungen gegen Widerstandskämpfer:innen. Doch schließlich wurden im November 1989 gemäß UN-Resolution 435 freie Wahlen abgehalten und der 1884 unter Deutschland begonnene Kolonialstatus mit der Unabhängigkeitserklärung im März 1990 beendet.

Ermöglicht wurden diese jahrzehntelang undenkbaren Veränderungsprozesse durch das Zusammenwirken verschiedener Faktoren. So hatte sich das Ende der globalen Blockkonfrontation von 1989/1990 bereits seit der Mitte des Jahrzehnts abgezeichnet. Im Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks sah das Apartheidregime eine Chance, seinem Ziel des kontrollierten Wandels unter Wahrung zentraler Interessen näher zu kommen, da der Anti-Apartheid-Widerstand deren langjährige Unterstützung verlieren und entscheidend geschwächt würde.

Zu den wichtigen Voraussetzungen für die Verhandlungsbereitschaft des Apartheidregimes gehörten ebenso der in den 1980er Jahren erstarkte Untergrundkampf der südafrikanischen Opposition, nicht zuletzt durch symbolträchtige ANC-Militärschläge gegen zentrale politische und wirtschaftliche Ziele der Apartheid, etwa gegen das Vortrekker-Denkmal in Pretoria. Hinzu kam eine breite offene politische und gewerkschaftliche Mobilisierung insbesondere der „United Democratic Front“ (UDF) und des „Congress of South

African Trade Unions“ (COSATU). Dies geschah trotz wachsender bürgerkriegsähnlicher Zustände in den Townships rund um die Großstädte, am Ostkap und in Natal, die entlang ethnischer Trennungslinien von Regierungsseite auch militärisch angeheizt wurden.

Parallel zu der Repression des Apartheidregimes im Inland und in Namibia führte Südafrika mit Unterstützung des Westens brutale Destabilisierungskriege gegen die Frontstaaten im Südlichen Afrika, vor allem Mosambik und Angola. Diese hatten sich nach ihrer Unabhängigkeit in der Mitte der 1970er Jahre für eine Entwicklung mit sozialistischer Orientierung entschieden. Für diese Neuorientierung mussten ihre Gesellschaften teuer bezahlen – mit Zerstörungen der Infrastruktur, Hunger und Elend sowie Aggressionsakten von Contra-Banden.

Ein weiterer wichtiger Faktor zur Verschärfung der Krise des Apartheidsystems war der enorme Aufschwung der internationalen Bewegung gegen die Apartheid in den 1980er Jahren. Dies betraf neben der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit insbesondere die vielfältigen Boykottaktionen – angefangen von Aktionen gegen den Früchteimport aus Südafrika und gegen atomarmilitärische Lieferungen an den Apartheid-Staat, über Sport- und Kultursanktionen bis hin zum Bankenboykott. Südafrika gilt seither als Paradebeispiel für erfolgreiche Sanktionen. Neben ihrer politischen Wirkung zogen sie auch ökonomische Schäden nach sich: Bis 1988 hatten insgesamt 554 Auslandsfirmen, vor allem aus den USA, ihre Niederlassungen in Südafrika aufgegeben (Becker 1993: 39).

2. Foren der Mitarbeit in der AAB

Zu Beginn des Engagements von Joachim Becker in der Marburger Lokalgruppe stand der Bankenboykott im Fokus der AAB. Er beteiligte sich an fantasievollen lokalen Aktionen und arbeitete im „Arbeitskreis Kein Geld für Apartheid“ mit, der den bundesweiten Bankenboykott koordinierte.

Nach Abschluss seines Studiums begann Joachim Becker eine Doktorarbeit zum Thema „Zimbabwe: Wirtschaftspolitik zwischen Reform und Weltmarkt“, mit der er 1988 erfolgreich promovierte. Noch im selben Jahr weitete er das Thema aus und veröffentlichte die Publikation „Angola, Mosambik und Zimbabwe – im Visier Südafrikas“ (Becker 1988). Von 1988 bis Anfang 1992 arbeitete er in der AAB-Geschäftsstelle in Bonn, wo er Redakteur der Zeitschrift „Informationsdienst Südliches Afrika“ und der „Anti-Apartheid-Nachrichten“ wurde und sich mit wissenschaftlichen Themen befasste.

Bevor unten näher ausgeführt wird, in welcher Weise Joachim Becker die Debatten in der AAB und der bundesdeutschen Öffentlichkeit zum Südlichen

Afrika geprägt hat, sollen zunächst die AAB – ihre Ziele, Aktivitäten und Wirkung – sowie der Kontext ihrer Entstehung erläutert werden.

3. Porträt der AAB

Die AAB entstand 1974 auf Initiative von Pfarrer:innen und kirchlichen Mitarbeiter:innen, die in Südafrika und Namibia Alltagserfahrungen mit Rassismus gemacht hatten. Schon bald schlossen sich ihr internationalistisch eingestellte ehemalige Aktive der „68-er“-Student:innen-Bewegung an. Die AAB-Mitglieder waren kirchlich, humanistisch, liberal, feministisch, gewerkschaftlich, sozialdemokratisch, sozialistisch und kommunistisch geprägt. Bei aller Vielfalt der politischen Strömungen waren sich die AAB-Mitglieder einig in dem Hauptziel, dass die bundesdeutsche Unterstützung für die Apartheid beendet werden müsse. Der Fokus auf Boykottaktionen gegen Apartheid-Südafrika bedeutete, dass auch die Verhältnisse in der Bundesrepublik geändert werden sollten – eine Zielsetzung, die die AAB im Vergleich zu anderen entwicklungspolitischen Organisationen besonders auszeichnete.

Für ihre Arbeit suchte sie die Zusammenarbeit mit zahlreichen Bündnispartner:innen im In- und Ausland. Insbesondere ihre internationalen Kontakte, etwa zu den Anti-Apartheid-Unterorganisationen der UNO, zur Organisation für Afrikanische Einheit oder zum Weltkirchenrat sowie zu den weltweiten zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen sorgten für einen öffentlichen Druck auf die bundesdeutsche Politik und Wirtschaft, den die AAB auf Grund der außerordentlich starken südafrikanischen Pro-Apartheid-Lobby in der Bundesrepublik selbst nur eingeschränkt entfalten konnte. In der internationalen Öffentlichkeit hatten die Boykottforderungen gegen Apartheid-Südafrika schon seit den 1960er Jahren wichtige Befürworter gefunden.

So rief etwa die UN-Vollversammlung im Jahr 1962 erstmals zu Sanktionen gegen Südafrika auf. Auf Parallelen zum NS-Regime wies die UN-Vollversammlung 1973 in einer Konvention hin, die Apartheid als „Verbrechen gegen die Menschheit“ verurteilte. Und schließlich verhängte der UN-Sicherheitsrat im November 1977 ein bindendes Rüstungsembargo gegen den Apartheidstaat.

Während die meisten der mit Apartheid-Südafrika verbündeten Staaten die UN-Boykottaufrufe jahrelang ignorierten, waren insbesondere die USA und Großbritannien in den 1980er Jahren durch breiten öffentlichen Druck dazu gedrängt worden, Wirtschaftssanktionen gegen das Apartheidregime zu verhängen.

4. *Enge Kollaboration der BRD mit Apartheid-Südafrika*

Entgegen zahlreicher offizieller Verurteilungen des Apartheidregimes zählte die Bundesrepublik bis zum Schluss zu dessen engsten wirtschaftlichen, finanziellen, militärisch-atomaren, wissenschaftlichen und kulturellen Verbündeten.

Die annähernd 7.000 im Handel mit Südafrika tätigen bundesdeutschen Firmen (Verheugen 1986: 90) konnten auf Garantien der im Auftrag der Bundesregierung handelnden Hermes-Kreditversicherung zurückgreifen. Rund 400 bundesdeutsche Unternehmen, die 1984 in Südafrika tätig waren, genossen die Vorzüge des Abkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung, das die Bundesregierung 1975 mit Südafrika rückwirkend für die Zeit ab 1965 abgeschlossen hatte (ebd.: 12). Für ihre Investitionen, die sich 1984 samt Re-Investitionen auf ein Volumen von ca. 12 Milliarden DM beliefen, erhielten Firmen staatliche Auslandsinvestitionskredite.

Bundesdeutsche Großbanken wie Dresdner Bank, Deutsche Bank und Commerzbank waren seit Mitte der 1970er Jahre führend im Südafrikageschäft tätig. Im internationalen Vergleich war bundesdeutsches Kapital der weltweit wichtigste Finanzier der Apartheid (Morgenrath/Wellmer 2003: 114). Als einziges Land der Welt hielt die Bundesrepublik an einem Kulturabkommen mit dem Apartheidregime fest, das wissenschaftliche und militärische Kontakte förderte und deutsche Schulen in Südafrika und Namibia finanzierte.

Dass Südafrika eine Atombombenkapazität entwickeln konnte, ist wesentlich auf die bundesdeutsche Unterstützung bei der Urananreicherung zurückzuführen, wie ANC- und AAB-Veröffentlichungen nachwiesen (ANC 1975; ANC 1977; AAB 1979 u.a.). Das in der staatlichen Gesellschaft für Kernforschung entwickelte Trenndüsenverfahren wurde unter Federführung der Firma Steag an Südafrika weitergegeben. An Lieferungen für die Urananreicherungsanlage waren ebenso Firmen wie Siemens, Gutehoffnungshütte und Varian MAT beteiligt. Der Vernichtung von sechs Atombomben stimmte das Apartheidregime 1993 mit Blick auf die absehbare Regierungsübernahme durch den ANC zu.

Auch auf konventionell-militärischem Gebiet war die Bundesrepublik im Südafrika-Geschäft stark engagiert. Zu den Rüstungsexporten gehörten etwa: a) Tausende mit Militärkomponenten wie Dachschießluken und Sturmgewehrhalterungen versehene Unimog-Lastwagen der Firma Daimler-Benz an die südafrikanische Armee und Polizei (medico 2010: 3f.); b) eine Munitionsabfüllanlage der Firma Rheinmetall, in der 155-Millimeter-Granaten hergestellt wurden (ebd.: 4f.); c) Militärhubschrauber der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm an die südafrikanische Polizei (AAB 1979: 27), und d) U-Boot-Blau-pausen und Baukomponenten der Kieler Howaldtswerke/Deutsche Werft AG und des Ingenieurkontors Lübeck (van Vuuren 2017: 416-419).

5. *AAB-Boykott-Schwerpunkte*

5.1 *Der Rüstungsboykott*

Die im In- und Ausland meistbeachtete, spektakulärste AAB-Kampagne der 1970er Jahre richtete sich gegen die illegale militärisch-nukleare Aufrüstung des Apartheidregimes durch die Bundesrepublik. Sie umfasste akribische Recherchen, eine intensive Informationsarbeit und Mobilisierung der bundesdeutschen und internationalen Öffentlichkeit sowie juristische Maßnahmen.

Die beiden ANC-Publikationen von 1975 und 1977 sowie Veröffentlichungen der AAB führten zu zahlreichen namentlichen Verurteilungen der Bundesrepublik in internationalen Gremien, etwa durch die Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) 1976 auf Mauritius und 1977 in Gabun, durch das UN-Sonderkomitee gegen Apartheid 1978 in New York und das Gipfeltreffen der Blockfreien-Bewegung 1979 in Havanna.

Im November 1978 organisierte die AAB mit zwölf Organisationen in Bonn einen hochrangig besetzten Kongress gegen die bundesdeutsche atomare Zusammenarbeit mit Südafrika. Unter den 500 Teilnehmer:innen befanden sich 50 ausländische Gäste, etwa Vertreter:innen der UNO, der OAE, des Weltkirchenrats, von Befreiungsbewegungen und afrikanischen Regierungen, von Anti-Apartheid-Bewegungen und der Presse, die die nukleare Kollaboration mit Südafrika verurteilten.

Die AAB erstattete mehr als zwei Dutzend Strafanzeigen gegen bundesdeutsche Firmen wie Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Siemens und Blohm+Voss, die an illegalen Rüstungsexporten nach Südafrika beteiligt waren. Einzig im Fall Rheinmetall eröffnete die bundesdeutsche Justiz ein Gerichtsverfahren und verurteilte 1983 vier Manager wegen der vorsätzlichen und ungenehmigten Lieferung von Kriegswaffen auf Umwegen über Paraguay nach Südafrika und wegen der Verletzung des UN-Rüstungsembargos von 1977 (Staatsanwaltschaft Düsseldorf 1983: 1f.).

Im Fall des illegalen U-Boot-Geschäfts mit Südafrika kritisierte eine Resolution der UNO-Vollversammlung vom 21. November 1989 die beteiligten Firmen und forderte die Bundesrepublik zur Ahndung der Vorgänge auf.

5.2 *Der Bankenboykott*

Die breiteste gesellschaftliche Mobilisierung zu Boykottaktionen gegen Apartheid in der Bundesrepublik erreichten in den 1980er Jahren die AAB und die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland (EFD) mit ihrer Aktion „Kein Geld für Apartheid“, mit der sie Großbanken aufforderten, sich aus dem Apartheidgeschäft zurückzuziehen.

Um Druck auf die Banken auszuüben, kündigten Einzelpersonen und gesellschaftliche Gruppen die Konten bei ihren Banken, hielten an bundesweiten Aktionstagen in mehr als 80 Städten Info-Stände, Sandwich-Demonstrationen und Mahnwachen vor Bank-Filialen ab und spielten „unsichtbares Theater“ in Kundenschlangen vor Bankschaltern. Kritische Aktionär:innen traten auf Hauptversammlungen von bundesdeutschen Großbanken auf und stellten Anträge auf Nicht-Entlastung von Vorständen. Hintergrundinformationen zu den Südafrika-Geschäften dieser Banken lieferte der Arbeitskreis in minutiös recherchierten Beiträgen für die zentrale Bankenbroschüre, in Alternativen Geschäftsberichten und zahlreichen Sonderpublikationen (Paschla 1990: 8-12; Peschke 1989).

Einige Erfolge wurden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sichtbar: 1984 kündigte der Reformierte Bund sein Konto bei der Dresdner Bank, und die Evangelische Landeskirche Bremen stieß ihre Beteiligungen an Anleihen nach Südafrika und ihre südafrikanischen Goldmünzen ab (Bacia/Leidig 2008: 130). Der Deutsche Evangelische Kirchentag kündigte 1987 sein Konto bei der Deutschen Bank und löste damit hitzige Diskussionen aus.

Als Erfolge konnte der bundesdeutsche Bankenboykott auch verbuchen, dass Städte wie Remscheid, Witten und Erkrath sowie der Kreis Unna 1988-89 beschlossen hatten, keine Kredite mehr bei Apartheid-Banken aufzunehmen (ebd.: 135). Aus diesen Aktionen entstand 1989 die Initiative „Städte gegen Apartheid“, der sich in den Folgemonaten bundesweit 26 Städte angeschlossen hatten (ebd.).

Gemessen am Ziel des Bankenrückzugs aus Apartheid-Südafrika ergibt sich für die Bundesrepublik jedoch ein ernüchterndes Gesamtbild: Keine einzige bundesdeutsche Bank folgte diesem Ziel und dem Exempel, das zahlreiche Banken weltweit gesetzt hatten.

5.3 Post-Apartheid-Solidarität

Die AAB-Nachfolgeorganisation, das „Afrika-Süd Aktionsbündnis“ (weiterhin AAB), setzte ab 1994 neue Akzente, indem es mit der südafrikanischen Gewerkschaft für Frauen in der informellen Wirtschaft (Self-Employed Women's Union = SEWU) kooperierte. Mit SEWU-Vertreterinnen führte das AAB Bildungsveranstaltungen, Rundreisen und Fotoausstellungen durch und organisierte Begegnungen mit deutschen Gewerkschaften. Diese Kooperation gipfelte in einer Fachtagung zur informellen Arbeit, die das AAB, das DGB-Bildungswerk und die Evangelischen Akademien in Deutschland mit internationaler Beteiligung 1999 in Mülheim/Ruhr durchführten und deren Ergebnisse in einer deutsch-englischen Publikation veröffentlicht wurden (Wick et al. 2000).

Daneben unterstützte das AAB, das sich mit anderen ehemaligen Anti-Apartheid-Gruppen 2001 zur „Koordination Südliches Afrika“ (KOSA) zusammenschloss, im Jahr 2002 eine Entschädigungsklage der südafrikanischen Nichtregierungsorganisation „Khulumani“ in den USA gegen multinationale Unternehmen, die wie etwa Rheinmetall und Daimler an schweren Menschenrechtsverletzungen in Südafrika während der Apartheid-Ära beteiligt waren. Am 21.08.2013 entschied das zweite Berufungsgericht der USA jedoch endgültig gegen die Klage. Dies wurde von der seit 1998 bestehenden „Internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika“ als schwerer Rückschlag für die Einklagbarkeit von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen scharf kritisiert (ECCHR 2013).

Ein weiteres wichtiges Thema für die KOSA waren die Freihandelsverträge, die die Europäische Union (EU) ab den 1990er Jahren zunächst mit Südafrika und später mit 77 früheren Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP-Staaten) verhandelt hat. An ihnen übten die KOSA und zahlreiche Bündnispartner:innen scharfe Kritik, da sie mit gravierenden ökonomischen und sozialen Nachteilen für die Länder verbunden waren (Wellmer 2007).

6. *Joachim Beckers Wirken in der AAB*

Für seine wissenschaftliche Tätigkeit in der AAB von Anfang der 1980er bis zur Mitte der 1990er Jahre waren Joachim Beckers Fachkenntnisse aus Studium und Promotion von unschätzbarem Wert. Sie waren die Grundlage für akribische Recherchen und Veröffentlichungen im Rahmen des Bankenboykotts im In- und Ausland. Länderspezifische Fragen ordnete er in regionale und weltpolitische Kontexte ein. Dabei thematisierte er auch unterschiedliche Theorien und Politiken der Entkolonialisierung von Entwicklungsländern. Die Analyse und Bewertung von Apartheid und Kolonialismus im Südlichen Afrika verknüpfte er mit Klassenfragen als zentrale Motoren für gesellschaftliche Entwicklungen. Beim Anti-Apartheid-Kampf ging es ihm um den Kampf sowohl gegen Rassismus als auch gegen Kapitalismus, in ideologischer Offenheit für unterschiedliche Strömungen des Marxismus. Die Verhandlungsergebnisse in Namibia und Südafrika waren für ihn sowohl ein Fortschritt im Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus, als auch ein Ausdruck für unge löste sozio-ökonomische Klassenfragen. Joachim Becker sah es deshalb als eine elementare Aufgabe an, Spielräume für zukünftige emanzipatorische Entwicklungen der von Apartheid und Kolonialismus befreiten Länder zu identifizieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Seine analytische Schärfe und sein Weitblick bei der Problemanzeige und der Suche nach Widerstandspotenzialen prägten viele Diskussionen in der

AAB. In der Vielzahl seiner Artikel und Veröffentlichungen zeigte sich eine enorme Produktivität. Seine Sprache variierte er flexibel je nach Zielgruppe. Trotz neuer Schwerpunktsetzungen in seiner späteren wissenschaftlichen Laufbahn kam Joachim Becker auf das Thema Südliches Afrika immer wieder zurück.

Im Folgenden werden die Qualitäten seiner Tätigkeit in der AAB an zentralen Themen und Veröffentlichungen exemplarisch erläutert.

6.1 Wirtschaftliche Expertise für den Bankenboykott

Joachim Beckers Rolle bei der Abfassung der insgesamt vier Auflagen der Bankenbroschüre „Banken und Apartheid“ waren Beiträge wie etwa jener zur Kontextualisierung der südafrikanischen Auslandsschulden: „Reiches Südafrika? Warum die Apartheid ausländisches Kapital benötigt“. In ihm legte er dar, dass Südafrikas Kriegsführung gegen die Frontstaaten des Südlichen Afrikas, die völkerrechtswidrige Besetzung Namibias und die wachsende Repression innerhalb Südafrikas enorme Kosten verursacht haben, die nicht aus eigenen Mitteln, sondern durch Auslandskapital gedeckt wurden (Becker 1987a: 4-6).

Ein Beispiel für die Einbettung von Themen in übergeordnete Zusammenhänge und für die aktionsorientierte Ausrichtung von Texten ist Joachim Beckers Beitrag „Zahlen oder nicht Zahlen? Namibias Auslandsschuld“ (Becker 1990: 7). In ihm legt er dar, wie eng bundesdeutsche Banken mit dem illegal von Südafrika besetzten Namibia verflochten waren und dazu beigetragen haben, dessen Auslandsschulden zu erhöhen. Die Dresdner Bank etwa erwarb 1980 über ihre Luxemburger Tochter 51 % der drittgrößten Bank Namibias, der Bank of Namibia. Auch nach dem Verkauf ihres Anteils 1989 blieb die Dresdner Bank mit der Bank of Namibia personell eng verbunden. Die aus der Kolonialzeit aufgehäuften Auslandsschulden des seit 1990 unabhängigen Namibias, so Joachim Becker, stellten eine schwere Hypothek für das Land dar. Zwar sei es zur Bedienung der kolonial ererbten Auslandsschuld völkerrechtlich nicht verpflichtet, könne dies jedoch gegen die Interessen westlicher Banken und Regierungen politisch kaum durchsetzen.

6.2 Blick auf den regionalen Kontext

In einer Vielzahl von Beiträgen setzte sich Joachim Becker besonders stark dafür ein, dass der Kampf gegen Apartheid auch die Kriege Südafrikas gegen die Frontstaaten im Südlichen Afrika und die illegale südafrikanische Besat-

zung Namibias umfassen müsste (Becker 1987b: 3-6; Becker 1988 und 1993). Denn Südafrikas Politik der „Totalen Strategie“ der 1970er Jahre bezog sich nicht nur auf die Repression nach innen, sondern ebenso auf die Aggression nach außen. Mit der Destabilisierung der unabhängigen Frontstaaten, insbesondere Angolas und Mosambiks, zielte Südafrika darauf ab, deren Bestreben nach einem Abbau wirtschaftlicher Abhängigkeiten von Südafrika und der Schaffung eigener regionaler Wirtschaftsstrukturen zu torpedieren. Das Apartheidregime wollte diese Staaten als Bollwerk gegen internationale Anti-Apartheid-Sanktionen nutzen. Auch deren Unterstützung der Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO sollte unterbunden werden. Auf Grund ihres anhaltenden Widerstands wurden die Frontstaaten durch Kriege südafrikanischer Militärs und Contra-Gruppen großflächig zerstört und ihre Bevölkerungen terrorisiert. Die Kosten der direkten und indirekten Folgen dieser Destabilisierungskriege waren immens – allein für Mosambik wurden sie bis 1987 auf ca. 5 Mrd. US-Dollar beziffert (Becker 1987: 6).

Vor diesem Hintergrund forderte Joachim Becker die bundesdeutsche Bewegung gegen Apartheid auf, auch mit den Frontstaaten im Südlichen Afrika politisch und materiell Solidarität zu üben. Diesen Ruf griffen Anti-Apartheid-Gruppen etwa im Dezember 1988 auf, als sie in Bonn die „Europäische Konferenz gegen die Aggressionen Südafrikas gegen Mosambik und Angola“ organisierten, an der hochrangige Vertreter:innen der Regierungsparteien Angolas und Mosambiks, von ANC und SWAPO und prominente Referent:innen aus dem In- und Ausland teilnahmen. Die Konferenz forderte eine breit gestreute Unterstützung für die Frontstaaten in ihren Anstrengungen gegen die südafrikanische Aggression und beim zukünftigen Wiederaufbau ihrer Gesellschaften.

6.3 Neuorientierungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Joachim Becker hatte bereits früh kommende neue weltpolitische Weichenstellungen ausgemacht und sich hierzu in Beiträgen für den „Informationsdienst Südliches Afrika“ und für die „Anti-Apartheid-Nachrichten“ sowie bei AAB-Mitgliederversammlungen geäußert. Seine Analysen und Einschätzungen, etwa in dem Beitrag „Solidarität im Umbruch“, stießen auf großes Interesse, waren doch zahlreiche AAB-Mitglieder in den Jahren der großen Umbrüche verunsichert und suchten nach Orientierung (Becker 1991: 37f.).

Das Ende der Blockkonfrontation 1989/1990 war der Höhepunkt einer Entwicklung, die sich seit dem Amtsantritt Gorbatschows in der Sowjetunion 1985 abgezeichnet hatte. Die Offenlegung fundamentaler Fehlentwicklungen und krasser Defizite in Staat und Gesellschaft führte schließlich zum Zusam-

menbruch der Sowjetunion und des gesamten staatssozialistischen Lagers. Deren Unterstützung für sozialrevolutionäre Gesellschaften etwa in Angola und Mosambik sowie für Befreiungsbewegungen kam zum Erliegen. Aus der Implosion der Sowjetunion und den folgenden innergesellschaftlichen und geopolitischen Konflikten ging der Kapitalismus als Sieger hervor. Unabhängig davon, ob der Staatssozialismus bei der Ausrichtung weltweiter antikapitalistischer Kämpfe adaptiert worden war oder nicht, änderten sich nun die Ausgangsbedingungen für die Entfaltung gesellschaftlicher Alternativen zum Kapitalismus ganz generell.

Dabei gelte jedoch, so Joachim Becker, dass mit der Desavouierung des sowjetischen Modells die Grundidee des Sozialismus nicht automatisch diskreditiert sei. Die Entwicklung könne eine „positive und produktive Seite haben, wenn sie zur selbstkritischen Überprüfung bisheriger Politikansätze und zur Entwicklung neuer Alternativkonzeptionen, in denen das ursprüngliche Demokratiepostulat des Sozialismus zum Tragen kommt, führt.“ (Becker 1991: 37)

Da mit dem Siegeszug des Kapitalismus noch stärker als zuvor die Entwicklungen in den kapitalistischen Industrieländern für Dritte-Welt-Länder bestimmend sind, komme es laut Joachim Becker zukünftig noch mehr darauf an, dort die Entscheidungen über Spielräume für sozio-ökonomische Veränderungen im globalen Süden zu beeinflussen.

6.4 Handlungsoptionen für eine Post-Apartheid-Solidarität

Um den negativen Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik entgegenzuwirken, die sich in der Praxis der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Entwicklungsländern in den 1980er Jahren immer deutlicher gezeigt hatten, sollten Solidaritätsgruppen, so Joachim Becker, auf eine stärkere Binnenmarktorientierung, eine Demokratisierung der Wirtschaft sowie auf ökologisch verträgliche Entwicklungsmuster drängen. Dies würde auch beinhalten, dass etwa Schritte zu einer Weltmarktintegration von Entwicklungsländern in Organisationen wie der Welthandelsorganisation WTO nur in langen Übergangsphasen und nur mit Vorzugskonditionen unternommen werden sollten.

Aus der Praxis ihrer langjährigen Boykottarbeit läge es nach Ansicht Joachim Beckers nahe, dass eine Post-Apartheid-AAB Kampagnen zur globalen Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards von transnationalen Unternehmen weiterentwickelt. Bei der Forderung nach einer Unternehmenshaftung sollten bundesdeutsche Unternehmen, die an gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Apartheid-Südafrika und im illegal besetzten Namibia beteiligt waren, zukünftig zur Rechenschaft gezogen werden können.

Einige der genannten Themen aus den Zukunftsdiskussionen haben in der AAB-Post-Apartheid-Solidarität tatsächlich Nachhall gefunden – etwa in der KOSA-Kampagne zur Entschuldung und Entschädigung Südafrikas, zu dem EU-Freihandelsabkommen und zur globalen Unternehmenshaftung.

6.5 Prognosen und Praxistest am Beispiel Südafrikas

Nicht wenige Prognosen Joachim Beckers zu den sozio-ökonomischen Entwicklungen des Südlichen Afrikas nach der Wende 1989/1990 und den demokratischen Wahlen in Südafrika 1994 haben sich bewahrheitet.

Die Bedienung der hohen Auslandsschulden Südafrikas und Namibias etwa trug dazu bei, dass Regierungsprogramme zu Wohnungsbau, Bildung und Gesundheit sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die schwarze Bevölkerungsmehrheit in beiden Ländern unterfinanziert blieben. Im Fall Südafrikas war der Schuldenabbau auf Jahre hinaus der zweithöchste Ausgabeposten im Haushalt. Vor dem Hintergrund dieser abschbaren Hypothek war die Übernahme der illegitimen Auslandsschulden durch die demokratisch gewählte Regierung problematisch.

Hinzu kommen sozial fatale Folgen der schnellen Weltmarktintegration, etwa Südafrikas Aufnahme eines IWF-Kredits über 850 Mio. US-Dollar im Jahr 1993, der an Bedingungen wie die Senkung von Staatsausgaben und die Streichung von Schutzmaßnahmen für die lokale Industrie gebunden war (Bond 2016: 2f.). Auch Südafrikas Einstufung als Schwellenland und nicht als Entwicklungsland beim Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO 1995 hatte negative Begleiterscheinungen, etwa den Ausschluss von längeren Zollsenkungs-Fristen und Handelspräferenzen (ebd.: 3). Als ebenso problematisch ist Südafrikas Abschaffung einer Zusatzsteuer für ausländische Aktionäre zu werten (Becker 1995: 24). Zugeständnisse der Regierung wie diese an ein „investorenfreundliches Umfeld“ widersprachen der Zielsetzung des „Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramms“, das die große Mehrheit der demokratischen Opposition für den Wahlkampf und das zukünftige Südafrika entwickelt hatte.

In einer Sonderausgabe der südafrikanischen Zeitschrift „New Agenda“ zum 30-jährigen Jubiläum der ersten demokratischen Wahlen in Südafrika heißt es in dem Beitrag „Persistent and obscene inequality. A post-apartheid choice“ von Seeraj Mohamed, die südafrikanische Regierung habe nach 1994 nicht den Weg einer staatlichen Entwicklungsorientierung eingeschlagen, sondern den Fokus auf die Liberalisierung des südafrikanischen Finanzmarkts und der Kapitalverkehrskontrollen gesetzt. Zwar habe die Regierung Maßnahmen wie die Elektrifizierung von Townships, den Bau von Schulen und

Kliniken sowie die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen und Sozialbeihilfen durchgeführt, jedoch in absolut unzureichendem Ausmaß (Mohamed 2024: 24).

Mit einem Gini-Koeffizient von 0,62 ist Südafrika heute in der Welt das Land mit den größten Ungleichheiten (Mohamed 2024: 18). Etwa ein Drittel aller Haushalte, d.h. 18 Mio. Menschen, leben in Armut (ebd.: 5). Die Arbeitslosigkeit unter Schwarzen beträgt 36,1% – unter Weißen hingegen 8,5% (ebd.: 18). Schwarze stellen nur 18% der qualifizierten Jobs und 13% des Top-Managements; fast alle neuen Jobs entstehen im Bereich der prekären Arbeit (ebd.: 7).

Entgegen der verbreiteten Auffassung, die massive Korruption in Südafrika bestehe aus Bestechungen zahlreicher Politiker:innen, Regierungsbeamter und Mitarbeiter:innen von Staatskonzernen, vertritt der Soziologe Patrick Bond von der Universität Johannesburg die These, gravierender sei die Korruption von Unternehmen bei der Akkumulation durch Enteignungen, bei illegalen Machenschaften im Bankensektor, bei Währungsmanipulationen und illegalen Finanzströmen, ebenso wie bei der Externalisierung von Kosten durch Umweltverschmutzungen bei der Rohstoffgewinnung (Bond 2024: 36). Bond verweist dabei auf eine Studie von PricewaterhouseCoopers International von 2014, in der es heißt, südafrikanische Unternehmen würden weltweit als die Schlimmsten angesehen, wenn es um Geldwäsche, Bestechung und Korruption, Beschaffungsbetrug, Vermögensveruntreuung und Cyberverbrechen gehe (ebd.: 41).

7. Aufarbeitung der Beteiligung an Verbrechen der Apartheid und des Kolonialismus

Diese dramatischen Dimensionen von Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit, die ähnlich auch für die Ex-Frontstaaten im Südlichen Afrika gelten, sind vor allem Folgen fehlgeleiteter nationaler Politik und der Übernahme „normaler“ Spielregeln auf dem neoliberalen Weltmarkt.

Darüber hinaus zeigt sich im Ausmaß der Verelendung jedoch auch ein krasser Mangel an Ressourcen, der nicht zuletzt durch ausbleibende Kompensationen für massive Schäden durch die ehemaligen Profiteure von Apartheid und Kolonialismus bedingt ist. Für ihre Beteiligung an diesen Menschheitsverbrechen sind sie bisher kaum zur Rechenschaft gezogen worden. Zwar gab es 2002 eine entsprechende Entschädigungsklage der NGO Khulumani in den USA, doch sie scheiterte. Auch wenn 2021 zwischen Namibia und Deutschland ein Versöhnungsabkommen über den Völkermord an den Hereros und Nama 1904-1908 durch deutsche Kolonialtruppen vereinbart wurde, wollen bis

heute starke namibische Widerstände insbesondere von Herero- und Nama-Gruppen dagegen nicht verstummen – nicht zuletzt, weil die deutsche Seite ein „Recht auf Entschädigung“ kategorisch ablehnt.

Eine angemessene historische Aufarbeitung der Kollaboration mit Apartheid und Kolonialismus im Südlichen Afrika ist eine bisher ungelöste Aufgabe für die Zukunft.

Literaturverzeichnis

- African National Congress/ANC (1975): Nukleare Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Südafrika, Lusaka/Bonn.
- African National Congress (1977): Militärische und nukleare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika wird fortgesetzt, Lusaka/Bonn.
- Anti-Apartheid-Bewegung/AAB (1979): Erwiderung. Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland-Südafrika, Bonn.
- Bacia, J., Leidig, D. (2008): Kauft keine Früchte aus Südafrika! Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung, Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Becker, J. (1987a): Reiches Südafrika? Warum die Apartheid ausländisches Kapital benötigt, in: AAB (Hg.), Banken und Apartheid – Unser Geld in Südafrika, 3. Aufl., Bonn, 4-6.
- Becker, J. (1987b): Diplomatie und Krieg, in: informationsdienst südliches afrika, 1 (Januar-März), 3-6.
- Becker, J. (1988): Angola, Mosambik und Zimbabwe – Im Visier Südafrikas, Köln: Pahl-Rugenstein.
- Becker, J. (1990): Zahlen oder nicht Zahlen? Namibias Auslandsschuld, in: AAB (Hg.), Banken und Apartheid – Unser Geld in Südafrika, 4. Aufl., Bonn, 7.
- Becker, J. (1991): Solidarität im Umbruch, in: informationsdienst südliches afrika, 1 (Januar/Februar), 37-38.
- Becker, J. (1993): Südafrika: Welcher Weg zu welcher Demokratie?, in: Baiculescu, M., Becker, J. (Hg.), Kap der kleinen Hoffnung, Wien: Promedia, 38-62.
- Becker, J. (1995): Konservatives Budget, informationsdienst südliches afrika, 3 (Mai/Juni), Bonn, 24-25.
- Bond, P. (12.01.2016): Why South Africa should undo Mandela's economic deals, online unter <https://mg.co.za/article/2016-01-12-why-south-africa-should-undo-mandelas-economic-deals/> (abgerufen am 08.10.2024).
- Bond, P. (2024): Corporate corruption of South African politics and economics, in: New Agenda. South African Journal of Social and Economic Policy, 93(1), 33-46. online unter <https://www.ajol.info/index.php/na/article/view/274079> (abgerufen am 08.10.2024).
- European Center for Constitutional and Human Rights/ECCHR (27.08.2013): Schwerer Rückschlag für die Einklagbarkeit von Menschenrechtsverletzungen, Pressemitteilung, Berlin.

- Medico International (2010): Apartheid-Opfer vs. Daimler. Unterschriften für Apartheid-Entschädigung übergeben, Frankfurt a.M., online unter <https://www.medico.de/apartheid-opfer-vs-daimler-13457/> (abgerufen am 07.10.2024).
- Mohamed, S. (2024): Persistent and obscene inequality. A post-apartheid choice, in: New Agenda. South African Journal of Social and Economic Policy, 93(1), 17-32, online unter <https://ajol.info/index.php/na/article/view/274087> (abgerufen am 08.10.2024).
- Morgenrath, B., Wellmer, G. (2003): Deutsches Kapital am Kap – Kollaboration mit dem Apartheidregime, Hamburg: Edition Nautilus.
- Paschlau, H. (1990): Geschäft ist Geschäft – Bundesdeutsche Banken und Südafrika, in: AAB (Hg.), Banken und Apartheid – Unser Geld in Südafrika, 4. Aufl., Bonn, 8-12.
- Peschke, D. (1989): Was bundesdeutsche Banken mit der Apartheid zu tun haben, epd-Dritte Welt-Information, Frankfurt a.M.
- Staatsanwaltschaft Düsseldorf (01.08.1983): Anklageschrift gegen vier Manager von Rheinmetall, in: archiv für alternatives schrifttum in NRW, AAB.279/A./,1f.
- Van Vuuren, H. (2017): Apartheid Guns And Money. A tale of profit, Auckland Park: Jacana Media, 416-419.
- Verheugen, G. (1986): Apartheid. Südafrika und die deutschen Interessen am Kap, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Wellmer, G. (2007): Polarisierung durch Freihandel. Südafrikas Erfahrungen aus dem Freihandel mit der EU: Lehren für die AKP-Staaten, Koordination Südliches Afrika/KOSA-Dokumentation: Südafrika-AKP-EPA, Bielefeld.
- Wick, I. et al. (2000): Schattenwirtschaft und Gewerkschaften. Shadow Economy and Trade Unions, DGB-Bildungswerk Materialien 71, Düsseldorf.